LUXEMBURG 3

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

2018

ICH WERDE SEIN DRUCILLA CORNELL | GAL HERTZ | TOVE SOILAND | JÖRN SCHÜTRUMPF | UWE SONNENBERG | WALTER BAIER | MIRIAM PIESCHKE | JUDITH DELLHEIM | MICHAEL LÖWY | JANIS EHLING | KATE EVANS | JAN REHMANN | HOLGER POLITT U.A.





»*Und darum wird aus dieser ›Niederlage‹ der künftige Sieg erblühen.*
›Ordnung herrscht in Berlin!‹ Ihr stumpfen Schergen!
Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut.
Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh’ richten‹
und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

ICH WAR,
ICH BIN,
ICH WERDE SEIN!«

SENSIBEL KÄMPFERISCH
Warum die Freiheit der Einzelnen Bedingung für die Freiheit aller ist
Von Alex Demirović

UNVERFÄLSCHT MARXISTISCH
Warum die Landnahme im Care-Sektor weitergeht
Von Tove Soiland

REVOLUTIONÄR KONKRET
Wie in Kämpfen mit Luxemburg lehren und lernen
Von Miriam Pieschke

SCHWERPUNKT: ICH WERDE SEIN

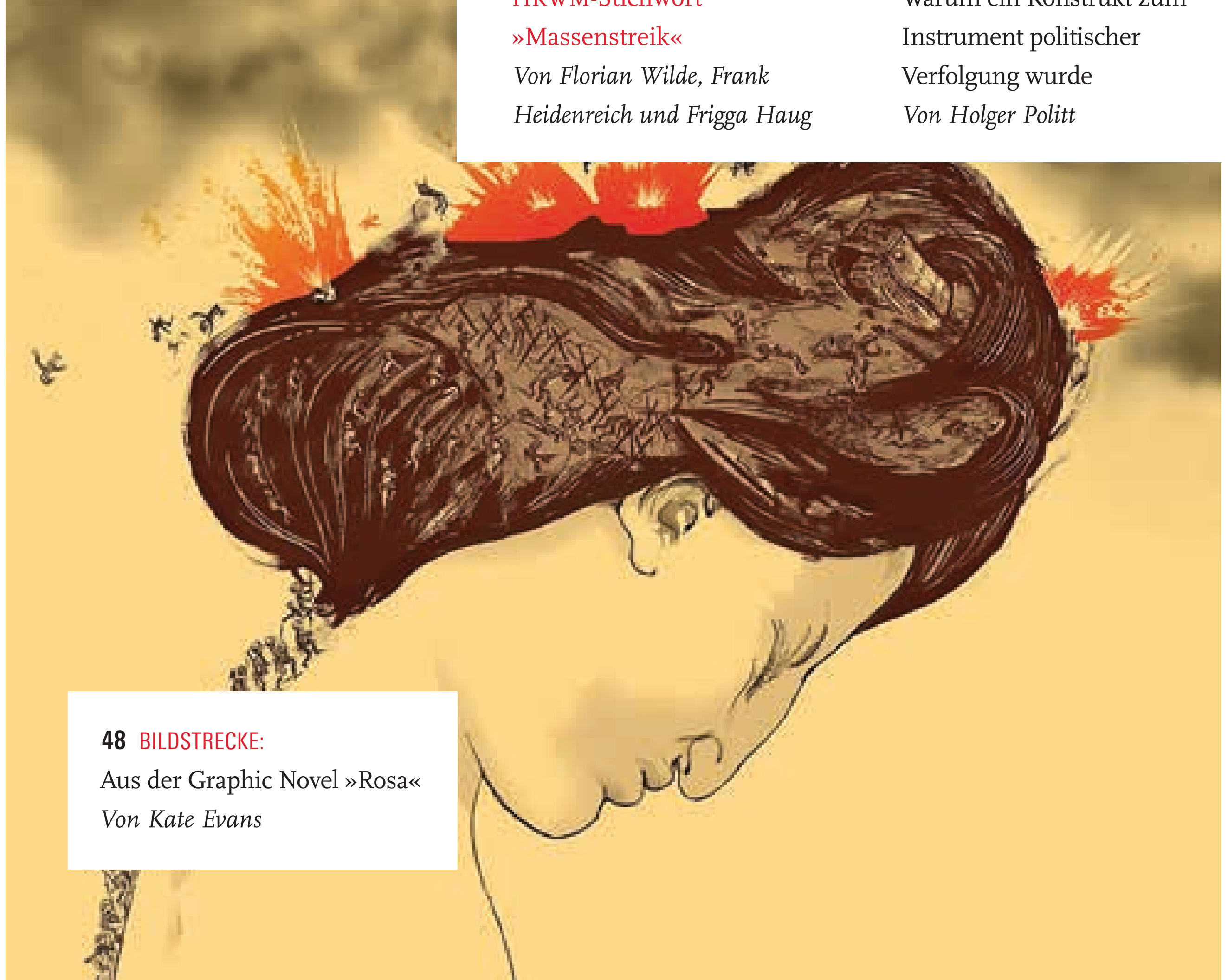


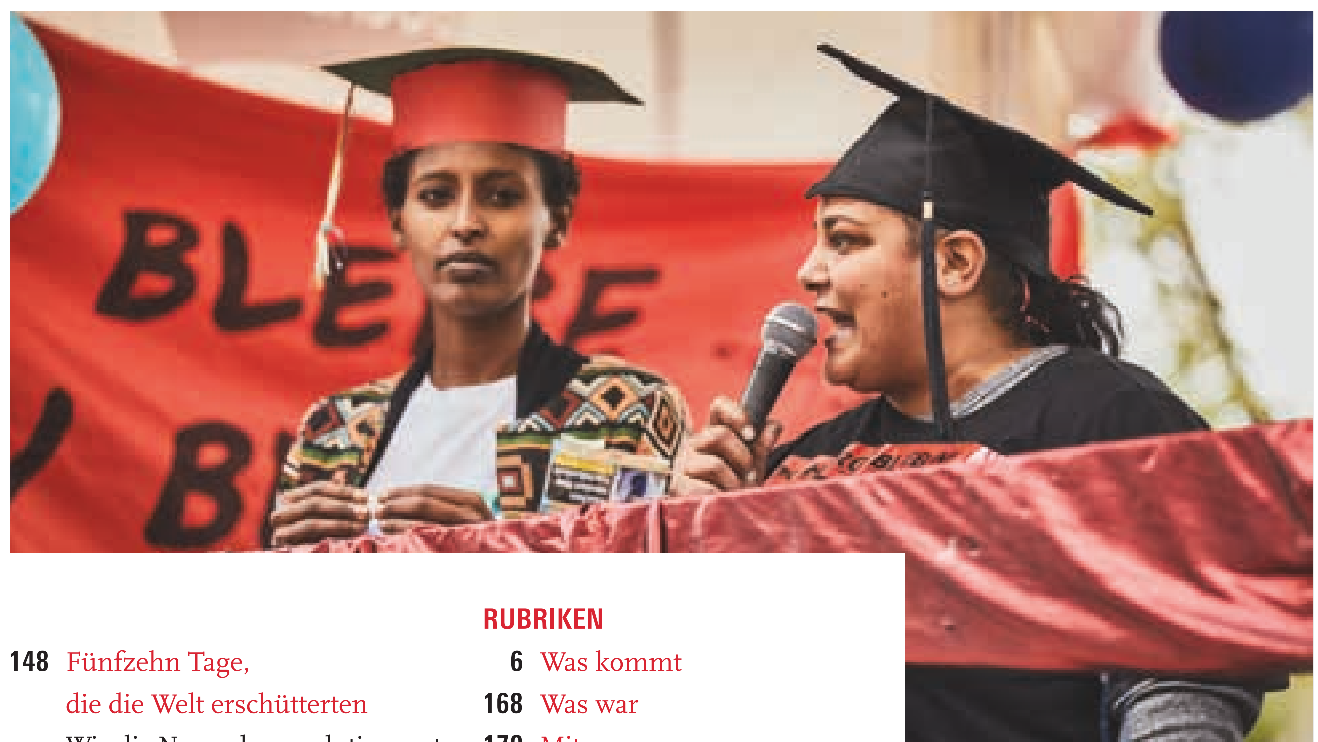


SENSIBEL KÄMPFERISCH

EDITORIAL

Rosa Luxemburg ist eines der ikonischen Gesichter der sozialistischen Bewegung. Und eine der wenigen Frauen, vielleicht die einzige, deren zentrale Rolle darin unbestritten ist. Bis heute beeindruckt sie als brillante Autorin und klarsichtige Theoretikerin, als mitreißende Rednerin und engagierte Politikerin, als lyrische Chronistin und streitbare Genossin. Sie steht für eine Haltung, in der Entschiedenheit im politischen Kampf und »weitherzigste Menschlichkeit« ein Ganzes bilden. ■ Luxemburg ist nicht nur Namensgeberin der Stiftung, sondern auch Patin dieser Zeitschrift. Das von ihr gelebte Zueinander von Theorie und Praxis, von Analyse und Veränderung, von Strategie und eingreifendem Handeln steht für die Perspektive der *LuXemburg* und für die Entwicklung eines linken Projekts, als dessen Teil und Debattenorgan sich die Zeitschrift versteht. ■ 100 Jahre nach ihrer Ermordung gibt es kaum jemanden, der/die nicht weiß, wer Luxemburg war – viele kennen ihre geflügelten Zitate. Die Beschäftigung mit ihrem Werk ist jedoch auch in linken Zusammenhängen oftmals oberflächlich, selten gibt es Lesekurse, wird sie gründlich rezipiert. Manche ihrer Äußerungen, wie die zur »Freiheit der Andersdenkenden«, sind in den politischen Mainstream eingewandert, wurden enteignet, in eine antisozialistische Parole umgedeutet. In dieser Jubiläumsausgabe wollen wir Luxemburgs Denken und Tun für heute lebendig werden lassen. Was kann daraus für aktuelle Herausforderungen gewonnen werden, im Umgang mit rechter Bedrohung, einer tiefen Krise des Politischen und der enormen Schwäche der Linken? ■ Wie dachte Luxemburg das Verhältnis von Partei und Bewegung? Wie hielt sie es mit dem Internationalismus? War sie Feministin – oder wie können wir uns als linke Feminist*innen auf sie beziehen? Im politischen Klein-Klein wie in bedeutsamen Kämpfen reiben sich auch heute viele auf – mit welcher Haltung hat Luxemburg diese Herausforderungen gemeistert? Wie ging sie mit dem Widerspruch zwischen Reform und Revolution um? Und was können wir von ihr für die alles entscheidende Frage der Organisierung lernen? ■ In ihrer festen Überzeugung, dass diese Gesellschaft anders werden kann und muss, ist sie uns Vorbild – in ihrer Zuversicht, auch angesichts politischer Niederlagen an eine Zukunft radikaler Emanzipation zu glauben: Ich bin, ich war, ICH WERDE SEIN!







RUBRIKEN



Mit einer Online-Chronik erinnert die Stiftung an die bewegten letzten Tage Rosa Luxemburgs von ihrer Entlassung aus dem Gefängnis am 8. November 1918 bis zu ihrer Ermordung am 15. Januar 1919. Foto: Public Domain/U.S. Archives and Records Administration
www.rosalux.de/novemberrevolution-chronik

HOMMAGE AN ROSA LUXEMBURG
VERANSTALTUNGSREIHE IM JANUAR 2019 IN BERLIN

Mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm gedenkt die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar in Berlin der Ermordung ihrer Namensgeberin vor 100 Jahren. Erinnert wird an eine Denkerin, die Gleichheit in Freiheit und Solidarität erstrebte – ohne das eine gegen das andere auszuspielen, an eine Frau, die vieles von dem hatte, was die politische Linke heute erst wieder erlernen muss.

Los geht es am 10. Januar mit einem Gespräch im Roten Salon der Volksbühne zwischen Lea Ypi, Paul Mason und Ernst Piper über die Aktualität des »eingreifenden Denkens« der Ökonomin und Journalistin, die sich zudem leidenschaftlich für Botanik interessierte und Politik als angewandte Philosophie begriff. Am 12. Januar folgt in Kreuzberg eine Hommage an die glühende Sozialistin unter dem Motto »Ich lebe am fröhlichsten im Sturm«. Prominente Gäste wie die LINKE-Parteivorsitzende Katja Kipping, die Fernsehmoderatorin Britta Steffenhagen, Berlins Kultursenator Klaus Lederer und die Sängerin Bernadette La Hengst gedenken einer Frau, deren Namen in Deutschland zwar jeder kennt, über deren Leben und Werk jedoch wenig bekannt ist. Und die noch heute ein Symbol für die Bekämpfung jeglicher Unterdrückung ist: sei sie ökonomischer, politischer oder sexueller Art. Am 15. Januar, dem Jahrestag ihrer Ermordung, ist die Volksbühne dann gemeinsam mit der Stiftung Gastgeberin einer »Tafel für Rosa Luxemburg«. Neben Speisen und Getränken werden mutige und ermutigende Texte aus ihrem Leben serviert. Der Abend ist Teil des von Kulturprojekte Berlin veranstalteten Themenwinters »100 Jahre Revolution – Berlin 1918/19«.

Henning Heine und Uwe Sonnenberg

Weitere Infos zum Themenwinter und zu bundesweiten Veranstaltungen und Publikationen zu Rosa Luxemburg unter: https://100jahrerevolution.berlin und www.rosalux.de.



RLS-CITIES: REBELLISCH. LINKS. SOLIDARISCH.

KONFERENZ ZU WOHNEN, BAUEN UND STADT
28. FEBRUAR – 1. MÄRZ 2019 IN BERLIN

»Wem gehört die Stadt? Für ein Menschenrecht auf Wohnen! Zusammen gegen Mietenwahnsinn! Eine Stadt für alle!« – die stadtpolitischen Bewegungen der letzten Jahre haben die Wohnungsfrage erneut auf die Agenda gesetzt. Damit knüpfen sie an die Erfahrungen vieler Menschen an. Für 88 Prozent der Bevölkerung ist laut aktuellen Umfragen die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ein wichtiges Thema, circa 75 Prozent haben Angst, ihre Wohnung zu verlieren oder durch steigende Mieten arm zu werden. Die Wohnungsfrage ist damit zu einer der wichtigsten sozialen Fragen überhaupt geworden. In Berlin versucht der rot-rot-grüne Senat seit gut zwei Jahren, mit dem Versprechen »Die Stadt gehört Euch« in der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung neue Wege zu gehen. Es wird Zeit, sich zusammenzusetzen, zu lernen, zu diskutieren, zu streiten. Auf der »RLS-Cities-Konferenz« soll die Zwischenbilanz der Stadtregierung kritisch reflektiert werden. Akteure aus Wissenschaft, Verbänden, Politik sowie Mieterinitiativen werden zu Wort kommen. Auch über neue, radikalere Ansätze soll gestritten werden. So war es etwa die Forderung der Enteignung, die auf dem »Alternativen Wohngipfel« im September 2018 den größten Zuspruch erhielt. Im Zentrum der Konferenz stehen Workshops, in denen neue Konzepte zur Lösung der Wohnungsfrage vorgestellt werden. Es geht um Wege zu einer rebellischen, linken und solidarischen Stadtpolitik: Wie lässt sich ein Recht auf Stadt für alle, wie der Zugang zu Wohnraum für alle verwirklichen? Auch internationale Erfahrungen, unter anderem aus Barcelona, Wien und Amsterdam, sollen einbezogen werden.

Stefan Thimmel

Info: www.rosalux.de/rls-cities-konferenz

AUS UNSEREN KÄMPFEN LERNEN

4. STREIKKONFERENZ, 15.–17. FEBRUAR 2019
IN BRAUNSCHWEIG

In Tagesstreiks der IG Metall, Arbeitskämpfen in den Krankenhäusern und Aktionen im Weihnachtsgeschäft gegen Amazon entstehen neue Formen der Gegenwehr. Diese werden auf der »Streikkonferenz« in den Blick genommen. Was können wir aus ihnen lernen? Wie können Erfolge verallgemeinert, alte Routinen durchbrochen und unsere Durchsetzungskraft gestärkt werden? Wie reagieren wir auf eine Politik, die Beschäftigtenrechte abbaut, Tarifverträge schleift, Gewerkschaften schwächt und rassistische Spaltungen verschärft? Zum vierten Mal bietet die »Streikkonferenz« eine Plattform für Aktive aus unterschiedlichen Gewerkschaften, für Wissenschaftler*innen und Menschen aus der Streiksolidarität, die an der strategischen Weiterentwicklung betrieblicher Auseinandersetzungen interessiert sind.

Infos und Anmeldung: https://www.rosalux.de/streikkonferenz/

HANS- UND LEA-GRUNDIG-PREIS FÜR »DIASPORISTISCHE« KUNST

BEWERBUNGSFRIST ENDET AM 31. MÄRZ

Im Herbst 2019 wird erneut der Hans- und Lea-Grundig-Preis für herausragende Arbeiten in den drei Kategorien Kunst, Kunstgeschichte sowie Kunstvermittlung vergeben. Die Bewerbungsfrist endet am 31. März.

Eingereicht werden sollen Arbeiten, die sich am Konzept der »diasporistischen« Kunst von Ronald Brooks Kitaj orientieren, sowie solche, die sich der Erschließung und Erforschung des Werks von verfolgten und ins Exil gezwungenen Künstlerinnen und Künstlern widmen. Ein dritter Schwerpunkt der Ausschreibung liegt auf der aktuellen musealen und non-musealen Vermittlung gesellschaftskritischer Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Der Preis ist mit insgesamt 10 000 Euro dotiert.

Mehr Infos: www.rosalux.de/news/id/39632

»WER WEITERGEHT, WIRD ERSCHOSSEN!«

WARUM DIE SOZIALE REVOLUTION 1918/19 SCHEITERTE

JÖRN SCHÜTRUMPF, INGAR SOLTY, UWE SONNENBERG

Es ist eines der aussagekräftigsten Bildmotive aus dem Revolutionsgeschehen 1918/19 in Deutschland. Soldaten halten ein Schild, darauf unmissverständlich die Warnung aufgedruckt: »Wer weitergeht wird erschossen!« HALT! rufen sie und sperren damit öffentliche Plätze ab. Seit Januar 1919 finden sich solche Aufforderungen in Deutschland.

»BRÜDER! NICHT SCHIESSEN!«

Dass es dazu kommen würde, war zwei Monate zuvor nicht abzusehen gewesen. Das Ende des verheerenden Krieges im Rücken, tanzten die Menschen. Der Kaiser hatte am 9. November 1918 abgedankt und war aus Angst vor Strafverfolgung in die Niederlande geflüchtet. Beträchtliche Teile seines immensen Privatvermögens sandte ihm die durch Krieg ausgeblutete Republik später nach; in Europa ein Alleinstellungsmerkmal im Umgang mit gestürzten Monarchen. Der eilig zusammengestellte Rat der Volksbeauftragten setzte von der Einführung eines allgemeinen und Frauenwahlrechts bis hin

zum Acht-Stunden-Tag langjährige Forderungen der Arbeiterbewegung um. Eine ganze Ordnung schien innerhalb von Stunden zusammenzubrechen. Auch wenn die ökonomischen Macht- und Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben, erhielt Deutschland doch binnen weniger Stunden mit der Republik eine neue Staatsform.

Für diesen November 1918 erinnert uns das Bildgedächtnis der Revolution noch an die dringliche Bitte: »Brüder! Nicht schießen!«. In schroffem Kontrast zu den Gräueltaten und Gewalterfahrungen des Ersten Weltkriegs hatte die Revolution mit dem Kieler Matrosenaufstand am 3. November 1918 und der (doppelten) Erklärung der Republik durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht am 9. November weitgehend friedlich begonnen. Am 6. Dezember 1918 aber ließ Berlins Stadtkommandant Otto Wels (SPD) in der Chausseestraße Maschinengewehre aufstellen, mit denen Gardefüsiliere in eine genehmigte Demonstration feuerten. Zur gleichen Zeit versuchten konterrevolutionäre Einheiten in der Innenstadt, den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte – seit dem 10. November das oberste Organ der Revolution – zu verhaften und den Volksbeauftragen Friedrich Ebert (SPD) zu einem »Präsidenten« mit diktatorischen Vollmachten auszurufen. Als beides misslang, zogen die Marodeure weiter zur Redaktion der *Roten Fahne*, dem Blatt des Spartakusbundes, der zu dieser Zeit zwar eigenständig, aber noch als Teil der 1917 als kriegsgegnerische Abspaltung der SPD gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) organisiert war. Es sollte nicht der letzte Besuch bleiben. Die Spannungen zwischen den revolutionären und reaktionären Kräften wuchsen, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung auf der Seite der Konterrevolution nahm zu. Drei Wochen später folgten die sogenannten Weihnachtskämpfe um das Berliner Schloss, dann die Januar-Unruhen 1919, die staatlichen Massaker während des Generalstreiks mit mehr als 1200 toten Arbeiter*innen und Matrosen im März und im April/Mai schließlich die militärische Niederschlagung der Räterepubliken, die sich im Zuge der Revolution auf deutschem Boden gegründet hatten (vgl. hierzu Demirović in diesem Heft).

Wie aber konnte es zu diesem Ausbruch der Gewalt kommen? Wie lässt sich der Übergang von der Parole »Brüder, nicht schießen!« zu »Wer weitergeht, wird erschossen!« erklären, der Übergang von der friedlichen Revolution zum massiven Gewaltausbruch der Folgemonate? Und was – jenseits von Anklagen gegen Einzelne, »Verrat« begangen zu haben – hilft zu verstehen, warum die regierenden Mehrheitssozialdemokraten, nachdem sie in der Vorkriegszeit für eine revolutionäre Umgestaltung des Kapitalismus eingetreten waren, sich nun im Bündnis mit antidemokratischen Kräften auf autoritäre Weise gegen die Revolution stellten?

Eine Revolution stand für die SPD spätestens seit 1910 nicht mehr auf der Tagesord-

JÖRN SCHÜTRUMPF ist Leiter der Fokusstelle Rosa Luxemburg der Stiftung.

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

UWE SONNENBERG ist wissenschaftlicher Projektmitarbeiter Revolutionen am Historischen Zentrum der Stiftung.

nung. Vielmehr ging es in Koalition mit den im Reichstag vertretenen, mehr oder minder liberalen Parteien um eine stärkere Parlamentarisierung der Monarchie. Anfang Oktober 1918 hatte dieses Bestreben immerhin den Rückzug der Ludendorff'schen Militärdiktatur erbracht. Mehr war vonseiten der Mehrheitssozialdemokratie zunächst nicht gewollt. Diejenigen Kräfte innerhalb der SPD, die wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am Marx'schen Erbe und der revolutionären Vision festhielten, wurden während des Krieges Schritt für Schritt an den Rand und aus der Partei gedrängt. Sie kamen wie Luxemburg selbst ins Gefängnis, formierten sich als Zimmerwalder Linke (1915) oder Spartakusgruppe (1916) und schließlich 1917 als spektrenübergreifende, kriegsgegnerische USPD. Der nach dem 9. November 1918 gebildete Rat der Volksbeauftragten, paritätisch besetzt aus SPD und USPD, glich nicht einmal einer Vernunftehe. Es handelte sich schlicht um eine durch die revolutionäre Welle erzwungene Zwangsverheiratung, die es entweder über die Wahl zu einer Nationalversammlung oder aber durch einen gehörigen Ehekrach wieder aufzulösen galt.

Der Weg zu dieser Nationalversammlung war indes weder vorgezeichnet noch verlief er direkt. Er musste erst einmal freigemacht werden. Denn der deutsche November 1918 hatte im Zeichen einer aus Russland inspirierten Idee stattgefunden: Im gesamten Land entstanden mit einer heute nur schwer nachvollziehbaren Selbstverständlichkeit Räte als zumeist rein proletarische Herrschaftsorgane. Sie waren Symbol und Träger der Revolution. Fünf Wochen später jedoch entschied die übergroße Mehrheit der Delegierten auf dem Ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (vom 16. bis 20. Dezember), Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung abhalten zu wollen. Auch wenn es nicht intendiert war, kam diese Abstimmung jedoch einem Votum zur Selbstentmachtung der Räte gleich.

Die Weigerung der Volksmarinedivision, das Stadtschloss zu räumen, und der daraufhin von Friedrich Ebert angeordnete Angriff am Heiligen Abend bildeten für die Volksbeauftragten der SPD den willkommenen Anlass, die ungeliebte Verbindung mit der USPD aufzulösen und gleichzeitig den Aufbau häufig rechtsextremer Freikorps zu fördern – zusätzlich zu den unterlegenen, regulären Truppen. Die USPD wiederum hätte der natürliche Hegemon der Revolution sein können. Wie alle die Revolution tragenden Kräfte aber stand sie nach dem 9. November konzeptionslos der Aufgabe gegenüber, den Übergang in die neue Republik zu gestalten und Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen. Beim Bruch der Koalition im Rat der Volksbeauftragten erwies sie sich als wehrlos und ergab sich letztlich in ihr Schicksal.

Zugleich verließ der Spartakusbund die USPD und bildete eine der Quellgruppen der am 30. Dezember 1918 gegründeten KPD. Längst war aber auch die »Konterrevolution« gestärkt. Zum 1. Dezember hatte die von Großindustriellen und Banken finanzierte Antibolschewistische Liga mit ihrem »Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus« eröffnet. In Massenpublikationen riefen sie zur Ermordung von Liebknecht und Luxemburg auf. Erst später wurde das schon in den ersten Tagen der Revolution ge-

knüpfte Bündnis zwischen Ebert und dem im Namen der Obersten Heeresleitung agierenden Generalleutnant Wilhelm Groener bekannt. Faktisch regierte dieses Bündnis im Hintergrund von vornherein, nicht zuletzt durch ihr gemeinsames Einverständnis, die Linke notfalls mit Gewalt an einem Weitertreiben der Revolution zu hindern. Das heißt: Kaum mehr als einen Tag, nachdem die Soldaten in der Garde-Ulanen-Kaserne mit der Parole »Brüder, nicht schießen!« zur Verbrüderung aufgerufen worden waren, galt insgeheim schon: »Wer weitergeht, wird erschossen!« Der Aufruf zum Gewaltverzicht galt also nur solange sich Ebert in einer Defensivposition sah und die Grenzen der politischen Revolution nicht überschritten wurden. Das allerdings wussten die handelnden Revolutionär*innen nicht.

Nach der Niederschlagung der Januar-Unruhen ermordeten am 15. Januar 1919 Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division auf Befehl des deutschen Offiziers Waldemar Pabst Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Wie tief die provisorische Regierung in diesen Mord verstrickt war, lässt sich heute nicht mehr einwandfrei rekonstruieren. Fest steht nur, dass Gustav Noske (SPD), zunächst als Volksbeauftragter und dann als Reichswehrminister, seine schützende Hand über Pabst hielt und die Justiz die Aufklärung der Mordaktionen massiv behinderte (vgl. Solty in diesem Heft).

JENSEITS DER VERRATSTHESE: LUXEMBURG, DER »TRASFORMISMO« UND DIE GEWALTFRAGE

Die Tatsache jedoch, dass die SPD-Führung in der Revolution ein Bündnis mit den alten Eliten einging, um eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung zu verhindern, ist an sich erklärungsbedürftig. Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung hat die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht – als den prominentesten Opfern des Übergangs von »Brüder, nicht schießen« zu »Wer weitergeht, wird erschossen« – lange mit der Notwendigkeit begründet, einen Bürgerkrieg nach russischem Vorbild zu verhindern. Dabei wurde ihre Bedeutung nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der bürgerlich-konservativen und in der kommunistischen Geschichtsschreibung auf je eigene Weise verzerrt. In allen Darstellungen starben sie als »Bolschewisten«. Die konservative und die sozialdemokratische Historiografie überhöhte die Rolle von Luxemburg und Liebknecht wie auch die der Spartakusgruppe, respektive der KPD in den Januar-Unruhen 1919. Sie schuf den Mythos eines Abenteurertums, das Deutschland einen blutigen Bürgerkrieg habe aufzwingen wollen, um eine Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild zu errichten.

Den Spartakusaufstand als Ausdruck revolutionären Abenteurertums zu deuten, ist jedoch eine fatale, geschichtsmächtige Legende. Tatsächlich beschrieb die »Novemberrevolution« einen längeren Zyklus. Weder endete sie im November 1918 noch mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 oder dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung am 14. August 1919. In einer historisch relativ offenen Situation zog sie sich mit der »zweiten Revolution« mindestens bis 1920, wenn nicht sogar bis 1923 hin. Es war eine soziale, nicht bloß politische Revolution mit Massenbasis. Sie war außerdem längst nicht auf Deutschland beschränkt, sondern einge-



»Brüder! nicht schießen!«, Aufruf zur Verbrüderung vor der Garde-Ulanen-Kaserne, 9. November 1918, © bpk / Geheimes Staatsarchiv, SPK / Bildstelle GStA PK

bettet in einen globalen Revolutionszyklus, der sich – so wie Revolutionen historisch häufig mit Kriegen, insbesondere verlorenen Kriegen korrelieren – geografisch von Irland und dem Aufstand gegen die britische Kolonialherrschaft (1916) bis nach Zentralasien zog, wo im Februar 1917 die Usbeken, Kirgisen, Turkmenen und Kasachen sich weigerten, die zaristische Wehrpflicht zu befolgen.

Die Mär vom »Spartakusaufstand« wirkte aber bis in die 1930er und 1940er Jahre fort: Anknüpfend an die »Dolchstoßlegende«, mit der die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg als Folge einer »jüdisch-bolschewistischen Verschwörung« des inneren Feinds dargestellt wurde, sei es in den Jahren 1944/45 »erneut« darum gegangen, eine sozialistische Revolution im Hinterland der nach außen Krieg führenden Nation zu verhindern. Diese auch als Novembersyndrom bezeichnete Bezugnahme der Nazis auf die Revolution von 1918 wurde nach der Befreiung vom Faschismus und im Kalten Krieg von der nationalkonservativen Historiografie der BRD in die Erzählung transformiert, die Weimarer Republik sei nicht durch die 1918 eingeleitete Konterrevolution und das SPD-Bündnis mit den reaktionären alten Eliten zu Grabe getragen, sondern von links wie von rechts erdrückt worden. Erst ab den 1960er Jahren entdeckte eine neue Generation an Historiker*innen das demokratische Potenzial der Rätebewegungen und stellte andere Fragen an die Geschichte dieser Revolution.

In der kommunistischen Geschichtsschreibung wiederum erschienen Luxemburg und Liebknecht als die großen Führer*innen eines Aufstandes gegen den Verrat der SPD an der Revolution und ihr Bündnis mit den Kräften des alten Regimes. Der Aufstand im Januar 1919 sei lediglich verloren worden, weil eine straff hierarchisch aufgebaute kommunistische Kaderpartei fehlte. Keine zwei Wochen nach ihrer Gründung stellte die KPD eine solche revolutionäre Organisation einfach noch nicht dar. Und weil es in der kommunistischen Geschichtsschreibung verlorene sozialistische Revolutionen nicht geben durfte, galt die Novemberrevolution fortan als bürgerliche Revolution mit proletarischen Mitteln.

Tatsächlich aber hatte Luxemburg einen solchen Bürgerkrieg abgelehnt. Sie misstraute dem parlamentarisch orientierten Evolutionismus der »Zentristen« um Karl Kautsky, der schon vor dem Ersten Weltkrieg die Parole aus-

gegeben hatte, die SPD sei »eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei«. Luxemburg erkannte auch den von Antonio Gramsci später so genannten Trasformismo, den Prozess der Einschreibung und Kooptation der sozialdemokratischen Opposition ins bestehende Herrschaftssystem. Die SPD wie die Gewerkschaften waren ihm im Zuge ihrer Institutionalisierung unterlegen. Es war genau dieser Prozess, der die Parteiführung 1914 mit dem Antikriegsinternationalismus der sozialistischen Bewegung brechen ließ; und es ist dieser Prozess, der verstehen hilft, warum die SPD und die Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern so lange den Burgfrieden mit dem Ancien Régime aufrechterhielten, obwohl der Krieg an der Heimatfront hegemoniepolitisch – nicht zuletzt aufgrund der katastrophalen Ernährungslage, die schon 1915 zu »Butterkrawallen« geführt hatte – schon 1916 verloren war.



Regierungstruppen am Potsdamer Platz, Januar 1919,

Die großen Massenstreikbewegungen ab Juni 1916 bis letztlich zum 9. November 1918 unterstrichen diesen Zusammenhang. Aus ihnen zog Luxemburg ihre Hoffnungen auf eine Überwindung des Kapitalismus und des imperialistischen Krieges sowie auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Sie setzte ihr Vertrauen in die Spontaneität der demokratisch-aktivierten und zu aktivierenden Massen. Den Übergang zum Sozialismus aber stellte sie sich unter anderem auf dem Weg von entschädigungsbasierten Enteignungen vor. Sie schätzte wohl richtig ein, dass die Revolution im kapitalistisch entwickelten Westen mit seinen größeren Möglichkeiten der politischen Integration sowie den Gewaltressourcen des Staates sich anders würde entwickeln müssen als unter den Bedingungen des autoritären zaristischen Staates durch eine leninistisch-verschwörerische Avantgardepartei (vgl. Demirović und Pieschke in diesem Heft). Zwar wäre Luxemburg einem revolutionären Bürgerkrieg nicht ausgewichen und hätte, wenn er alternativlos die Aussicht auf eine Vertiefung der Revolution geboten hätte, ihn auch entschlossen geführt (vgl. Brie in diesem Heft). Aber als sich Liebknecht dem Aufruf der Revolutionären Obleute am 6. Januar 1919 zum Generalstreik und zum Sturz der »Regierung Ebert/Scheidemann« anschloss, stellte sie sich gegen ihn. Trotzdem wurde sie ermordet und trotzdem starb sie im herrschenden Geschichtsnarrativ als Bolschewistin.

Der Verlauf der Ereignisse im Januar 1919 hing aber weder von Luxemburg noch von Liebknecht ab; das historische Geschehen von der Massenmobilisierung der Berliner

Arbeiter*innen, den Besetzungen des Zeitungsviertels und der Bahnhöfe, vom Einsatz militärischer Gewalt bis hin zu den Massakern gegen die Revolutionäre hätte sich – auch wenn ihre Dämonisierung die Hemmschwellen der militärischen Gewalt reduziert haben dürfte – wohl in ähnlicher Weise vollzogen. Dem am 5. Januar gebildeten Revolutionsausschuss gehörten mit Liebknecht und Wilhelm Pieck nur zwei Vertreter der KPD an. Die protestierenden Massen standen politisch hinter der USPD. Gegenüber den rund 300 Anhänger*innen der KPD konnte sie allein in Berlin auf bis zu 200 000 Anhänger*innen zählen. Nach der massiven Gewalt während der Weihnachtskämpfe 1918 und der – von der SPD angeordneten – Entlassung ihres Polizeipräsidenten Emil Eichhorn am 4. Januar 1919 aber radikalisierte sich auch die USPD.

Luxemburg hat im geschichtlichen Rückblick Recht behalten, was sie jedoch das Leben kostete. Sie starb aufgrund der herrschenden Kräfteverhältnisse: Die erodierte Hegemonie machte eine Revolution nötig und der Sozialismus hatte zu diesem Zeitpunkt als gesellschaftliche Stimmung noch eine Massenbasis, aber die Einbindung der SPD und ihr entsprechendes Bündnis mit dem Ancien Régime ließen eine solche Umgestaltung nicht zu. Am besten ausgedrückt hat dies vielleicht der deutsche Schriftsteller Arnold Zweig (1919, 75), der in seinem Text »Grabrede auf Spartacus« Luxemburg nach ihrer Ermordung als Trägerin einer unabgegoltenen (Zukunfts-)Idee beschrieb: »Antipodisch zur Gewalt, siegt die Idee, indem sie ihre eigenen Träger opfert […]. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg: neben den Toten des Dezembers und Januars liegen ihre Leichen im Grundbau der deutschen Republik, der sozialistischen Freiheit. Sie wird Großes zu leisten haben, um dieser Toten wert zu sein.«

DAS GEHT ABER ZU WEIT!

Nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen Millionen Toten stand der Sozialismus auf der Tagesordnung. Die aus der Enttäuschung über die bisherige Bilanz geborene so genannte »zweite Revolution« konnte ab Frühjahr 1919 mit ihren Forderungen (Demokratisierung der Staatsapparate, Fürstenenteignungen, betriebliche Mitbestimmung, Sozialisierungsmaßnahmen, Übergang zu einer sozialistischen Produktionsweise, aber auch kulturelle, sexuelle und künstlerische Emanzipation) auf eine breite sozialrevolutionäre Massenbasis zählen. Dieser Impuls, nun auch weiterzugehen, um nicht nur die Ergebnisse der Revolution zu sichern, sondern mit ihr weiter voranzukommen, lässt sich auch innerhalb der Gewerkschaften und ihren Diskussionen zu Grundlagen einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wiederfinden.

In ihrem festen Entschluss, ein revolutionäres »Weitergehen« in diese Richtung zu verhindern, setzte die Weimarer Koalition die konterrevolutionäre Gewalt jedoch erst frei. Während des Generalstreiks im März 1919, an dem sich rund eine Million Beschäftigte aus den Berliner Betrieben beteiligten, töteten im Bezirk Lichtenberg Freikorpstruppen im Auftrag der Regierung mindestens 1 200 Arbeiter*innen, zumeist ohne Urteil. Sie wurden oft einfach gelyncht. Dieser beispiellose Akt war begleitet durch eine sagenhafte Lügenpropaganda, inklusive der Behauptung,

dass die Flugzeuge, mit denen die Regierung die Herzkammer der Revolte im Osten Berlins bombardierte, in Wirklichkeit von Spartakisten geflogen würden. Aber nicht nur in Berlin, auch bei der militärischen Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik wurde bis dahin unvorstellbare Gewalt gegen die eigene Bevölkerung angewendet. Die meisten starben auch hier bei nachträglichen Erschießungen und Mordaktionen, die zu weit über 90 Prozent Regierungstruppen verübten. Diese durch Gustav Noskes Ausnahmezustand staatlich legitimierte Vernichtungsgewalt, die im Namen der Staatsräson, gegen Chaos für Ruhe und Ordnung und vor allem gegen dämonisierte Minderheiten und den politischen Gegner verübt wurde, nahm in den Augen von verschiedenen Historiker*innen die Gewalt der Nazis vorweg.

Das Verhalten der »Regierungssozialisten« trug maßgeblich dazu bei, die fatale Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Kommunisten endgültig zu machen. »Die Sozialdemokraten Ebert und Noske hatten in den Jahren 1918/19 die spartakistischen Aufstände nur mithilfe der kaiserlichen Generale niederschlagen können. Seit dieser Zeit ging ein tiefer Graben durch die deutsche Arbeiterschaft, und dieser Graben war mit Blut gefüllt. Er konnte in der Folge nicht mehr zugeschüttet werden«, meinte etwa Wilhelm Hoegner (1945, 22).[1] Und auch Zeitgenossen wie der linke Sozialdemokrat Heinrich Ströbel (1919, 275) – wegen seiner Kritik am Burgfrieden 1916 als Chefredakteur des *Vorwärts* entlassen und bis 4. Januar 1919 Mitglied des Preußischen Revolutionskabinetts – brachten früh ihre Verzweiflung über diese Spaltung zum Ausdruck: »Der Fehler ist [...], daß die Regierung mit ihren Zugeständnissen viel zu spät gekommen ist. Den guten Willen zur Sozialisierung hätte sie schon vor Monaten beweisen müssen. Hätte sie damals die Gruben, die Monopolbetriebe und die andern für den Gemeinbetrieb reifen Betriebe verstaatlicht, so hätte sie schweres Mißtrauen beschwichtigt, verheerende Streiks verhindert und dem Bolschewismus den Wind aus den Segeln genommen.« Was Ströbel und andere indes nicht wissen konnten, war, dass das verhängnisvolle Zusammengehen von Ebert mit den alten Eliten der kaiserlichen Armee ein Weitergehen ausgeschlossen hatte, dass erschossen werden würde, wer es versuchte.

Der daraus hervorgegangene anhaltende Hass der beiden Flügel der Arbeiterbewegung aufeinander machte die Sozialfaschismusthese der KPD nach ihrer Bolschewisierung 1928 genauso möglich wie die »Rot-gleich-braun«-Rechnung in der SPD. Nachdem sie 1920 noch den Kapp-Putsch besiegt hatten, verhinderten beide Positionen, dass die Arbeiterbewegung die Machtübergabe an Hitler hätte aufhalten können. Sie bekämpften sich jetzt stärker gegenseitig als den gemeinsamen Feind. Ab 1933 saßen sie in denselben Konzentrationslagern.

LITERATUR

Hoegner, Wilhelm (alias Rudolf Ritter), 1945: Lehren der Weimarer Republik, in: Schweizer Monatshefte 25, H. 1, 14–34

Ströbel, Heinrich, 1919: Moskau gegen Weimar, in: Die Weltbühne, 15/1. und 2. Hj., 273–279

Zweig, Arnold, 1919: Grabrede auf Spartacus, in: Die Weltbühne, 15/1. und 2. Hj., 75–78

1 Hoegner war von 1945 bis 1946 und erneut von 1954 bis 1957 sozialdemokratischer Ministerpräsident Bayerns.

... EIN NEUES KLEID FÜR ROSA

STUDIERENDE DER ATHENS SCHOOL OF FINE ARTS

Wir alle haben ein Bild von Rosa Luxemburg im Kopf. Sehr viele Porträts gibt es aber nicht. Schwarz-weiß, ihrer Zeit entsprechend eher züchtig, freundlich, bieder. Bilder, die kaum auszudrücken vermögen, wofür diese herausragende Frau stand und steht.

Wie würden wir uns Luxemburg heute vorstellen? Welche Gedanken, welche Bilder ruft sie in uns auf? Zu was inspiriert sie uns? Und welchen künstlerischen Ausdruck kann all das finden?

Mit diesen Fragen haben sich Studierende der Athens School of Fine Arts (ASFA) auseinandergesetzt. Gemeinsam mit der Hochschule hat das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Griechenland anlässlich des 100. Todestages einen Wettbewerb ausgelobt. Die Künstler*innen haben sich mit dem Leben und den Schriften Rosa Luxemburgs auseinandergesetzt und ihre Eindrücke in Malerei, Installationen, Skulpturen und Kollagen umgesetzt. Entstanden sind 28 Werke, in denen ganz unterschiedliche Blicke auf Luxemburg zum Ausdruck kommen – kraftvoll, traurig, vielschichtig, persönlich und kämpferisch.

Wir drucken hier eine Auswahl der Arbeiten, die am 15. Januar in einer Ausstellung in Athen präsentiert werden. Dreizehn Bilder wird es auch als Wandkalender geben – Rosa Luxemburg in zeitgenössischem Gewand.



© Dimitris Petrolekas, Andenken, 2018,
Gemischte Technik, 32 x 22 cm

EINE NEUE ZIVILISATION

ALEX DEMIROVIĆ

Rosa Luxemburg löst bis heute unversöhnliche Reaktionen aus. Vielen in der Führung der SPD war sie zu radikal und zu demokratisch. Das war auch unter ihren Nachfolgern in der Führung der KPD der Fall. Von Ruth Fischer wurde ihr Verständnis von Freiheit als Freiheit der anderen als ein »Syphilisbazillus« diskreditiert. Aus demselben Grund schloss Ernst Thälmann sich dem Urteil Stalins an, demzufolge der »Luxemburgismus« aufs Schärfste zu bekämpfen sei, weil er einen Übergang zur bürgerlichen Ideologie und zum Sozialfaschismus bilde (vgl. Bierl 1993, 9f).

Der Extremismusforscher Eckhard Jesse wiederum kritisiert, dass Luxemburg aufgrund ihrer Kritik an Lenin und ihres Freiheitsverständnisses vielen Linken als eine Art Lichtgestalt und Vertreterin eines demokratischen Sozialismus gelte. Doch viele hätten sich nur Illusionen gemacht. »Wäre sie nicht [...] ermordet worden, hätte wohl kaum jene geradezu panegyrische Verehrung eingesetzt.« (Jesse 2008, 83) Ihr Extremismus sei nicht mit den Maximen des

demokratischen Verfassungsstaates vereinbar – die Novemberrevolution solle folglich nicht als »verpasste Chance« betrachtet werden, sondern eher als »abgewendete Katastrophe« (ebd., 79).

DAS GANZE UND DAS EINZELNE

In »Rosa Luxemburg als Marxist« legt Georg Lukács einen seiner zentralen Gedanken dar: Nicht die Vorherrschaft ökonomischer Motive in der Erklärung historischer Prozesse unterscheide den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität (vgl. Lukács 1968, 199). Die Überlegung, dass das Ganze den Vorrang vor dem Einzelnen habe, versucht Lukács am Ende des Textes fruchtbar zu machen, um der Ermordung Luxemburgs etwas Positives abzugewinnen. Er bestreitet nicht, dass ihr Tod mit einer Niederlage der revolutionären Kämpfe im Januar 1919 verbunden war, er betrachtet ihn jedoch als »konsequente Krönung ihres Denkens und Lebens«. Der Standpunkt der Totalität gewährt ihm zufolge die methodische Gewissheit, dass der geschichtliche Prozess »unbekümmert um alle momentanen Niederlagen und Rückschläge« (ebd., 216) seinen Weg zu Ende geht.

Lukács war offensichtlich bemüht, einer möglichen Resignation entgegenzutreten, die die Ermordung einer der führenden Vertreterinnen der revolutionären Sozialdemokratie für die Bewegung in Deutschland hätte bedeuten können. Er wandte sich gegen eine opportunistische Haltung, derzufolge angesichts der Schwäche der Arbeiterbewegung der Versuch einer revolutionären Veränderung gar nicht erst hätte unternommen werden dürfen. Die Bereitschaft Luxemburgs, trotz Einsicht in die kommende Niederlage bei den Massen zu bleiben und ihr Schicksal zu teilen, sei eine richtige Konsequenz der Einheit von Theorie und Praxis gewesen – anders gesagt, ein gerechtfertigtes, sinnvolles Opfer für das (noch kommende) Ganze. Dieses Argument, das Mut machen will, aber das Potenzial von Luxemburgs konkreter politischer Arbeit gar nicht bedenkt und sie als Individuum ignoriert, unterstellt gleichzeitig, dass dieses Ganze dem Theoretiker zur Verfügung stehe und er das Recht habe, in dessen Namen über die Individuen zu verfügen. Nicht für einen Moment wird dem strategischen Gedanken Raum gegeben, dass der Tod der Person tatsächlich zu einer irreversiblen Niederlage beigetragen hatte, dass, anders gesagt, Luxemburgs Weiterleben vielleicht wichtiger gewesen wäre, weil es Handlungsmöglichkeiten für eine revolutionäre Demokratie in Deutschland geschaffen, strategische Alternativen offengehalten und dem weiteren Prozess eine andere Richtung gegeben hätte. Der Begriff der Totalität wird abschlusshaft verwendet. Dies führt zu einer eigentümlichen Gefühlskälte.

Wird Lukács dem Denken Luxemburgs und ihrer Politik gerecht? Ja und Nein. Sie sah es als eine selbstverständliche Zugabe, als proletarische Freiheitskämpferin auch ins Gefängnis zu

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und hierzulande einer der eingriffslustigsten linken Intellektuellen. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

kommen, sie rechnete mit ihrer Ermordung. Dies gehörte für sie zur Logik des Kampfes (Caysa 2002, 30). Sie wäre auch dann nicht aus Deutschland geflohen, wenn ihr der Galgen gedroht hätte – »und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich für durchaus notwendig halte, unsere Partei daran zu gewöhnen, daß Opfer zum Handwerk des Sozialisten gehören« (Luxemburg 1914, 339f). Lenin hatte in einer vergleichbaren Situation im Sommer 1917 anders entschieden und war geflohen, weil er es für wichtiger hielt, für die Fortsetzung der Revolution weiterzuleben. Im Fall von Luxemburg wäre es wohl tatsächlich von Bedeutung gewesen, sie hätte sich versteckt, auch wenn der *Vorwärts*, der selbst zur Mordstimmung beitrug, sich über ihre Feigheit lustig gemacht hätte.

WEITHERZIGSTE MENSCHLICHKEIT …

Lukács trägt wiederum der Dialektik, die in Luxemburgs Denken am Werk ist, nicht Rechnung: Einige Tage nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im November 1918 publizierte sie in der *Roten Fahne* einen Text, mit dem sie ein Versprechen einlöste, das sie ihren Mitgefangenen gegeben hatte, nämlich zu fordern, das bestehende Strafsystem, das die Barbarei des Kapitalismus atme, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Da dies erst auf neuer wirtschaftlicher und sozialer Grundlage möglich sei, solle wenigstens sofort eine grundsätzliche Reform des Strafvollzugs in Angriff genommen und die Todesstrafe abgeschafft werden. Dass die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte nicht entsprechend handelte, interpretierte Luxemburg (1918a, 405) als einen Hinweis: »Ach, wie ist diese deutsche Revolution – deutsch! Wie ist sie nüchtern, pedantisch, ohne Schwung, ohne Glanz, ohne Größe. Die vergessene Todesstrafe ist nur ein kleiner, einzelner Zug. Aber wie pflegt sich gerade in solchen kleinen Zügen der innere Geist des Ganzen zu verraten!« Sie verfährt hier theoretisch ganz anders als Lukács. Nicht das Ganze ist ihr Bezugspunkt, sie legt nicht nahe, dass die Veränderung des Strafrechtsregimes noch so lange warten könnte, bis das Ganze sich ändert. Umgekehrt wird für sie vielmehr die Tatsache, dass eine »Kleinigkeit« nicht bedacht wird, zum Maßstab des Ganzen. Es sei im Krieg, beim imperialistischen Völkermord, so viel Blut vergossen worden. Gerade deswegen dürfe das nicht fortgesetzt werden. »Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.« (Ebd., 406) Gerade um das Verbrechen der Unachtsamkeit und Kälte zu vermeiden, aus der Achtung vor dem Einzelnen heraus muss das Ganze verändert werden. »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.« (Ebd.) Menschlichkeit will ich als jenen Sinn für das Einzelne verstehen, der der Unachtsamkeit, die im Namen des Ganzen praktiziert werden kann, die Rechtfertigung entzieht. Luxemburg (1918b, 445) verbindet in einem Satz, was keineswegs leicht zu vereinbaren ist, nämlich die rigorose verändernde Praxis, den »höchsten Idealismus im Interesse der Allgemeinheit« und die äußerste Achtsamkeit für das Einzelne. Wie kann das zusammengehen? Das Ganze ist rücksichtslos zu ändern, gerade um jener Gefühlskälte die Grundlage zu nehmen und auf weltgeschichtli-

chem Niveau das Einzelne zur Geltung zu bringen. So fühlt sich Luxemburg (1917b, 177) den Schmerzen der Juden im Ghetto ebenso verbunden wie den Opfern der deutschen Kriegsführung in Südwestafrika: »Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt.«

… UND DENNOCH ÜBER DEN DINGEN STEHEN

Luxemburg bewegt sich also bewusst in Widersprüchen. Es finden sich andere: der zwischen Spontaneität und Parteiorganisation, zwischen den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und dem eingreifenden Willen, zwischen der rigorosen Ablehnung von Krieg, Terror, »Menschenmord« und revolutionärer Gewalt (1918b, 446f). Wie damit umzugehen sei, wann die eine Seite, wann die andere relevant ist, bleibt unklar. Luxemburg hat keine materialistische Theorie der Dialektik ausgearbeitet, aber ihre Haltung ist deutlich: Sie vereinseitigt nicht, sondern plädiert dafür, sich im Spannungsfeld des Widerspruchs von Ganzem und Einzelnem zu bewegen. Sich über das Geringste freuen, den Zauber des Lebens aus den kleinsten Dingen heraushören, sich in die Details der revolutionären Veränderung versenken, ohne Erwartung auf historische Gerechtigkeit oder höheren Sinn so



© Vassiliki Koukou, Briefe von Rosa, 2018. Holz, Stoff, Papier, Tusche, 100 x 150 cm

leben, wie man es für recht halte, erhebt sie gleichwohl den Anspruch, über den Dingen zu stehen und das Wirken der Einzelnen nicht zu überschätzen. Wenn die gesamte Welt aus den Fugen gehe, wolle sie nicht stöhnen und seufzen, sondern begreifen. Sie betrachtet die Theorie als eine Form des Kampfes. Der Begriff hilft, eine Haltung und Souveränität zu gewinnen, die es ihr erlaubt, jenen Zugriff der Macht auf die eigene Person, ihre Gefühle, ihre Stimmung, ihr Denken, zurückweisen zu können. »Der Kämpfer muß erst recht über den Dingen zu stehen suchen, sonst versinkt er mit der Nase in jedem Quark.« (Luxemburg 1917a, 163) Es ist eine bestimmte Haltung der Distanz zum Tagesgeschehen, um sich nicht in die sich vollziehende Geschichte hineinziehen zu lassen, in Ängstlichkeit, Routine, parlamentarischen Kretinismus, Parteimisere, die das politische Urteil trüben, sondern um das langfristige Ziel im Blick zu behalten. »Die ›Enttäuschung über die Massen‹ ist stets das blamabelste Zeugnis für den politischen Führer. Ein Führer großen Stils richtet seine Taktik nicht nach der momentanen Stimmung der Massen, sondern nach ehernen Gesetzen der Entwicklung, hält an seiner Taktik fest trotz aller Enttäuschungen und läßt im übrigen ruhig die Geschichte ihr Werk zur Reife bringen.« (1917b, 176) Luxemburg spricht immer wieder von der objektiven Logik der Geschichte, der man ihre Zeit lassen muss. Geduld gilt ihr als notwendige Haltung. Es geht ihr um die Souveränität gegenüber der Macht der Dinge, um den Sinn für die großen Linien. Zappelei und Aufregung über Nebensächlichkeiten brächten nichts. Man müsse die Dinge mit der Ruhe eines Naturforschers studieren und beobachten (ebd., 332).

Luxemburgs Vertrauen in den historischen Prozess, in die Revolution beruft sich nicht auf eine mechanische Entwicklung der Gesellschaft (Luxemburg 1899, 435). Es sollte nicht als Attentismus missverstanden werden. Sie vertritt eine spezifische Vorstellung von den klassenkämpferischen Aktivitäten der Arbeiterklasse. Diese finden nicht erst an jenem Endpunkt statt, wenn die Verhältnisse reif sind; sie kommen immer zu früh. Insofern Klassenkämpfe der gesellschaftlichen Entwicklung nicht äußerlich bleiben, verschieben die ungleichzeitigen Interventionen den historischen Prozess und schaffen die Bedingungen des langfristigen Erfolgs. Gerade wegen dieser Ungleichzeitigkeit war Luxemburg davon überzeugt, dass es immer zu plötzlichen Wendungen kommen kann. Auch wenn die Lage hoffnungslos und verzweifelt aussehe, könnten doch elementare, tief verborgene Sprungfedern kontingente Prozesse auslösen, für die man sich bereithalten sollte. Die Masse sei stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden, als sie scheint (Luxemburg 1917b, 176).

DER PULSSCHLAG DES POLITISCHEN LEBENS DER MASSEN

Ihr radikaler Wille zur Demokratie findet sich in einer Vielzahl von Äußerungen. Peter Bierl (1993, 78f) vertritt die Ansicht, dass Luxemburg fast bis zum Ende ihres Lebens die demokratische Republik als die geeignete institutionelle Form für den sozialistischen Umbau betrachtet habe. Tatsächlich legt sie nicht dar, wie sie das Verhältnis von Räte- und parlamentarischer Demokratie sieht. Die von Lenin und Trotzki vorgenommene Auflösung der konstituierenden Nationalversammlung lehnte sie ab. Sie

erwartete, dass um eine Vertretungskörperschaft herum sich die Produktivität der gemeinsamen Aktivitäten und öffentlichen Diskussionen über die gemeinsamen Entscheidungen entfalten würde: »Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung. [...] Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.« (Luxemburg 1918c, 356) In den Wochen nach dem Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland argumentierte sie jedoch entschieden gegen eine Nationalversammlung. Diese Form der Demokratie sei ein Erbstück der bürgerlichen Revolution und überholt. Der parlamentarische Alltag mit der Bildung von Mehrheiten und Kompromissen, in denen das Bürgertum sich grundsätzlich durchsetze und die Arbeiterschaft nicht unmittelbar aktiv sei, entspreche einem Gleichgewicht der Klassen. Die Nationalversammlung als Ergebnis der Novemberrevolution, die nach Ansicht Luxemburgs die unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hatte, sei folglich ein Rückschritt. Für zeitgemäß hielt sie die Herrschaft der Mehrheit des Volkes. Sie argumentierte zunächst für ein Arbeiterparlament, dann für die Räte. Die Grundzüge der Rätedemokratie skizzierte sie unmittelbar vor dem 1. Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der Mitte Dezember 1918 stattfand. Parlamente und Gemeinderäte sollten durch Arbeiter- und Soldatenräte ersetzt werden, für Deutschland sollten Delegierte der lokalen Räte einen Zentralrat wählen, der seinerseits einen Vollzugsrat als gesetzgebende und vollziehende Gewalt wählen sollte. Das Wahlrecht für die Arbeiterräte sollte bei der gesamten erwachsenen Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, für die Soldatenräte bei den Mannschaften unter Ausschluss der Offiziere liegen. Die Delegierten des Zentralrats, dem die Kontrolle des Vollzugsrats obliegen sollte, sollten rückberufbar sein (vgl. Luxemburg 1918b, 448). Nur zwei Wochen später, auf dem Treffen zur Gründung der KPD, plädierte sie wiederum für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, weil diese auch breit von der Arbeiterschaft unterstützt wurden und sich die Partei mit einer anderen Entscheidung selbst marginalisiert hätte. Je nach Konstellation kommt sie zu unterschiedlichen Einschätzungen. Dies legt die These nahe, dass es ihr gar nicht um die besondere politische Form – Parlament, Arbeiterparlament oder Räte – ging, sondern um eine möglichst breite Grundlage der Demokratie: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland.« (Ebd., 450)

AUTONOMIE

Radikal für das Einzelne eintreten, für die demokratische Gestaltung der Verhältnisse, die die Menschen mit ihrer Arbeit erzeugen, sich in

Widersprüchen bewegen – das alles bereitet einen »neuen Marxismus« vor (Caysa 2002, 34). Mit ihren Überlegungen war Luxemburg ihren Genoss*innen und der zeitgenössischen Politik weit voraus, sie antizipierte einen bislang nicht eingelösten Fortschritt der Zivilisation. Hatten die bürgerlichen Verhältnisse die Individuen aus ihren ständischen Lebensformen freigesetzt und ermöglicht, dass sie sich als Freie und Gleiche, mit eigenem Willen und Vernunft Begabte wahrnehmen konnten, so haben diese Verhältnisse gleichzeitig die Individuierung begrenzt. Die Einzelnen werden in der Konkurrenz, durch den Staat und das moderne bürgerliche Gesetz individuiert und individualisiert: Sie erhalten Rechte, eine Identität, und werden darin bestärkt, sich als souveräne Entscheider ihrer Handlungen zu begreifen, die ihnen zugerechnet werden. Gleichzeitig genießen sie ihre Rechte nur negativ, in Abgrenzung von anderen, was ihnen nahelegt, gleichgültig, kalt und gemein gegenüber den Folgen der Konkurrenz und der Ausnutzung sich bietender »Chancen« zu sein, dem eigenen und dem Scheitern anderer gegenüber.

Das Bürgertum bewegt sich trotz aller negativen Folgen bis heute in den engen Grenzen dieser Freiheitskonzeption. Die Möglichkeiten, das Reich der Freiheit weit auszudehnen – um Gewalt, Armut und Hunger zu überwinden und ein Leben in Muße und Genuss zu ermöglichen –, wurden und werden weiterhin vertan. In der Marx'schen Tradition wird das Moment der Kooperation zum entscheidenden Kriterium, sich gelingende Formen des Zusammenlebens vorzustellen. Menschen kooperieren, nur dadurch gelingt es ihnen, sich als Gattung zu erhalten, nur gemeinsam können sie etwas erzeugen, was über ihre jeweiligen individuellen oder gruppenspezifischen Fähigkeiten hinausgeht. Diese kooperativen Potenzen wurden in den Jahrtausenden von wenigen für ihre Zwecke genutzt und ganz einseitig zur Entfaltung gebracht. Denn sie mussten gleichzeitig dafür sorgen, dass diejenigen, die kooperieren, dies nicht in aller Freiheit und autonom taten. Um sich die Ergebnisse aneignen zu können, um die Kooperation bestimmen zu können, musste diese der Herrschaft unterstellt und in ihrer Produktivität eingeschränkt werden. Die Individuen werden den Zwangsgesetzen der Geschichte und dem Allgemeinen (dem Markt, dem Staat, der Nation, der Religion) unterworfen, um sie alle zu führen, ihrer Freiheit, ihren Lebensmöglichkeiten und Gestaltungsfähigkeiten zu berauben. Dem stellt sich Luxemburg (1918d, 436) zufolge der Sozialismus entgegen und zielt auf etwas zivilisationsgeschichtlich völlig Neues: Lebensfreude, Schönheit, Würde, Verantwortlichkeit, Glut, Begeisterung für das allgemeine Wohl, innere Klarheit, Mitgefühl, Mut, Ausdauer und Zähigkeit, sich an das Schwerste zu wagen. Sie deutet diese Perspektive an – autonomes Zusammenleben: »Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.« (Luxemburg 1918b, 444) Die Kooperation soll freigesetzt, die Individuen sollen weit über das bürgerliche Maß hinaus individuiert werden. Marx und Engels dachten Freiheit völlig neu, wenn sie schrieben: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine

Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Marx/Engels 1848, 482) Nach dieser Vorstellung steht die Freiheit des Individuums am Beginn. Es geht jedoch nicht um seine Selbstverwirklichung, um die Entfaltung dessen, was in ihm angelegt ist, sondern um die Entfaltung der eigenen durch die Freiheit der assoziierten anderen. In der sozialistischen Tradition blieb ein solches Verständnis von Freiheit marginal. Bis hin zu Lukács waren viele bereit, das Individuum dem Kollektiv unterzuordnen, mit dem Versprechen, dass es dann allen besser gehen würde. Der Gedanke der Freiheit wurde auf eine Variable politischer Herrschaft reduziert. »Die Freiheit kann (ebensowenig wie etwa die Sozialisierung) einen Wert an sich darstellen. Sie hat der Herrschaft des Proletariats, nicht aber diese ihr zu dienen.« (Lukács 1968, 469) Die Kritik galt insbesondere dem Luxemburg'schen Satz, dass die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden sei (Luxemburg 1918c, 359). Damit werde auch denen, die gegen grundlegende soziale Veränderungen seien, ermöglicht, sich auf die Freiheit zu berufen. Luxemburg lehnte jedoch ein taktisches Verhältnis zur Freiheit ab. Sie folgt ausdrücklich keinem liberalen, mit der Norm der Gerechtigkeit begründeten Verständnis, wenn sie schreibt, dass Freiheit nicht irgendjemandes Privileg sein dürfe, sondern gerade auch die der Andersdenkenden sein müsse. Denn nur so könne sie die Freiheit jeder und jedes Einzelnen sein (vgl. Brie 2002, 66f). Erst dann bewährt sie sich und ermöglicht Selbstbestimmung. »All das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit« ginge verloren, wenn sie zum Privileg würde (Luxemburg 1918c, 359). Im Gebrauch der Freiheit entfaltet sich jene kooperative, kommunikative Produktivität, die für eine freie Assoziation konstitutiv ist. Dem liegt die schon erwähnte demokratietheoretische und demokratiepolitische Auffassung zugrunde, dass der Sozialismus sich nicht autoritär herbeiführen und aufrechterhalten, sondern nur im Medium der Überzeugungen und Praktiken der überwiegenden Mehrheit verwirklichen lässt (vgl. Schütrumpf 2018)

LITERATUR

Bierl, Peter, 1993: Alle Macht den Räten. Rosa Luxemburg: Rätedemokratie und Sozialismus, Köln

Brie, Michael, 2002: Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen. Die sozialphilosophische Dimension von Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki, in: Kinner/Seidel, a.a.O., 66-69

Caysa, Volker, 2002: Rosa Luxemburg – das Leben als Werk, in: Kinner/Seidel, a.a.O., 11-36

Jesse, Eckhard, 2008: Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: ders.: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden, 61-85

Kinner, Klaus/Seidel, Helmut (Hg.), 2002: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin

Lukács, Georg, 1968: Geschichte und Klassenbewußtsein, Werke, 2, Neuwied

Luxemburg, Rosa 1899: Sozialreform oder Revolution?, in: GW 1.1, Berlin, 367-466

Dies., 1914: Brief an Walter Stoecker vom 11.3.1914, in: GB 4, Berlin, 339–340

Dies., 1917a: Brief an Luise Kautsky vom 26.1.1917, in: GB 5, Berlin, 161–165

Dies., 1917b: Luxemburg an Mathilde Wurm, 16.2.1917, in: GB 5, Berlin, 175–178

Dies., 1918a: Eine Ehrenpflicht, in: GW 4, Berlin, 404–406

Dies., 1918b: Was will der Spartakusbund?, in: GW 4, Berlin, 442–451

Dies., 1918c: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin, 332–365

Dies., 1918d: Die Sozialisierung der Gesellschaft, in: GW 4, Berlin, 433–436

Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1848: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, Berlin, 459–493

Schütrumpf, Jörn, 2018: Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, Berlin

RADIKALITÄT UND SANFTHEIT

ROSA LUXEMBURG ALS SOZIALISTISCHE FEMINISTIN

DRUCILLA CORNELL

Wenn es bei Rosa Luxemburg einen Grundtenor gibt, dann die Rebellion gegen jede Herrschaft des Menschen über den Menschen. Die jamaikanische Philosophin Sylvia Wynter hat gezeigt, wie koloniale Herrschaft auf der Unterscheidung und Hierarchisierung zweier Typen von Menschen (»Man1« und »Man2«) basieren. Dabei geht es stets um die Frage, wem eine Seele und volle Menschlichkeit zugesprochen wird und wem nicht. Luxemburgs Konzepte sind eng verknüpft mit dem Projekt, diese Unterscheidung im Namen einer menschlichen Praxis zu überwinden – und damit auch Imperialismus, Kolonialismus und Kapitalismus.

Ich möchte Luxemburg im Folgenden als eine ethische Feministin begreifen. Diesem Feminismus, von dem ich spreche, geht es nicht allein um den Kampf für Frauenrechte, sondern auch um die Überwindung einer bestimmten Vorstellung von »Menschheit« (Benhabib u. a. 1994). So stellen Luxemburgs Ideen der sozialistischen Transformation auch

»Man1 und Man2« und deren Rassismus infrage. Feministische und antirassistische Kämpfe sind untrennbar verbunden. Rosa Luxemburg war mit ihrem Ruf nach Solidarität mit den Frauen des globalen Südens ihrer Zeit weit voraus. Doch was genau schrieb sie eigentlich über die »Frauenfrage«?

Luxemburg (1912) stimmte mit Charles Fouriers Ausspruch überein, der Grad der weiblichen Emanzipation sei das Maß der allgemeinen Emanzipation. Unermüdlich kämpfte sie für ein allgemeines Wahlrecht, das auch Frauen umfasst. Dennoch wies sie auf Klassenunterschiede zwischen Frauen hin: Bürgerliche Frauen seien in erster Linie Konsumentinnen und damit auch Profiteurinnen des Systems, ihr Klasseninteresse damit gegen den Sozialismus gerichtet. Luxemburg setzte auf die proletarischen Frauen, die damals das Recht auf Versammlung und Gründung eigener Gewerkschaften erstritten. Luxemburg sah in diesen Frauen das Potenzial einer sozialistischen Transformation und war überzeugt, sie würden die absurden Widersprüche des Kapitalismus angehen – wie etwa die Tatsache, dass weibliche Hausarbeit scheinbar keinen Wert für das kapitalistische System produziert.

»Von diesem Standpunkt ist die Tänzerin im Tingeltangel, die ihrem Unternehmer mit ihren Beinen Profit in die Tasche fegt, eine produktive Arbeiterin, während die ganze Mühsal der Frauen und Mütter des Proletariats in den vier Wänden ihres Heimes als unproduktive Tätigkeit betrachtet wird. Das klingt roh und wahnwitzig, entspricht aber genau der Rohheit und dem Wahnwitz der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und diese rohe Wirklichkeit klar und scharf zu erfassen, ist die erste Notwendigkeit für die proletarischen Frauen« (ebd., 241).

HAUSARBEIT UND FRAUEN IM KAPITALISMUS

Dennoch hätte sich Luxemburg die Forderungen mancher sozialistischer Feministinnen nach Lohn für die Hausarbeit nie zu eigen gemacht. Für sie stand fest, dass die Gesetze des Kapitalismus jede solche Errungenschaft zunichte machen würden. In ihrer Vorstellung von Sozialismus, wie sie ihn insbesondere in ihren Briefen darlegt, würde nicht bloß die Hausarbeit sozialisiert, sondern die gesamte Familienstruktur umgestaltet, die die Unterdrückung der Frau festschreibt. Er würde eine radikale Transformation aller menschlichen Beziehungen erfordern. Darum insistierte Luxemburg darauf, dass eine kommunistische Partei nach der Machtübernahme die größte vorstellbare Form von Demokratie anstreben müsse. Das Ergebnis müsste eine Sozialisierung dessen sein, was heute privat ist.

»In der modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen, den Anteil an der Kulturarbeit, an der Geschichte der Menschheit. Für die besitzende, bürgerliche Frau ist ihr Haus die Welt. Für die Proletarierin ist die ganze Welt ihr Haus, die Welt mit ihrem Leid und

DRUCILLA CORNELL ist Professorin für Rechtswissenschaften, Gender Studies und Politikwissenschaften. Sie hat als Gewerkschafterin gearbeitet sowie diverse Konferenzen zum Recht und zur Dekonstruktion organisiert. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die Kritische Theorie, Feminismus und postmoderne Ethik.

ihrer Freude, mit ihrer kalten Grausamkeit und ihrer rauhen Größe« (Luxemburg 1914, 410). Da für Luxemburg die Klassenfrage zentral war, hätte sie die feministische Debatte um eine Ethik der Care-Arbeit in den 1990er und 2000er Jahren eher als deplatziert empfunden. Sie hätte es abgelehnt, die Werte zu idealisieren, die im Kapitalismus mit der weiblichen Hausarbeit verbunden sind. Luxemburg sah in ihr »die Stickluft ihres engen Daseins« oder »die kümmerliche Geistlosigkeit und Kleinlichkeit des häuslichen Waltens« (ebd., 241).

GENDER, »RASSE« UND KLASSE

Für Luxemburg gehörte zur Klassensolidarität auch die Solidarität mit Frauen aus dem globalen Süden, deren Unterdrückung integraler Bestandteil imperialer Herrschaft war. Angesichts ihres Beharrens darauf, dass Imperialismus und damit Krieg im Kapitalismus unvermeidbar sind, darf dies nicht überraschen.: »Eine Welt weiblichen Jammers wartet auf Erlösung. Da stöhnt das Weib des Kleinbauern, das unter der Last des Lebens schier zusammenbricht. Dort in Deutsch-Afrika in der Kalahariwüste bleichen die Knochen wehrloser Hereroweiber, die von der deutschen Soldateska in den grausen Tod von Hunger und Durst gehetzt worden sind. Jenseits des Ozeans, in den hohen Felsen des Putumayo, verhallen, von der Welt ungehört, Todesschreie gemarterter Indianerweiber in den Gummiplantagen internationaler Kapitalisten. Proletarierin, Ärmste der Armen, Rechtloseste der Rechtlosen, eile zum Kampfe um die Befreiung des Frauengeschlechts und des Menschengeschlechts von den Schrecken der Kapitalherrschaft. Die Sozialdemokratie hat dir den Ehrenplatz angewiesen. Eile vor die Front, auf die Schanze!« (Luxemburg 1914, 412f)

Die Forderung nach Frieden ist eine mögliche Forderung von Frauen im globalen Norden und Süden. Damit war Luxemburg eine der Ersten, die erkannte, dass die Unterdrückung schwarzer Menschen kein Nebenaspekt des Kapitalismus, sondern für die Klassenherrschaft genauso fundamental ist wie der Militarismus. Rassismus ist integraler Bestandteil kapitalistischer Herrschaft, weshalb es keine Frauen gibt, auf die die Kategorie »Rasse« nicht angewandt würde. Die Debatten, ob Geschlecht, »Rasse« oder Klasse Priorität haben, übersehen Luxemburgs Argument, dass es Krieg geben wird, solange es Kapitalismus gibt, und dass der Kampf gegen Militarismus immer Teil des sozialistischen Kampfes sein muss.

Genau darum nenne ich Luxemburg eine ethische Feministin: Ihr Anti-Elitismus entspringt der Annahme, dass es keine Menschen zweiter Klasse gibt und dass Gleiches für die gewaltförmige Hierarchie zwischen Nationen gilt. Hierauf gründet auch ihre Kritik an Konzepten der Avantgardepartei. Für Luxemburg muss die Partei in den täglichen Kämpfen der Massen verwurzelt sein, weshalb sie Lenins Konzept der Zentralisierung ablehnte. »Sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees« (Luxemburg 1904, 444). In heutigen psychoanalytischen Begriffen gesprochen richtete sich ihre Kritik an Lenins und Trotzkis hierarchischem Verständnis der Beziehung

von Partei und Masse als »phallische Fantasie«: Eine kleine Gruppe von Männern hat die Macht, eine unvollkommene Bewegung vor Fehlern zu bewahren.

Luxemburg kritisierte die Bolschewiki nach der Machtübernahme 1917 zudem insbesondere für deren Unterstützung einer Politik der nationalen Selbstbestimmung. Sie sah den Nationalismus als ein perfektes Instrument für die angeschlagene Bourgeoisie, wieder in die Offensive zu kommen. Ihre Sprache erinnert an Fanons Kritik der nationalen Bourgeoisie in den antikolonialen Befreiungskämpfen, in denen häufig nur die Eliten ausgetauscht wurden und die Kontrolle der Produktionsmittel in den Händen der weißen Besitzer verblieb (Fanon 1963). Hier wurde nationale Selbstbestimmung genau zu der von Luxemburg kritisierten leeren Fassade. An der Linie der nationalen Selbstbestimmung der Bolschewiki störte Luxemburg zudem der mit dieser Art Nationalismus stets verbundene imperiale Militarismus. Doch dies war nicht ihr einziger Kritikpunkt.

FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Die Bolschewiki hatten sich vor ihrer Machtübernahme für eine gewählte verfassunggebende Versammlung ausgesprochen. Die Wahl fand dann allerdings unter schwierigen Bedingungen statt – ein Großteil der ländlichen Bevölkerung hatte von der Revolution noch gar nichts erfahren. Die Bolschewiki verfehlten die Mehrheit und lösten die Versammlung unter der Parole »Alle Macht den Sowjets« gewaltsam auf. Als die Sowjets dann zu aufmüpfig wurden, wurden auch sie entmachtet. Luxemburg räumte zwar ein, dass das Wahlgesetz in der konkreten Situation wenig Sinn hatte, auch weil es weite Teile der Arbeiterklasse ausschloss. Dennoch forderte sie, das allgemeine Wahlrecht anzustreben, trotz aller Risiken, und obwohl sie zugestand, dass zuweilen eine Entrechtung von Teilen der herrschenden Klasse notwendig sein konnte. Trotzki und Lenin stellten jedoch zunehmend demokratische Institutionen an sich infrage.

»Nach Trotzkis Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt. Die demokratische Körperschaft ist demnach stets das Spiegelbild der Masse vom Wahltermin [...] Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal Gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet.« (Luxemburg 1918, 354)

Luxemburg hielt das Gegenteil für richtig. Zwar glaubte sie nicht an eine dauerhafte Zukunft der verfassunggebenden Versammlung nach der bolschewistischen Revolution. Sie sprach jedoch gegen deren gewaltsame Auflösung und trat für Neuwahlen ein. Sie forderte, Zeit in die Organisierung zu stecken, um die Menschen vom neuen System zu überzeugen und mit der Beteiligung an der Wahl auch eine Möglichkeit zu schaffen, das massenhafte revolutionäre Bewusstsein zu stärken.

Nach Luxemburgs Verständnis erfordert der Wandel zur sozialistischen Gesellschaft eine radikale Transformation jedes Einzelnen. Das ähnelt dem Argument von Wynter, dass wir materiell an Elitismus, Rassismus und Sexismus gekoppelt sind – durch die Art, wie unser Zusammenleben und unsere Arbeit strukturiert sind. Lenin glaubte hingegen,

dass es möglich sei, die brutale disziplinierende Struktur der kapitalistischen Fabrik zu übernehmen und für ein rigides Produktionsregime zu nutzen. Dem widersprach Rosa Luxemburg aufs Schärfste: Die Organisation der Arbeit, die Familie, ja, selbst die Art zu denken und zu sprechen musste sich wandeln. Wenn wir in einer kapitalistischen Gesellschaft aufwachsen, so Luxemburg, ist der Sozialismus für uns unbegreiflich. Der einzige Weg dorthin sind möglichst umfassende demokratische Strukturen, in denen wir nicht nur zusammen träumen, sondern mit neuen Formen des Lebens und Arbeitens experimentieren. Am fertigen Programm eines Zentralkomitees würde die Revolution ersticken.

Wie allgemein bekannt ist, versuchte Lenin auch, den kapitalistischen Staat auf den Kopf zu stellen, um einen sozialistischen Staat aufzubauen, der nicht länger die Arbeiter, sondern die Bourgeoise unterdrückt. Genau vor dieser Umkehrung hat Fanon stets gewarnt. Die Helden im antikolonialen Befreiungskampf sind nicht unbedingt die besten Führungsfiguren einer neuen revolutionären Ordnung. Gewalt trägt die Gefahr der Rephallisierung in sich: Macho-Männer, die mit Gewehren herumstolzieren.

Für Rosa Luxemburg sind die grundlegenden demokratischen Freiheiten wie die Presse- und Versammlungs- sowie Koalitionsfreiheit absolut fundamental für die persönliche Befreiung aus Ausbeutungsverhältnissen. Sie zu verweigern blockiert die Vorstellungskraft und steht neuen Institutionen und Formen des Zusammenlebens im Sozialismus im Weg.

»Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der »Gerechtigkeit«, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die »Freiheit« zum Privilegium wird« (Luxemburg 2018, 214).

Dem liegt erneut Luxemburgs Vorstellung von Transformation als einem Prozess zugrunde, der uns selbst und unsere sozialen Beziehungen grundlegend umgestaltet. Das Ergebnis dieses Prozesses können wir schlicht nicht voraussehen, es kann nur aus einem massenhaften kreativen Handeln entstehen.

»Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzki'schen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, dies dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider – oder je nachdem: zum Glück – nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zuallererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn freizumachen.« (Ebd., 215)

Das von Lenin und Trotzki adaptierte Konzept der Diktatur hielt Luxemburg für undemokratisch. Die »Diktatur des Prole-



© Elena Kyrkili, Stein und Rose, 2018, Gemischte Technik, 70 x 100 cm

tariats« war ursprünglich ein Begriff, mit dem Friedrich Engels die Pariser Kommune beschrieb. Diese verfügte jedoch über umfassende demokratische Institutionen, darunter eine kollektive Kinderbetreuung, die unter Selbstverwaltung der Erzieherinnen stand. Sie setzte die Kreativität der Massen frei, die an den alltäglichen Arbeiten beteiligt waren. Während ihrer kurzen Lebensdauer war sie in der Tat eine permanente Revolution und umfassende Demokratisierung.

Für Luxemburg lag im Konzept der Diktatur sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis ein Fehler. Aus der Zentralisierung der Partei entstehe unweigerlich Korruption, weil Parteiloyalität die Basis für Gefälligkeiten wird und weil sich Hierarchien verfestigen. Die Lösung sah Luxemburg anders als Lenin und Trotzki nicht in der Stärkung der Parteidisziplin oder Maßnahmen wie dem Kriegsrecht. Die Revolution müsse den Idealismus der Menschen freisetzen. Dafür müsse die Kreativität als ihr wahres Herzstück anerkannt werden.

An dieser Stelle sei betont, dass Luxemburgs Kritik keineswegs naiv war und sie Lenin und Trotzki als ihre Genossen ansprach. Sie unterstütze den Mut der Bolschewiki, nach der Staatsmacht zu greifen und die extrem schwierigen Umstände waren ihr bekannt. Ihre Kritik zielt darauf, dass die Bolschewiki aus der Not eine Tugend gemacht und daraus eine allgemeine Theorie über die Transformation zum Sozialismus abgeleitet hatten.

ETHISCHER FEMINISMUS UND DIE MACHT DER SANFTHEIT

Doch warum ist Luxemburgs Kritik an Lenin und Trotzki feministisch? Ich verstehe Luxemburg als ethische Feministin, weil sie gegen jede Struktur kämpfte, die eine Spaltung in Menschen erster und zweiter Klasse schuf, auch die Herrschaft einer Parteielite. In diesem Sinne ist das Vertrauen in die Massen auch ein feministisches Prinzip. Luxemburgs Vision des Sozialismus erfordert eine anhaltende Transformation von uns allen – von egozentrierten kapitalistischen Wesen hin zu Menschen, die respektvoll miteinander leben und das praktizieren, was ich in Anlehnung an die Philosophin Dufourmantelle »die Macht der Sanftheit« nenne. Für Dufourmantelle ist Sanftheit weder ein philosophisches Konstrukt noch ein soziologisches Verhältnis, sondern ein Begriff, der eine andere Form der Beziehung zwischen den Menschen und zwischen Menschen und anderen Wesen denkbar macht. »Sanftheit erfindet ein erweitertes Jetzt. Wir sprechen über Sanftheit, erkennen sie an, tragen sie weiter, sammeln sie, erhoffen sie. Es ist der Name eines Gefühls, dessen Namen wir vergessen haben, das aus einer Zeit kommt, als die Menschheit noch nicht von den Elementen getrennt war, von den Tieren, dem Licht und den Geistern. Wann ist sich die Menschheit dessen bewusst geworden? Was stand der Sanftheit gegenüber, als Leben und Überleben noch eins waren?« (Dufourmantelle 2018, 10)

Der ethische Feminismus gründet auf einer gewaltfreien Beziehung zum anderen. Dies ist nicht auf Gewaltfreiheit zu reduzieren; manchmal ist Gewalt eine tragische Notwendigkeit, etwa in antikolonialen Kämpfen. Sie sollte aber weder idealisiert noch auf das Werk einer kleinen Zahl von Männern reduziert werden. Fanon beschrieb Letztere als Teil eines Prozesses der Rephallisierung mit der daran geknüpften Fantasie, der unterdrückte, männliche Kolonisierte könne vom Phallus des weißen Mannes Besitz ergreifen. Eine reine Fantasie – aber eine, die konterrevolutionäre Politiken nährt.

In »Feminist Contentions« habe ich das Konzept des ethischen Feminismus noch auf zwischenmenschliche Beziehungen beschränkt, heute würde ich die Macht der Sanftheit mit einbeziehen. Sie ist eine wichtige feministische Antwort auf die Kritik der Posthumanisten am Marxismus, die in ihm einen weiteren Ausdruck humanistischer Hybris sehen, ausgedrückt in Marx' Vorstellung, »der Sozialismus humanisiere die Natur und naturalisiere den Menschen« und überwinde damit die Entfremdung im Kapitalismus. Hier sind zunächst nur die menschlichen Beziehungen im Blick, die Herrschaft über die Natur bleibt unhinterfragt (Braidotti 2013). Sanftheit, verstanden auch als eine Form der Macht, führt uns dagegen zur Ablehnung jeder Herrschaft des Menschen über andere Wesen. Dies scheint Luxemburg (1917b, 333) geteilt zu haben: »Ich weiß, für jeden Menschen, jede Kreatur ist *eigenes* Leben das einzige, einmalige Gut, das man hat, und mit jedem kleinen Fliegelein, das man achtlos zerdrückt, geht die ganze Welt jedesmal unter, für das brechende Auge dieses Fliegleins ist alles so gut aus, als wenn der Weltuntergang alles Leben vernichtete. Nein, ich sage Ihnen von den anderen Frauen, gerade damit Sie Ihren Schmerz nicht unterschätzen und

missachten, damit Sie sich selbst nicht falsch verstehen und nicht Ihr eigenes Bild vor sich selbst verzerren. Oh, wie wohl ich Sie verstehe, wenn Ihnen jede schöne Melodie, jede Blume, jeder Frühlingstag, jede Mondnacht eine Sehnsucht und Lockung nach dem Schönsten ist, was die Welt zu bieten hat.«

Ihre Empathie galt auch dem berühmten Büffel aus einem ihrer Briefe aus dem Gefängnis (vgl. auch Nachdruck in diesem Heft). Und selbst den kleinsten Tieren wie etwa Insekten, die viele nicht als fühlende Wesen betrachten, war sie zugeneigt: »Und nun habe ich Arbeit wie jeden Sommer: Ich muß auf den Stuhl klettern und lange doch auch so kaum zur obersten Scheibe, um die Wespe behutsam zu fangen und sie wieder ins Freie zu befördern, sonst quält sie sich ja halbtot an dem Glas. Sie tun mir nie was, setzen sich mir im Freien sogar auf die Lippen, was sehr kitzelt; aber ich habe Angst, *ihr* wehe zu tun, wenn ich anfasse. Aber es gelingt doch schließlich, und plötzlich wird es im Zimmer still. Nur in meinem Ohr und Herzen bleibt ein sonniger Nachhall klingen.« (1917a, 204)

Es ist diese Sanftheit, die Luxemburg in ihren Briefen immer wieder als Praxis des Menschlichen beschreibt – eine Praxis, die wir auch in der Brutalität des Hier und Heute leben können. Luxemburgs ethischer Feminismus ist integraler Teil ihrer Schriften zu Nationalismus und Militarismus sowie ihrer Vision eines Sozialismus, der nicht nur die Barbarei des Kapitalismus, sondern auch den impliziten Elitismus der Bolschewiki herausfordert. Hiervon ausgehend können wir Feminismus viel breiter denken: über den Kampf für formale Gleichheit hinaus als Teil einer menschlichen Praxis, die sich im revolutionären Kampf verwirklicht. Ihre bissige Kritik am bürgerlichen Feminismus sollte dabei nicht als Kritik des Feminismus an sich verstanden werden. Sie richtete sich gegen die Privilegien bürgerlicher Frauen in den kapitalistischen Zentren in Bezug auf Klasse und »Rasse«. Um die Kämpfe von Transgendern, Schwulen und Lesben zu kennen, hat Luxemburg nicht lang genug gelebt, doch es scheint klar, dass sie niemandem die volle Menschlichkeit abgesprochen hätte, weil er oder sie anders leben oder lieben wollte. Ihre Idee einer neuen Praxis des Menschlichen war ihrer Zeit weit voraus.

Aus dem Englischen von Tim Jack und Sebastian Landsberger

Dieser Text erschien zuerst als Publikation des New-York-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir drucken eine gekürzte Fassung.

LITERATUR

Adler, Georg/Laschitza, Annelies (Hg.), 2013: The Letters of Rosa Luxemburg, New York
Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy, 1994: Feminist Contentions: A Philosophical Exchange (Thinking Gender), New York
Braidotti, Rosi, 2013: The Posthuman, Cambridge
Dufourmantelle, Anne, 2018: Power of Gentleness: Meditations on the Risk of Living, New York
Fanon, Frantz 1963: The Wretched of the Earth, New York
Luxemburg, Rosa, 1904: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: GW 1, Berlin, 422–446
Dies., 1912: Frauenwahlrecht und Klassenkampf, in: Frauenwahlrecht, Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag, in: GW 3, Berlin, 159–165
Dies., 1914: Die Proletarierin, in: GW 3, Berlin, 410–413
Dies., 1917a: Brief an Hans Diefenbach vom 5.4.1917, in: GB 5, Berlin, 203–204
Dies., 1917b: Brief an Sophie Liebknecht vom 24.11.1917, in: GB, 5, Berlin, 333–335
Dies., 1918: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin, 332–365

UNTERDRÜCKTE ALLER LÄNDER …

WARUM SOZIALISMUS INTERNATIONALISTISCH SEIN MUSS

MICHAEL LÖWY

Unter marxistischen Vordenker*innen gibt es nur wenige, die sich einer internationalistischen Agenda des Sozialismus so sehr verpflichtet fühlten wie Rosa Luxemburg. Sie war jüdisch, polnisch und deutsch, aber ihr einziges »Mutterland« war die Sozialistische Internationale. Dennoch verleitete ihr radikaler Internationalismus sie auch zu fragwürdigen Positionen in der nationalen Frage. Was ihr Geburtsland Polen angeht, stellte sie sich zum Beispiel nicht nur gegen die von den »Sozialpatrioten« der Polnischen Sozialistischen Partei von Piłsudski erhobene Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, sondern lehnte auch die Unterstützung eines polnischen Rechtes auf Selbstbestimmung (und auf Abspaltung von Russland) ab. Bis 1914 begründete sie diese Haltung vor allem »ökonomistisch«: Polens Wirtschaft sei gut in die russische integriert, die Unabhängigkeit eine rein utopische Forderung von reaktionären aristokratischen und kleinbürgerlichen Schichten. Für sie waren Nationen im Wesent-

lichen »kulturelle« Phänomene, weshalb sie »kulturelle Autonomie« als die angemessene Antwort auf nationalistische Bestrebungen ansah. Was in ihrem Ansatz gar nicht vorkommt, ist jedoch die *politische* Dimension der nationalen Frage, die Lenin hervorgehoben hat: das *demokratische Recht* der Völker auf Selbstbestimmung.

Zumindest in einem ihrer Texte nähert sich Luxemburg dem Problem jedoch in viel offenerer und dialektischer Weise: in der Einleitung der 1905 erschienenen Aufsatzsammlung »Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften«. Darin unterscheidet sie zwischem dem legitimen Recht jeder Nation auf Unabhängigkeit, welches »aus den elementarsten Grunsätzen des Sozialismus entspringt« (1905, 192), und der Frage, ob eine solche Unabhängigkeit erstrebenswert ist – was sie im Fall von Polen verneint. Sie betont zudem, dass die nationale Unterdrückung »die in ihrer Barbarei unerträglichste Unterdrückung« sei, die »fanatischen, flammenden Aufruhr und Hass« (ebd., 217) hervorriefe. Einige Jahre später jedoch weist sie in ihren Beobachtungen »Zur russischen Revolution« (1918) erneut jeden Bezug auf das Recht auf nationale Selbstbestimmung als »hohle kleinbürgerliche Phraseologie« zurück (1918a, 347).

Die meisten Analysen, die sich mit dem Internationalismus von Luxemburg befassen – auch meine eigenen – konzentrieren sich auf ihre tatsächlich problematischen Thesen zur Nationenfrage. Was dabei zu kurz kommt, sind die *positiven* Aspekte ihrer Positionen, nämlich ihr außerordentlicher Beitrag zum marxistischen Konzept des proletarischen Internationalismus und ihre hartnäckige Weigerung, nationalistischen und chauvinistischen Ideologien nachzugeben.

»PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!«

Georg Lukács hat in seinem Buch »Geschichte und Klassenbewußtsein« (1923) dem Marxismus Luxemburgs ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier behauptet er, die »Herrschaft« der dialektischen Kategorie der Totalität »ist der Träger des revolutionären Prinzips in der Wissenschaft« (Lukács 1923, 39). Für ihn waren die Schriften von Luxemburg, insbesondere ihr Hauptwerk »Die Akkumulation des Kapitals« (1913), ein hervorragendes Beispiel für diesen dialektischen Ansatz. Das Gleiche ließe sich auch über ihren Internationalismus sagen: Sie beurteilte alle sozialen und politischen Fragen vom Standpunkt der Totalität aus, etwa aus der Perspektive der Interessen der internationalen Arbeiterbewegung. Diese dialektische Totalität war keine Abstraktion und kein inhaltsloser Universalismus: Luxemburg war sich sehr wohl im Klaren, dass sich das internationale Proletariat aus einer Vielfalt von Menschen zusammensetzt, deren Kultur, Sprache und Geschichte sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen sich stark unterscheiden. In »Die Akkumulation des Kapitals» beschreibt sie ausführlich die Zwangsarbeit in Minen und Plantagen in

MICHAEL LÖWY ist Soziologe und Philosoph sowie emeritierter Forscher am Centre national de la recherche scientifique (CNRS) und Dozent an der EHESS in Paris. Seine Schwerpunkte sind soziale Bewegungen in Lateinamerika und Marxismus.

Südafrika, zu denen es in deutschen Fabriken kein Äquivalent gab. Diese Differenzen sind für sie aber kein Hindernis eines gemeinsamen Kampfes. Internationalismus bedeutete für sie – gemäß Marx und Engels' Aufruf « Proletarier aller Länder, vereinigt euch! » – die Einheit aller Arbeiter*innen, unabhängig von ihrem Herkunftsland, gegen den gemeinsamen Feind: das kapitalistische System, Imperialismus und imperialistische Kriege.

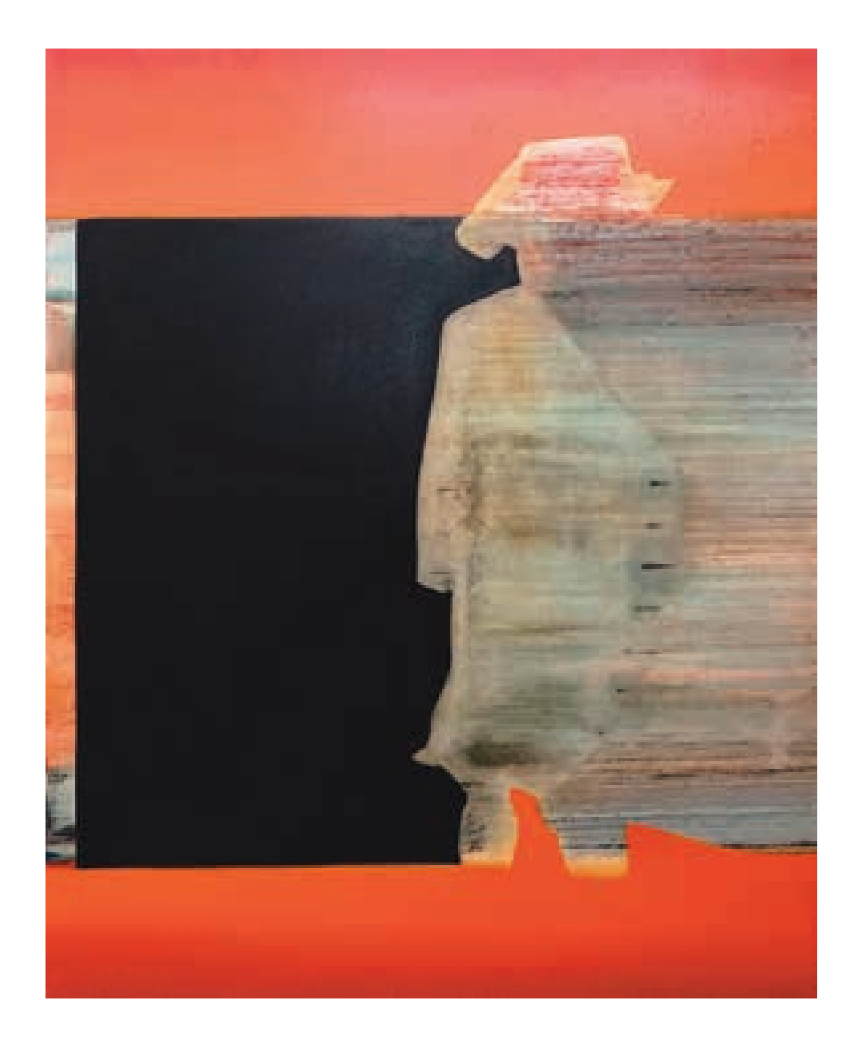
Darum verweigerte sie auch nachdem sie in die Führungsriege der Sozialdemokratie aufstieg jegliche Konzession an den deutschen Militarismus und die parlamentarische Zustimmung zu Kriegskrediten oder -expeditionen. Dass sich der rechte Flügel der Partei verhandlungsbereit zeigte, prangerte sie öffentlich an: als eine Kapitulation der Sozialdemokratie, die mit dem Verweis auf die in der Rüstung entstehenden »notwendigen Arbeitsplätze« nicht zu rechtfertigen sei. In seiner brauchbaren, wenn auch etwas akademisch geratenen Luxemburg-Biografie behauptet Peter Nettl völlig zu unrecht, ihr Widerstand gegen die Haltung der SPD sei eine reine formale »Trockenübung« gewesen, gespeist von der Überzeugung, eine hohe Arbeitslosigkeit sei gut für den Klassenkampf (Nettl 1969).

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT

Im Gegensatz zu vielen Sozialist*innen ihrer Zeit vertrat Luxemburg die Prinzipien des Internationalismus nämlich nicht nur, wenn es um Europa ging. Schon früh opponierte sie gegen den Kolonialismus der europäischen Staaten und brachte offen ihre Sympathien für die Kämpfe der kolonisierten Völker zum Audruck. Sie richtete sich auch gegen die Kolonialkriege des Deutschen Reiches in Afrika, wie die brutale Unterdrückung des Aufstands der Herero in Südwestafrika 1904. In einer öffentlichen Rede im Juni 1911 sagte sie über die Herero: » [...] Ihr ›Verbrechen‹ bestand darin, daß sie sich nicht willenlos beutegierigen Industrierittern, weißen Sklavenhaltern überantworten wollten, daß sie ihre Heimat gegen fremde Eindringlinge verteidigten. [...] Auch in diesem Kriege haben sich die deutschen Waffen reichlich mit – Ruhm bedeckt. [...] Die Männer wurden erschossen, Frauen und Kinder zu Hunderten in die brennende Wüste gejagt [...]« (1913a, 537).

Sie verurteilte die imperialistischen Anmaßungen Deutschlands (gegenüber Frankreich) in Nordafrika – als das Kaiserreich 1911 in der »Marokko-Krise« Kanonenboote nach Agadir schickte – und deutete den französischen Kolonialismus in Algerien als den Versuch, das bürgerliche Privateigentum gewaltsam gegen den traditionellen arabischen Clan-Kommunismus durchzusetzen. In ihren Vorträgen zur Politischen Ökonomie an der Parteischule der Sozialdemokraten 1907 bis 1908 hob sie die Verbindungen hervor zwischen dem modernen Kommunismus des Industrieproletariats in den entwickelten Ländern und urkommunistischen Kräften und Strukturen, die in den Kolonien Widerstand gegen den Vormarsch imperialer profitgetriebener Dominanz leisteten. In ihrer wichtigsten ökonomischen Analyse »Die Akkumulation des Kapitals« legt sie dar, dass die kapitalistische Akkumulation im globalen Maßstab ein fortwährender Prozess der gewaltsamen Enteignung ist: »Das Kapital kennt keine andere Lösung der Frage als Gewalt, die eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozeß ist, nicht bloß bei der

Genesis, sondern bis auf den heutigen Tag. Für die primitiven Gesellschaften aber gibt es, da es sich in jedem solchen Falle um Sein oder Nichtsein handelt, kein anderes Verhalten als Widerstand und Kampf auf Tod und Leben, bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung. Daher die ständige militärische Besetzung der Kolonien, die Aufstände der Eingeborenen und die Kolonialexpeditionen zu ihrer Niederwerfung als permanente Erscheinungen auf der Tagesordnung des Kolonialregimes.« (1913b, 319) Es gab damals nur wenige Sozialist*innen, die nicht nur die kolonialen Kreuzzüge anprangerten, sondern auch den Widerstand der Kolonialisierten unterstützten. Diese Haltung offenbart den wirklich universalen Charakter von Luxemburgs Internationalismus, auch wenn Europa im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stand.



© Katerina Sarra, Für Rosa, 2018. Öl auf Leinwand, 110 x 90 cm



KONSEQUENTE KRIEGSGEGNERIN

Luxemburg war sich der wachsenden Gefahr eines Krieges in Europa bewusst und wurde nie müde, die Kriegsvorbereitungen der deutschen Regierung anzuklagen. Am 26. September 1913 hielt sie eine Rede in Bockenheim bei Frankfurt, die mit einem furiosen internationalistischen Bekenntnis endete: »Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen und anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!« (Volksstimme vom 27.9.1913). Sie wurde daraufhin wegen »Aufrufs zur öffentlichen Gehorsamsverweigerung« angeklagt. Im Februar 1914 hielt sie im Gerichtssaal eine Verteidigungsrede, in der sie erneut Militarismus und Kriegspolitik angriff und eine Resolution der Ersten Internationale von 1868 zitierte, die im Falle eines Krieges zum Generalstreik aufruft. Die Rede wurde in der sozialistischen Presse abgedruckt und zu einem Klassiker der Antikriegsliteratur (Luxemburg 1914). Man verurteilte Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis, aber erst nach Beginn des Krieges, 1915, trauten sich die kaiserlichen Behörden, sie zu verhaften.

Während sich viele Sozialist*innen in Europa zu Beginn des Ersten Weltkrieges zur »Verteidigung des Vaterlandes« hinter ihre

Regierungen stellten, organisierte Luxemburg umgehend Widerstand gegen den imperialistischen Krieg. Auch in den ersten Kriegswochen im August 1914 finden sich bei ihr keinerlei Anklänge an den offiziellen »Patriotismus« und dessen agressive Sprache. Vielmehr entwickelte sie sich zu einer der maßgeblichen Kritiker*innen des Verrats der SPD-Führung an den Grundsätzen des Internationalismus.

In seinem Versuch, den »wachsenden Hass« Luxemburgs auf den Kurs der SPD nachzuvollziehen, verweist Nettl auf ein »sehr persönliches Motiv«: »die ewige und kaum unterdückte Ungeduld und Frustration von Emigranten wie Luxemburg angesichts der Schwerfälligkeit der ›offiziellen‹ Deutschen« (Nettl 1969, 422). Ich halte diese Art der Erklärung für wenig hilfreich, nicht zuletzt, weil sich die Opposition zum Krieg nicht auf die ausländischen »Emigrant*innen« beschränkte und auch Persönlichkeiten wie Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin umfasste. Luxemburgs Entrüstung entprang nicht einer »für Emigrant*innen typischen Ungeduld« (ebd.), sondern einer lebenslangen internationalistischen Überzeugung.

Nachdem sie wegen ihrer antimilitaristischen und antinationalistischen Propagandatätigkeit mehrfach im Gefängnis gewesen war, hielt Luxemburg an ihrem Standpunkt fest: »Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die Sozialistische Internationale.« (1916a, 47) Die Zweite Internationale sei an dem Einfluss dessen, was sie »Sozialchauvinismus« nennt, zerbrochen. Luxemburg forderte dazu auf, eine *Neue Internationale* aufzubauen, die von einem klaren Leitgedanken zusammengehalten wird: »Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.« (Ebd., 46)

Das war ohne Frage eine Reaktion auf das heuchlerische Argument von Karl Kautsky, die Internationale sei ein Instrument in Friedenszeiten und tauge nicht für eine Kriegssituation. Luxemburgs persönliche Erklärung in »Die Politik der sozialdemokratischen Minderheit« ist zudem ein bewegendes Bekenntnis ihrer ethischen und politischen Werte: »Die Weltverbrüderung der *Arbeiter* ist mir das Heiligste und Höchste auf Erden, sie ist mein Leitstern, mein *Ideal*, mein *Vaterland*; lieber lasse ich mein *Leben*, als dass ich diesem Ideal untreu würde.« (1916b, 178).

WARNUNG VOR DEM NATIONALISMUS

Rosa Luxemburgs Warnungen vor den verheerenden Folgen des Imperialismus, Nationalismus und Militarismus hatten etwas Prophetisches – nicht im Sinne einer wundersamen Vorhersage der Zukunft, sondern im Sinne der biblischen Propheten Amos und Jesaja, die die Menschen vor bevorstehenden Katastrophen warnen, die es gemeinsam zu verhindern gilt. Luxemburg warnte vor immer neuen Kriegen, solange Imperialismus und Kapitalismus weiter bestünden: »Der Weltfrieden kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische

Abmachungen über ›Abrüstung‹ […], ›europäische Staatenbündnisse‹, ›mitteleuropäische Zollvereine‹, nationale Pufferstaaten und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben.« (1916a, 44f)

Sie erkannte im Nationalismus einen tödlichen Feind für die Arbeiterbewegung und den Nährboden für Militarismus und Krieg: »Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert.« (Ebd., 47). In ihrer Schrift »Fragment über Krieg. Nationale Frage und Revolution« (1918) sorgt sie sich über den rasanten Aufschwung nationalistischer Bewegungen im letzten Kriegsjahr: »Auf dem nationalistischen *Blocksberg* ist heute *Walpurgisnacht« (1918b, 368)*. Diese Bewegungen hatten einen recht unterschiedlichen Charakter: Manche waren Ausdruck einer wenig entwickelten bürgerlichen Klasse (wie auf dem Balkan), andere (wie der italienische Nationalismus) von einer imperialistisch-kolonialen Ausrichtung. In der weltweiten Ausbreitung des Nationalismus zeigte sich Luxemburg zufolge eine Vielfalt an Einzelinteressen, die durch ein gemeinsames Interesse vereint wurden: das seit dem Ereignis der Oktoberrevolution gewachsene Gefühl der Bedrohung durch eine proletarische Weltrevolution. Unter Nationalismus fasste Luxemburg dabei nicht die nationale Kultur oder Identität, sondern eine Ideologie, die der Nation alles andere unterordnet (»Deutschland über alles«).

Ihre Warnungen waren äußerst vorausschauend, bedenkt man die Verbrechen, die im 20. Jahrhundert im Namen des Nationalismus, der nationalen Verteidigung oder einer völkischen Lebensraumphilosophie begangen wurden. Auch der Stalinismus war das Ergebnis der nationalistischen Degeneration des sowjetischen Staates, verkörpert in der Doktrin »Sozialismus in einem Land«. Diese Gefahren einer auf Nationalstaatlichkeit basierenden Politik hat Luxemburg früh erkannt: territoriale Konflikte, »ethnische Säuberungen« und die Unterdrückung von Minderheiten. Nur Völkermorde konnte sie damals nicht vorhersehen.

KOMPASS FÜR EINE GLOBALISIERTE LINKE

Welche Bedeutung hat Rosa Luxemburgs Internationalismus für uns heute? Die Bedingungen sind heute sicherlich vollkommen andere als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In zweierlei Hinsicht ist ihre internationalistische Botschaft dennoch relevant, vielleicht relevanter noch als damals.

1 | Im 21. Jahrhundert hat die kapitalistische Globalisierung ein historisch beispielloses Ausmaß erlangt. Sie forciert obszöne Formen der Ungleichheit und hat katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt. Ganze acht Multimillionäre und Besitzer multinationaler Konzerne verfügen über ein Vermögen, das dem der ärmsten Hälfte der Menschheit entspricht (Oxfam 2017). Mit Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) und supranationalen Vereinigungen wie den G-8-Staaten hat sich ein Block der herrschenden Klassen herausgebildet, der auf Neoliberalisierung setzt. Fraglos bestehen Widersprüche zwischen verschiedenen imperialistischen Interessen, doch sie eint die Agenda, die

verbliebenen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu zerstören, die öffentliche Daseinsvorsorge abzuschaffen, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu vergemeinschaften und die Ausbeutung zu intensivieren. Dieser weltweite Prozess wird von einem Finanzkapital dominiert, das seine Macht mittels der scheinbar neutralen und verdinglichten Mechanismen der Finanzmärkte ausdehnen konnte.

Lokale und nationale Formen des Widerstands gegen diese globale Macht sind notwendig, aber nicht ausreichend. Ein perverses planetarisches System muss auf der planetarischen Ebene überwunden werden. In anderen Worten: Der anikapitalistische Widerstand muss globalisiert werden. Die kommunistischen und sozialistischen Internationalist*innen aus den Tagen Luxemburgs gibt es in dieser Form kaum noch. Es gibt einige regionale Organisationen wie die Partei der Europäischen Linken oder die lateinamerikanische São-Paulo-Konferenz, aber keine entsprechenden internationalen Zusammenschlüsse. Die 1938 von Leo Trotzki gegründete Vierte Internationale ist noch auf vier Kontinenten aktiv, hat aber kaum Einfluss.

Der größte Hoffnungsträger ist noch immer die Bewegung für globale Gerechtigkeit, die eine neue Kultur des Internationalismus aufkeimen ließ. Der Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung formierte sich als eine »Bewegung der Bewegungen«, eine lockere Assoziation vielfältiger Akteure, die sich seit 2001 auf den Weltsozialforen vernetzen. Trotzdem der Prozess viele Hoffnungen nicht erfüllen konnte und an Grenzen stößt: Die Annäherung und das regelmäßige Zusammentreffen von Gewerkschafter*innen, Feminist*innen, Umweltaktivist*innen, Arbeiter*innen, Kleinbäuer*innen, Indigenen, Jugendorganisationen, aber auch sozialistischen Gruppen, die gegen die kapitalistische Globalisierung kämpfen, bleiben ein wichtiger Schritt nach vorn. Bislang setzte man vor allem auf den Austausch von Erfahrungen und einzelne gemeinsame Kampagnen, verfolgte aber nicht das Ziel der gemeinsamen Programm- oder Strategieentwicklung.

Luxemburgs Erbe kann für diese Bewegung(en) in mehrfacher Hinsicht lehrreich sein: Sie macht deutlich, dass der Feind nicht nur »Globalisierung« oder »Neoliberalismus« ist, sondern das kapitalistische Weltsystem als Ganzes. Die Alternative zur globalen kapitalistischen Hegemonie kann darum nicht eine Stärkung der »nationalen Souveränität« oder Verteidigung des Nationalen sein, sondern nur ein internationalisierter Widerstand. Die Alternative zum »Empire« ist nicht eine stärker regulierte oder humanere Form des Kapitalismus, sondern eine neue sozialistische und demokratische Weltzivilisation. Das gilt umso mehr angesichts neuer ökologischer Herausforderungen wie dem Klimawandel, die keine nationalen Grenzen kennen. Sie sind das Resultat einer destruktiven Dynamik des globalisierten Kapitalismus, der auf unbegrenzte Expansion und Wachstum angewiesen ist. Ihnen kann nur global begegnet werden:

2 | Rosa Luxemburgs Warnung vor dem Gift des Nationalismus ist heute notwendiger denn je. Nationalismus und Rassismus sind in verschiedenen »patriotischen«, reaktionären und (halb-)faschistischen Varianten weltweit auf dem Vormarsch. Islamophobie, Antisemitismus und ein gegen Roma gerichteter

Rassismus wüten oft mithilfe der verdeckten oder offenen Unterstützung von Regierungen. Neofaschistische Parteien und autoritäre Regierungen rufen zum Hass auf Migrant*innen auf. Orbán, Salvini und Trump sind nur die widerlichsten Repräsentanten einer Politik, die Migrant*innen zu Sündenböcken macht und als Bedrohung der eigenen nationalen, ethnischen oder religiösen Identität darstellt. Infolge der immer brutaleren Abschottung der Grenzen Europas sind Tausende von Geflüchteten im Mittelmeer ums Leben gekommen. Man kann in dieser Abschottung und rassistischen Mobilisierung eine neue Form des brutalen Kolonialismus erkennen, den Luxemburg so vehement kritisiert hat. Ihr sozialistischer Internationalismus bleibt ein wertvoller moralischer und politischer Kompass in dieser neuen Konjunktur von Nationalismus und Rassismus. Zum Glück sind marxistische Internationalist*innen nicht die Einzigen, die sich gegen die Welle stemmen: Überall auf der Welt üben Menschen Solidarität mit verfolgten Minderheiten und Migrant*innen. Gewerkschafter*innen, Feminist*innen und andere soziale Bewegungen stecken viel Energie in die Organisierung von Menschen über ethnische und nationale Grenzen hinweg.

Doch ist reaktionärer Fremdenhass heute die einzig existierende Form des Nationalismus? Unverkennbar gibt es noch immer Befreiungsbewegungen, die ein legitimes Recht auf nationale Selbstbestimmung beanspruchen – von dem Luxemburg, wie wir wissen, nicht viel hielt. Dazu gehören etwa die palästinensische und die kurdische Bewegung. Dennoch ist bemerkenswert, dass die wichtigste linksnationalistische Kraft der Kurden, die PKK, die Forderung nach einem eigenen Nationalstaat aufgegeben hat und den starren Fokus auf die Nation inzwischen als restriktiv und repressiv kritisiert. Sie hat sich, beeinflusst vom Anarchismus eines Murray Bookchin, dem Konzept des demokratischen Konföderalismus verschrieben.

Nicht nur die internationalistischen Ideen Luxemburgs, auch die von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Gramsci, José Carlos Mariátegui, W.E.B. Du Bois, Frantz Fanon und vielen anderen sind zentral, um unsere Realität zu verstehen und zu *transformieren*. Sie sind unerlässliche Waffen für unsere heutigen Kämpfe. Dabei müssen wir den Marxismus als offene Methode begreifen, die stets in Bewegung ist und mit der wir neue Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit entwickeln.

Aus dem Englischen von Britta Grell

LITERATUR:

Lukács, Georg, 1923: Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Berlin

Luxemburg, Rosa, 1905: Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften, hg. v. Jürgen Hentze, Berlin 1971

Dies. 1913a : Unser Kampf um die Macht, in: GW 2, Berlin

Dies. 1913b: Die Akkumulation des Kapitals, in: GW 5, Berlin

Dies., 1914: Verteidigungsrede vor der Frankfurter Strafkammer am 20. Februar 1914, in: GW 3, Berlin, 395–406

Dies. 1916a: Die Krise der Sozialdemokratie, Entwurf zu den Junius-Thesen, in: GW 4, Berlin, 43–47

Dies. 1916b: Die Politik der sozialdemokratischen Minderheit, in: GW 4, Berlin

Dies. 1918a: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin

Dies. 1918b: Fragment über Krieg. Nationale Frage und Revolution, in: GW 4, Berlin

Nettl, Peter, 1969: Rosa Luxemburg, Köln.

Oxfam (Hg), 2017: An Economy for the 99 Percent, www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/economy-the-99-percent

Volksstimme vom 27.9.1913: »Gegen Militarismus und Krieg«, Zur Rede von Rosa Luxemburg in der Bockenheimer Liederhalle, Ausgabe 227, 792

»NUR KEINE SENTIMENTALITÄT«

EINE ISRAELISCHE PERSPEKTIVE

GAL HERTZ

Im Juni 1916 wurden die Gründer des Spartakusbundes Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wegen unpatriotischer Aktionen während des Ersten Weltkriegs festgenommen (vgl. Solty in diesem Heft). Nach ihrer Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Schutzhaft kommentierte Luxemburg in ihrer *Junius-Broschüre* (1916, 163) vom Gefängnis aus die Verheerungen des Krieges:

»Hier erweist sich aber auch der heutige Weltkrieg nicht bloß als ein grandioser Mord, sondern auch als Selbstmord der europäischen Arbeiterklasse. Es sind ja die Soldaten des Sozialismus, die Proletarier Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands, Belgiens selbst, die einander auf Geheiß des Kapitals seit Monaten abschlachten, einander das kalte Mordeisen ins Herz stoßen, einander mit tödlichen Armen umklammernd zusammen ins Grab hinabtaumeln.«

Während ihrer Haft in Breslau korrespondierte Luxemburg mit der Kunsthistorikerin Sophie Liebknecht, der Frau von Karl Lieb-

knecht. In diesen Briefen verwandelte sich der programmatisch-revolutionäre Ton ihrer »Analysen des Kapitals« von Karl Marx in Texten wie »Sozialreform oder Revolution« (1899) oder »Die Krise der Sozialdemokratie« (1916) in ein poetisches Bekenntnis. Das Zuchthaus war der Ort, an dem sich eine große, dem Klang des Lebens gegenüber offene Seele zu Wort meldete. Weihnachten 1917 schrieb sie: »Vom Fenster her zeichnet sich auf der Decke der Reflex der Laterne, die vor dem Gefängnis die ganze Nacht brennt. Von Zeit zu Zeit hört man nur ganz dumpf das ferne Rattern eines vorbeifahrenden Eisenbahnzuges oder ganz in der Nähe unter den Fenstern das Räuspern der Schildwache, die in ihren schweren Stiefeln ein paar Schritte langsam macht, um die steifen Beine zu bewegen. Der Sand knirscht so hoffnungslos unter diesen Schritten, daß die ganze Öde und Ausweglosigkeit des Daseins daraus klingt in die feuchte, dunkle Nacht. Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen schwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters – und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen, unbekannten inneren Freude, wie wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüßte, das alles Böse und Traurige Lügen straft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt.« (1917, 348; vgl. Nachdruck in diesem Heft)

Wie können wir diese Seite von Luxemburgs Schreiben verstehen? Gibt es eine Verbindung zwischen ihren inneren Erfahrungen als Gefangene, zwischen den berührenden Beschreibungen der Natur, der Blumen, kurz ihrer Dichtung und ihrem Kampf für Befreiung und Revolution? Was würde es heißen, diese Beschreibungen des Leidens der Kreatur und des Mitleids nicht bloß als Eskapismus oder naive Sentimentalität zu begreifen, sondern als eine kritische, moralische Position?

Die »Ausweglosigkeit« des Zuchthauses ist für Luxemburg kein Grund, zu verzweifeln oder sich selbst aufzugeben. Der Moment der Hoffnungslosigkeit schafft Raum für Beobachtungen, die ideologischen Positionierungen voranzugehen scheinen. Im »zauberhaften Geheimnis«, von dem sie spricht, kommt eine existenzielle Betrachtung zum Ausdruck, die es nicht nur ermöglicht, nationalistische Ideologie zu kritisieren, sondern die zur Grundlage neuer Hoffnung, alternativer Beziehungen und Solidarität wird.

GAL HERTZ leitet das Forschungsprojekt »Humanities in Conflict Zones« am Minerva Humanities Center an der Universität Tel Aviv. Er hat zu Karl Kraus promoviert und in seinen Forschungen widmet er sich der modernen deutschen Literatur unter besonderer Berücksichtigung der Schnittstelle von Sprache, Theatralität, Gewalt und Krieg.

Wenn wir die Hafterfahrung Luxemburgs auf die gegenwärtige Lage in Israel beziehen wollen, dann bietet sich der Fall des palästinensischen Häftlings Walid Dakka als Vergleich an. Wegen der Teilnahme an der Ermordung von Moshe Tamam, einem israelischen Soldaten, sitzt Dakka seit über 30 Jahren in Israel im Gefängnis. Trotz Verurteilung zu lebenslanger Haft – ohne die Möglichkeit, Widerspruch einzulegen – und trotz Jahren der Isolationshaft hat Walid Dakka nicht nur seine Hoffnung bewahrt,

sondern er formuliert seit nunmehr 15 Jahren auch eine eindringliche Kritik am nationalen Befreiungskampf. Viele Gespräche mit Selbstmordattentätern, die ihren Anschlag überlebt haben, hätten ihm gezeigt, so Dakka, dass hinter dem Antrieb für den nationalen Befreiungskampf nicht nur Hingabe und Glauben stehen, sondern die Verachtung des Lebens und eine Kultur des Todes. Wie soll auf dieser Grundlage das Bild einer Zukunft entstehen, fragt er. Einhundert Jahre nach Luxemburg konfrontiert uns der Fall Dakkas erneut damit, dass ein Ort, der uns zunächst als Sackgasse erscheint, nicht zwangsläufig zur Brutstätte für Hass und Verzweiflung wird, sondern den Umständen zum Trotz eine neue Haltung gegenüber dem *Anderen* und dem Leben hervorbringt.

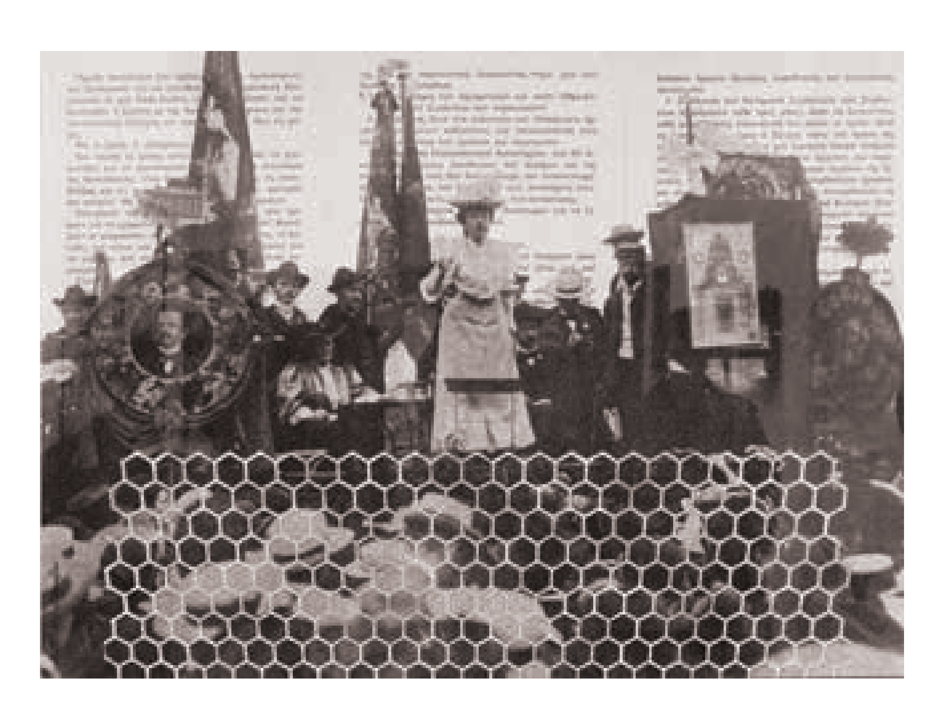
Als Karl Kraus im Mai 1920 in der Wiener *Arbeiter-Zeitung* auf Luxemburgs Brief stößt, entscheidet er sich umgehend dafür, ihn in seine Vorlesungen aufzunehmen. Zwei Monate später dann, im Juli, veröffentlicht er den Brief in seiner Zeitschrift *Die Fackel*, samt eines Vorworts, das die Bedeutung des Dokuments hervorhebt: »Der tiefste, je in einem Saal bewirkte Eindruck war die Vorlesung des Briefes von Rosa Luxemburg, den ich am Pfingstsonntag in der Arbeiter-Zeitung gefunden und auf die Reise mitgenommen hatte. Er war im Deutschland der unabhängigen Sozialisten noch völlig unbekannt. Schmach und Schande jeder Republik, die dieses im deutschen Sprachbereich einzigartige Dokument von Menschlichkeit und Dichtung nicht allem Fibel- und Gelbkreuzchristentum zum Trotz zwischen Goethe und Claudius in ihre Schulbücher aufnimmt und nicht zum Grausen vor der Menschheit dieser Zeit der ihr entwachsenden Jugend mitteilt, daß der Leib, der solch eine hohe Seele umschlossen hat, von Gewehrkolben erschlagen wurde. Die ganze lebende Literatur Deutschlands bringt keine Träne wie die dieser jüdischen Revolutionärin hervor und keine Atempause wie die nach der Beschreibung der Büffelhaut: und die ward zerrissen.« (Kraus 1920, 6)

Kraus' Worte führen zurück zu der Frage nach dem Verhältnis von Moralkritik und Dichtung. Was heißt es, dass einer der einflussreichsten Kritiker des Ersten Weltkriegs in einem persönlichen und intimen Brief, der sich vordergründig mit Abseitigem wie dem Leiden eines Büffels beschäftigt, »ein einzigartiges Dokument von Menschlichkeit und Dichtung« sieht? Um dies zu verstehen, hilft ein genauerer Blick auf eine Passage aus Luxemburgs Brief. Von ihrer Zelle aus beobachtet sie das Eintreffen von schwer beladenen Militärwagen, die zerrissene Uniformen anliefern – manche noch blutverschmiert –, die von den Häftlingen geflickt werden müssen. Luxemburgs Blick richtet sich auf die Büffel, die den schweren Wagen vorgespannt sind – Kriegstrophäen aus Rumänien, die erst kürzlich durch grausame Prügel domestiziert worden sind. Sie beschreibt, wie einer der Büffel vor der Toreinfahrt unter seiner Last ins Stocken gerät, sowie die Schläge, die ihm ein Soldat mit der »dicken Seite der Peitsche« versetzt. Die Schläge sind so brutal, dass selbst die »sprichwörtlich« für ihre »Dicke und Zähigkeit« bekannte Büffelhaut aufplatzt und zu bluten beginnt, »und sie ward zerrissen«. Der Blick des verwundeten Tieres löst in Luxemburg (1917, 350) das Gefühl tiefer Verbundenheit aus: »Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf

und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht.«

Der Riss der Büffelhaut ist das Bild, mit dem Luxemburg den »ganzen herrlichen Krieg« (ebd.) an sich vorbeiziehen sieht. Nicht Schlachtfelder oder Kanonen, nicht Gas und Tod im Schützengraben sind für sie Symbole der Verheerung, sondern ein zielloser Akt der Gewalt, der auf nichts anderes gerichtet ist als die Natur selbst. Für Luxemburg wird dieser Moment zum Anlass für eine Reflexion über die Bedeutung von Krieg und Gewalt. Sie versucht nicht, den Krieg allgemein als unmoralisch zu entlarven, und fordert auch nicht das Ende aller Kriege. Im Zentrum ihrer Betrachtung steht der blutende Büffel, dessen Leid sich von keiner politischen Position her einfangen, rechtfertigen oder wiedergutmachen lässt. Gewalt kennt keine Verhältnismäßigkeit. Ihre unschuldigen Opfer sind nicht stärkere Anzeichen für den Verlust des moralischen Empfindens des Menschen als ihre schuldigen.

Mit dem Leid der stummen Kreatur verweist Luxemburg darauf, dass Gewalt sich über Wahrnehmung und Begriffe hinwegsetzt, sie zerstört und bricht. Bevor wir beginnen, Gewalt zu rechtfertigen oder zu verurteilen, müssen wir innehalten, um zu verstehen, wie diese Gewalt uns bereits geprägt hat. Dichtung ist ein solcher Versuch, indem sie uns mit ihren Bildern und Ausdrucksformen auf diese flüchtigen und scheinbar bedeutungslosen Momente der Gewalt aufmerksam macht. Und dennoch ist sie nicht bloß Ausdruck eines Humanismus, lässt sich nicht reduzieren auf den Vorwurf fehlender Menschlichkeit. Poesie fordert uns dazu auf, Momente der Gewalt kritisch und nicht sentimental zu betrachten.



© Stavroula Mihalopoulou, Bienenstock, 2018. Gedruckte Bilder, 51 x 71 x 7 cm

Gerade diese Verbindung von Sentimentalität und Moral wird im Leserbrief einer Frau aus Innsbruck an Kraus’ *Fackel* im August 1920 aufgegriffen, die sich über Luxemburgs »larmoyante Beschreibungen« ebenso wie über Kraus‘ Bewunderung lustig machte. Wenden wir uns für einen Moment einem aktuellen Leserbrief zu, der zur Zeit des letzten Gaza-Krieges (2014) in der Zeitung *Haaretz* erschien. Nachdem bei der Operation »Protective Edge 18« unbeteiligte Zivilisten durch einen Luftschlag in Gaza getötet worden waren, veröffentlichte der bekannte israelische Journalist Gideon Levy einen Artikel mit dem Titel »Lowest Deeds From Loftiest Heights« (Haaretz, 15.7.2014), in dem er den Piloten vorhält, Rädchen in der israelischen Kriegsmaschinerie zu sein. Levys

Text ist wie viele andere davor und danach Teil seines Projekts, wöchentlich Zeugnis über die Gewalt der anhaltenden Besatzung abzulegen und so die Politik der israelischen Regierung zu entlarven, die die Gewalt des Militärs stets als letztes Mittel und notwendige Reaktion auf feindliche Angriffe von außen rechtfertigt. Sein Artikel zog eine Welle wütender Reaktionen der Leserschaft von *Haaretz* nach sich. Am 23. Juli 2014 wurde der Brief von Kobi Richter veröffentlicht, einem ehemaligen Piloten und Rüstungsunternehmer. Richter bekundete seine »Scham« für Levys unverantwortlichen Mangel an Urteilsvermögen. Seine paternalistische Sicherheitsrhetorik bringt das Argument vor, dass die »Umstände« richtig verstanden werden müssten. Es ist von einem wohlorganisierten System der militärischen Entscheidungsfindung die Rede, dem selbst die bombardierten Bewohner*innen Gazas – hätten sie nur mehr Verständnis für Sicherheitsfragen – zustimmen müssten. Richter legitimiert nicht nur die Gewaltanwendung in Gaza, weil er so tut, als gäbe es keine andere Wahl, sondern sein Brief ist zugleich Ausdruck einer endemischen, im Inneren der gesellschaftlichen Ordnung schwelenden Gewalt, in einer Gesellschaft, die nur noch notdürftig von demokratischen Strukturen zusammengehalten wird.

Am Beispiel der israelischen Kampfpiloten wird ein grundlegendes Problem jeder Kritik an Gewalt deutlich. Von Autoren wie Walter Benjamin können wir lernen, dass eine solche Kritik nicht auf der Unterscheidung zwischen »gerechtfertigter« Gewalt (zur Verteidigung des Landes) und »ungerechtfertigter« Gewalt (Tötung von unbeteiligten Zivilist*innen) aufbauen kann. Gewalt ist maßlos, sie unterminiert die Möglichkeit einer solchen Unterscheidung. Sie zerstört die Häuser von Zivilist*innen; anstatt bewaffneter Kämpfer tötet sie unbewaffnete palästinensische Polizisten (Gaza, Juli 2014); aus einer Menge von Demonstrant*innen heraus bringt sie einen im Rollstuhl sitzenden Invaliden um (Gaza, Dezember 2017); Gewalt findet auch statt, wenn die 16-jährige Ahed Tamimi, deren Cousin ermordet wurde, wegen einer Ohrfeige ins Gefängnis muss (Nebi Salach, Januar 2018). Levys Geschichten sind ein Archiv dieser Ordnung der Staatsgewalt – eine Ordnung, die immer wieder mit der Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt begründet wird und bei der man uns weismachen will, dass es lediglich die Palästinenser sind, die gegen diese »Ordnung verstoßen«. Gewalt braucht keine Ziele, Gründe oder Erklärungen, sie ist nie Mittel zum Zweck, sondern schafft eine selbstbezügliche Sphäre, in der Wahrnehmungen, Begehren und Sinne neu organisiert werden. Eine Kritik der Gewalt kann nicht auf sentimentaler Empathie beruhen. Stattdessen muss sie den Versuch unternehmen, die dahinterstehende Ordnung infrage zu stellen.

Kraus hilft uns dabei, in Luxemburgs Brief keine defätistische Haltung zu sehen, sondern den Versuch zu erkennen, zu einer alternativen Moralität zu gelangen, deren Ausgangpunkt nicht ein Imperativ der Vernunft ist, sondern ein anderes Verhältnis zur *Kreatürlichkeit:* Verstehen wir Moral als eine hierarchische Ordnung, welche die Natur gliedert und unterwirft, und dagegen Moralität als den Gehorsam, mit dem wir uns dieser unterordnen, so ist es ein solches System, das in Luxemburgs Beispiel vom geschundenen Büffel den Akt der blinden

Gewalt zur Folge hat. Dagegen ist es in ihrem Text gerade der Moment, in dem diese normativen Ideale bedeutungslos werden und die auf Vernunft gegründete Moral in einen Gewaltexzess umschlägt, in dem wahre Moralität entsteht: die Fähigkeit, die normative Ordnung danach zu beurteilen, wie sie mit ihren Kreaturen umgeht; die Möglichkeit, die gewalttätigen Folgen zu erkennen, die eine solche Ordnung ständig hervorbringt.

Warum lässt sich diese Position nicht einfach als Humanismus bezeichnen? Weil Mitleid hier nicht mit Idealen korrespondiert. Indem es sich auf das Leiden der Kreatur bezieht, durchbricht es seine Selbstbezogenheit. Einer solchen Kritik der Moral geht es nicht einfach um Fürsorge und Nächstenliebe, sondern um eine Position, mit der die Existenz und die gewalttätige Natur gesellschaftlicher Selbstverständlichkeiten aufgedeckt und unterlaufen werden können. Eine Kritik, wie sie in Luxemburgs Brief zum Ausdruck kommt, fordert dazu auf, nicht nur die Hierarchien zwischen den Menschen neu zu denken, sondern zugleich die Grenzen zwischen Mensch und Kreatur infrage zu stellen und neu zu definieren (vgl. Cornell in diesem Heft).

Bevor wir überhaupt eine moralische Position einnehmen können, sind wir mit dem fundamentalen Problem konfrontiert, dass die soziale Ordnung sowie der sie stützende ideologische Diskurs uns daran hindern, Übel überhaupt zu erkennen und ihretwegen Mitleid aufzubringen. Für Kraus ist der Leserbrief, der als Reaktion auf Luxemburgs Bericht einging, ein schlagkräftiges Beispiel. Seine Auseinandersetzung damit sollte nicht als ablehnende Polemik verstanden werden, stattdessen zeigt er sich fasziniert von der verqueren Argumentation und vom gleichgültigen, gehässigen Ton, mit dem die Schreiberin Luxemburgs Mitleid mit der Kreatur ins Lächerliche zieht. Indem er ihre boshafte Kernaussage zitiert, sie in seiner Antwort jedoch der Kreatur in den Mund legt, der es nun »selbst an den Kragen gehen könnte« – »Man muß nicht immer das Schlimmste annehmen u. *die Leute* (u. *die Tiere*) prinzipiell nur bedauern, ohne die näheren Umstände zu kennen. Das kann mehr Böses als Gutes anrichten« –, legt Kraus die Absurdität ihrer Haltung offen. In theatralischen Momenten wie dieser Vertauschung zeigt er auf, dass es sinnlos ist, eine bürgerlich-konservative Moral anzuprangern, wenn bereits die Sprache als solche korrumpiert ist und ein Mitleid unmöglich macht. Literarische Beschreibungen wie die von Luxemburg vermögen es hingegen, Risse und Bruchstellen im ideologischen Diskurs offenzulegen, und bieten Ansatzpunkte für eine Kritik der Moral.

Dieser Text basiert auf Gal Hertz' Vortrag am 16.2.2018 anlässlich der Veröffentlichung von »Die Kreaturen, der Krieg und die Zukunft der Dichtung: Karl Kraus und Rosa Luxemburg« im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel. Aus dem Hebräischen von Martin Herrnstadt

LITERATUR

Kraus, Karl, 1920: Brief Rosa Luxemburgs, in: Die Fackel, 6–9

Levy, Gideon, 2014: Lowest Deeds From Loftiest Heights, in: Haaretz, 15.7.2014

Luxemburg, Rosa, 1899: Sozialreform oder Revolution? in: GW 1.1, Berlin, 367–466

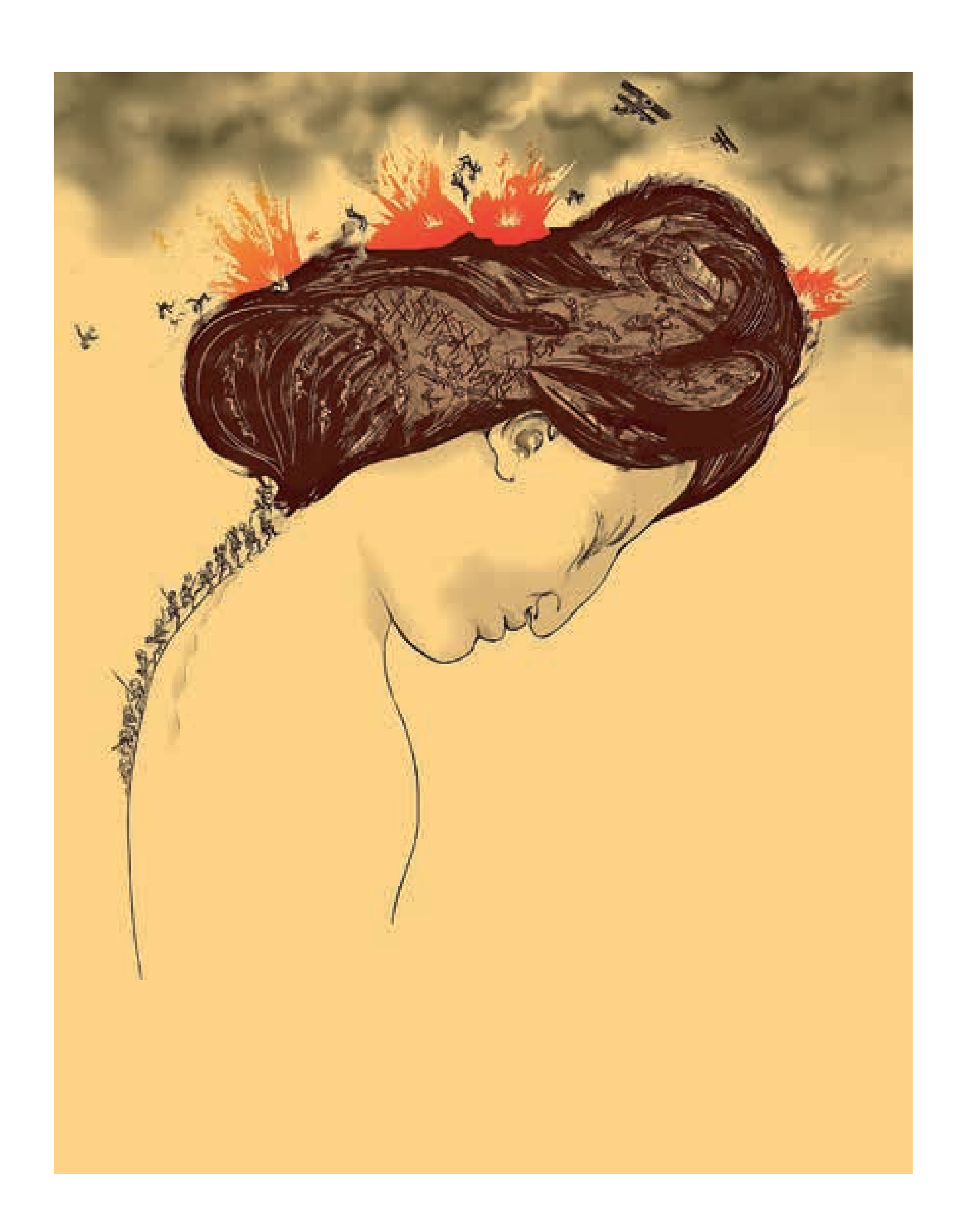
Dies., 1916: Die Krise der Sozialdemokratie, in: GW 4, Berlin, 49–164

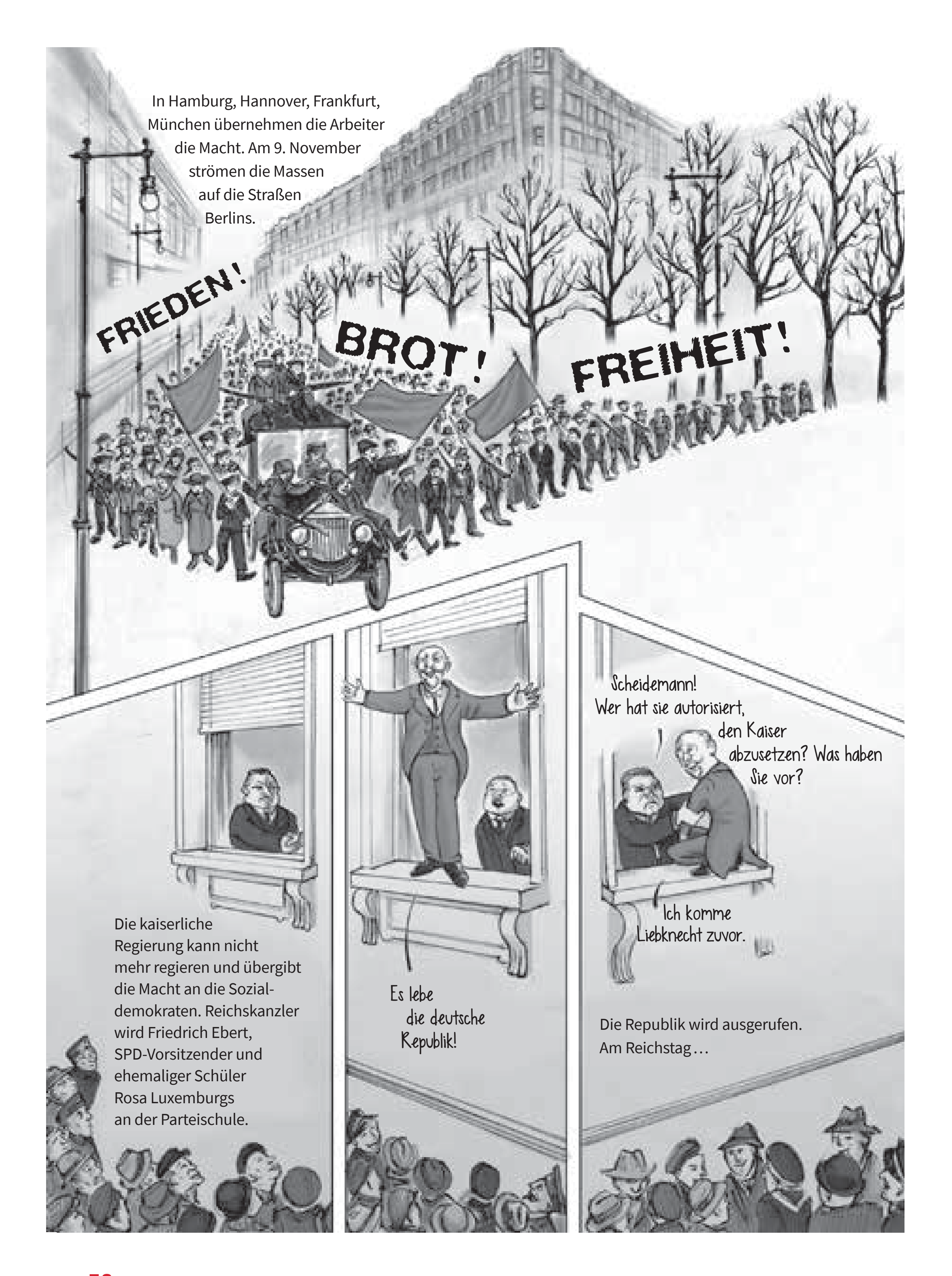
Dies., 1917: Brief an Sophie Liebknecht, in: GB 5, Berlin, 346–350

ROSA
DIE GRAPHIC NOVEL
VON KATE EVANS

Seit ihrer Jugend war Rosa Luxemburg überzeugt, dass sich die Welt verändern muss. Sie war eine großartige Rednerin und brillante Schriftstellerin. Konflikte scheute sie nicht. Sie kämpfte auf der Straße und ließ sich nicht einschüchtern, weder von den Freikorps oder der Polizei noch von Morddrohungen und Gefängnisaufenthalten. Die Graphic Novel »Rosa« von Kate Evans zeigt Luxemburgs intellektuelle Welt und setzt ihre Ideen in den Kontext einer bewegenden Lebensgeschichte – eine fiktionale Darstellung wahrer Begebenheiten, für die Fotoquellen und Originaltexte als Ausgangsmaterial verwendet wurden.

Kate Evans ist in Kanada geboren und in England aufgewachsen. Die Künstlerin, Autorin und Aktivistin hat zahlreiche Bücher und Comics verfasst, unter anderem zeichnet sie für *The Spark*. Ihre Graphic Novel »Rosa«, auf deutsch beim Karl Dietz Verlag Berlin 2018 erschienen, wurde mit Unterstützung des New Yorker Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung produziert und von *Independent* und *Observer* zum »Grafikbuch des Jahres« gekürt.




In Hamburg, Hannover, Frankfurt, München übernehmen die Arbeiter die Macht. Am 9. November strömen die Massen auf die Straßen Berlins.
FRIEDEN!
BROT!
FREIHEIT!
Die kaiserliche Regierung kann nicht mehr regieren und übergibt die Macht an die Sozialdemokraten. Reichskanzler wird Friedrich Ebert, SPD-Vorsitzender und ehemaliger Schüler Rosa Luxemburgs an der Parteischule.
Es lebe die deutsche Republik!
Scheidemann! Wer hat sie autorisiert, den Kaiser abzusetzen? Was haben Sie vor?
Ich komme Liebknecht zuvor.
Die Republik wird ausgerufen. Am Reichstag …



Die Abdankung des Kaisers (der nicht anwesend ist) ist vollendete Tatsache.

Revolutionäre Obleute, von den offiziellen Gewerkschaften unabhängige organisierte Arbeiter, besetzen den Reichstag.
Sie schlagen eine völlig neue Regierungsform vor: Jeder Betrieb und jedes Regiment soll Delegierte bestimmen. Dieser Rat der Volksbeauftragten soll eine Regierung aus beiden Arbeiterparteien wählen und die Beschlüsse des Revolutionsparlaments ausführen.
Der Sozialismus ist an der Macht!
Die direkte Herrschaft durch die Arbeiter ist Realität!

Die Revolution ist da!

Am späten Abend wird Rosa Luxemburg aus der Haft entlassen.

Berlin, 11. November 1918.















Zunächst muss die Revolution abgesichert werden. Lebensmittel müssen beschlagnahmt und an die Hungernden verteilt werden. Außerdem: Beschlagnahmung aller Waffen und Munitionsbestände. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Die Offiziere werden von den Mannschaften gewählt und sind jederzeit absetzbar.

Ludendorff und die anderen Generäle müssen wegen Kriegsverbrechen vor Gericht.

Als nächstes: Abschaffung der Aristokratie. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an. Mit diesen Mitteln wird die Umgestaltung des Ernährungs-, Gesundheits- und Wohnungswesens und des Erziehungssystems finanziert. Annullierung aller Staatsschulden und Kriegsanleihen – wir brauchen einen Neustart. Verstaatlichung der Banken, Bergwerke und Schwerindustrie sowie Übernahme des öffentlichen Transportwesens. Landwirtschaftliche Groß- und Mittelbetriebe werden enteignet und von Genossenschaften bewirtschaftet. Einführung des Sechs-Stunden-Tages.

Wie erreichen wir das? Die Menschen wählen Arbeiter- und Soldatenräte. Der Zentralrat dieser Gremien tagt alle drei Monate, er wählt und kontrolliert den Vollzugsrat als oberstes Exekutivorgan.

Was noch? Ach ja, umfassende soziale und rechtliche Geschlechtergleichheit.





Aber die Zeitung des Spartakusbundes wird nicht vor dem 18. November erscheinen.
Das zugeteilte Papier reicht nicht. Irgendjemand will nicht, dass der Bund seine Botschaft verbreitet.

ANDERS LESEN

VOLKER CAYSA ÜBER ROSA LUXEMBURG ALS PHILOSOPHIN

Es gibt Bücher, bei deren Lesen einen tiefe Trauer ergreift. So auch beim nachgelassenen Werk von Volker Caysa »Rosa Luxemburg – die Philosophin«. Der Verlust, den sein früher Tod für die Luxemburg nahe Linke in Deutschland und darüber hinaus bedeutet, wird offenkundig. Volker Caysa hat einen Zugang zu Leben und Wirken von Luxemburg gewonnen, der sich völlig unterscheidet von allem, was vorliegt. Indem er mit tiefstem Wissen und Verständnis des antiken griechischen Philosophierens in die Schriften und in das Handeln Luxemburgs eindringt, wird sie auf eine Weise lebendig, die die Schuttberge von Gemeinplätzen und hohler Bewunderung oder flacher Denunziation beiseite räumt.

Das dünne Büchlein von nicht einmal einhundert Seiten, herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus bei der sächsischen Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist keine leichte Kost. Man muss bereit sein, sich auch in die Terminologie der griechischen Philosophie hineinzudenken. Aber es lohnt sich. Denn hier wurde vor zweieinhalbtausend Jahren intensiv über das richtige, das wahrhafte, das standhafte gute Leben in einer Gesellschaft zugespitzter, oft tödlich wirkender Widersprüche nachgedacht – in den Tragödien und Dramen, in den philosophischen Dialogen, selbst in den Komödien, in vielen Formen öffentlicher Rede. Dieses Erbe hilft, Luxemburg zu verstehen und sich dabei auf der Höhe der Herausforderungen unserer Zeit zu bewegen. Und genau dies macht Volker Caysa sehr deutlich.

Sein Buch besteht aus drei Teilen: Luxemburg als »Wahr-Sprecherin«, als Lebenskünstlerin und als Analytikerin des Empire. Beginnen wir mit der »Wahr-Sprecherin«: Immer wieder hatte Luxemburg sich auf die Worte von Ferdinand Lassalle berufen, dass es die »revolutionärste Tat« sei, »immer das laut zu sagen, was ist«. Caysa schreibt: »Im Mittelpunkt ihrer politischen Lebens(kunst-)Philosophie steht eine Politik der Parrhesia, des offenen, freien, gefährlichen Wahrsprechens, des schutzlosen, nicht herrschaftsge-

schützten […] Wahrheit-Heraussagens unter Inkaufnahme existenzieller Gefährdungen.« (14) Von hier aus wird klar, welche subjektiven wie objektiven Bedingungen Freiheit hat. Ohne den aufs Ganze gehenden Mut, die Kraft, die schöpferische Fähigkeit, die rhetorische Kunst, die organisatorische Verbindung der Genossinnen und Genossen können weder Freiheit noch Gerechtigkeit auf Dauer bestehen. Ihr Leben und ihr Tod legen davon Zeugnis ab. Aber eben auch: »Die Freiheit eines jeden ist also nicht die Schranke, sondern die Bedingung der Möglichkeit der Freiheit aller.« (24) Wer die gesellschaftlichen Bedingungen der Freiheit der Einzelnen zum Wahr-Sprechen zerstört, zerstört für Luxemburg den lebendigen Quell, aus dem Sozialismus allein hervorgehen kann. Dies war ihre Kritik am Leninismus (vgl. Brangsch in diesem Heft).

Das zweite Essay dieses Buches interpretiert Luxemburgs Leben als gelebte Philosophie. Dies ist in dieser Weise neu und ungeheuer anregend. Es ist eine Sichtweise, die bleiben wird. Wer Luxemburg verstehen will, sollte diese gedrängt geschriebenen Seiten lesen. Es wird ihre »Lebenskunst«, ihre »philosophische Lebensform« dargestellt – als Herausforderung, das eigene Leben »selbstbewusst nach einer Idee zu führen und zu gestalten« und eine »konkrete Identität von Leben und Denken, Existenzform und Denkform« herzustellen (37). Diese Identität ist die härtester Widersprüche, von denen vor allem die Briefe, aber auch viele Schriften Luxemburgs geprägt sind, die sie mit Heiterkeit und Zorn, mit Gelassenheit und Empörung erträgt und austrägt. Zitieren möchte ich nur einen, geschrieben nach ihrer Freilassung im November 1918, am Beginn der letzten freien und gejagten Wochen ihres Lebens: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage …« Es ist vor allem diese verdammt schwere Lebenskunst, die Luxemburg entwickelt hat, um derentwillen sie unvergessen bleibt. Dies deutlich gemacht, dies uns eindringlich vor Augen geführt zu haben, ist das große Verdienst dieser Schrift von Caysa.

Caysa schließt den Kreis der Betrachtung, indem er Luxemburg als Analytikerin und sicherlich auch Prophetin des Empires der sich ständig erweiternden Akkumulation des Kapitals untersucht. Er zeigt, wie das Kapital in seinem alles verschlingenden Kreislauf immer wieder nach einem neuen »Außen« sucht, es sich aktiv unterwirft, in gewisser Hinsicht dabei erst als eigenes Außen schafft und zerstört. Von hier aus sieht Caysa den ersten echten Weltbürgerkrieg heranreifen, der das 21. Jahrhundert prägen könnte – wenn wir nicht gemeinsam die Kapitaldominanz überwinden, bevor die Barbarei uns verschlingt. Dies war Luxemburgs Position. Dies ist auch ein Teil des Vermächtnisses von Caysa.

Für die Redaktion von Michael Brie

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2017

ROSA LUXEMBURG

BRIEF AN SOPHIE LIEBKNECHT AUS DEM GEFÄNGNIS

BRESLAU, DEZEMBER 1917



[…] Jetzt ist es ein Jahr, daß Karl (Liebknecht) in Luckau[1] sitzt. Ich habe in diesem Monat oft daran gedacht, und genau vor einem Jahr waren Sie bei mir in Wronke, haben mir den schönen Weihnachtsbaum beschert … Heuer habe ich mir hier einen besorgen lassen, aber man brachte mir einen ganz schäbigen, mit fehlenden Ästen – kein Vergleich mit dem vorjährigen. Ich weiß nicht, wie ich darauf die acht Lichtlein anbringe, die ich erstanden habe. Es ist mein drittes Weihnachten im Kittchen, aber nehmen Sie es ja nicht tragisch. Ich bin so ruhig und heiter wie immer. Gestern lag ich lange wach – ich kann jetzt nie vor ein Uhr einschlafen, muß aber schon um zehn ins Bett – dann träume ich Verschiedenes im Dunkeln. Gestern dachte ich also: Wie merkwürdig das ist, daß ich ständig in einem freudigen Rausch lebe – ohne jeden besonderen Grund. So liege ich zum Beispiel hier in der dunklen Zelle auf einer steinharten Matratze, um mich im Hause herrscht die übliche Kirchhofstille, man kommt sich vor wie im Grabe; vom Fenster her zeichnet sich auf der Decke der Reflex der Laterne, die in dem Gefängnis die ganze Nacht brennt. Von Zeit zu Zeit hört man nur ganz dumpf das ferne Rattern eines vorbeigehenden Eisenbahnzuges oder ganz in der Nähe unter den Fenstern des Räuspern der Schildwache, die in ihren schweren Stiefeln ein paar Schritte langsam macht, um die steifen Beine zu bewegen. Der Sand knirscht so hoffnungslos unter diesen Schritten, daß die ganze Öde und Ausweglosigkeit des Daseins daraus klingt in die feuchte, dunkle Nacht. Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen schwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters – und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen, unbekannten inneren Freude, wie wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüßte, das alles Böse und Traurige Lügen straft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt. Und dabei suche ich selbst nach einem Grund zu dieser Freude, finde nichts und muß wieder lächeln über mich selbst. Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes als das Leben selbst; die tiefe nächtliche Finsternis ist

so schön und weich wie Sammet, wenn man nur richtig schaut. Und in dem Knirschen des feuchten Sandes unter den langsamen, schweren Schritten der Schildwache singt auch ein kleines, schönes Lied vom Leben – wenn man nur richtig zu hören weiß. In solchen Augenblicken denke ich an Sie und möchte Ihnen so gern diesen Zauberschlüssel mitteilen, damit Sie immer und in allen Lagen das Schöne und Freudige des Lebens wahrnehmen, damit Sie auch im Rausch leben und wie über eine bunte Wiese gehen. Ich denke ja nicht daran, Sie mit Asketentum, mit eingebildeten Freuden abzuspeisen. Ich gönne Ihnen alle reellen Sinnesfreuden. Ich möchte Ihnen nur noch dazu meine unerschöpfliche innere Heiterkeit geben, damit ich um Sie ruhig bin, daß Sie in einem sternbestickten Mantel durchs Leben gehen, der Sie vor allem Kleinen, Trivialen und Beängstigenden schützt.
Sie haben im Steglitzer Park einen schönen Strauß aus schwarzen und rosavioletten Beeren gepflückt. Für die schwarzen Beeren kommen in Betracht entweder Holunder – seine Beeren hängen in schweren, dichten Trauben zwischen großen, gefiederten Blattwedeln, sicher kennen Sie sie – oder, wahrscheinlicher, Liguster; schlanke, zierliche, aufrechte Rispen von Beeren und schmale, längliche grüne Blättchen. Die rosigvioletten, unter kleinen Blättchen versteckten Beeren können die der Zwergmispel sein; sie sind zwar eigentlich rot, aber in dieser späten Jahreszeit ein bißchen schon überreif und angefault, erscheinen sie oft violettrötlich; die Blättchen sehen der Myrte ähnlich, klein, spitz am Ende, dunkelgrün und lederig oben, unten rauh.
Sonjuscha, kennen Sie Platens »Verhängnisvolle Gabel«? Könnten Sie's mir schicken oder bringen? Karl hat einmal erwähnt, daß er sie zu Hause gelesen hat. Die Gedichte Georges sind schön; jetzt weiß ich, woher der Vers »Und unterm Rauschen rötlichen Getreides …«[2] stammt, den Sie gewöhnlich hersagten, wenn wir im Felde spazieren gingen. Können Sie mir gelegentlich den neuen »Amadis«[3] abschreiben, ich liebe das Gedicht so sehr – natürlich dank Hugo Wolffs Lied –, habe es aber nicht hier. Lesen Sie weiter die »Lessing-Legende«[4]? Ich habe wieder zu


*Und der ganze herrliche Krieg
zog an mir vorbei.*
Deutschland
ist besiegt.

Langes »Geschichte des Materialismus« gegriffen, die mich stets anregt und erfrischt. Ich möchte so sehr, daß Sie sie mal lesen.
Ach, Sonitschka, ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt, auf dem Hof, wo ich spaziere, kommen oft Wagen vom Militär, voll bepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und -hemden, oft mit Blutflecken …, die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt, statt mit Pferden, mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum erstenmal in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgebogenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz schwarz mit großen, sanften Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen … die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, daß es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen, und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, bis daß für sie das Wort gilt »vae victis«[5] … An hundert Stück der Tiere sollen in Breslau allein sein; dazu bekommen sie, die an die üppige rumänische Weide gewöhnt waren, elendes und karges Futter. Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen, und gehen dabei rasch zugrunde. – Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, daß die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstieles loszuschlagen, daß die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte! »Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid«, antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein … Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete … Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen. Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still und erschöpft, und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften, schwarzen Augen wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wo-

für, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll … ich stand davor, und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter – es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar, verloren die freien, saftigen grünen Weiden Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier – diese fremde, schaurige Stadt, der dumpfe Stall, das ekelerregende, muffige Heu mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen, und – die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt … Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. – Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die schweren Säcke ab und schleppten sie ins Haus; der Soldat aber streckte beide Hände in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und pfiff leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei.
Schreiben Sie schnell.
Ich umarme Sie, Sonitschka.
Ihre R

Sonjuschka, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem. Fröhliche Weihnachten! …

Quelle: GB 5, 347–350
Bild S. 56: Frauengefängnis in der Barnimstr., Berlin 1918, © Bildarchiv Karl Dietz Verlag Berlin
Grafik S. 59: Kate Evans

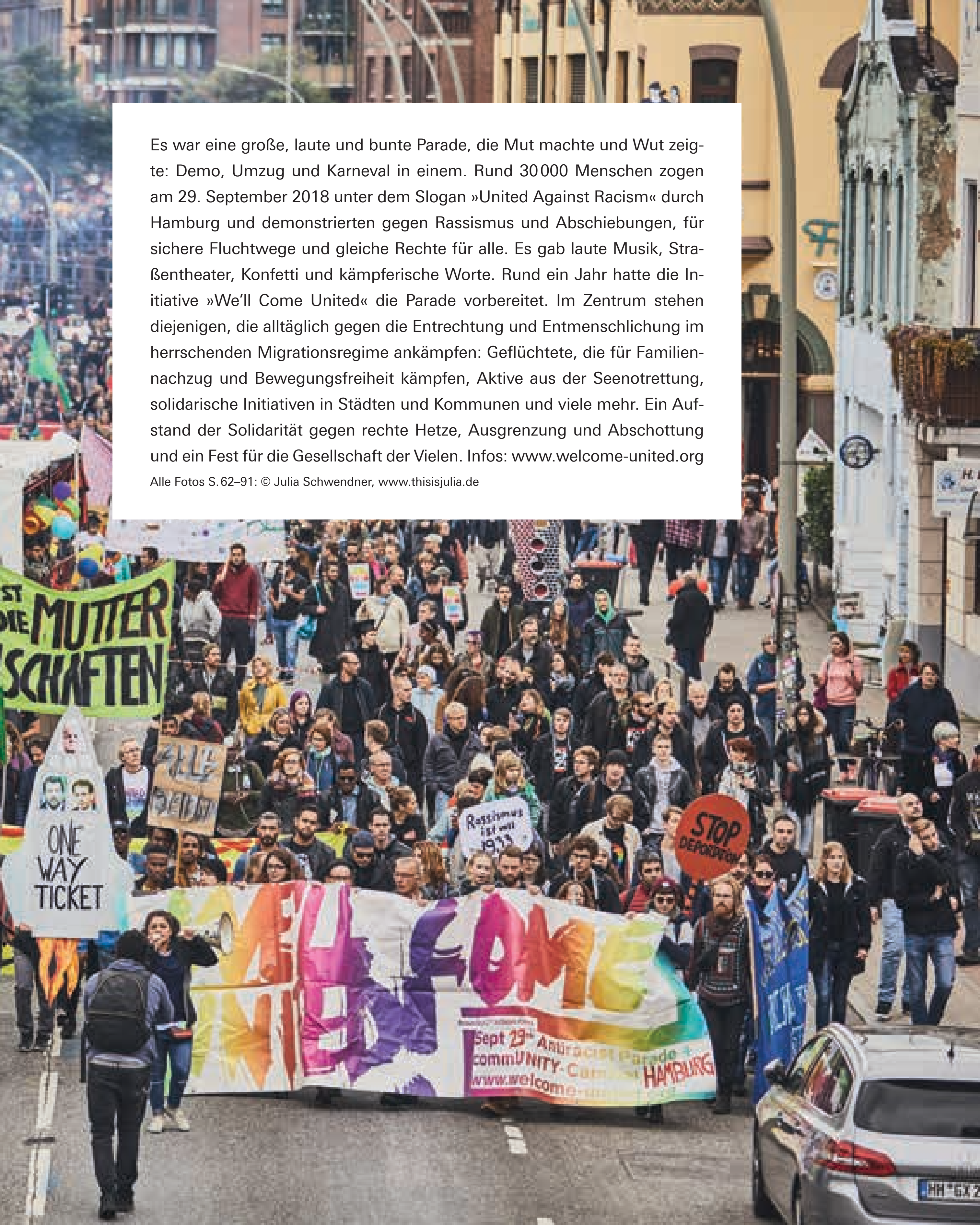
Anmerkungen der Herausgeber

1 Karl Liebknecht war am 8. Dezember 1916 in das Zuchthaus Luckau gebracht worden.
2 »Der siebente Ring. ›Nun laß mich rufen‹« von Stefan George.
3 Komisches Heldengedicht von Christoph Martin Wieland.
4 »Die Lessing-Legende« von Franz Mehring.
5 Wehe den Besiegten.



WE'LL COME UNITED

DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN AUF DER STRASSE



Es war eine große, laute und bunte Parade, die Mut machte und Wut zeigte: Demo, Umzug und Karneval in einem. Rund 30 000 Menschen zogen am 29. September 2018 unter dem Slogan »United Against Racism« durch Hamburg und demonstrierten gegen Rassismus und Abschiebungen, für sichere Fluchtwege und gleiche Rechte für alle. Es gab laute Musik, Straßentheater, Konfetti und kämpferische Worte. Rund ein Jahr hatte die Initiative »We'll Come United« die Parade vorbereitet. Im Zentrum stehen diejenigen, die alltäglich gegen die Entrechtung und Entmenschlichung im herrschenden Migrationsregime ankämpfen: Geflüchtete, die für Familiennachzug und Bewegungsfreiheit kämpfen, Aktive aus der Seenotrettung, solidarische Initiativen in Städten und Kommunen und viele mehr. Ein Aufstand der Solidarität gegen rechte Hetze, Ausgrenzung und Abschottung und ein Fest für die Gesellschaft der Vielen. Infos: www.welcome-united.org

STÄNDIG BEI MARX

JUDITH DELLHEIM

Gestützt auf Raya Dunayevskaya (1982) darf die These vertreten werden, dass keine Revolutionärin, die zugleich Theoretikerin war, kein Theoretiker und Revolutionär außer Engels sich so umfassend und intensiv mit Marx befasst hat wie Rosa Luxemburg. Unentwegt hat sie in Marx' Schriften und Notizen gesucht – um sein Denken, seine Methode, sein politisches Agieren und sein Leben zu verstehen und zu erklären, um Probleme zu erfassen und sich mit ihnen radikal auseinanderzusetzen. Luxemburg suchte auch Anregung, Trost und Ermutigung bei Marx. Sogar in ihren Liebesbriefen war Marx präsent: »[W]enn Du Dich einmal erfrischen willst, so lies in dem Nachlass von Marx-Engels, Band III (1848-50), die Artikel in der ‚Neuen Rheinischen Zeitung'. Manches, fast alles dort ist Unsinn oder Überholtes. Aber diese Frische, diese Urwüchsigkeit und vor allem diese Kühnheit des eigenen Urteils! [...] es war mir ein geistiges Bad, wo ich die Fetzen des Kautsky'schen Spinnwebs abgespült habe.« (1908, 190)

Luxemburg hat bei Marx Halt gefunden, den sie in den fortwährenden Kämpfen auch brauchte – nicht zuletzt in der eigenen Partei, wo ausgerechnet ihr vorgeworfen wurde, Marx nicht richtig verstanden zu haben, insbesondere als sie die Marx'schen Akkumulationsschemata kritisierte und die dominierende Parteipolitik in der Frage der Kriegskredite und des »Patriotismus« politisch angriff. Erregt und selbstbewusst schrieb sie Kautsky und Genossen: »Indessen es kommt doch ein wenig darauf an, wie man Marx, Engels und Lassalle liest. Man hat erlauchte Beispiele, dass man dreißig oder vierzig Jahre über Marxens Werken brüten, jedes Komma darin auf die Goldwaage legen, aber in der Stunde der Entscheidung, wo es wie Marx zu handeln gilt, sich nur wie ein trillernder Wetterhahn um sich selbst drehen kann.« (1917, 1045)

In diesem Beitrag interessiert, wie Luxemburg Marx las und warum beispielsweise Georg Lukács (1923, 43) meinte, sie habe – mehr als andere – sozialistische Politik im Marx'schen Sinne weitergedacht, sie »seinem Geiste gemäß« entwickelt. Außerdem interessiert, was heute aus Luxemburgs Marx-Lektüre gelernt werden kann.

LUXEMBURGS ANLIEGEN

Früh hatte die junge Rosa Luxemburg von Marx gelernt, dass in dem wechselseitigen Zusammenwirken der Menschen unter kapitalistischen Produktionsbedingungen und ihren Verhältnissen zur Natur gesetzmäßig die Möglichkeit entsteht, dass die unter fremdem Kommando Arbeitenden frei von Ausbeutung, Fremdbestimmung und Anarchie werden. Diese Möglichkeit erwächst, wenn die Kapitalisten für die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion nicht mehr gebraucht werden, weil die Manager ihre Funktion übernehmen, und wenn die Lohnarbeitenden und Unterdrückten sie erkennen und zur demokratischen Machtergreifung fähig werden. Dafür wollte Luxemburg wirken. Dafür hat sie sich als Lehrende, Forschende und Politikerin engagiert.

Mit Marx hat sie aber auch die Tendenzen gesehen, dass diese Möglichkeit nie Realität werden könnte und stattdessen die Gewalt gegen die Menschen und die Natur weiter eskaliert. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Lohnarbeitenden Klassensolidarität entwickeln,

JUDITH DELLHEIM ist Referentin für Solidarische Ökonomie im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist in verschiedenen Wissenschaftler*innen-Netzwerken und sozialen Bewegungen aktiv – unter anderem zum Thema Nulltarif im ÖPNV.

denn unter der Herrschaft des Kapitals stehen sie in Konkurrenz zueinander. Noch schwieriger ist es, Solidarität mit den Kolonialisierten zu leben, wenn man selbst von der internationalen Arbeitsteilung profitiert. Die Kapitalakkumulation bindet die Lohnarbeitenden immer komplexer an das Kapital. So schrieb Marx (1867, 765) beispielsweise: »Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. […] die beständige Erzeugung einer relativen ›Übervölkerung‹ hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit […] in

einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.« Einer solchen Gesellschaft der Konkurrenz und Spaltung wohnt die Tendenz zur Selbstvernichtung inne, argumentierte Luxemburg und folgerte, »die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktion [machen] durch ihre eigne eherne Logik […] den Untergang der Kapitalherrschaft und die Verwirklichung des Sozialismus unvermeidlich, wenn […] die ganze Kulturgesellschaft nicht ihrer Vernichtung entgegengehen soll« (Luxemburg 1913a, 181). Mit Marx setzte sie auf die Anziehungskraft des Ideals einer Gesellschaft der Freien und Gleichen für die Unterdrückten und Fremdbestimmten, insbesondere für die Lohnabhängigen, auf ihren Willen zu Emanzipation und Solidarität, auf ihre Lern-, Organisations- und Handlungsfähigkeit und in diesem Kontext auf die sozialistische Arbeiterpartei.

DREI ETAPPEN DER MARX-LEKTÜRE

MIT MARX IN RADIKALER KRITIK AN BERNSTEIN UND CO.

Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich Luxemburg insbesondere mit den Schriften Eduard Bernsteins auseinander, der behauptet hatte, Marx' Analyse der kapitalistischen Produktionsweise sei überholt. Der Weg zur sozialistischen Gesellschaft könne über Genossenschaften, Gewerkschaften und Demokratisierung ohne politische Revolution erfolgen, in deren Konsequenz die Eigentumsverhältnisse gesprengt werden. Luxemburgs Kritik richtete sich nicht gegen die Integration von Genossenschaften, Gewerkschaften und Demokratisierung in sozialistische Strategien, sondern gegen den Verzicht auf eine radikale Kritik und die Bekämpfung kapitalistischer Ausbeutung – also gegen den Verzicht auf die ständige Orientierung am sozialistischen Ziel. Ihre Argumentation beruhte wesentlich auf der Marx'schen Auseinandersetzung mit Widersprüchen einerseits und ihrer eigenen Kritik an verkürzten Marx-Interpretationen andererseits: beispielsweise an der auch heute noch vertretenen Behauptung, Marx habe in seiner Akkumulationstheorie eine Verelendungsthese entwickelt und diese zum Ausgangspunkt für die Begründung des Klassenkampfes gemacht. Luxemburg (1899a, 404) erklärte, ökonomische Verelendung bei Marx sei »ein *Symptom* der kapitalistischen Entwicklung, wie sie sich […] auf Kosten *eines Bruchteils* der Arbeiterklasse äußert. Die Verelendung trifft nie das Proletariat im Ganzen, aber ihr verfällt immer ein größerer oder geringerer *Teil* des Proletariats«, was sie mithilfe von Statistik bewies.

Die erforderliche Klassensolidarität begründete sie jedoch insbesondere damit, dass viele von Verelendung betroffen seien. Sie befürwortete Kämpfe zur Verbesserung der sozialen Lage der Lohnabhängigen insgesamt. Beides verband sie stets mit der Perspektive einer möglichen sozialistischen Entwicklung. Mit Marx warnte sie davor, auf eine Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche zu hoffen und auf den Umschlag zu warten. Immer wieder offenbarte sie, wie sehr es sie beeindruckte, dass und wie der junge Marx mit seinem Mitgefühl und Engagement für die Geknechteten zum einen und seiner Hegel-Kritik zum anderen zum radikalen Gesellschaftskritiker geworden war: »Er hat eine *Deduktion* des Sozialismus geschaf-

fen«, den »Ariadnefaden« geliefert, um durch »das Labyrinth der alltäglichen Tatsachen der heutigen Gesellschaft den Weg« (Luxemburg 1901, 140f) zu finden, wie diese Gesellschaft überwunden werden kann. Sie lehnte genau wie er eine Politik ab, die Unterdrückte über Terror zu aktivieren versucht, und stellte beim Blick auf das Massenelend und die Repressionen im Russischen Zarenreich fest: »Um das *Regime* zu fällen, muss an seine *Wurzel* die Axt gelegt werden, die Wurzel des Absolutismus aber, das ist der politische *Stumpfsinn der Volksmasse*.« (Luxemburg 1902, 277) Das Zarentum könne nur durch eine »zielbewusste Volkserhebung gestürzt werden, die aber ihrerseits nur durch eine dauernde aufklärende und organisatorische Arbeit vorbereitet werden kann« (ebd.). Sie verwarf jede Politik, die diesen »Stumpfsinn« bedient oder ausnutzt, also Menschen manipuliert, kommandiert und instrumentalisieren will.

KOMPROMISSLOS GEGEN MARX-VERFLACHUNG UND SOLIDARISCH IM KAMPF

Am Anfang des 20. Jahrhunderts machte Luxemburg (1903, 364) »einen Stillstand im Marxismus« aus. Angesichts von »Marx-Revision« durch Bernstein und Co. einerseits und der vielfach flachen Marx-Popularisierung andererseits fragte sie: »[H]aben wir ein *Bedürfnis* nach theoretischer Weiterführung der Lehre über Marx hinaus?« (Ebd.) Die unfertigen »Kapital«-Bände 2 und 3 und vor allem die Marx'sche Forschungsmethode lägen brach. Dieser Stillstand aber könne überwunden werden, wenn die Arbeiterklasse »sich *die geistigen Waffen zu ihrem Befreiungskampfe* schafft« (ebd., 367). Zum 20. Todestag von Marx schrieb sie: »Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners«, und der »Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik« sei die Analyse der »Klassen- und Gruppeninteressen« (ebd., 372). Dafür gelte es, politische Ökonomie zu betreiben und den Marx'schen Ansatz so fortzuschreiben, dass deutlich wird, »wie die politische Kleinarbeit des Alltages zum ausführenden Werkzeug der großen Idee« werden kann – »*sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist« (ebd., 373). Am bürgerlichen Parlamentarismus teilzuhaben könne folglich nicht im Zentrum sozialistischer Arbeiterpolitik stehen. Parlamentarische Arbeit sei nur dann der Bestandteil revolutionärer Realpolitik, wenn sie »über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet, hinausgeht« (ebd., 374).

Im ständigen Marx-Studium und in der Kritik der eigenen, teilweise noch mechanistischen Reflexionen sowie durch die Erfahrungen im politischen Alltag ist Luxemburg gereift. Um 1905 begrüßte sie die Kämpfe des russischen Proletariats für bürgerliche und soziale Freiheiten, insbesondere um sie »als Kampfmittel gegen die Bourgeoisie in die Hände [...] zu bekommen« (Luxemburg 1906, 179). Sie würdigte die Massenstreiks und die hier bewiesene Klassensolidarität als Vorbereitung eines unvermeidlichen »Volksaufstandes gegen den Träger des absolutistischen Regimes« (ebd., 180). Angesichts der Vorgänge in Russland forderte sie, sich vorzubereiten auf Kämpfe, »in denen die Massen den Ausschlag geben«, sowie auf die Entwicklung einer revolutionären Macht, die »nicht allein abhängig ist von der Zahl der organisierten Sozialdemokraten« (ebd.).



Mit diesen Einsichten las Luxemburg auch Marx neu und stellte klar, dass es bei ihm kein Konzept einer Avantgarde-Partei gebe. Die Arbeiterpartei müsse sensibel sein für Stimmungen und Organisationsprozesse in der Masse, auf die sie reagieren sollte, um Solidarisierung und rationales Handeln zu befördern bzw. Entsolidarisierung, Irrationalität und destruktive Gewalt zu bekämpfen. Auch müsse sie stets fähig sein, die eigenen Organisationsformen zu kritisieren (Luxemburg 1903/04, 396). Schließlich sah Luxemburg in der Russischen Revolution 1905 eine Bestätigung von Marx' Überlegung, Revolutionen seien Lernprozesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Gerne zitierte sie aus dem »18. Brumaire«: »Proletarische Revolutionen […] kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend […], kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von vorne anzufangen, verhöhnen […] die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge […] bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: ›Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!‹.« (Marx 1852, 118)

Ihr Lieblingszitat richtete Luxemburg nun allerdings auch zunehmend gegen Karl Kautsky, der einst fundiert gegen den Revisionismus von Bernstein und Co. polemisiert hatte. Sein



Marxismus sei der eines Gelehrten, der Marx' Erbe zu einem abgeschlossenen theoretischen System führen wollte. Er bekämpfte eine Marx-Rezeption, die darauf zielte, neue politische und gesellschaftliche Entwicklungen zu erklären, um die von Marx aufgezeigte historische Möglichkeit einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu verwirklichen. So wurde er zum Opportunisten und zu Luxemburgs Gegner.

MARX-KRITIK UND POLITIK IM MARX'SCHEN SINNE

Mit ihrer »Akkumulation des Kapitals« wollte sie die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus erklären: Gesetzmäßig würde ein Kapitalüberschuss produziert, der nur realisiert werden könne, wenn anderswo eine neue »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« stattfinde. Das bedeutete Kolonialpolitik, Eroberung und Krieg. Diese Tendenz wird allerdings von Marx' Reproduktionsschemata im unfertig gebliebenen zweiten Band des »Kapital« nicht erfasst. »Prüft man das Schema der erweiterten Reproduktion gerade vom Standpunkte der Marx'schen Theorie, so muss man finden, dass es sich mit ihr in mehreren Hinsichten im Widerspruch befindet«, argumentiert Luxemburg (1913b, 285). Marx habe mit seiner Akkumulationstheorie die Tendenz zur Kapitalüberschussproduktion selbst begründet.

Ausgehend von seinen wissenschaftlichen Intentionen zur Erklärung der Kapitalzirkulati-

on im zweiten Band hatte er jedoch ein im ersten Band des »Kapital« aufgeworfenes Problem nicht weiterbearbeitet. Das war legitim. Aber legitim war auch, diese Lücke zu schließen. Luxemburg wollte in ihrer Lehre der Politischen Ökonomie mit den Reproduktionsschemata die im ersten Band dargelegte Akkumulationstheorie vollständig untersetzen, was ohne eine Marx-Korrektur nicht möglich war.

Luxemburgs Marx-Kritik bedeutete keinesfalls, dass sie seine Leistung nicht ausreichend würdigte. Zu seinem 30. Todestag schrieb sie (1913a, 182): Mit »der Lehre vom Klassenkampf hat Marx dem Proletariat einen untrüglichen Wegweiser für seine Tageskämpfe mitten durch die Wirrnis der Politik und durch den Mummenschanz der Parteien gegeben. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken. Mit diesen Worten verwies Marx die revolutionäre Arbeiterklasse auf die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihres Tuns, auf das geschichtlich Mögliche, an das ihr Streben jederzeit gebunden ist. Mit dieser Lehre hat er ihr auch die Orientierung über die wirklichen Interessen, Bestrebungen, Wege und Ziele ihrer Gegner, der bürgerlichen Klassen und Parteien, ermöglicht. Endziel wie Tageskampf des Proletariats, Programm wie Taktik des Sozialismus sind durch Marx zum ersten Mal auf die eherne Basis des Prinzips der wissenschaftlichen Erkenntnis gestellt, der Gesamtbewegung der internationalen Arbeiterklasse dadurch die Festigkeit, Wucht und Stetigkeit verliehen worden.« Und in Würdigung Lassalles stellte sie den Marx-Satz um: »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst!« (Ebd., 182f)

Obwohl mit ganzer Kraft gegen den Krieg argumentierend und mobilisierend, gelang es Luxemburg und den Linken in der SPD nicht, die Entwicklung aufzuhalten, die dazu führte, dass die Reichstagsfraktion der SPD im August 1914 den Kriegskrediten zustimmte. Dies war für sie »eine welthistorische Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie« (Luxemburg 1916, 53). Und auch hier zitierte sie Marx: »[D]er Arbeiter tut, was normalerweise die Aufgabe des Kleinbürgers wäre, und die Aufgabe des Arbeiters, wer löst sie? Niemand.« (Ebd., 56) Die Arbeiter schossen auf Arbeiter, »eine brutalere Verhöhnung der Russischen Revolution und des Vermächtnisses von Marx lässt sich kaum denken« (ebd., 120). Luxemburg entschuldigte nicht »den verblendeten Arbeiter«, weil sie ihn ernst nahm. Aber ausgerechnet jene, die parlamentsfixierte Parteipolitik betrieben und die Kriegskredite bewilligt hatten, argumentierten nun als vorgebliche »Marx-Verteidiger« gegen die Kritik an den Marx'schen Reproduktionsschemata durch die Kriegsgegnerin Luxemburg. Diese resümierte kühl: »Das Epigonentum, das im letzten Jahrzehnt die offizielle theoretische Führung innehatte, machte beim Ausbruch der Weltkrise Bankrott und lieferte die Führung an den Imperialismus glatt aus.« (Luxemburg 1915b, 523)

LUXEMBURGS VERHÄLTNIS ZU MARX

Luxemburg war also ständig und »dreifach« bei Marx: nicht nur durch ihre *wissenschaftliche* Marx-Lektüre, wo sie unentwegt Fragen stellte und zu beantworten suchte: Wann hat Marx was warum gesagt? Inwiefern hat das die konkrethistorischen Probleme und Entwicklungen

erklärt und wie verliefen diese warum mit welchen Folgen? Hat Marx sich selbst kritisiert – und wenn ja, warum? Wie hat er gearbeitet, sodass in ihm »der scharfe historische Analytiker und der kühne Revolutionär, der Mann des Gedankens und der Tat, unzertrennlich miteinander verbunden waren, einander unterstützten und ergänzten« (Luxemburg 1915a, 31)?

Aber Luxemburg war nicht nur oder vor allem Marx-Forscherin. Sie war auch in der *politischen Bildung* der Genossinnen und Genossen ständig bei Marx und hat eine weitere Frage gestellt und diskutiert: Was von seinen Arbeiten ist wie für die Theorie und praktische Politik verallgemeinerbar? Und erst recht war die *Politikerin* Luxemburg ständig bei Marx in ihrer Arbeit an der Strategie und Programmatik sozialistischer Politik wie im politischen Alltag. Hier war sie immer mit der Klärung befasst, was sofort, kurz-, mittel- und langfristig getan werden kann und muss, um unter den konkreten gesellschaftspolitischen Bedingungen wie Marx zu handeln – das Maximale zu tun, um der historischen Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft näherzukommen. Ausgehend von den zu ihrer Zeit aktuellen theoretischen und politischen Herausforderungen sozialistischer Politik hat sie sich die Herangehensweise von Marx kritisch angeeignet: Sie hat gezeigt, wie ein humanistisches Menschenbild, ein darauf basierendes Politikverständnis, kritisches Forschen, eine auf selbstbestimmtes Denken und solidarisches Handeln zielende politische Bildung, selbstkritische Reflexion und ein Neues ermöglichender Politikstil zusammengehen können.

Am 15. Januar 1919 brach mit dem Mord an Luxemburg und dem eingeleiteten Terror ihre Art und Weise, mit Marx Politik zu betreiben, ab. Die Tatsache, dass dieser »Ariadnefaden« noch immer nicht wieder aufgenommen ist, erklärt auch unsere politische Defensive. Nehmen wir also endlich diesen Faden kritisch und vor allem selbstkritisch wieder auf!

LITERATUR:

Dunayevskaya, Raya, 1982: Rosa Luxemburg, Women's Liberation and Marx's Philosophy of Revolution, Delhi

Lukács, Georg, 1923: Geschichte und Klassenbewusstsein, Berlin

Luxemburg, Rosa, 1899a: Wirtschaftliche und sozialpolitische Rundschau, in: GW 1/1, Berlin, 326–347

Dies., 1899b: Sozialreform oder Revolution? in: GW 1/1, Berlin, 367–466

Dies., 1901: Aus dem Nachlass unserer Meister, in: GW 1/1, Berlin, 130–141

Dies., 1902: Zur Frage des Terrorismus in Russland, in: GW 1/2, Berlin, 275–280

Dies., 1903: Stillstand und Fortschritt im Marxismus, in: GW 1/2, Berlin, 363–368

Dies., 1903/04: Geknickte Hoffnungen, in: GW 1/2, Berlin, 394–402

Dies., 1906: Die russische Revolution, in: GW 2 Berlin, 177–181

Dies., 1908: Brief an Kostja Zetkin, 27. Juni, in: Rosa Luxemburg. Die Liebesbriefe, hg. von Jörn Schütrumpf, Berlin, 188–190

Dies., 1912: Unser Wahlsieg und seine Lehren, in: GW 3, Berlin, 124–133

Dies., 1913a: Karl Marx, in: GW 3, Berlin, 178–184

Dies., 1913b: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: GW 5, Berlin, 5–411

Dies., 1915a: Der Wiederaufbau der Internationale, in: GW 4, Berlin, 20–32

Dies., 1915b: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik, in: GW 5, Berlin, 413–523

Dies., 1916: Die Krise der Sozialdemokratie, in: GW 4, Berlin, 49–164

Dies., 1917: Das Ergebnis der Osterkonferenz, in: GW 7/2, Berlin, 1043–1048

Dies., 1918: Der zweite und dritte Band [des »Kapitals«], in: GW 4, Berlin, 291–301

Dies., 1918/19: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: GW 4, Berlin, 1043–1048

Marx, Karl, 1852: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin, 111–207

Ders, 1867: Das Kapital, MEW 23, Berlin

INNERE KOLONIEN

CARE ALS FELD EINER »NEUEN LANDNAHME«

TOVE SOILAND

Neoliberalismus ist mehr als die Privatisierung von Bahn, Strom und Post. Ebenso wenig kann er auf die Deregulierung von Arbeitsmärkten, die globale Handelsliberalisierung und die damit verbundene Dominanz des Finanzkapitals reduziert werden. Der Neoliberalismus ist auch und vielleicht sogar vorrangig eine fundamentale Restrukturierung der Art und Weise, wie Menschen sich reproduzieren müssen. Angesichts der heute weltweit sich mehrenden Proteste von Frauen, die zu Generalstreiks aufrufen (vgl. *LuXemburg* 2/2018), stellt sich für eine linke Politik die Frage, ob sich gegenwärtig nicht genau hier die wichtigsten antikapitalistischen Kämpfe formieren. Jedenfalls scheint sich in diesen Kämpfen ein heute weltweit virulenter Widerspruch zu artikulieren: der zwischen Akkumulationsökonomie und Versorgungsökonomie. Frauenstreiks sind immer auch Reproduktionsstreiks, verstanden als Kämpfe um die Ressourcen der Reproduktion, und zwar aus einem einfachen Grund, den die feministische Ökonomin Mascha Madörin (2019) nennt: »Die

Versorgungsökonomie ist bis heute wesentlich eine Frauenwirtschaft, die Akkumulationsökonomie wesentlich männerdominiert.«

DER HAUSHALT ALS PRODUKTIONSSTÄTTE

Eine solche Formulierung legt nahe, dass wir es bei der kapitalistischen Produktionsweise nicht mit einer einzigen, sondern mit zwei Ökonomien zu tun haben, die in irgendeiner Weise miteinander verschränkt sind. Und genau in diesem Punkt erweist sich Rosa Luxemburgs Erweiterung der marxistischen Akkumulationstheorie als äußerst fruchtbar für eine Analyse auch der Gegenwart. Bekanntlich erhob Luxemburg in ihrem ökonomischen Hauptwerk »Die Akkumulation des Kapitals« (1913) Einspruch gegenüber der Vorstellung von Marx, dass die kapitalistische Produktionsweise als reine Mehrwertakkumulation zu verstehen sei, indem sie postulierte: »Die Akkumulation ist nicht bloß ein inneres Verhältnis zwischen den Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern vor allem ein Verhältnis zwischen Kapital und dem nichtkapitalistischen Milieu.« (Luxemburg 1913, 364)

In ihrer These, »dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife« auf Formen der Akkumulation zurückgreift, in denen nicht der Vertrag, sondern »ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung« (ebd., 397) als Formen der Aneignung vorherrschen, widersprach Luxemburg Marx' Annahme, dass »primitive« Formen der Akkumulation – die von Marx (1867, 741) so bezeichnete »ursprüngliche Akkumulation« – nur am Beginn und quasi bei der Entstehung des Kapitalismus eine Rolle spielten. Angesichts des Ersten Weltkrieges kam Luxemburg vielmehr zum Schluss, dass die Kolonien mit den darin vorherrschenden gewaltsamen Formen von Ausbeutung in ihrer ökonomischen Funktion für die kapitalistische Produktionsweise analysiert werden mussten, die somit als eine Form »fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation« zu verstehen seien (vgl. Mies 2009, 265).

Luxemburgs Thesen werden heute unter dem Stichwort einer »Neuen Landnahme« breit rezipiert, indem davon ausgegangen wird, dass der fortgeschrittene Kapitalismus solche äußeren Kolonien gewissermaßen in seinem Inneren laufend neu hervorbringt, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder »in Land zu nehmen«. Die Privatisierung von Volkseigentum stellt eine solche moderne Form der »Akkumulation durch Enteignung« dar (Harvey 2005, 151), ebenso die oftmals im Zuge von Finanzkrisen stattfindenden Plünderungen von Staatshaushalten. Darauf reagiert die gegenwärtige Diskussion um die Commons.

Was in dieser Debatte jedoch meist mehr oder weniger stillschweigend übergangen wird, ist, dass es bereits in den 1970er Jahren eine feministische Rezeption der Thesen Luxemburgs gab: Theoretikerinnen der damaligen

TOVE SOILAND ist Historikerin und feministische Philosophin. Sie lehrt an Universitäten in der Schweiz, in Österreich und Deutschland und arbeitet einerseits zu Fragen feministischer Theorie und politischer Ökonomie, andererseits zum Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse. Außerdem gibt sie Seminare für Frauen, unter anderem bei der Schweizer Gewerkschaft VPOD, sie ist im Beirat der Zeitschrift *Widerspruch* und in der Frauenbewegung aktiv.



Hausarbeitsdebatte, allen voran die Bielefelder Entwicklungssoziologinnen Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen, machten für den Bereich des Haushaltes geltend, dass die darin von Frauen unentgeltlich verrichtete Arbeit einer solchen Form von primitiver Akkumulation ausgesetzt ist. Der Haushalt produziere insofern das wichtigste Element der kapitalistischen Produktion, die Ware Arbeitskraft, quasi kostenlos. Mit der unbezahlten Frauenarbeit thematisierten sie damit eine andere, aber mit der Lohnarbeit unmittelbar zusammenhängende Ausbeutungsform, die nicht nur inmitten der kapitalistischen Zentren stattfindet, sondern vom Kapitalismus selbst laufend neu hervorgebracht wird.

Die damalige Rezeption hatte eine Lesart von Luxemburgs erweiterter Akkumulationstheorie vorgeschlagen, die heutige Diskussion um – auch in ökonomisch weit entwickelten Gesellschaften – fortdauernde Formen ursprünglicher Akkumulation vorwegnahm und diese auch teilweise anders interpretierte: Was den Bielefelderinnen in ihrer Theoretisierung einer »fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation« vor Augen stand, war nicht (nur) der Raub von Gütern, sondern das Anzapfen einer anderen Produktionsweise: Denn auch in Haushalten wird produziert.

Genau in diesem Punkt aber erweist sich Luxemburgs Analyse, dass die kapitalistische Produktionsweise »in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist« (Luxemburg 1913, 314), als fruchtbar. In ihrer Formulierung, »dass kapitalistische Akkumula-

tion zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärtsschreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet« (ebd., 315), macht sie deutlich, dass sie dieses Verhältnis als *Artikulation* unterschiedlicher Produktionsweisen denkt. In ihrem Beharren darauf, dass sich die kapitalistische Produktionsweise sowohl »nichtkapitalistisch produzierte Produktionsmittel« (ebd., 306) aneigne, wie dieses nichtkapitalistische Milieu als »Reservoir der Arbeitskräfte« (ebd., 317) nutze, macht sie deutlich, dass diese Artikulation eine eigene Form von Landnahme darstellt. Sie gibt darüber hinaus wichtige Hinweise darauf, wie diese Artikulation theoretisch zu konzipieren wäre, nämlich als eine Form von Subsumption, in der die Subsistenzproduktion der einen Produktionsweise unter die kapitalistische Produktionsweise subsumiert wird. Obwohl Luxemburg selbst den Begriff der Subsistenzproduktion nicht verwendet, hat sie von ihrer Wortwahl her bei den von ihr so bezeichneten »nichtkapitalistischen Produktionsformen« deren Ressourcen der Subsistenz vor Augen. In diesem Sinn könnte man sagen, dass Luxemburg letztlich von einer Subsumption der Subsistenzproduktion »nichtkapitalistische[r] Milieu[s]« (ebd., 314) unter die kapitalistische Produktionsweise spricht.

UNBEZAHLTE ARBEIT AUF DAUER

Es war diese Vorstellung einer Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen, die die Bielefelder Soziologinnen schon damals zu dem bis heute wegweisenden Schluss kommen ließ, dass mit der Ausdehnung des Kapitalismus und der damit verbundenen Verbreitung der



Lohnform zwangsläufig eine Ausdehnung der Subsistenzproduktion einhergeht. Die globale Ausweitung der Lohnform bringe folglich die Subsistenzproduktion keineswegs zum Verschwinden. Dies trifft insbesondere für die wichtigste, seit der Krise des Fordismus vor sich gehende Veränderung im Bereich der Reproduktion zu: Die Tatsache, dass ein Teil der vormals von Frauen gratis verrichteten Hausarbeit in die Lohnförmigkeit überging. Anders als zu erwarten und von der damaligen Frauenbewegung erhofft, führte dieser Formwandel aber nicht zu einem markanten Rückgang der unbezahlten Hausarbeit.

Da der Care-Sektor als wertschöpfungsschwacher Sektor unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig ein Niedriglohnsektor bleibt, in dem es kaum möglich ist, ein existenz-

sicherndes Einkommen zu generieren, bleiben die darin Tätigen für ihre eigene Reproduktion in großem Umfang auf unbezahlte Arbeit anderer angewiesen. So entsteht ein komplexes Ineinandergreifen von bezahlter prekarisierter Care-Arbeit und unbezahlter Care-Arbeit: Personen, meist Frauen, die etwa als überwiegend migrantische Haushaltshilfen, Pfleger*innen oder Nannys unter ihrem Reproduktionsniveau im Care-Sektor arbeiten, müssen sich selbst und ihre Kinder – da sie oftmals selbst Familienernährerinnen sind – durch unbezahlte Reproduktionsarbeit erhalten. Diese wird wiederum oft von anderen Frauen erbracht, die sich demselben Mechanismus aussetzen – ein Kreislauf, der sich unendlich fortsetzt und Reproduktionslücken nach ›unten‹ weiterreicht. Das heißt, die Überführung vormals von Frauen unentgeltlich verrichteter Arbeit in die Lohnförmigkeit führt unter kapitalistischen Verhältnissen paradoxerweise dazu, dass auch die Anforderungen an die unbezahlte Arbeit wachsen. Es scheint, zumindest für den Bereich der Reproduktion, eben nicht nur so, dass der Kapitalismus sein eigenes ‚Außen' hervorbringt. Er hat darüber hinaus auch ein großes Interesse daran, sich dieses Außen zu erhalten, um weiterhin von seinen Ressourcen zu leben. Diesen Aspekt gibt das Konzept der Artikulation – anders als das Bild der Landnahme – sehr viel präziser wieder: Um ein laufender Zulieferer von unsichtbaren Ressourcen zu sein, muss das ›Außen‹ nicht nur enteignet, sondern auch erhalten bleiben.

UNSICHTBARE ENTEIGNUNG

Mithilfe des Konzepts der »marginalen Masse« von Bennholdt-Thomsen (1981, 43) kann dieser Ressourcentransfer dahingehend beschrieben werden, dass mit dem Voranschreiten kapitalistischer Produktionsweisen die Menschen sich zunehmend außerhalb der Lohnverhältnisse reproduzieren, insofern sich die prekarisierte Lohnform generalisiert. Das heißt, Menschen reproduzieren sich, obwohl – oder gerade insofern – sie erwerbstätig sind, mehrheitlich außerhalb der Lohnarbeit in einer zweiten Produktionsweise, und damit aufgrund von Ressourcen, die nicht vom Lohn abgedeckt sind. Die in weit entwickelten Kapitalismen zu beobachtende Zunahme prekarisierter Lohnarbeit lebt integral von den Ressourcen der Subsistenzproduktion. Dabei ist zu bedenken, dass jede prekarisierte Lohnarbeit in spezifischer Weise Arbeitsressourcen der Reproduktion und somit »Mehrarbeit« anzapft, die zwar außerhalb der Lohnarbeit liegen, gleichwohl aber als Mehrarbeit in diese zurückfließen (ebd., 34f). Die Bedeutung der »marginalen Masse« liegt für Bennholdt-Thomsen also darin, dass diese sich aus der Perspektive des Kapitals kostenlos reproduziert, ihm aber, je nach Bedarf, dennoch wieder zur Verfügung steht: »Da ein Teil der Bevölkerung die notwendige Subsistenzarbeit übernimmt, ohne dem Kapital Kosten zu verursachen, erhöht sich dadurch die Möglichkeit der Aneignung von Mehrarbeit für das Kapital enorm. […] Die marginale Masse befindet sich nicht außerhalb oder am Rande, sie bildet vielmehr einen integralen Bestandteil des kapitalistischen Systems.« (Ebd., 44) Es geht deshalb bei der von Bennholdt-Thomsen so bezeichneten »marginalen Subsumption« nicht um die Frage des Formwandels von unbezahlter in bezahlte Arbeit, sondern gerade um die

für das postfordistische Akkumulationsregime notwendige Erhaltung der unbezahlten Arbeit oder noch genauer um das für postfordistische Verhältnisse konstitutive Wechselverhältnis von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit, die beide *zusammen* die »normale« Lohnarbeit subventionieren. So berechnet Madörin (2017, 39ff) für die Schweiz, dass die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit zusammen rund zwei Drittel des um die unbezahlte Arbeit erweiterten Bruttoinlandsproduktes ausmachen, das heißt, diese zwei Drittel des Wirtschaftens sind im Wesentlichen die ökonomische Grundlage, auf die sich der – so betrachtet – tatsächliche »Rest« des Wirtschaftens stützt.

Rosa Luxemburgs Denken erweist sich für einen feministischen Zugang genau deshalb als fruchtbar, weil es auch ihr darum ging, jene von der marxistischen Theoriebildung vernachlässigten und damit weitgehend unsichtbar gemachten Ausbeutungsformen theoretisch zu erfassen und damit sichtbar zu machen. Der Fokus auf die spektakulären Formen der Enteignung, wie er die gegenwärtige Diskussion um neue Landnahmen dominiert, verstellt deshalb teilweise den Blick auf diesen schwerer greifbaren und daher stillschweigend vor sich gehenden Ressourcentransfer. Dieser stellt eben nicht einen einfachen Raub dar, sondern eine Form der Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen, für die es bisher in der linken Theoriebildung keine eigene Konzeptualisierung gibt.

Luxemburgs Überlegungen bieten jedenfalls eine Lesart der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation, die es – wenn man sie als Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen begreift – erlaubt, der Situation des expandierenden Care-Sektors im Postfordismus und damit den veränderten Bedingungen der Hausarbeit im postfordistischen Akkumulationsregime Rechnung zu tragen. Das Konzept der Artikulation ist deshalb so zentral, weil es ermöglicht, die Reproduktion in ihrer bezahlten wie unbezahlten Form zusammen als eigene Produktionsweise zu denken, die – unter den vorherrschenden wirtschaftspolitischen Bedingungen – unter einer anderen Produktionsweise subsumiert wird.

---

1 Die Zeitschrift *The Commoner* (Nr. 15., Winter 2012) greift in einer Themennummer „Care Work and the Commons“ auf diese älteren Debatten zurück. Darin sind auch wichtige Texte dieser Zeit wieder abgedruckt.

2 Ein Niedriglohnsektor bleibt der Care-Sektor, weil Care-Arbeit als arbeitsintensive Arbeit weitgehend rationalisierungsresistent ist und damit dem Segen der kapitalistischen Produktionsweise – der Möglichkeit zu Produktivitätssteigerungen mittels technischer Innovationen – nicht zugänglich ist (vgl. Madörin 2017).

LITERATUR

Bennholdt-Thomsen, Veronika, 1981: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion, in: Backhaus, Hans-Georg u. a. (Hg.): Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 14, Frankfurt a.M., 30–51

Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus, Hamburg

Luxemburg, Rosa, 1913: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: GW 5, Berlin, 5–411

Madörin, Mascha, 2017: Überlegungen zur Zukunft der Care-Arbeit, in: Diefenbacher, Hans/Held, Benjamin/Rodenhäuser, Dorothee (Hg.): Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende? Arbeiten in einer Postwachstumsgesellschaft, Marburg, 35–67

Madörin, Mascha, 2019: Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft, in: Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Beiträge zur Pluralen Feministischen Wirtschaftstheorie, Weinheim/Basel (im Erscheinen)

Marx, Karl, 1867: Das Kapital, MEW 23, Berlin

Mies, Maria, 2009: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzproduktion, in: Linden, Marcel von der/Roth, Karl Heinz (Hg.): Über Marx hinaus, Hamburg/Berlin, 255–290

UNTER MARX' BANNER

UNGELÖSTE PROBLEME VON THEORIE UND REVOLUTIONÄRER REALPOLITIK

MICHAEL BRIE

Auf dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918 hielt Rosa Luxemburg die letzte öffentliche Rede ihres Lebens. Das Parteiprogramm begründend rief sie: »Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.« (Luxemburg 1918a, 494) Sie machte aber auch deutlich, welcher Marx gemeint war – nämlich der von 1848 und nicht jener Marx, dessen Vorstellungen zur Grundlage der Strategie der SPD in den 1880er und 1890er Jahren geworden war. Beide unterschieden sich ihrer Ansicht nach hinsichtlich des Verhältnisses von kurz- und langfristigen Zielen.

Die Programmatik der KPD war für Luxemburg das bewusste Zurück zu einer Strategie, in der revolutionäres Ziel und der Kampf um konkrete Reformen nicht mehr getrennt wären: »Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als – in wenigen Worten zusammengefasst – den

Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz-Marxismus war, der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so lange breitmachte.« (Ebd.)

In diesem »Ersatz-Marxismus« werde das sozialistische Ziel zwar in der Ferne beschworen, im Alltag konzentriere er sich aber auf eine durch und durch verbürgerlichte Reformpolitik. Der Geist des »wahren Marxismus«, auf den sich Luxemburg im Dezember 1918 berief, bestehe hingegen darin, »die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltags zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben«. In dieser Formulierung von 1903 fügte sie hinzu: »Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist.« (Luxemburg 1903, 373)

ENGELS TAKTISCHES PROGRAMM

Die von der SPD spätestens seit dem Vereinigungsparteitag von »Lassalleanern« und »Eisenachern« 1875 verfolgte und mit dem Erfurter Programm von 1891 zur offiziellen Position der Partei erklärte Strategie versuchte hingegen, Nah- und Fernziel unter den Bedingungen einer relativ stabilen nichtrevolutionären Situation in Europa miteinander zu verbinden. Strategisch wurde dies erstmals 1880 auf den Punkt gebracht, als Marx gemeinsam mit Engels und den Führern der neugegründeten Französischen Arbeiterpartei, Jules Guesde und Paul Lafargue, einen Entwurf erarbeitete, in dem Maximal- und Minimalprogramm unterschieden wurden. Das Maximalprogramm beschrieb »die Rückkehr aller Produktionsmittel in Kollektiveigentum« (Marx 1880, 238). Das Minimalprogramm konzentrierte sich auf die Forderungen nach allgemeinen demokratischen und sozialen Reformen innerhalb der gegebenen bürgerlichen Gesellschaft und sollte der Vorbereitung auf die Machtübernahme dienen. Die Arbeiterbewegung müsse für die Erreichung des kommunistischen Ziels alle Mittel nutzen. Das allgemeine Wahlrecht beispielsweise müsse »aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation umgewandelt« (ebd.) werden.

MICHAEL BRIE ist Philosoph und Referent für Theorie und Geschichte sozialistischer Transformationsforschung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Diese von Luxemburg als »taktisches Programm von Engels« bezeichneten Überlegungen zu einer marxistisch orientierten Sozialdemokratie hatte er kurz vor seinem Tode in der »Einleitung« zu Marx’ »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« entwickelt. Einerseits sollte sich die SPD nicht

zu bewaffneten Konflikten provozieren lassen, andererseits aber in konsequenter Opposition zum Kaiserreich und seinen staatlichen Mächten bleiben. August Bebels Position der Todfeindschaft zum Kapitalismus war auch die von Engels: »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.«

Diese Strategie basierte auf der klaren Annahme, dass die ökonomischen Krisen und mögliche weltkriegerische Auseinandersetzungen das bürgerliche System in die Katastrophe stürzen und den von Engels anvisierten »Tag der Entscheidung« herbeiführen würden. Es war aber keine Position des stillen Abwartens, sondern der energischen Vorbereitung und Stärkung ebenjener Kräfte, die es zu mobilisieren gelte. Das Wort vom »Gewalthaufen« war ernst gemeint. Das Nahziel sollte dem sozialistischen Fernziel dienen. August Bebel argumentierte auf dem Parteitag von 1891: »Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben […] Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, dass wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden. […]Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse, die fortgesetzten Kriegsrüstungen, wo sich jeder sagen muss, kommt der Krieg nicht heute oder morgen, so kommt er übermorgen sicher, und die Gewissheit, dass alle diese Dinge zum Verderben der heutigen Gesellschaft ausschlagen, das alles hat herbeigeführt, dass keiner mehr leugnet, wir treiben einer Katastrophe zu.« (Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1891, 172 u. 175)

Doch ging die Engel'sche Taktik nicht auf: Als es 1914 zur Katastrophe kam, war der »Gewalthaufen« SPD ein gefügiges Instrument des Burgfriedens mit dem Kaiserreich geworden (vgl. Schütrumpf u.a. in diesem Heft). Die Mittel hatten sich gegenüber dem Ziel verselbstständigt und es überwältigt. Der Zusammenhang von naheliegenden Reformkämpfen und Revolutionszweck war so sehr verloren gegangen, dass selbst die möglichen Kämpfe um das allgemeine Wahlrecht in Preußen oder gegen die sich immer weiter verschärfende imperialistische und militaristische Politik nicht mehr offensiv geführt wurden. 1918, noch im Gefängnis, wurde Luxemburgs Abrechnung mit der alten Taktik immer schärfer. Als im Frühling dieses Jahres deutsche Truppen bei der Niederschlagung der finnischen Sowjetrepublik mitwirkten, schrieb sie: »Die Heldentaten in Finnland etc. sind der Strich unter der Rechnung der *alten d[eutschen] Sozd[emokratie] u. der zweiten Intern[ationale].* Sie vernichten die alte Autorität u. die Taktik von Engels – K[arl] K[autsky].« (Luxemburg 1918b, 1093) Das »taktische Programm von Engels (1895)« sei dem imperialistischen Zeitalter nicht gemäß gewesen (ebd., 1094). Die deutsche Sozialdemokratie sei auf diesem Wege zu einer systemtragenden Partei mutiert und so sei Wohltat Plage geworden.

KRITIK UND SELBSTKRITIK

Luxemburgs Abrechnung mit der Strategie von Engels, Bebel und Kautsky implizierte zugleich eine radikale Selbstkritik: Sie hatte sich ihre »Sporen« in der deutschen Sozialdemokratie gerade dadurch verdient, dass sie die alte Strategie mit äußerster Entschiedenheit



gegen Bernsteins Revision verteidigt hatte. Dabei war es zu einem Bündnis mit der Führung der SPD gekommen, nicht zuletzt mit Bebel, der in der Diskussion erkannt hatte, dass Theorie und Strategie nicht zu trennen waren, und sich deshalb seinerseits auf Luxemburg und andere Linke in der SPD stützte.

Eduard Bernstein hatte ab 1896 alle Annahmen infrage gestellt, die dem Erfurter Parteiprogramm und der alten Strategie zugrunde lagen. Erstens versuchte er zu zeigen, dass sich keineswegs alle Produktionsmittel in den Händen weniger Kapitalisten zentralisierten, sondern es starke Gegenbewegungen zur Konzentration des Kapitals gebe. Auch könne nicht davon die Rede sein, dass die kleinbürgerlichen, bäuerlichen und Mittelschichten einfach verschwinden würden und sich die Klassenstruktur polarisiere: »Weit entfernt, dass die Gliederung der Gesellschaft sich gegen früher vereinfacht hätte, hat sie sich vielmehr, sowohl was die Einkommenshöhe als was die Berufstätigkeiten anbetrifft, *in hohem Grade abgestuft und differenziert*.« (Bernstein 1899, 79) Vor allem aber sah Bernstein eine klare Tendenz zur Demokratisierung und dies auch in der Wirtschaft: »Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluss dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regen-

den Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluss unterzieht.« (Ebd., 10) Weder müsse es zur Katastrophe kommen, noch sei es zwingend erforderlich, dass grundlegende Eigentumsveränderungen erst nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse möglich seien. Es könne auch unter bürgerlichen Regierungen zum Auf- und Ausbau sozialistischer Eigentumsformen kommen.

Rosa Luxemburg hielt strikt entgegen: Von umfassenden Tendenzen zur Abschwächung der Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft sei nichts zu sehen. Die Polarisierung in zwei gegensätzliche Klassen – Kapitalisten und Proletarier – führe weiterhin zum Verschwinden der Mittelschichten. Die bürgerlichen Klassen würden auf die Entwicklung des Klassenkampfs mit dem Abbau von Demokratie antworten. Nur die Drohung einer sozialen Revolution würde ihnen soziale Reformen abnötigen. Würde diese Drohung aufgegeben, wären auch keine weiteren Erfolge bei den gewerkschaftlichen, demokratischen und sozialen Formen des Kampfes der Sozialdemokratie möglich. Vor allem aber: »Was macht uns dann in unserem alltäglichen Kampfe zur sozialistischen Partei? Es ist nur die Beziehung dieser drei Formen des praktischen Kampfes zum Endziel. Nur das Endziel ist es, welches den Geist und den Inhalt unseres sozialistischen Kampfes ausmacht, ihn zum Klassenkampf macht. Und zwar müssen wir unter Endziel nicht verstehen […] diese oder jene Vorstellung vom Zukunftsstaat, sondern das, was einer Zukunftsgesellschaft vorangehen muss, nämlich die Eroberung der politischen Macht. Diese Auffassung unserer Aufgabe steht im engsten Zusammenhang mit unserer Auffassung […], dass die kapitalistische Gesellschaft sich in unlösbare Widersprüche verwickelt, die im Schlussresultat eine Explosion notwendig machen, einen Zusammenbruch, bei dem wir den Syndikus spielen werden, der die verkrachte Gesellschaft liquidieren wird.« (Luxemburg 1899a, 237) Es gebe prinzipiell keine Möglichkeit, wie Luxemburg (1899b, 400) ironisch gegen Bernstein schreibt, »das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln«. Trotz der Entwicklung von Sozialreformen und Demokratie werde die Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft nur immer höher und fester gemacht. Diese Wand sei vor allem politisch. Sie könne nur durch den »Hammerschlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat« (ebd.), niedergerissen werden.

Das Agieren der SPD im Ersten Weltkrieg hatte Luxemburg gezeigt, dass sie im »Guerillakrieg« gegen den Revisionismus nichts als »Pyrrhussiege« errungen hatte. Lange auf der gleichen Seite wie Kautsky, hatte sie den »Parlamentarismus als einzige Politik« (Luxemburg 1918b, 1108) dadurch legitimiert, dass sie ihm die höhere Weihe der Vorbereitung auf eine sozialistische Revolution gab. Zugleich wandte sie sich lange nicht gegen

die Oligarchisierung und Bürokratisierung der SPD. Luxemburgs Hoffnung, dass die Massen wieder die Partei übernehmen könnten, erfüllte sich weder vor noch nach 1914. Ihre Versuche, die Forderung nach einem entschlossenen Kampf um die Republik und damit gegen den Kaiser und sein »persönliches Regime« in der Partei zu verankern, sowie ihr Anliegen, auf die offensive Nutzung militanter Formen wie den politischen Massenstreik zu orientieren oder gezielt die Legalität des Kaiserreichs zu verletzen (bspw. die Arbeiter*innen aufzuklären, im Kriegsfall nicht auf ihre Klassenbrüder zu schießen) – all das fand zwar in der Mitgliedschaft der Partei großen Widerhall, aber nicht in ihren Machtzentren. Nie war Luxemburg so beliebt bei den sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern wie 1914 und nie so machtlos in der SPD als Organisation. Ihr Fazit aus der Strategie der SPD seit dem Ende des Sozialistengesetzes: Eine perfekt organisierte Arbeiterbewegung brachte eine disziplinierte Arbeiterschaft in den Ersten Weltkrieg ein. Luxemburg (1918b, 1106) verwendete das böse erhellende Wort: »Das war der Krieg des deutschen Gewerkschafters.« Max Weber (1924, 409) behielt recht, als er 1907 prognostizierte, »auf Dauer [wird es] nicht die Sozialdemokratie [sein,] die Städte oder den Staat erobert, sondern […] der Staat […], der die Partei erobert«.

AUF DER SUCHE NACH NEUER REVOLUTIONÄRER REALPOLITIK

In der Diskussion zu Programmatik und Strategie der gerade erst gegründeten KPD stellte Luxemburg die Strategie von Marx und Engels im »Kommunistischen Manifest« der des späten Marx und Engels sowie der der SPD gegenüber. Worin aber lag die Differenz? Luxemburg sah sie vor allem darin, dass anders als Ende 1847 und Anfang 1848 Marx und Engels nach der Niederschlagung der Pariser Kommune davon ausgegangen waren, »nun habe das Proletariat noch eine unendlich weite Strecke Wegs vor sich, bis der Sozialismus zur Wirklichkeit werden könnte« (Luxemburg 1918a, 495). Ende 1918 aber habe sich gezeigt, dass das Sofortprogramm aus dem »Manifest« und das des Spartakusbundes weitgehend deckungsgleich seien. Durch die Folgen des Ersten Weltkrieges sei eine Situation entstanden, in der es nur zwei Möglichkeiten gegeben habe: »Untergang in der Anarchie oder Rettung durch den Sozialismus« (ebd., 496). Im Kapitalismus sei es völlig unmöglich, progressive Lösungen für die Krise zu finden. Ihre Schlussfolgerung in dieser zugespitzten Situation war: »Für uns gibt es jetzt kein Minimal- und kein Maximalprogramm; eines und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir heutzutage durchzusetzen haben.« (Ebd.)

In ihren Reden auf dem Gründungsparteitag der KPD ging Luxemburg davon aus, dass die Aufgabe nicht darin bestehen könne, unmittelbar die politische Macht zu ergreifen, sondern das neue Prinzip, das sich in der Revolution zu Wort gemeldet habe, das heißt die Arbeiterräte, umfassend zur Geltung zu bringen: »Heute müssen wir uns auf das System der Arbeiterräte konzentrieren, müssen die Organisationen nicht durch Kombination der alten Formen, Gewerkschaft und Partei, zusammengeschlossen, sondern

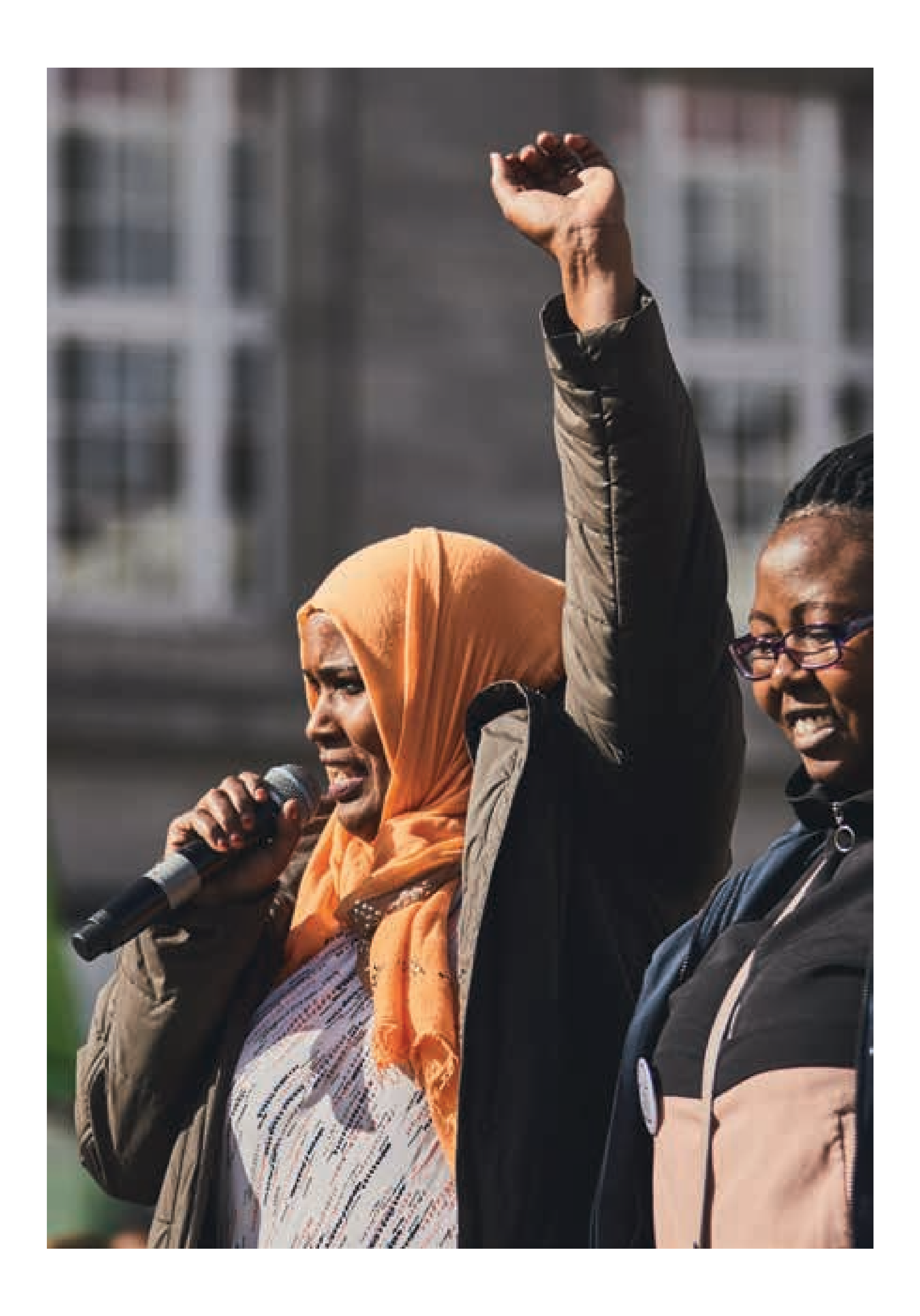
auf ganz neue Basis gestellt werden. Betriebsräte, Arbeiterräte, und weiter aufsteigend, ein ganz neuer Aufbau, der nichts mit den alten überkommenen Traditionen gemein hat.« (Luxemburg 1918c, 487) Anstelle eines Generalangriffs schlug Luxemburg (1918a, 511) eine neue Strategie der Schaffung von Elementen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten vor: »Wir […] müssen uns die Frage der Machtergreifung vorlegen als die Frage: Was tut, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in ganz Deutschland? Dort liegt die Macht, wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen. […] So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.« Sie sah das auch als Programm der ökonomischen Phase der Revolution, die die politische Phase ablösen müsse.

Der Erste Weltkrieg war in Europa und darüber hinaus eine Zeitenwende. Mit den Nachkriegsrevolutionen und -krisen wurde das Zeitalter der orthodox-marxistischen Sozialdemokratie beendet. Es kam zur Spaltung der sozialistischen und Arbeiterbewegung. Die Frage von Strategie und Taktik zur Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wurde von jetzt an völlig neu gestellt. Luxemburg konnte die ungelösten Aporien von Reform und Revolution innerhalb des alten Konzepts noch aufzeigen und sie hatte sich auf den Suchprozess begeben, um auf völlig neuer Grundlage völlig neue Antworten zu finden. Der Mord an ihr hat diesen Suchprozess jäh beendet.

Von dem deutschen Physiker Gustav Robert Kirchhoff ist die Sentenz überliefert »Eine gute Theorie ist das Praktischste, was es gibt.« Den Marxistinnen und Marxisten im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert fehlte eine solche Theorie, die in der Lage gewesen wäre, revolutionäre Realpolitik für Zeiten der relativen Stabilität und für Zeiten der offenen großen Krise anzuleiten, bzw. ein lebendiges, sich wechselseitig befruchtendes Verhältnis von guter Theorie und guter Praxis. Der Marxismus, wie Luxemburg ihn hochhielt, versagte in seiner praktischen Funktion. An Luxemburg, einer der herausragenden Marxistinnen jener Zeit, lässt sich studieren, warum. Drei Gründe seien genannt:

FÜR EINE PRAKTISCHE THEORIE DES SOZIALISMUS

Erstens hat sich Marx' Bilderverbot verheerend ausgewirkt. Es gab keine *Sozialismustheorie*, die diesen Namen verdient hätte. Die Fixierung auf die revolutionäre Übernahme der politischen Macht ließ die konkreten Fragen der sozialistischen Gestaltung einer komplexen Gesellschaft im »Nebelland der Zukunft« (Marx). In der *Neuen Zeit*, der wichtigsten Zeitschrift des Marxismus jener Zeit, hatte es über Jahrzehnte keinen einzigen Artikel zur Frage gegeben, wie Wirtschaft und Politik unter den Bedingungen der Widersprüche einer neuen Gesellschaft zu gestalten seien. Es wurde Marx' Diktum gefolgt, eine solche Diskussion würde die Siegesgewissheit



schmälern. Wäre dies aber der Fall gewesen, verweist dies auf die ungeheure Schwäche der sozialistischen Vision. Sie konnte ganz offensichtlich keiner kritischen Prüfung unterworfen werden, ohne dass des Gedankens Blässe den Glauben an sie angekränkelt hätte. Der Spartakusbund hatte im Moment der Revolution kein positives überzeugendes Gestaltungsprogramm, das mehrheitsfähig hätte werden können. Auch heute ist klar, dass ohne eine überzeugende sozialistische Vision einer Alternative zum Kapitalismus keine wirksame linke Politik möglich ist (vgl. Dörre 2018, 110ff). Es gab aber noch eine andere Illusion, die August Bebel so ausdrückte: »Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst.« (Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1891, 159) Die Lage der Bolschewiki 1917 widerlegte dies.

IM KAPITALISMUS UND ÜBER IHN HINAUS

Zweitens muss Marx' *Kapitalismustheorie* überprüft werden. Luxemburg (1913, 411) hatte geglaubt, dass die Grenzen der Ausdehnung der kapitalistischen Märkte die absolute Barriere für den Kapitalismus bilden würden, an der er zerbrechen müsse. Kautsky hatte die Grenze in der Hyperzentralisation eines Ultraimperialismus gesehen. Alle Marxistinnen und Marxisten gingen davon aus, dass die kapitalistische Produktionsweise von derart gravierenden Krisen geprägt sein werde, dass ihr Zusammenbruch unvermeidlich sei und das Proletariat der einzig mögliche Konkursverwalter. Der Einbau und die Unterordnung von Prinzipien der Vergesellschaftung, die über den Kapitalismus hinausweisen und eine solidarische Gesellschaft antizipieren, die Entstehung von Bindestrich-Gesellschaften unter der Dominanz der Kapitalverwertung waren theoretisch nicht angedacht worden. Mit ihrem Blick auf den organischen Zusammenhang von Kapitalverwertung und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen (vgl. Soiland in diesem Heft) hatte Luxemburg als eine der Ersten den Weg dafür gebahnt – durchaus gemeinsam mit Eduard Bernstein. Die Frage aber, wie eine Strategie der gleichzeitigen Politik im Kapitalismus und über ihn hinaus, also eine Strategie doppelter Transformation (vgl. Klein 2013; Candeias 2017), kapitalismustheoretisch begründet werden kann, ist bis heute nicht beantwortet worden.

VERBINDENDE KLASSENPOLITIK

Drittens hatte sich Marx' und Engels' Annahme, die Proletarier müssten sich nur ihrer Klasseninteressen bewusst werden, um zum *Hauptakteur sozialer Revolution* zu werden, als falsch erwiesen. Wirkliche Umwälzung entsteht, wie alle historischen Erfahrungen zeigen, aus der Verbindung von sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Bewegungen mit jeweils sehr unterschiedlichen Interessen, die zudem in sich widersprüchlich sind, vorwärts- wie rückwärts weisen. Lenin paraphrasierend kann man auch sagen: Wer eine reine Arbeiterrevolution erwartet, ist nur der Phrase nach revolutionär. Aber dies ist zunächst nur eine negative Aussage. Es bedarf einer klassenverbindenden Politik, die die durch die kapitalistischen Strukturen gespaltenen Gruppen solidarisch miteinander zu verbinden vermag (vgl. Candeias 2017). Und es geht um eine neue revolutionäre

Haltung, die sich nicht den durch uns alle hindurchgehenden Widersprüchen entzieht: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.« (Luxemburg 1918a, 406) In diesem Sinn der radikal revolutionären und zutiefst menschlichen Verbindung von Gegensätzen im Leben und Werk von Luxemburg konnte Volker Caysa (2017, 57; auch auf *LuXemburg-Online*) schreiben: »Rosa Luxemburg hat ein bejahenswertes, schönes Leben geführt, insofern sie ein bis in den Tod konsequentes, wahrhaftiges Leben geführt hat.«

Das Warum, das Wie und das Wer einer sozialen Revolution erwiesen sich 1917/18 als ungeklärt. Es ist zweifellos richtig: »Die Betonung der Aktion war […] Rosa Luxemburgs wichtigster Beitrag zum praktischen Marxismus.« (Nettl 1967, 27) Aber die ihr vorliegende marxistische Theorie beförderte nicht nur, sondern erschwerte auch die Entwicklung einer wirksamen emanzipatorischen Strategie. Heute, am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, braucht die Linke in Deutschland, Europa und international auch eine für revolutionäre Realpolitik praxistaugliche Theorie, die den Herausforderungen eines grundlegenden zivilisatorischen Umbruchs gemäß ist, der die Dominanz von Kapitalverwertung überwindet und eine sozialökologische Transformation einleitet. Wer auf hohe See hinausfährt, ist angewiesen auf einen Kompass, eine solidarische Crew und die Fähigkeit, die Segel gegen den Wind zu setzen, der dem Schiff entgegenweht. Von Rosa Luxemburg kann man lernen, was alles dafür getan werden muss – auf dem Feld der Theorie, der politischen Praxis und der persönlichen Lebensführung. Hic Rhodus, hic salta!

LITERATUR

Bernstein, Eduard, 1899: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin

Candeias, Mario, 2017: Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Oktober 2017, www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus/

Caysa, Volker, 2017: Rosa Luxemburg – die Philosophin, Leipzig

Dörre, Klaus, 2018: Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2018, 105–115

Engels, Friedrich, 1895: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, in: MEW 22, Berlin, 509–527

Klein, Dieter, 2013: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg

Luxemburg, Rosa, 1899a: Rede über den politischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart, in: GW 1.1., Berlin, 236–238

Dies., 1899b: Sozialreform oder Revolution?, in: GW 1.1., Berlin, 369–445

Dies., 1903: Karl Marx, in: GW 1.2., Berlin, 369–377

Dies., 1913: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: GW 5, Berlin, 5–411

Dies., 1918a: Eine Ehrenpflicht, in: GW 4, Berlin, 404–406

Dies., 1918b: Handschriftliche Fragmente zur Geschichte der Internationalen, der deutschen Sozialdemokratie, zu Krieg, Revolution und Nachkriegsperspektiven, in: GW 7.2, Berlin, 1088–1114

Dies., 1918c: Rede gegen eine wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung, in: GW 4, Berlin, 485–487

Dies., 1918d: Unser Programm und die politische Situation, in: GW 4, Berlin, 488–513

Marx, Karl, 1880: Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei, in: MEW 19, Berlin, 238

Nettl, Peter, 1967: Rosa Luxemburg, Köln

Schütrumpf, Jörn, 2018: Zwischen Liebe und Zorn: Rosa Luxemburg, in: ders. (Hg.), Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, Berlin, 11-100

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1891: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt, Berlin

Weber, Max, 1924: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen

KAMPF DER GIGANTEN

STREITBARE IMPERIALISMUSTHEORIEN

INGO SCHMIDT

Konzernherrschaft, Kapitalexport und Krieg – um diese Themen kreiste die marxistische Imperialismusdebatte des frühen 20. Jahrhunderts. Dahinter stand die politische Frage, wie die sozialistische Arbeiterbewegung auf koloniale Expansion und zunehmende Spannungen zwischen den Kolonialmächten reagieren sollte. An die Stelle formaler Kolonien sind seither verschiedene Formen imperialistischer Herrschaft getreten und die sozialistische Arbeiterbewegung wurde zuerst sozialstaatlich befriedet und danach den Anforderungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit unterworfen. Konzernherrschaft, Kapitalexport und Krieg aber sind geblieben. Insofern ist es durchaus naheliegend, bei der Analyse des heutigen Imperialismus und Kapitalismus und dem Nachdenken über einen politischen Neubeginn nach dem Scheitern der Sozialismen des 20. Jahrhunderts auf die alte Debatte zurückzugreifen. Nicht so, als stünde dort schon alles und man müsse nur die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Sondern

gerade, weil in der historischen Darstellung des Imperialismus und Kapitalismus in den entsprechenden Debattenbeiträgen deutlich wird, dass Konzernherrschaft, Kapitalexport und Krieg heute ganz andere Formen angenommen haben als im frühen 20. Jahrhundert.

HISTORISCHER KONTEXT: REFORM VS. REVOLUTION

Die klassischen Beiträge zur Imperialismusdebatte sind aus dem Bemühen um eine Neuorientierung sozialistischer Politik entstanden (Day/Gaido 2012). Im Gegensatz zu der fast vollständigen Trennung zwischen sozialistischen Zirkeln und einer hochgradig institutionalisierten Arbeiterbewegung in unserer Zeit waren Sozialismus und Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufs Engste verbunden. Allerdings zeigte diese Verbindung Risse, seit Teile der Arbeiterbewegung den Glauben an den Zusammenbruch des Kapitalismus als Auslöser einer sozialistischen Revolution verloren und ihre Hoffnung zunehmend auf anhaltende Prosperität und soziale Reformen setzten. Ein Teil dieser sogenannten Revisionisten sah Reformen als Mittel zur Überwindung kapitalistischer Krisen, weil sie Einkommenszuwächse der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit begünstigen und hierdurch periodisch auftretenden Unterkonsumtionskrisen entgegenwirken würden. Ein anderer Teil sah Reformen als Folge kolonialer Expansion: Aus den damit verbundenen Extraprofiten könnten höhere Löhne und soziale Sicherungssysteme bezahlt werden, ohne den Durchschnittsprofit zu belasten. Nach Überwindung einer anhaltenden Stagnationsphase, die von den frühen 1870er bis Mitte der 1890er Jahre anhielt, hatte die sozialistische Linke diesem Revisionismus zunächst nichts entgegenzusetzen außer Durchhalteparolen nach dem Motto: Die Krise kommt schon noch. Und dann kommen wir.

Um aus der Defensive zu kommen, nahmen sich einige Wortführer*innen der Linken Marx' »Kapital« noch einmal vor. Dort fanden Arbeiter*innen und Aktivist*innen eine wissenschaftliche Erklärung für das verbreitete Gefühl, von den Kapitalisten übers Ohr gehauen zu werden. Zugleich erhielten sie die Zusicherung, dass die kapitalistische Ausbeutung endlich und der Aufbau einer von Arbeiter*innen selbstverwalteten Wirtschaft möglich sei. In den Jahrzehnten nach Veröffentlichung des »Kapital«, insbesondere nach Beginn der Stagnation in den frühen 1870er Jahren, hatte dessen Fokus auf die fabrikmäßige Organisation des Produktionsprozesses und die hierin eingeschriebene Ausbeutung viel zur Selbstvergewisserung und Orientierung einer rund um die industrielle Arbeiterklasse entstehenden Bewegung beigetragen. Nachdem die Risse zwischen Sozialismus und Arbeiterbewegung nicht mehr zu leugnen waren, wurden die Fragen laut, ob Marx' Analyse womöglich historisch überholt sei, ob

INGO SCHMIDT ist Ökonom und leitet das Labour Studies Program der Athabasca University in Kanada. Er ist seit vielen Jahren als Berater von Gewerkschaften in Deutschland wie in Kanada tätig. Von ihm erschien unter anderem 2013 das Buch »Rosa Luxemburgs ›Akkumulation des Kapitals‹«.



sie nur einen kleinen Ausschnitt des Kapitalismus behandle und ob eine Neuinterpretation des »Kapital« zu einer Neubestimmung des Sozialismus beitragen könne.

THEORETISCHE ZUGÄNGE: MIT MARX UND ÜBER IHN HINAUS

Um dem politischen Revisionismus entgegenzutreten, musste die sozialistische Linke ihre theoretischen Grundlagen revidieren. Dabei verschob sich der Fokus von der Analyse des Produktionsprozesses im ersten Band des »Kapital« auf Fragen der Zirkulation und erweiterten Reproduktion im zweiten Band sowie auf Krisen, Finanzen und ihr Verhältnis zum industriellen Kapital im dritten Band. Über die Art und Weise, in der sich an die Marx'schen Analysen anknüpfen ließe, gab es allerdings sehr unterschiedliche Auffassungen. Rosa Luxemburg (1913) ging in »Die Akkumulation des Kapitals« von der Feststellung aus, dass »Das Kapital« ein unabgeschlossenes Werk ist. Im zweiten Band habe Marx zwar ein theoretisches Schema grenzenloser Akkumulation in einer ausschließlich aus Arbeitern und Kapitalisten bestehenden Gesellschaft entwickelt, doch schon die Darstellung der inneren Widersprüche des Gesetzes der tendenziell fallenden Profitrate im dritten Band habe diese theoretische Gleichgewichtsannahme durch den Hinweis ersetzt, dass es ein solches Gleichgewicht in der Wirklichkeit nicht gebe. Eine vollständige Analyse der Kapitalakkumulation müsse über die Annahme einer nur aus Arbeitern und Kapitalisten bestehenden Gesellschaft hinausgehen. Dies sei schon deshalb der Fall, weil sich die kapitalistische Produktionsweise historisch in nicht-kapitalistischen Milieus entfaltet habe. Die Öffnung dieser Milieus durch nackte Gewalt oder Kredit schaffe gerade die Nachfrage, die notwendig sei, bereits produzierten Mehrwert zu realisieren und die Akkumulation dadurch am Laufen zu halten. Dies sei jedoch nur eine vorübergehende Lösung des kapitalistischen Nachfrageproblems. Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, so Luxemburg, lasse sich der zur Akkumulation zur Verfügung stehende Mehrwert nicht realisieren. Durch Expansion in nicht-kapitalistische Milieus ließe sich die hierfür notwendige Nachfrage zwar schaffen, dadurch komme es aber zu deren Integration in die kapitalistische Produktionsweise. Der Fortgang der Akkumulation sei daher von der beständigen Öffnung neuer



nicht-kapitalistischer Milieus, im Inneren und außerhalb, abhängig. Sind solche Milieus nicht vorhanden oder wird ihrer kapitalistischen Durchdringung Widerstand entgegengesetzt, kommt die Akkumulation zum Erliegen. Diese Argumentation ist zunächst ebenso abstrakt wie diejenige von Marx im »Kapital«, erlaubt aber eine konkrete Analyse der historischen Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise. Skizzenhaft zeichnet Luxemburg die Industrialisierung Englands, Deutschlands und Russlands sowie die darum geführten wirtschaftstheoretischen Debatten nach und geht schließlich auf die Kolonisierung außerhalb der kapitalistischen Zentren ein. Sie macht allerdings auch klar, dass koloniale Eroberungen nicht erst nach Ausschöpfung der inneren Märkte in den sich industrialisierenden Ländern Westeuropas erfolgen, sondern die kapitalistische Produktion »schon in ihrer Kindheitsphase für den Weltmarkt […] produziert« (Luxemburg 1913, 250).

Während Luxemburg versucht, ein theoretisch nicht abgeschlossenes Werk fortzuführen, betont Rudolf Hilferding die Notwendigkeit theoretischer Anpassungen an historische Veränderungen. Für ihn ist das »Kapital« im Wesentlichen eine Analyse des Industriekapitalismus zu Marx' Lebzeiten, also eine historische Momentaufnahme. Das Verständnis späterer Entwicklungen erfordere die Anpassung und Ausweitung des analytischen Instrumentariums. Dazu sollte sein Hauptwerk »Das Finanzkapital« (Hilferding

1911) beitragen. Die markantesten Veränderungen seit Abfassung des »Kapital« sieht Hilferding in der Verschmelzung von Banken und Industriebetrieben zu Monopolen, die ihre marktbeherrschende Stellung ausnutzen, um sich zulasten von Konsument*innen und kleineren, unter Bedingungen freier Konkurrenz operierenden Betrieben Extraprofite zu sichern. Zölle sicherten diese Extraprofite nach außen ab. Zugleich erlaubten die Extraprofite den Monopolen die Unterbietung entstehender Industrien außerhalb der kapitalistischen Zentren. Monopole und Protektionismus würden zur Basis von Kapitalexport und kolonialer Expansion.

Lenin übernahm in seiner Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1917) in weiten Teilen Hilferdings Analyse, ersetzte allerdings dessen Krisentheorie durch die Unterkonsumtionstheorie und die Parasitismus-These des Proto-Keynesianers John Hobson (1902). Akkumulation und Monopolbildung hätten einen Kapitalüberschuss in den »Ländern des entwickelten Kapitalismus« geschaffen, der aber »nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet werden kann«, weil dies eine »Verminderung der Profite« bedeuten würde. Stattdessen kommt es zu Kapitalexporten in »rückständige Länder.« In der Folge entsteht in den kapitalexportierenden Ländern eine von der Produktion isolierte »Rentnerschicht«, die »von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt« (Lenin 1917, 245). Diese koloniale Ausbeutung bezeichnen Hobson und Lenin als »Parasitismus« (ebd., 281). Aufgrund seiner exponierten Stellung im Sowjetmarxismus galt Lenins Text Anhänger*innen wie Kritiker*innen vielfach als letztes Wort zur Imperialismustheorie. Sein eigener Anspruch war deutlich bescheidener. Dem Untertitel zufolge handelt es sich beim »Imperialismus« um einen »gemeinverständlichen Abriss«. Wissenschaftliches Neuland hatten Luxemburg und Hilferding erschlossen, die politischen Implikationen in ihren Werken sind deshalb besser fundiert als diejenigen Lenins. Dennoch erwiesen sich gerade dessen weitreichende Schlussfolgerungen als vielleicht wichtigster Bezugspunkt sozialistischer Strategiebildung des 20. Jahrhunderts, auch in Strömungen der Linken, die sich explizit vom Sowjetmarxismus bzw. -kommunismus abgrenzten.

POLITISCHE IMPLIKATIONEN: DIE TRÜGERISCHE HOFFNUNG AUF EXTRAPROFITE

Luxemburg hält auch in »Die Akkumulation des Kapitals« an der Zusammenbruchstheorie fest, die sie schon im Revisionismusstreit gegen Eduard Bernstein und seine Anhänger*innen verteidigt hatte. Sie modifiziert diese Theorie aber in zweierlei Hinsicht. Erstens verschaffe die koloniale Expansion dem Kapitalismus eine Galgenfrist und zweitens seien die Grenzen der Kapitalakkumulation nicht rein ökonomisch zu bestimmen. Vielmehr führe der »Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus« zu einer »fortlaufenden Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen […] die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die

Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalsherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist« (Luxemburg 1913, 391 u. 411). Einen automatischen Übergang von ökonomischer Krise zum Sozialismus gibt es demnach nicht. Fortwährend müssen neue Märkte geöffnet und Verwertungsmöglichkeiten geschaffen werden: der Krieg als Feld der Akkumulation und die Ausdehnung der Akkumulation in nicht-kapitalistische Räume in den Kolonien, aber auch im Inneren der Metropolen. Unklar bleibt jedoch das Verhältnis der arbeitenden Massen der Kolonien, in ihrer Mehrheit Bäuer*innen, zu den Industriearbeiter*innen in den Zentren. Luxemburg macht deutlich, dass sich Letztere keine großen Hoffnungen auf die Beteiligung an den Früchten kolonialer Ausbeutung machen sollten, weil sie zuerst einmal die Kosten der Aufrüstung und kolonialen Eroberung zu tragen hätten. Ein Jahr nach Erscheinen der »Akkumulation« stellten sie auch die Masse der in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges zum Morden und Sterben Gezwungenen.

Hilferding zieht aus seiner Imperialismusanalyse ebenfalls den Schluss, dass die Arbeiterklasse nichts bei der Kolonialisierung zu gewinnen hat. Zudem war er überzeugt, dass die Mittelklassen, die das Finanzkapital zunächst aus Furcht vor der eigenen Proletarisierung unterstützt hatten, unter der »Last der Extraprofite« der durch den Protektionismus verursachten »steigenden Tendenz der Nahrungsmittelpreise« und dem mit der Aufrüstung verbundenen »Steuerdruck« auf die Seite der Arbeiterklasse überlaufen würden, sobald »die Expansion des Kapitals in eine Periode langsameren Fortschreitens eintritt« (Hilferding 1911, 559). Diese Schlussfolgerung bewegte sich noch ganz im Rahmen des orthodoxen Marxismus der Zweiten Internationale. Weitergehende Schlüsse zog Hilferding erst nach den Erfahrungen des Kriegssozialismus. In »Das Finanzkapital« hatte er die mit fehlender Massenkaufkraft begründete Unterkonsumtionstheorie, die den Marxismus der Zweiten Internationale dominierte, durch eine Disproportionalitätentheorie ersetzt. Disproportionen zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen können verschiedene Ursachen haben, sind Hilferding zufolge aber vor allem eines: vorübergehend. Die Vorstellung eines ökonomischen Zusammenbruchs des Kapitalismus lehnt Hilferding ebenso ab wie ihr Gegenteil, die Harmonielehren. Vielmehr weist er der kleinen Zahl finanzstarker Monopole die Fähigkeit zu, die Wirtschaft in eine von ihr gewünschte Richtung zu steuern. Das unter der Monarchie geschlossene Bündnis zwischen Junkern und Schlotbaronen habe dieses Steuerungspotenzial zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele genutzt. In der demokratischen Republik könne die Arbeiterbewegung über Parlamente und Gewerkschaften jedoch als Gegenmacht agieren und so zur Schaffung eines krisenfreien organisierten Kapitalismus sowie der Ausweitung sozialer Rechte beitragen (Hilferding 1924). Diese politischen Überlegungen schließen an die ökonomischen Analysen im »Finanzkapital« an und nehmen Grundzüge der keynesianischen Wohlfahrtsstaaten vorweg, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in

den kapitalistischen Zentren unter Bedingungen des Kalten Krieges herausbilden konnten.

Es gehört zur Tragik der marxistischen Sozialdemokratie, dass ihr Vordenker Hilferding von den proto-keynesianischen Beschäftigungsprogrammen, die einige Gewerkschaftsökonomen zur Eindämmung der Großen Depression vorschlugen, nichts wissen wollte, weil er die Hyperinflation fürchtete. Eine nach Krieg und Faschismus keynesianisch gewendete Sozialdemokratie wusste mit Hilferding nichts mehr anzufangen. Die im »Finanzkapital« entwickelten Ideen überlebten in der Interpretation, die Lenin in »Der Imperialismus« vorgenommen hatte. Von dort wurden sie in den Sowjetmarxismus aber auch durch eine Reihe dissidenter marxistischer Strömungen weitergetragen (Schmidt 2019).

Lenin sieht die mit der Herausbildung der Monopole verbundenen politischen Steuerungsmöglichkeiten wohl, bestreitet aber, dass diese unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen realisiert werden könnten. Dem stehe der zur Aufrechterhaltung der Profitrate notwendige Druck auf Löhne und Massenkaufkraft im Weg. Diese Einsicht habe sich in der Arbeiterbewegung aber noch nicht vollständig durchgesetzt, weil die Ausbeutung der Kolonien die Herausbildung einer zu revisionistischen Ansichten neigenden Arbeiteraristokratie ermöglicht habe. Anders als Luxemburg und Hilferding, die sich wenig bis gar nicht mit den Binnenverhältnissen der Arbeiterklasse befasst haben, geht Lenin wiederum in Anschluss an Hobson von einer Spaltung zwischen einer »›Oberschicht‹ der Arbeiter und der ›eigentlich proletarischen Unterschicht‹« aus (Lenin 1917, 287). Wie der aus den Kolonien bezogene Extraprofit in die Taschen dieser Oberschicht gelangt, bleibt jedoch unklar. Lenin spricht verschiedentlich von einem Rentnerstaat, aber auch davon, dass der Staat von den Monopolen kontrolliert werde.

Die für eine über Steuern betriebene Umverteilung notwendigen Institutionen sind erst im Zuge der Wohlfahrtsstaatentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Anknüpfend an Lenins mehr hingeworfene als theoretisch entwickelte Argumente zu kolonialer Ausbeutung und zur Arbeiteraristokratie wurden in jener Zeit verschiedene Theorien des ungleichen Tausches entwickelt. Diese erklärten die steigende Massenkaufkraft breitester Arbeiterschichten bei anhaltend hohen Profiten. Mit diesen Theorien wurden Forderungen der Abkopplung postkolonialer Regime vom kapitalistischen Weltmarkt begründet. Deren Ausgangspunkt – die Gewinnung politischer Unabhängigkeit – ließ sich auf Lenins Thesen zu kolonialer Ausbeutung und seiner Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zurückführen. Insofern könnte man sagen, dass Hilferding den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und Lenin die antikolonialen Bewegungen theoretisch vorweggenommen hat, während Luxemburg die kapitalistische Landnahme, die Ausdehnung der Akkumulation nach außen und nach innen begründet hat. Doch Luxemburg schätzte die Bourgeoisie richtig ein: Erst sollte die Barbarei kommen. Die volle Entfaltung der kapitalistischen Landnahme konnte sich erst nach den Zerstörungen zweier Weltkriege realisieren.

Luxemburgs theoretisches Werk liefert Ansatzpunkte für das Verständnis dieser

Geschichte und der Entwicklung des Kapitalismus (Schmidt 2014). So sehr Wohlfahrtsstaaten und postkoloniale Regime die Herrschaft des Kapitals einschränkten, trugen sie doch zugleich zur Öffnung neuer Märkte bei. Dies gilt für die kapitalistische Durchdringung von Haushalten in den Zentren ebenso wie für die Industrialisierungsprojekte in den Peripherien. Schließlich wurden die öffentlichen Sektoren, die als Bastionen der Gegenmacht von Arbeiter- und antikolonialen Bewegungen entstanden waren, selbst Ziel kapitalistischer Durchdringung und untergruben damit die Legitimation, die diese Gegenkräfte dem Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg verschafft hatten. Ebenso wie die koloniale Expansion sind auch die keynesianische und die neoliberale Welle der Akkumulation an Grenzen gestoßen. Sei es, dass sich soziale Bewegungen einer weiteren Expansion in den Weg stellten, oder die Mittel, mit denen sie vorangetrieben wurde – Konzernherrschaft, Kapitalexport und Krieg in immer neuen Formen – zu Krisen führten. Dabei standen sich Arbeiterbewegungen, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise operieren, und Bewegungen von Frauen, Umweltschützer*innen und Kriegsgegner*innen, die sich der Ausbreitung dieser Produktionsweise in den Weg stellen, allzu oft feindlich gegenüber. Und die nächste Landnahme bahnt sich bereits an.

Luxemburgs Akkumulations- und Imperialismustheorie macht deutlich, dass Arbeiterbewegungen immer wieder vor der Wahl stehen: Wollen sie in der Hoffnung auf fortschreitende Akkumulation und hieran geknüpfte Arbeitsplätze die vom Kapital betriebene Expansion in nicht-kapitalistische Milieus? Oder wollen sie ein Bündnis mit Bewegungen eingehen, die sich dieser Expansion und der damit verbundenen Zerstörung von Natur und Lebenswelten entgegenstellen? Ein solches Bündnis hängt nicht zuletzt davon ab, ob es der marxistischen Linken gelingt, Arbeiter*innen davon zu überzeugen, dass die Reproduktion ihres eigenen Lebens nicht nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, sondern mindestens ebenso stark, wenn nicht stärker noch vom Zugang zu Natur und Lebenswelten abhängt. Diese Überzeugungsarbeit wird umso eher gelingen, wenn ein Leben jenseits des Zwangs zum Verkauf der Arbeitskraft und zur Unterordnung unter kapitalistische Chefs vorstellbar wird. Ohne sozialistische Perspektive führen, wie Luxemburg (1916, 62) es angesichts des Ersten Weltkrieges formulierte, Kapitalakkumulation und -expansion zur Barbarei.

LITERATUR

Day, Richard B./Gaido, Daniel F. (Hg.), 2012: Discovering Imperialism: Social Democracy to World War I, Chicago

Hilferding, Rudolf, 1911: Das Finanzkapital, Berlin [1955]

Ders, 1924: Probleme der Zeit, in: Die Gesellschaft, 1, 1–17

Hobson, John, 1902: Der Imperialismus, Köln/Berlin

Lenin, W. I., 1917: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke 22, Berlin, 191–309

Luxemburg, Rosa, 1913: Die Akkumulation des Kapitals, GW 5, Berlin, 5–411

Dies., 1916: Die Krise der Sozialdemokratie, GW 4, Berlin, 49–164

Schmidt, Ingo, 2014: Capital Accumulation and Class Struggles from the »Long 19th Century« to the Present – A Luxemburgian Interpretation, in: International Critical Thought 4/2014, 457–473

Ders, 2019: Readings of Capital: Key to Reviving an Abandoned Project?, in: Marc Silver (Hg.), Confronting Capitalism in the 21st Century – Lessons from Marx's Capital, im Erscheinen

DISSIDENZ

LUXEMURG ALS PATIN EINES UNDOGMATISCHEN SOZIALISMUS

JAN TOPOROWSKI

Gemeinsam mit ihrem Genossen und Lebensgefährten Leo Jogiches gehörte Rosa Luxemburg 1893 zu den Begründer*innen der Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens (SDKPiL). Der Bezug auf das Königreich im Namen der Partei ergab sich aus der geografischen Lage des russisch besetzten Polen und war nicht als Huldigung der polnischen Wahlmonarchie gemeint. Die Partei verstand sich als linke radikale Alternative zur etwa zeitgleich gegründeten Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Letztere war durch heftige interne Fraktionskämpfe gekennzeichnet – insbesondere hinsichtlich der polnischen Unabhängigkeit. Eine von Józef Piłsudski angeführte Strömung der PPS, die den Kampf um nationale Unabhängigkeit als Vorbedingung für die Befreiung der polnischen Arbeiterklasse ansah und priorisierte, wurde als »Revolutionäre Fraktion« bekannt. Ihr gegenüber stand in dieser Frage der linke Flügel (*Lewica*), der wiederum auf den gemeinsamen Kampf mit anderen nationalen und sozialen Gruppierun-

gen gegen die zaristische Autokratie setzte. Die SDKPiL verfolgte derweil eine entschieden antinationalistische Linie und propagierte ein Programm, das die Auflösung aller Nationalstaaten und die Errichtung einer internationalen proletarischen Republik vorsah. Angesichts einer Vielzahl an sprachlichen, religiösen und ethnischen Identitäten innerhalb der städtischen Bevölkerung und vor allem der industriellen Arbeiterklasse war die nationale Frage von erheblicher Bedeutung. Tatsächlich war die größte Organisation der Arbeiterklasse Polens zu jener Zeit der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, kurz Bund, der sowohl als Gewerkschaft als auch als politische Partei fungierte.

Kurz nach der Gründung der SDKPiL verließ Luxemburg Polen, um an der Universität Zürich ihren Doktorgrad in Ökonomie zu erlangen, der ihr im Jahr 1897 für eine Arbeit mit dem Titel »Die industrielle Entwicklung Polens« verliehen wurde. Anschließend zog sie nach Berlin, hielt jedoch stets Kontakt zu ihren Genoss*innen in Polen. Allerdings wurden Luxemburgs wissenschaftliche Leistungen wegen ihrer radikalen Politik nicht angemessen gewürdigt. Ihr wissenschaftlicher Ruf litt unter der Ablehnung ihrer Politik. In seinem Buch über Luxemburg zitiert der polnische Politökonom Tadeusz Kowalik (2014, 1) »einen gewissen Gelehrten mit beachtlichen Verdiensten in ökonomischer Theorie und der Popularisierung der Marx'schen Theorie« mit den Worten: »Vernichtet Rosa Luxemburg, vernichtet ihre Ideen mit jedem Schritt.«

LUXEMBURGS UMKÄMPFTES VERMÄCHTNIS

Nach ihrem Tod 1919 blieb Luxemburg in ihrer Heimat Polen vor allem aufgrund zweier konkreter Beiträge zur politischen Ökonomie in Erinnerung, die auf ihren frühen Arbeiten fußten. Dies war zum einen ihre Analyse der Frage der nationalen Selbstbestimmung Polens. In einer Reihe scharfzüngiger Artikel in den 1890er und 1900er Jahren verurteilte sie den »sozialen Patriotismus« jener Sozialist*innen, die der Unabhängigkeit Polens Vorrang vor dem Sturz der kaiserlichen Regimes in Deutschland, Österreich und Russland geben wollten. Ein polnischer Nationalstaat müsse zwangsläufig zum Werkzeug mächtigerer Regimes werden. Das wurde dann in der Art und Weise, mit der Piłsudski seine Intrigen spann, um sich die Unterstützung der österreichischen und deutschen Regierungen zu sichern, nur allzu offenkundig. Insofern forderte Luxemburg nicht bloß die »Revolutionäre Fraktion« der PPS und deren Verbündete in den deutsch- und österreichisch verwalteten Teilen Polens heraus. Sie widersprach zugleich der These von Marx und Engels, dass die Unabhängigkeit Polens die Vorbedingung für den Einzug der Moderne in Kontinentaleuropa sei. Allerdings wurde Luxemburgs Haltung zur nationalen Frage später von ihren kommunistischen Rivalen und politischen Gegnern verzerrt dargestellt, was ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss innerhalb der Arbeiterbewegung in Polen erheblich schwächte.

JAN TOPOROWSKI ist Ökonom. Er forscht und lehrt an der University of London und beschäftigt sich mit der Geschichte der politischen Ökonomie und Finanzpolitik.



Beide Bilder: We'll come United, 29. September 2018, rasande tyskar/flickr

Ein weiterer wichtiger Teil des Luxemburg'schen Vermächtnisses war ihre systematische Kritik an den Unstimmigkeiten und Widersprüchen, die sie in der Marx'schen politischen Ökonomie sah und in ihrem Buch »Die Akkumulation des Kapitals« darlegte. In Polen, das im Jahr 1918 seine Staatlichkeit zurückerlangte, wurde dieser Beitrag zur marxistischen Ökonomie durch ihre Einschätzungen zur nationalen Frage erheblich geschmälert, wenn nicht vollends negiert – eine Tatsache, die auch darauf verweist, wie wenig Verständnis die damaligen polnischen Meinungsführer*innen von ihrer eigenen Geschichte hatten. Isaac Deutscher (1958, 129) sollte später feststellen:

»Anders als von Rosa Luxemburg erwartet, erlangte Polen seine Unabhängigkeit zurück, aber anders, als es ihre Gegner erwartetet hatten, waren es hauptsächlich die Revolutionen in Russland und Deutschland, die Polens Unabhängigkeit ermöglichten.«

VERZERRUNG UND VERFOLGUNG

Im Dezember 1918 schloss sich die SDKPiL mit der »Linken Fraktion« der PPS zusammen und gründete die Kommunistische Arbeiterpartei, die vier Jahre später zur Kommunistischen Partei Polens (KPP) werden sollte. Als sich die polnischen Militärexpeditionen in der Ukraine 1920 zu handfesten kriegerischen Auseinandersetzungen mit Sowjetrussland ausweiteten, war die KPP gespalten. Ein Teil der Partei begrüßte das Vorrücken der Roten Armee auf Warschau. Aus Sicht der bürgerlichen politischen Parteien und auch vieler Linker und Angehöriger der Arbeiterklasse kompromittierte diese Tatsache die KPP unwiderruflich und ließ sie als Instrument des sowjetischen Expansionismus erscheinen und nicht länger als Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse. Viele sahen in der wohlwollenden Haltung gegenüber dem Vorrücken der Roten Armee im Sommer 1920 einen Ausdruck des Luxemburg'schen Einflusses auf die KPP.



Tatsächlich jedoch verurteilte ein enger Freund und Genosse Luxemburgs aus der SDKPiL und Aktivist der neuen Kommunistischen Partei, Henryk Stein-Domski, diesen Versuch der Roten Armee, den Sozialismus mit Gewalt einzuführen, in seinen Artikeln für die sozialistische Presse aufs Schärfste. Nach dem Ende des Polnisch-Sowjetischen Krieges durch den Friedensvertrag von Riga im März 1921 gewann die KPP allmählich einen Teil des politischen Einflusses zurück, den sie während des Krieges eingebüßt hatte, insbesondere während der Streiks und Arbeiterunruhen, die schließlich 1923 im Krakauer Generalstreik gipfelten. Dennoch wurde der »Luxemburgismus« zunehmend mit der Ablehnung der polnischen Unabhängigkeit in Verbindung gebracht, was ihre Ideen in Teilen der polnischen Arbeiterklasse insgesamt diskreditierte (vgl. Politt in diesem Heft). Zudem hatte auch Luxemburg die in der Führung der Zweiten Internationale verbreitete Position vertreten, die Bauernschaft sei eine ignorante und rückständige gesellschaftliche Kraft, deren einziger Beitrag zum Sozialismus die Proletarisierung sein könne. Da diese Haltung auch in die KPP verbreitet war, gelang es ihr kaum, in der stark bäuerlich geprägten polnischen Gesellschaft größeren Zuspruch zu erhalten.

Eine weitere Verzerrung Luxemburgs politischer Ideen kam aus dem Inneren der kommunistischen Bewegung, die sie selbst mitbegründet hatte. Die politische Urteilskraft der KPP-Führung erwies sich im Mai 1926 als fragwürdig, als sie den Aufruf zur Machtübernahme Piłsudskis unterstützte, um eine rechte

Regierung zu verhindern. Piłsudski übernahm tatsächlich die Macht, allerdings durch einen Staatsstreich, der eine instabile parlamentarische Demokratie durch ein autokratisches und militaristisches Regime ersetzte. Mit der Zeit regierte er zunehmend repressiv, insbesondere während der Wirtschaftskrise, die auf den Börsencrash von 1929 folgte. Die KPP wurde marginalisiert, ab 1931 verboten und verfolgt. Der Großteil ihrer Führung floh nach Moskau.

In Moskau angekommen, trafen sie auf Stalin, der sich in seiner Hochphase des paranoiden Krieges gegen innerparteiliche Rivalen befand. Er war davon überzeugt, dass der »Luxemburgismus« eine tief in die KPP eingesickerte polnische Variante des Trotzkismus sei. Im Jahr 1938 wurde die KPP von der Komintern aufgelöst, ihre Führung verhaftet und schließlich liquidiert. Erst 18 Jahre später, nachdem Nikita Chruschtschow in einer Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU die Partei über die Verbrechen Stalins unterrichtet hatte, wurde die KPP und damit auch der Name Luxemburgs innerhalb der kommunistischen Bewegung rehabilitiert. Ihre Schriften wurden in Polen wieder vom Verlagshaus der Staatspartei herausgegeben, und im Jahr 1963 erschien endlich die polnische Übersetzung ihres Werks »Die Akkumulation des Kapitals«. Gleichwohl erinnerte sich Tadeusz Kowalik, der 1963 seine Habilitationsschrift über Luxemburg vorlegte, dass die Beschäftigung mit ihrem Werk auch zu dieser Zeit nicht gerade ein Sprungbrett für eine politische Karriere darstellte.

WO IHRE IDEEN NACHWIRKTEN

Nur innerhalb eines kleinen Zirkels regimekritischer Ökonom*innen, die sich für die Fragen interessierten, die in »Die Akkumulation des Kapitals« aufgeworfen wurden, nahm man Luxemburg weiterhin ernst. Im Gegensatz zu ihrer früheren politischen Arbeit war dieser Einfluss allerdings eher indirekt: In den 1920er Jahren wollten viele polnische Ökonom*innen, die Sympathien für den Sozialismus hegten, die ökonomische und monetäre Instabilität verstehen, die die junge Nation von Beginn an plagte. Viele von ihnen waren mit den Arbeiten vertraut, die heute als Austromarxismus bekannt sind, insbesondere mit den Schriften des Ökonomen Otto Bauer. Er knüpfte an die Arbeiten Rosa Luxemburgs und Rudolf Hilferdings an (vgl. Schmidt und Baier in diesem Heft). Unter ihnen waren auch Oskar Lange, der aus der PPS ausgeschlossen worden war und seine eigene Organisation gründet hatte, sowie Henryk Grossman, früher Mitglied der SDKPiL und später der KPP. Sie alle beschäftigte die von Luxemburg aufgeworfene Frage, wie der Mehrwert sowohl über innere Märkte kapitalistischer Produktion als auch über externe Märkte außerhalb derselben realisiert wird, wobei Luxemburg dabei die Rolle des Militarismus und Imperialismus besonders betont hatte (vgl. ergänzend Soiland in diesem Heft). Die Mehrzahl der polnischen marxistischen Ökonom*innen in den Zwischenkriegsjahren wies jedoch die Analyse Luxemburgs zurück und stützte sich auf Ansätze der Unterkonsumtionstheorie, um wirtschaftliche Instabilität und Krisen zu erklären.

Eine Ausnahme war Michał Kalecki (1899–1970), ein Autodidakt, der sich sein ökonomisches Wissen durch Luxemburg und John Atkinson Hobson angeeignet hatte und später zu einem der Wegbereiter der sogenannten

keynesianischen Revolution in der ökonomischen Theorie und Politik wurde. Kalecki sah in Luxemburg die entscheidende Verbindung zwischen Marx und den neuen keynesianischen Ideen. Im Jahr 1939 hob er hervor, dass schon Marx die Abhängigkeit zwischen Profiten und Investitionen gezeigt habe. Marx habe »sogar die Frage der Beschaffung von ›Mitteln‹ für erhöhte Investitionsausgaben« berücksichtigt. Dabei sei es ihm, so Kalecki, um das Investitionstempo gegangen, das für die Sicherstellung einer gleichmäßigen Expansion der Produktionsleistung entscheidend sei. Er habe also den Reproduktionsprozess unter einem ganz bestimmten Blickwinkel betrachtet. Daher sei er nicht auf die Frage eingegangen, was geschieht, »wenn die Investitionen nicht ausreichen, um das bewegliche Gleichgewicht [in beiden Sektoren] sicherzustellen«, und habe daher der »Idee der Schlüsselposition von Investitionen bei der Bestimmung des Niveaus an Produktion und Beschäftigung keine Beachtung« geschenkt. Rosa Luxemburg als »eine seiner bedeutendsten Schülerinnen« habe ein anderes Herangehen gewählt: »In ihrem Werk ›Die Akkumulation des Kapitals‹ betont sie, dass Kapitalisten, die sparen, nur dann Profite ›realisieren‹ können, wenn sie eine entsprechende Summe investieren. Einen dauerhaften Netto-Investitionsüberschuss innerhalb einer geschlossenen kapitalistischen Wirtschaft erachtete sie (zumindest auf lange Sicht) als unmöglich; […] die Expansion des kapitalistischen Systems wird nur durch die Exporte in nichtkapitalistische Länder ermöglicht. Wenngleich die Theorie nicht im Ganzen übernommen werden kann, wurde die Notwendigkeit einer Kompensation der ›Sparlücke‹ durch inländische Investitionen oder Exporte von niemandem – zumindest nicht vor der Veröffentlichung von Keynes' General Theory – so klar dargelegt wie von Rosa Luxemburg.« (Kalecki 1939, 45f)

Kaleckis Theorie des Konjunkturzyklus kann also als Erweiterung der Luxemburg'schen Analyse betrachtet werden. Allerdings wurden seine Theorien von den Chefideologen der führenden Partei stets mit Argwohn beobachtet, obwohl er nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere offizielle Ämter ausübte. In den 1950er Jahren und während der späteren antisemitischen Säuberungen (vor allem ab 1968) wurde er beschuldigt, bürgerliche Ideen in die politische Ökonomie eingeführt zu haben. In den 1960er Jahren arbeitete er mit Tadeusz Kowalik zusammen, dessen bahnbrechendes Buch »Rosa Luxemburg. Theory of Accumulation and Imperialism« die Luxemburg'sche Ökonomie und ihren Platz in der modernen Makroökonomie verteidigt.

Rosa Luxemburg einen angemessenen Platz in der politischen Ökonomie und Geschichte ihres Heimatlandes zuzugestehen, ist bis heute noch überfällig. Dies endlich zu tun, wäre ein Zeichen der politischen und intellektuellen Reife Polens im Umgang mit seiner eigenen Geschichte.

Aus dem Englischen von Hans-Peter Hermann

LITERATUR

Kalecki, Michał, 1939: Essays in the Theory of Economic Fluctuations, London

Kowalik, Tadeusz, 2014: Rosa Luxemburg. Theory of Accumulation and Imperialism, Basingstoke

Deutscher, Isaac, 1958: The Tragedy of the Polish Communist Party, in: The Socialist Register, London, 129–161

DIE ORDNUNG HERRSCHT IN BERLIN

ROSA LUXEMBURG

DIE ROTE FAHNE NR. 14 VOM 14. JANUAR 1919



»Ordnung herrscht in Warschau!« teilte der Minister Sebastiani im Jahre 1831 in der Pariser Kammer mit, als Paskiewitschs Soldateska nach dem furchtbaren Sturm auf die Vorstadt Praga in der polnischen Hauptstadt eingerückt war und ihre Henkerarbeit an den Aufständischen begonnen hatte.
»Ordnung herrscht in Berlin!« verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der »siegreichen Truppen«, denen der Berliner kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra! zujubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind vor der Weltgeschichte gerettet. Die jämmerlich Geschlagenen von Flandern und den Argonnen haben ihren Ruf wiederhergestellt durch den glänzenden Sieg – über die 300 »Spartakisten« im *Vorwärts*.[1] Die Zeiten des ersten ruhmreichen Eindringens deutscher Truppen in Belgien, die Zeiten Generals von Emmich, des Bezwingers von Lüttich, erblassen vor den Taten der Reinhardt und Gen. in den Straßen Berlins. Niedergemetzelte *Parlamentäre,* die über die Übergabe des *Vorwärts* verhandeln wollten und von der Regierungs-Soldateska mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet wurden, so daß die Rekognoszierung ihrer Leichen unmöglich ist, Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Weise hingemordet werden, daß Schädel und Hirn herumspritzen: Wer denkt da noch angesichts so glorreicher Taten an die schmählichen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? »Spartakus« heißt der Feind und Berlin der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Noske, der »Arbeiter«, heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Ludendorff versagt hat.
Wer denkt da nicht an den Siegesrausch der »Ordnungs«meute in Paris, an das Bacchanal der Bourgeoisie auf den Leichen der Kommunekämpfer, derselben Bourgeoisie, die eben erst vor den Preußen erbärmlich kapituliert und die Hauptstadt des Landes dem äußeren Feinde preisgegeben hatte, um selbst, wie die letzten Feiglinge, Fersengeld zu geben! Aber gegen die schlecht bewaffneten ausgehungerten Pariser

Proletarier, gegen ihre wehrlosen Weiber und Kinder – wie flammte da wieder der Mannesmut der Bourgeoissöhnchen, der »goldenen Jugend«, der Offiziere auf! Wie tobte sich da die Tapferkeit der vor dem äußeren Feind zusammengeknickten Marssöhne in bestialischen Grausamkeiten an Wehrlosen, an Gefangenen, an Gefallenen aus!

»Ordnung herrscht in Warschau!« »Ordnung herrscht in Paris!« »Ordnung herrscht in Berlin!« So laufen die Meldungen der Hüter der »Ordnung« jedes halbe Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum anderen. Und die frohlockenden »Sieger« merken nicht, daß eine »Ordnung«, die periodisch durch blutige Metzeleien aufrechterhalten werden muß, unaufhaltsam ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht. Was war diese letzte »Spartakus-Woche« in Berlin, was hat sie gebracht, was lehrt sie uns? Noch mitten im Kampf, mitten im Siegesgeheul der Gegenrevolution müssen sich die revolutionären Proletarier über das Geschehene Rechenschaft ablegen, die Vorgänge und ihre Ergebnisse am großen historischen Maßstab messen. Die Revolution hat keine Zeit zu verlieren, sie stürmt weiter – über noch offene Gräber, über »Siege« und »Niederlagen« hinweg – ihren großen Zielen entgegen. Ihren Richtlinien, ihren Wegen mit Bewußtsein zu folgen, ist die erste Aufgabe der Kämpfer für den internationalen Sozialismus.

War ein endgültiger Sieg des revolutionären Proletariats in dieser Auseinandersetzung, war der Sturz der Ebert-Scheidemann und eine Aufrichtung der sozialistischen Diktatur zu erwarten? Gewiß nicht, wenn man alle Momente reiflich in Betracht zieht, die über die Frage entscheiden. Die wunde Stelle der revolutionären Sache in diesem Augenblick: die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt, ist allein schon ein Beweis dafür, daß ein *dauernder* Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war. Andererseits ist diese Unreife des Militärs selbst nur ein Symptom der allgemeinen Unreife der deutschen Revolution.

Das platte Land, aus dem ein großer Prozentsatz der Soldatenmasse stammt, ist nach wie vor noch von der Revolution kaum berührt. Berlin ist bislang noch vom Reich so gut wie isoliert. Zwar stehen in der Provinz die revolutionären Zentren – im Rheinland, an der Wasserkante, in Braunschweig, in Sachsen, in Württemberg – mit Leib und Seele auf seiten des Berliner Proletariats. Doch fehlt vorerst noch der unmittelbare Gleichschritt des Vormarsches, die direkte Gemeinsamkeit der Aktion, die den Vorstoß und die Schlagfertigkeit der Berliner Arbeiterschaft unvergleichlich wirksamer gestalten würde. Sodann sind – was nur der tiefere Zusammenhang jener politischen Unfertigkeiten der Revolution – die wirtschaftlichen Kämpfe, die eigentliche vulkanische Quelle, die den revolutionären Klassenkampf fortlaufend speist – erst im Anfangsstadium begriffen.
Aus alledem ergibt sich, daß auf einen endgültigen dauernden Sieg in diesem Augenblick noch nicht gerechnet werden konnte. War deshalb der Kampf der letzten Woche ein »Fehler«? Ja, wenn es sich überhaupt um einen absichtlichen »Vorstoß«, um einen sogenannten »Putsch« handeln würde! Was war aber der Ausgangspunkt der letzten Kampfwoche? Wie in allen bisherigen Fällen, wie am 6. Dezember[2], wie am 24. Dezember[3]: eine brutale Provokation der Regierung! Wie früher das Blutbad gegen wehrlose Demonstranten in der Chausseestraße, wie die Metzelei gegen die Matrosen, so war diesmal der Anschlag gegen das Berliner Polizeipräsidium[4] die Ursache aller weiteren Ereignisse. Die Revolution operiert eben nicht aus freien Stücken, in einem offenen Blachfeld, nach einem schlau von »Strategen« zurechtgelegten Plan. Ihre Gegner haben *auch* die Initiative, ja, sie üben sie in der Regel viel mehr, als die Revolution selbst, aus.
Vor die Tatsache der frechen Provokation seitens der Ebert-Scheidemann gestellt, war die revolutionäre Arbeiterschaft *gezwungen,* zu den Waffen zu greifen. Ja, es war *Ehrensache* der Revolution, sofort den Angriff mit aller Energie abzuschlagen, sollte nicht die Gegenrevolution zu weiterem Vordringen ermuntert, die revolutionären Reihen des

Proletariats, der moralische Kredit der deutschen Revolution in der Internationale erschüttert werden.
Der sofortige Widerstand kam auch spontan mit einer so selbstverständlichen Energie aus den Berliner Massen heraus, daß gleich im ersten Anlauf der moralische Sieg auf seiten der »Straße« blieb.
Nun ist es inneres Lebensgesetz der Revolution, nie beim erreichten Schritt in Untätigkeit, in Passivität stehenzubleiben. Die beste Parade ist ein kräftiger Hieb. Diese elementare Regel jeden Kampfes beherrscht erst recht alle Schritte der Revolution. Es versteht sich von selbst und zeugt von dem gesunden Instinkt, von der inneren frischen Kraft des Berliner Proletariats, daß es sich nicht bei der Wiedereinsetzung Eichhorns in sein Amt beruhigte, daß es spontan zur Besetzung anderer Machtposten der Gegenrevolution: der bürgerlichen Presse, des offiziösen Nachrichtenbüros, des *Vorwärts* schritt. Alle diese Maßnahmen ergaben sich bei der Masse aus der instinktiven Erkenntnis, daß sich die Gegenrevolution ihrerseits bei der davongetragenen Niederlage nicht beruhigen, sondern auf eine allgemeine Kraftprobe ausgehen wird.
Auch hier stehen wir vor einem der großen historischen Gesetze der Revolution, gegen die alle Klügeleien und Besserwissereien jener kleinen »Revolutionäre« vom Schlage der USP zerschellen, die in jedem Kampfe nur nach Vorwänden zum Rückzug haschen. Sobald das Grundproblem der Revolution klar aufgestellt worden ist – und das ist in *dieser* Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann als des ersten Hindernisses für den Sieg des Sozialismus –, dann taucht dieses Grundproblem immer wieder in seiner ganzen Aktualität auf, und jede einzelne Episode des Kampfes rollt mit der Fatalität eines Naturgesetzes das Problem in seinem vollen Umfang auf, mag die Revolution zu seiner Lösung noch so unvorbereitet, mag die Situation noch so unreif sein. »Nieder mit Ebert-Scheidemann!« – diese Losung taucht unausweichlich in jeder Revolutionskrise auf, als die einzig erschöpfende Formel aller partiellen Konflikte, und treibt dadurch von

selbst, durch ihre innere objektive Logik, ob man es will oder nicht, jede Kampfepisode auf die Spitze.

Aus diesem Widerspruch zwischen der Zuspitzung der Aufgabe und den mangelnden Vorbedingungen zu ihrer Lösung in einer anfänglichen Phase der revolutionären Entwicklung ergibt sich, daß die Einzelkämpfe der Revolution formell mit einer *Niederlage* enden. Aber die Revolution ist die einzige Form des »Krieges« – auch dies ihr besonderes Lebensgesetz –, wo der Endsieg nur durch eine Reihe von »Niederlagen« vorbereitet werden kann!

Was zeigt uns die ganze Geschichte der modernen Revolutionen und des Sozialismus? Das erste Aufflammen des Klassenkampfes in Europa: der Aufruhr der Lyoner Seidenweber 1831, endete mit einer schweren Niederlage. Die Chartistenbewegung in England – mit einer Niederlage. Die Erhebung des Pariser Proletariats in den Junitagen 1848 endete mit einer niederschmetternden Niederlage. Die Pariser Kommune endete mit einer furchtbaren Niederlage. Der ganze Weg des Sozialismus ist – soweit revolutionäre Kämpfe in Betracht kommen – mit lauter Niederlagen besät. Und doch führt diese selbe Geschichte Schritt um Schritt unaufhaltsam zum endgültigen Siege! Wo wären wir heute *ohne* jene »Niederlagen«, aus denen wir historische Erfahrung, Erkenntnis, Macht, Idealismus geschöpft haben! Wir fußen heute, wo wir unmittelbar bis vor die Endschlacht des proletarischen Klassenkampfes herangetreten sind, geradezu auf jenen Niederlagen, deren *keine* wir missen dürfen, deren jede ein Teil unserer Kraft und Zielklarheit ist.

Es ist da mit Revolutionskämpfen das direkte Gegenteil der parlamentarischen Kämpfe. Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische »Siege«, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914: eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankrott. Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber

diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges.
Allerdings unter *einer* Bedingung! Es fragt sich, unter welchen Umständen die jeweilige Niederlage davongetragen wurde: Ob sie sich dadurch ergab, daß die vorwärtsstürmende Kampfenergie der Massen an die Schranke der mangelnden Reife der historischen Voraussetzungen geprallt, oder aber dadurch, daß die revolutionäre Aktion selbst durch Halbheit, Unentschlossenheit, innere Schwächen gelähmt war. Klassische Beispiele für beide Fälle sind einerseits die französische Februarrevolution, andererseits die deutsche Märzrevolution. Die heldenmütige Aktion des Pariser Proletariats im Jahre 1848 ist der lebendige Quell der Klassenenergie für das ganze internationale Proletariat geworden. Die Jämmerlichkeiten der deutschen Märzrevolution hingen der ganzen modernen deutschen Entwicklung wie eine Fußkugel an. Sie wirkten durch die besondere Geschichte der offiziellen deutschen Sozialdemokratie bis in die jüngsten Vorgänge der deutschen Revolution – bis in die eben erlebte dramatische Krise nach.
Wie erscheint die Niederlage dieser so genannten »Spartakuswoche« im Lichte der obigen historischen Frage? War sie eine Niederlage aus stürmender Revolutionsenergie und unzulänglicher Reife der Situation, oder aber aus Schwächlichkeit und Halbheit der Aktion?
Beides! Der zwiespältige Charakter dieser Krise, der Widerspruch zwischen dem kraftvollen, entschlossenen offensiven Auftreten der Berliner Massen und der Unentschlossenheit, Zaghaftigkeit, Halbheit der Berliner Führung ist das besondere Kennzeichen dieser jüngsten Episode. Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese »Niederlage« zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser »Niederlage« der künftige Sieg erblühen.

»Ordnung herrscht in Berlin!« Ihr stumpfen Schergen! Eure »Ordnung« ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon »rasselnd wieder in die Höh' richten« und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:
Ich war, ich bin, ich werde sein!

Quelle: GW 4, 531–536
Bild S. 102: Posten der Volksmarinedivision vor dem Schlossportal, Berlin, 24.12.1918, bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

Anmerkungen der Herausgeber

1 Am 11. Januar 1919 mussten sich die Arbeiter und Soldaten, die am 5. Januar aus Protest gegen die Absetzung Eichhorns das *Vorwärts*-Gebäude besetzt hatten, nach heldenhaftem Widerstand den zahlenmäßig und technisch überlegenen konterrevolutionären Truppen ergeben. Parlamentäre, die die Besatzung zu Übergabeverhandlungen hinausgeschickt hatte, wurden bestialisch misshandelt und ermordet. Die 300 Revolutionäre, die die Waffen strecken mussten, wurden mit Peitschen und Gewehrkolben misshandelt; einige wurden erschossen.

2 Organisiert vom sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels, dem Generalkommando des Gardekorps, dem Kriegsministerium und dem Auswärtigen Amt, hatten am 6. Dezember 1918 von reaktionären Offizieren geführte Truppenteile einen Putschversuch unternommen. Sie verhafteten den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, besetzten die Redaktion der *Roten Fahne*, [be]riefen Friedrich Ebert zum Präsidenten und schossen in der Chausseestraße in eine unbewaffnete Demonstration, wobei sie 14 Personen töteten und weitere 30 verwundeten.

3 Am 24. Dezember 1918 hatten konterrevolutionäre Truppen unter Führung von Generalleutnant Arnold Lequis die Volksmarinedivision in Schloss und Marstall in Berlin mit Artillerieunterstützung angegriffen. Dabei fanden 11 Matrosen und 56 Soldaten der Lequis-Truppen den Tod. Die kämpfenden Matrosen erhielten Waffenhilfe durch die Berliner Arbeiter. Dadurch brach der Angriff zusammen (Vgl. Bild S. 102).

4 Am 4. Januar 1919 war der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der dem linken Flügel der USPD angehörte, von der sozialdemokratischen Regierung als abgesetzt erklärt worden. Damit sollten die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins zu unvorbereiteten bewaffneten Kämpfen provoziert werden. Die revolutionären Obleute, die Berliner Leitung der USPD und die Zentrale der KPD riefen gemeinsam die Werktätigen und Soldaten zu Aktionen für die Rücknahme der Absetzung Emil Eichhorn, für die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiter auf. Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar in Berlin, formierten sich in der Siegesallee und marschierten zum Polizeipräsidium.

REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK

MICHAEL BRIE ▮ MARIO CANDEIAS

REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK I

MICHAEL BRIE

Es gibt einen quälenden Widerspruch, der viele Linke umtreibt: Sie wissen, wie notwendig und unverzichtbar grundlegende gesellschaftliche Veränderungen sind. Sie engagieren sich, weil es an elementarer Gerechtigkeit fehlt, weil Milliarden von Menschen kein würdiges Leben führen können, weil die kapitalistische Wachstumsmaschine in die ökologische Katastrophe führt, weil über die elementarsten Fragen nicht demokratisch entschieden werden kann, weil Menschen illegalisiert leben, weil Kriege ganze Gesellschaften zerstören. Aber real können sie nur wenig bewirken. Mehr noch: Selbst die radikalsten Autonomen handeln im Alltag oft »reformistisch«, gehen Kompromisse ein (und sei es bei der Arbeit, beim Einkauf oder Urlaub), die im Widerspruch zu den erklärten Zielen stehen. Gewerkschafter*innen wissen, dass nur ein grundlegender Umbau gute Arbeit und gutes Leben dauerhaft sichert, aber erreichen können sie vor allem Verbesserungen im Rahmen der gegebenen Strukturen – wenn überhaupt. Linke politische Parteien schreiben Sozialismus in ihr Programm und arbeiten in Regierungen vornehmlich an der mehr oder minder besseren Verwaltung des Status quo unter den Bedingungen von Standortkonkurrenz und Kapitaldominanz. Der revolutionäre Bruch mit den Eigentums- und Machtverhältnissen, mit der ganzen Art der gesellschaftlichen Entwicklung scheint überlebensnotwendig, und doch ist real nur so quälend wenig möglich und verkehrt sich dann noch oft ins Gegenteil. Und dies galt auch dort, wo der revolutionäre Bruch erreicht wurde – in den Ländern des »Realsozialismus« sowjetischer Prägung.

DER BEGRIFF BEI ROSA LUXEMBURG

Die Formel »revolutionäre Realpolitik« wurde von Rosa Luxemburg (1903, 373) in einem von ihr selbst nicht gezeichneten Artikel vom 14. März 1903 für das Zentralorgan der SPD, den *Vorwärts*, geprägt. Anlass war der 20. Todestag

von Karl Marx. Sie selbst hat den Begriff danach nicht wieder verwandt, aber auch in linken Debatten der Zeit spielte er keine weitere Rolle.

Mit der Verbindung von Revolution einerseits und Realpolitik andererseits wollte Luxemburg ein Fazit aus den Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie ziehen, die seit 1896 unter dem Stichwort Sozialreform oder Revolution gelaufen waren – der sogenannte Revisionismusstreit. Hintergrund waren die realen Widersprüche sozialdemokratischer und linker Politik dieser Zeit. Der Kapitalismus insgesamt und das deutsche Kaiserreich schienen am Ende des 19. Jahrhunderts stabilisiert. Der SPD war es gelungen, nach Aufhebung des »Sozialistengesetzes« wieder legal zu arbeiten. Ihre parlamentarischen Erfolge waren grandios (um 1914 stellte sie ein Drittel der Abgeordneten im Reichstag), aber eine Mehrheit war nicht in Sicht. Es gelang, eine Reihe von Sozialreformen einzuleiten, von deren Fortführung sich Eduard Bernstein und andere die Einführung von Elementen des Sozialismus, der Planmäßigkeit, der sozialen Sicherheit, des öffentlichen Eigentums versprachen: »Wir stehen in den fortgeschrittenen Ländern am Vorabend wenn nicht der ›Diktatur‹, so doch eines sehr maßgebenden Einflusses der Arbeiterklasse, resp. der sie vertretenden Parteien und es kann deshalb nicht überflüssig sein, einmal das geistige Rüstzeug zu untersuchen, mit dem wir dieser Epoche entgegengehen.« (Bernstein 1897, 165)

Die Gegenüberstellung von Reform und Revolution erschien Luxemburg von Anfang an falsch. Sie schrieb, dank Marx »ist es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltages zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben. Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und es gab revolutionär Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Wörter *revolutionäre Realpolitik* ist.« (Luxemburg 1903, 373) Sie lehnte die Trennung von reformorientierter Realpolitik im Alltag des Kaiserreichs und Warten auf den »großen Kladderadatsch« (August Bebel) und revolutionären Zusammenbruch ab. Die Russische Revolution von 1905, die auch ihre Heimat, das zaristisch besetzte Polen, erfasste, gab ihr neuen Auftrieb. Wie Luxemburg 1906 aus Warschau schrieb: »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark.« (Luxemburg 1906a, 259)

Ausgehend von dieser Erfahrung sucht sie nach der organischen Verbindung von konkretem Einsatz für die Interessen der Arbeiter und unterdrückter Regionen der Welt und revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft. Frigga Haug (2009, 21) schreibt: »Rosa Luxemburg lehrt in diesem Zusammenhang die Verknüpfungskunst und die Widerspruchskunst und in und über alledem – Selbstkritik.« Und noch

MICHAEL BRIE ist Philosoph und Referent für Theorie und Geschichte sozialistischer Transformationsforschung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Mitbegründer dieser Zeitschrift.



Proteste gegen die Präsidentschaft des Rechtspopulisten Bolsonaro in Brasilien, Oktober 2018, alle Fotos S.112-137: Midia Ninja/flickr

bei der Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 betonte sie gegen jene, die auf dem Boykott von Wahlen zur Nationalversammlung bestanden: »Sie verstehen: entweder Maschinengewehre oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dies grobkörnige Entweder-Oder.« (Luxemburg 1918a, 483)

Luxemburg sucht die Verbindung von Reform, Revolution und Realpolitik auf andere Weise als die Reformisten und auch als Lenin. Dieser setzte zwar im Unterschied zu Bernstein und Co. ganz auf Revolution, teilte aber mit diesen wie auch mit vielen anderen in der damaligen Sozialdemokratie den Gedanken, dass das richtige, in seinem Fall »revolutionäre« Bewusstsein in die Massen der Arbeiter hineingetragen werden muss. Es ging um Stellvertreterpolitik. Die Arbeiter waren vor allem Mittel zum Zweck ihrer eigenen Befreiung unter Führung der reformorientierten oder eben revolutionären Partei. Die Revolution von 1905 aber rückte für Luxemburg (1913, 252) vor allem eines ins Zentrum: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.« In ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« (1906) hat sie diese Erkenntnisse zusammengefasst. Nur Politik, die aus dem Handeln der Menschen selbst hervorgeht, von ihnen vorangebracht wird, in der vor allem sie mit immer neuen Formen und Inhalten experimentieren, lernen und eigene Schlüsse ziehen, sich Organisationsformen geben und überkommene zerstören, kann revolutionäre Realpolitik sein. Die parteiförmige Linke und deren Führungen waren für sie vor allem dann nützlich, wenn sie die Selbstorganisation und Selbstermächtigung unterstützen und zum Vorwärtsgehen ermutigen, wenn dafür der Zeitpunkt gegeben scheint. Die Unterdrückung der politischen Freiheiten

durch die Bolschewiki lehnte sie vehement ab, weil die »Beseitigung der Demokratie« »den lebendigen Quell [erstickt], aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen« (Luxemburg 1918b, 355).



DIE HEUTIGE BEDEUTUNG

Die Linke hat in den letzten 100 Jahren viele Erfahrungen mit einer revolutionären Realpolitik gemacht. Dazu gehören Bemühungen um eine Einheitsfront oder Volksfront in den 1920er und 1930er Jahren, um einen linken historischen Block durch die Kommunistische Partei Italiens, für linke transformatorische Regierungsprojekte wie die in Spanien von 1936 bis 1939, der Unidad Popular in Chile von 1970 bis 1973 oder jüngst in Venezuela, Bolivien und Ecuador. Zur revolutionären Realpolitik gehören aber auch Projekte der unmittelbaren Arbeiterselbstverwaltung in Betrieben (von Spanien bis Argentinien), der Genossenschaften oder auch eines partizipatorischen Haushalts, der seinen Ausgangspunkt in Porto Alegre (Brasilien) hatte. Schließlich sind auch Ansätze zu nennen, die unmittelbar auf eine neue Produktions-, Austauschs- oder Lebensweise zielen. Die Wohnungsbauprojekte des Roten Wiens oder in der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg gehören genauso dazu wie die Kommunen der 1968er-Bewegung oder die Dritte-Welt-Läden und die Peer-to-Peer-Produktion (vgl. Stichwort Einstiegsprojekte).

Projekte allein aber verbinden sich nicht zu einer revolutionären Realpolitik. Von dieser sollte erst dann gesprochen werden, wenn bewusst und zielgerichtet Akteure daran arbeiten, dass solche Projekte zusammenwachsen zu einer umfassenderen Bewegung, die sich auf den Standpunkt der Benachteiligten, Bedrohten, Ausgegrenzten stellt; eine Bewegung, die im Bündnis mit solidarischen Mittelschichten diese Projekte zu realisieren sucht, gegenhegemonial orientiert ist, ein möglichst hohes Maß an Selbstorganisation der Betroffenen herstellen will und die sich bemüht, offene Räume und demokratische Partizipation zu

erweitern, verschiedene gewaltfreie (im Notfall auch gewaltarme) Formen flexibel miteinander zu verbinden, die Widersprüche im herrschenden Block auszunutzen und so weiter. Eine solche Politik strebt danach, in der gegenwärtigen Gesellschaft Tendenzen zu stärken, die über das Kapitalistische hinausweisen.
Sie sucht nach Bruchpunkten, um derartige Veränderungen unumkehrbar zu machen, »hin zu einer weitergehenden Transformation der gesamten Gesellschaft« (Candeias in diesem Beitrag; vgl. auch Stichwort Doppelte Transformation). Joachim Hirsch (2005, 232) spricht in diesem Zusammenhang von einem »radikalen Reformismus«, der die gesellschaftlichen Machtverhältnisse transformiert und sich den »kapitalistischen sozialen Formen bewusst entgegenstellt und sie durchbricht«.

Linke Politik bewegt sich strukturell bedingt in der Antinomie zwischen der Forderung nach Systemwechsel und dem Kampf für Reformen. Von der strategischen Fähigkeit der Akteure, diese Gegensätze solidarisch zu bearbeiten und vorwärtstreibende Lösungen zu finden, hängt ab, ob sie zu revolutionärer Realpolitik in der Lage sind (vgl. Brie 2009). Der Widerspruch zwischen dem radikalen, dem revolutionären Anspruch auf Umwälzung der ganzen Gesellschaft, auf ein richtiges Leben im »Richtigen«, und dem Wirken im Hier und Heute kann nicht »aufgelöst«, sondern nur bearbeitet werden – individuell, gemeinsam mit anderen, mit Initiativen, Bewegungen, in gesellschaftlichen Organisationen, durch konkrete Projekte und das solidarische Zusammenwirken. Revolutionäre Realpolitik ist praktische Politik im Konkreten mit transformatorischen Zielen und Mitteln.

REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK II

MARIO CANDEIAS

An der Frage, ob der Kapitalismus zu reformieren oder grundlegend zu bekämpfen ist, spalten sich linke Bewegungen, Gruppen und Parteien. Dabei ist die Alternative falsch gestellt: Einen Sprung in das »ganz Andere« kann es nicht geben. Strategien der Transformation beginnen immer mit der Reform. Ob sie allerdings den Weg in eine andere Gesellschaft ebnen und wie sich kurzfristige und langfristige Perspektiven zueinander verhalten, muss immer wieder neu bestimmt werden. Reform und Revolution, so Rosa Luxemburg (1899, 428), sind »nicht verschiedene Methoden«, sondern »verschiedene Momente in der Entwicklung«, die sich einander »bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Süd- und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat«.
Für viele Linke ist der Kapitalismus ein System der Ausbeutung, des Krieges, der Verelendung von Mensch und Natur. Dieses System sei nicht reformierbar, nicht wirklich. Zu oft sind Reformen genutzt worden, um Ausbeutungsstrategien vielfältiger und subtiler zu gestalten oder um Gewaltverhältnisse auf Kosten anderer Teile der Welt(-bevölkerung) zu verschieben. Es bleibe nur die revolutionäre Umwälzung – auch wenn die Kräfteverhältnisse dagegen sprechen.

Für andere sind sozialistische Revolutionen in der Geschichte gescheitert bzw. führten in einen nicht weniger unterdrückerischen Staatssozialismus oder schlugen in Gewaltherrschaft um. Manchen fällt es schwer, überhaupt noch eine Alternative zu denken.

Zu oft haben sich die linken Gegenmodelle als untauglich erwiesen, zu sehr beeindruckt die innovative kapitalistische Dynamik, Alternativen niederzuwalzen und sich immer wieder selbst zu erneuern. Eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Herrschaft erscheint als vergebliche Liebesmüh.



GRENZEN DES REFORMISMUS

Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Unter ungünstigen Verhältnissen dienten Reformen stets der Verbesserung der unmittelbaren Lage der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten. Im günstigen Fall konnten sie für die Linke Terraingewinne ermöglichen und Handlungsspielräume erweitern und absichern. Wie jede Reform sind hart erkämpfte Errungenschaften wie Begrenzungen der Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande und konnten in die kapitalistische Dynamik integriert werden. Diese Errungenschaften sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zu viel kosten, seine Macht bedrohen. Der Kampf um Reformen ist unverzichtbar, aber beschränkt auf ein vordefiniertes Terrain, im Rahmen der Vereinbarkeit mit kapitalistischer Verwertungslogik. »Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht«, beschränkt sich »auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst« (Luxemburg 1899, 428f).

Kämpfe um Einschränkung der mit dem Kapitalismus verbundenen sozial und ökologisch zerstörerischen Dynamiken sind alternativlos – stoßen jedoch an Grenzen: Der bürgerliche Staat ist mit dem Staatstheoretiker Nicos Poulantzas als die »Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« zu begreifen und daher reformierbar. Er muss aber zwei Funktionen er-

füllen: eine allgemeine und eine besondere. Die allgemeine Funktion besteht darin, den sozialen Zusammenhalt in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft zu sichern, und die besondere darin, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Kapitalakkumulation (die zugleich seine steuerliche Existenzgrundlage darstellt) zu gewährleisten. Diese Funktionen herrschen den Reformen innerhalb des Kapitalismus Grenzen auf. Sobald eine der Funktionen nicht mehr erfüllt ist, verliert der Staat seine Legitimation und Funktionsfähigkeit.

Ähnlich verhält es sich mit den Grenzen der Regulierung des Marktes. Der Markt ist zwar immer ein politisch hergestellter, doch kann er nicht nach Belieben reguliert, das heißt in seinen negativen Effekten deutlich eingeschränkt werden, ohne dass er zugleich seine Funktionsfähigkeit einbüßen würde. Auch die Kapitalfunktion basiert nicht nur auf der innovativen und effizienten (Re-)Kombination von Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Ressourcen, sondern auf der Produktion eines wachsenden Mehrwerts, also Ausbeutung, und fortwährender Akkumulation, also Wachstum. Sofern eines von beiden eingeschränkt wird, verliert das Kapital seine Existenzgrundlagen, also auch seine »innovativen« Momente. Es gibt einen Gegensatz zwischen kapitalistischer Produktion und Ökologie und es gibt Grenzen der Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus. Linke Politik muss ausloten, wie innerhalb dieser Begrenzungen Politik gemacht werden kann, wie die Begrenzungen zu überwinden sind und dabei die »innovativen« Momente aus der Kapitalform herausgelöst und neu organisiert werden können.

TRANSFORMATORISCHE PERSPEKTIVEN

Insofern greift eine realistische Tagespolitik, »die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß« (Luxemburg 1903, 373), zu kurz. Was vom Standpunkt der Tagespolitik als unrealistisch erscheinen mag, erscheint vom »Standpunkt der geschichtlichen Entwicklungstendenz« eines krisenhaften Kapitalismus, der alle sozialen Errungenschaften stets wieder infrage stellt, als notwendig, so Luxemburg in ihrem Artikel über Karl Marx (ebd.). Doch ein System-Hopping gibt es nicht. Es braucht also transformatorische Schritte, die sofort umsetzbar sind, und die unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können. Zugleich müssen diese Sofortmaßnahmen eine Perspektive weisen und die nächsten Schritte andeuten, hin zu einer weitgehenden Transformation der gesamten Gesellschaft.

»Revolutionäre Realpolitik« im Sinne Luxemburgs hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf bzw. macht einen Widerspruch bearbeitbar. Revolutionär bezieht sich auf den umwälzenden, transformatorischen und an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. Einen solchen herbeizuwünschen oder herbeizureden ist unmöglich. Sich auf den Bruch zu konzentrieren hieße, sich politisch handlungsunfähig zu machen und zum »revolutionären Warten« zu verdammen. Was radikal wirkt, taugt dann nicht mehr zur Intervention.

Luxemburgs Verweis auf Realismus macht das stark: in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse agieren, aber in der

Perspektive ihrer Verschiebung; anknüpfen an die realen Bedingungen und Widersprüche, in denen sich jede*r bewegen muss, an die Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; ansetzen an den Eigeninteressen und Leidenschaften, sie aber so reformulieren – »ethisch-politisch«, wie es bei Antonio Gramsci heißt –, dass die unmittelbaren Interessen der verschiedenen (noch voneinander isolierten) Gruppen überschritten und zu den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen verallgemeinert werden können. Es geht darum, eine Perspektive der Überwindung so zu entwickeln, dass sie »in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet,« hinausgeht – so beschreibt Rosa Luxemburg die Dialektik revolutionärer Realpolitik (ebd.).

Es geht ums Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukünften. Das ist mehr als ein hübsches Fernziel. Vielmehr vermeidet eine solche politische Richtschnur den Rückfall auf korporatistische, also enge Gruppeninteressen. Kämpfe oder Einzelreformen müssen in den Zusammenhang einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung gestellt werden, sonst droht den Kämpfenden eine letztlich noch verschärfte Unterordnung, nämlich dass ihre vereinzelten Interessen kompromissförmig in den herrschenden Block integriert werden. Der Gesamtzusammenhang mannigfaltiger emanzipatorischer Forderungen kann »von oben« immer wieder parzelliert werden, um gesellschaftliche Probleme zu entnennen und soziale Gruppen zu vereinzeln.

Eine Reihe antisystemischer Forderungen mag vor Vereinnahmung schützen, allerdings auf Kosten einer isolierten, nicht anschlussfähigen Randposition. Es bedarf eines positiven, transformatorischen und integrierenden Projekts, das von Reformen im Kapitalismus ausgeht, aber diesen eine bestimmte Richtung verleiht – und Brüche mit dem Bestehenden zu denken und herbeizuführen vermag. Protagonist eines solchen Prozesses kann nur eine partizipativ orientierte gesellschaftliche Transformationslinke sein, die die Einzelnen befähigt, ans Steuer der eigenen Geschichte zu kommen.

»Revolutionäre Realpolitik II« erschien zuerst in: Brand u.a., a.a.O., 352–353

LITERATUR

Bernstein, Eduard, 1897: Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes von Eduard Bernstein. 1. Allgemeines über Utopismus und Eklektizismus, in: Die Neue Zeit, 15/6, 164–171

Brand, Ulrich/Lötsch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan, 2012 (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg

Brie, Michael, 2009 (Hg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin

Haug, Frigga, 2009: Revolutionäre Realpolitik – die Vier-in-einem-Perspektive, in: Brie, Michael (Hg.), a.a.O, 11–26

Hirsch, Joachim, 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg

Luxemburg, Rosa, 1899: Sozialreform oder Revolution, in: GW 1.1, Berlin, 367–466

Dies., 1903: Karl Marx, in: GW 1.2, Berlin, 369–377

Dies., 1906a: Brief an Mathilde und Emanuel Wurm vom 18. Juli 1906, in: GB 2, Berlin, 258–259

Dies., 1906b: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: GW 2, Berlin, 91–170

Dies., 1913: Taktische Fragen, in: GW 3, Berlin, 246–258

Dies., 1918a: Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung, in: GW 4, Berlin, 481–487

Dies., 1918b: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin 332–365

RUDERN GEGEN DEN STROM

LEHREN UND LERNEN MIT ROSA LUXEMBURG

MIRIAM PIESCHKE

Es gibt viele ikonische Bilder von Rosa Luxemburg. Eines zeigt sie an der SPD-Parteischule, wo sie ab 1907 Dozentin war. Luxemburg steht links am Rand, außer ihr sind kaum Frauen im Bild. Während ihre Freundin Clara Zetkin ausgebildete Lehrerin war, hatte Luxemburg keinen pädagogischen Hintergrund. Doch ein Blick in ihre Texte zeigt, was sie für diese Tätigkeit neben ihrem Wissen und analytischen Scharfsinn qualifizierte: ihre Fähigkeit, Zusammenhänge darzulegen und Sachverhalte zu erklären. Dies macht es bis heute zu einem Vergnügen, Luxemburgs Texte zu lesen. Sie entfaltet einen Gedanken, nennt eigene Argumente und zerpflückt Gegenargumente. Ihre Fähigkeit, Kompliziertes auf den Punkt zu bringen, gepaart mit Wortwitz, machte sie zu einer mitreißenden Rednerin und zu einer wirkungsmächtigen Journalistin und vermutlich auch zu einer guten Dozentin. Luxemburg gilt vielen als Vorbild, sei es im Hinblick auf ihr Leben, ihre Haltung oder ihre Schriften. Inwiefern kann sie auch für

politische Bildner*innen Bezugspunkt sein? Lassen sich aus ihrem Werk Leitbilder für die pädagogische Arbeit ableiten?

LERNEN DURCH LEHREN

»Man lernt am besten, indem man lehrt.« Dieses eigentlich vom römischen Philosophen Seneca stammende Zitat wird oft Luxemburg zugeschrieben. Sie hatte zunächst gezögert, die Stelle an der Parteischule anzunehmen, doch kaum hatte sie zu unterrichten begonnen, war sie begeistert, lobte die lebendige Atmosphäre, die Diskussionsfreude und die Begeisterung der Teilnehmenden. Annelies Laschitza (1996, 292) schreibt in ihrer Luxemburg-Biografie, die Student*innen hätten ihre pädagogischen Fähigkeiten gelobt, obwohl sie viel verlangt habe: »Und immer wieder plädierte sie für ein intensives Selbststudium. Es erschien ihr ideal, am Nachmittag nicht zu unterrichten, damit zu Hause der am Vormittag gehörte Vortrag rekapituliert, die Notizen durchgearbeitet und entsprechende Broschüren und Bücher gelesen werden konnten. Wegen dieser Forderungen und Ansichten war Rosa Luxemburg ebenso beliebt wie gefürchtet.« Luxemburg habe beim Lehren auf Fragen gesetzt, die Teilnehmenden mit solchen konfrontiert und dann aus den Antworten gleich neue Fragen abgeleitet. Dabei habe sie nicht einfach Wissen abgeprüft, sondern Nachdenken angeregt und in ihren Vorträgen große Linien aufgezeigt: »Rosa Luxemburg lehrte nie reine Wirtschaftsgeschichte, sondern bezog politische Ereignisse, völkerkundliche und gesellschaftstheoretische Aspekte, Kunst und Literatur in der jeweiligen Region und Entwicklungsphase ein. Hier machte sie auch für sich selbst neue Entdeckungen.« (Ebd., 290f)

Und so führte Luxemburg selbst die Entstehung ihres Hauptwerks, die »Akkumulation des Kapitals«, unmittelbar auf ihre Lehrtätigkeit zurück. In dessen Vorwort beschreibt sie, wie sie im Bemühen, eine »populäre Einführung in die Nationalökonomie« zu verfassen, auf »unerwartete Schwierigkeiten« gestoßen war (Luxemburg 1912, 5). »Bei näherem Zusehen kam ich zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des zweiten Bandes des Marxschen ‚Kapitals' im Zusammenhang steht und zugleich in die Praxis der heutigen imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift.« (Ebd.) Und so blieb das einführende Lehrbuch unvollendet, denn Luxemburg ging ihrer Entdeckung nach. Es war also das Lehren, das ihren Erkenntnisprozess entscheidend vorangebracht hat und zu einem Meilenstein ihres Denkens führte, ihrer Akkumulationstheorie.

MIRIAM PIESCHKE ist Sozialwissenschaftlerin und politische Bildnerin. Derzeit arbeitet sie an der Hochschule Magdeburg-Stendal in einem subjektwissenschaftlichen Forschungsprojekt zur Analyse des Rechtspopulismus. Sie ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied in der Redaktion dieser Zeitschrift.

VONEINANDER LERNEN: MASSE UND FÜHRUNG

Vielleicht am bekanntesten ist Luxemburg für ihre Überlegungen zum Verhältnis von Masse und Führung im Klassenkampf, in Bewegungen und in sozialistischen Parteien.

Unter dem Eindruck ihrer eigenen Beteiligung an der Russischen Revolution von 1905 bis 1907 legte sie in »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« ihre Argumente für den Massenstreik dar, der für sie jedoch nicht *ein* Streik ist, der von einer Partei- oder Gewerkschaftsführung ausgerufen werden kann (vgl. *LuXemburg* 1906, 98). Vielmehr handle es sich um eine *Periode* von politischen und ökonomischen Kämpfen, die ineinander übergehen, aufflammen oder abflauen, einander bedingen, verstärken, abschwächen. Die Art und Weise, mit der deutsche Gewerkschafts- und Parteiführer glaubten, einen Massenstreik per Dekret beschließen, sich des »Klappmessers« Massenstreik bedienen zu können, war ihr ein Graus. »Abstrakte Hirngymnastik« (ebd., 101) nannte sie das und freute sich, dass sich die deutsche Proletariermasse aufgrund ihres »gesunden revolutionären Instinkt[s] und der lebhaften Intelligenz […] ungeachtet des hartnäckigen Widerstandes ihrer Gewerkschaftsführer mit so warmem Interesse dem neuen Problem zuwendet« (ebd.). Sie unterstellte dabei nicht, dass das Proletariat aufgrund seiner Klassenlage alles Nötige von selbst erkennt. Vielmehr wies sie der sozialdemokratischen Führung und den Gewerkschaftsleitungen die Aufgabe zu, auf diesen Instinkt sowie auf die konkrete Entwicklung der Ereignisse zu reagieren und dabei sowohl die Rolle des Lehrenden als auch des Lernenden, des Führenden und des Geführten einzunehmen. Dies hieß im Falle Russlands, der Arbeiterklasse »die internationale Bedeutung dieser Revolution« klarzumachen und sie so auf »die Rolle und die Aufgaben der Masse in den kommenden Klassenkämpfen« (ebd.) vorzubereiten. Luxemburg forderte also, dass an der konkreten Situation gelernt wird, es ging ihr um den Gegenstand *und* die Art und Weise des Erkenntnisgewinns. »Nur in dieser Form wird die Diskussion über den Massenstreik dazu führen, den geistigen Horizont des Proletariats zu erweitern, sein Klassenbewusstsein zu schärfen, seine Denkweise zu vertiefen und seine Tatkraft zu stählen.« (Ebd.)

Im revolutionären Russland zeigte sich für Luxemburg, dass in der konkreten Auseinandersetzung ein Wechselverhältnis von Führung und Masse besteht. Manchmal hätten die Ereignisse die lokalen Gliederungen von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft dazu gedrängt, die Führung zu übernehmen und die Zersplitterung der Masse aufzuheben. Ein anderes Mal seien die »sozialdemokratischen Organisationen mit ihren Aufrufen voran[geschritten]« (ebd., 110f) und hätten dennoch mit den Ereignissen und Aktivitäten der Masse nicht Schritt halten können, hätten »kaum Zeit [gehabt], die Losungen der vorausstürmenden Proletariermenge zu formulieren« (ebd.). Das habe daran gelegen, dass alle, sowohl Führung als auch Masse, die Revolution erst in deren Verlauf hätten erkennen können (vgl. ebd., 112). Leitung hieße daher: »Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die *Taktik* des politischen Kampfes so einzurichten, dass in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommet, daß die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfte-

verhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorauseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der ›Leitung‹ in der Periode des Massenstreiks.« (Ebd., 133) Luxemburg beschreibt die Revolution als einen Lernprozess, in dem die Rolle der Führung auch dadurch begrenzt wird, dass es bestimmter Umstände bedarf, um Ereignisse voranzubringen, die von der Führung nicht angeordnet werden können, selbst wenn sie dies gern täte.

Aus ihren Beobachtungen und Erfahrungen mit der Revolution in Russland leitete Luxemburg ein Führungsverständnis ab, das sowohl den Aspekt des Lehrens als den des Lernens betont: »Gerade während der Revolution ist es für irgendein leitendes Organ proletarischer Bewegung äußerst schwer, vorauszusehen und zu berechnen, welcher Anlass und welcher Moment zu Explosionen führen können und welche nicht. Auch hier besteht die Initiative der Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse.« (Ebd., 132) Das ist das, was sie das Element des Spontanen nennt: »Die Revolution ist, auch wenn in ihr das Proletariat mit der Sozialdemokratie an der Spitze die führende Rolle spielt, nicht ein Manöver des Proletariats im freien Felde, sondern es ist ein Kampf mitten im unaufhörlichen Krachen, Zerbröckeln, Verschieben aller sozialen Fundamente. Kurz, im Massenstreik in Rußland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat ›ungeschult‹ ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.« (Ebd.) Dabei fußt Luxemburgs Analyse nicht auf einem einmaligen historischen Beispiel, vielmehr vertiefte sie später ihre Analyse des Verhältnisses von Masse und Führung in ihren Schriften zur Russischen Revolution von 1917 und zur Revolution in Deutschland 1918 (vgl. Luxemburg, »Die Ordnung herrscht in Berlin« in diesem Heft).

LERNEN DURCH ERFAHRUNG

Eng mit ihren Vorstellungen zum Verhältnis von Masse und Führung verbunden, findet sich in ihren Überlegungen ein weiterer pädagogischer Gedanke, der auf die Bedeutung von Erfahrung abhebt. Bereits 1906 forderte sie: »Der Absolutismus muß in Rußland durch das Proletariat gestürzt werden. Aber das Proletariat bedarf dazu eines hohen Grades an politischer Schulung, des Klassenbewusstseins und der Organisation. Alle diese Bedingungen vermag es sich nicht aus Broschüren und Flugblättern, sondern bloß aus der lebendigen politischen Schule, aus dem Kampf und in dem Kampf, in dem fortschreitenden Verlauf der Revolution anzueignen.« (Luxemburg 1906, 113) Erfahrung bewirke einen geistigen Niederschlag, ein kulturelles Wachstum des Proletariats und in diesem »Kostbarste[n]« (ebd.) liege die »unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe« (ebd., 117).

Das Lernen durch Erfahrung, das Luxemburg als essenziell beschreibt, bezieht sie dabei nicht nur auf direkte Erfahrungen im Kampf, sondern auch auf den Alltag. Daher kritisierte sie die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Diskurses durch die

Bolschewiki im Verlauf der Russischen Revolution von 1917 so scharf: Luxemburg (1918, 356) betonte »das ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen« als nötiges Korrektiv der Schranken und Mängel bürgerlich-demokratischer Institutionen. Anders als die bürgerliche Gesellschaft sei die proletarische Diktatur angewiesen auf politische Schulung und Erziehung und zwar der »gesamten Volkmasse« (ebd., 359), als »Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag« (ebd.).

Für Luxemburg waren die Einschränkungen des Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit deshalb so kritikwürdig, weil das öffentliche Leben für sie Quelle politischer Erfahrung war, und zwar besonders in Situationen, in denen sich die politische Führung nur tastend und experimentierend voranbewegen kann. Da weder die Führung noch die Massen alles wissen können, sind sie auf Erfahrungslernen angewiesen: »Gerade die riesigen Aufgaben, an die die Bolschewiki mit Mut und Entschlossenheit herantraten, erforderte die intensivste politische Schulung der Massen und Sammlung der Erfahrungen«, denn nur die Erfahrung sei »imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen« (ebd., 360). Insofern war öffentliches Leben für Luxemburg gleichbedeutend mit kollektivem Lernen: »Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, enthält *schöpferische* Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.« (Ebd.) Im bürgerlichen Gesellschaftssystem stütze die Verarmung des öffentlichen Lebens die Herrschenden, für eine sozialistische Gesellschaft hingegen sei entscheidend, dass die gesamte Volksmasse am öffentlichen Leben und der öffentlichen Kontrolle teilnehme, sonst »bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung« (ebd.). Luxemburg war der Meinung, dass ein Gelingen der gesellschaftlichen Transformation nur möglich ist durch »eine ganze geistige Umwälzung in den durch die Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alle Leiden hinwegbringt usw. usw.« (ebd., 361).

Doch während die Bolschewiki ihre Zwangsmaßnahmen mit dem Hinweis auf die politischen und taktischen Notwendigkeiten der Revolution begründeten, kann genau diesen Notwendigkeiten Luxemburg (ebd., 362) zufolge nur mit größtmöglichen Freiheitsrechten begegnet werden: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Pateiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und redigieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen

aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.«

LERNEN ALS ORGANISIEREN, ORGANISIEREN ALS LERNEN

Für Luxemburg fallen Lernen und politisches Organisieren in eins, bedingen und benötigen einander: Im gemeinsamen Durchdenken werden Menschen kollektiv handlungsfähig, im gemeinsamen Kämpfen gewinnen sie Erkenntnisse und Wissen. Dabei verschweigt sie nicht die Herausforderung, dass menschliches Handeln und Denken in kapitalistischen Verhältnissen zugerichtet und diszipliniert wird, was emanzipatorisches Lernen und Handeln erschwert. Auch deshalb ist es so verführerisch, auf bewährte Konzepte von Lehren und Lernen zu setzen: Die einen machen Vorgaben, die anderen folgen. Das führt scheinbar zu schnellen Erfolgen. Doch wie die Erfahrungen in realsozialistischen Gesellschaften schmerzlich zeigen, sind diese nicht weniger auf Sand gebaut als die bürgerliche Ordnung selbst. Sind die Menschen erst systematisch entmutigt, mitzudenken und zu kritisieren, entsteht ein nicht wiedergutzumachender Schaden. Wie kann also ein organisierender Lernprozess gelingen, der diesen nahegelegten Gehorsam überwindet, anstatt ihn im Sinne der Parteidisziplin nun für die eigenen Zwecke zu nutzen? Politische Bildung aus linker Sicht muss, um dies zu bewerkstelligen, inhaltlich, methodisch und von den Rahmenbedingungen her so ausgerichtet sein, dass *im* Bestehenden über das Bestehende hinausgegangen werden kann (vgl. Brie/Candeias in diesem Heft). Kollektives Lernen über das eigene Sein, Erkenntnisse hinsichtlich des eigenen Involviertseins in die herrschenden Verhältnisse und des Leidens daran sind dazu ein erster wichtiger Schritt. Ein solches emanzipatorisches Lernen braucht Orte, Zeit, Geduld und stellt pädagogisch arbeitende Menschen, die ein solches Setting vorbereiten und (an-)leiten wollen, vor große Herausforderungen.

Luxemburg hielt gerade im Anblick krassester Niederlagen an ihrer Zuversicht fest. »Ich war, ich bin, ich werde sein!«, formuliert sie ihren Anspruch an das Lernen aus Niederlagen. Diese Zuversicht ist das Mindeste, was pädagogisch arbeitende Menschen von Luxemburg mitnehmen sollten.

LITERATUR

Laschitza, Annelies, 1996: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biografie, Berlin

Luxemburg, Rosa, 1906: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: GW 2, Berlin, 91–170

Dies., 1912: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: GW 5, Berlin, 1–411

Dies., 1918: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin, 332–365

1 Trotzki hatte beispielsweise die Auflösung der Konstituante damit begründet, dass diese lediglich die vorrevolutionären Mehrheitsverhältnisse abbilde. Dieser Einschätzung von der Schwerfälligkeit der Wahlkörper stellte Luxemburg anhand historischer Beispiele das Korrektiv der öffentlichen Auseinandersetzungen entgegen (vgl. Luxemburg 1912, 356).

»KEINE FEIGHEIT VOR DEM FREUND!«

ODER: WIE KRITISIERT MAN REVOLUTIONEN?

LUTZ BRANGSCH

»Der Revolutionärin Rosa Luxemburg war es natürlich selbstverständlich, solidarisch zur russischen Revolution zu stehen. Doch Solidarität ohne Kritik, ohne Kritik an der Politik von Lenin und Trotzki, galt Rosa Luxemburg als Feigheit – als Feigheit vor dem Freund.«
(Schütrumpf 2006, 1001)

Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Lenin und Luxemburg spielten vor allem in der kommunistischen Strömung der Linken über Jahrzehnte eine zentrale Rolle. Die Beziehung beider kann mit voller Berechtigung als spannungsgeladen bezeichnet werden. Gleichzeitig verband sie der Kampf gegen den Opportunismus der rechten Sozialdemokratie und für eine sozialistische Revolution. Die Gemeinsamkeiten sind unstrittig, die Bedeutung der Widersprüche zwischen beiden wird jedoch unterschiedlich beurteilt. Während Paul Levi (1921, 138) in einem Brief an Clara Zetkin betonte, dass Rosa Luxemburg »nun einmal – das läßt sich nicht leugnen – in gewissen Fragen im Gegensatz zu den Bolschewiki« stand, und dass »gerade diese

Fragen« durch den »Gang der russischen Revolution in den Vordergrund geschoben« worden seien, schätzte Zetkin etwa die Grundsätzlichkeit der Unterschiede anders ein.

DIFFERENZEN ZWISCHEN LUXEMBURG UND LENIN

Lenin selbst benannte in seinem zweifelhaften Nachruf auf Luxemburg die aus seiner Sicht wesentlichen Unterschiede in ihren jeweiligen Auffassungen. Für ihn waren es »Irrtümer« Luxemburgs. Die Vorstellung, dass es sich dabei um legitime Differenzen handeln könnte, also die Möglichkeit bestünde, dass Luxemburg Recht hatte, lag ihm fern. Er machte die Unterschiede an konkreten Daten fest: »Sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 ihren Fehler zum großen Teil korrigierte).« (Lenin 1922, 195) Jede dieser Behauptungen würde einen eigenen Artikel erfordern, zumal aus der heutigen Sicht in vielen Punkten auch Lenin »irrte«. Grob gesagt, lassen sich die Differenzen an drei Komplexen festmachen.

PARTEI UND EMANZIPATION

Erstens ging es um die Potenziale der Massen zur Selbstemanzipation, um die Rolle der Partei und des Parteiapparates gegenüber den Massen und den Parteimitgliedern sowie um die Breite von Anschauungen, die in einer revolutionären Partei möglich sein sollte. Luxemburg leugnete nie die Notwendigkeit einer disziplinierten Partei, die sich als Führerin des Proletariats verstand. Zur Diskussion stand jedoch, wie diese notwendige Führungsrolle ausgestaltet werden sollte. Lenin trat ausgehend von den russischen Erfahrungen für eine zentralisierte Partei ein, die den Bedingungen der Illegalität gewachsen war. Luxemburg hingegen entwickelte ihre Auffassung vor dem Hintergrund der Spielräume, die eine westeuropäische bürgerliche Demokratie bot. Sie akzeptierte den Lenin'schen Kurs für Momente zugespitzter Klassenauseinandersetzungen, lehnte aber die Vorstellung ab, dass dieses Parteimodell universell, unter allen historischen Bedingungen, das Richtige sei. In diesem Zusammenhang ist auch ihre Vorsicht gegenüber organisatorischen Spaltungen zu sehen. Sie sah ihren Platz dort, wo die Massen waren, und die waren in den großen und von den Opportunisten dominierten Parteien. Revolutionäre Ideen müssen sich deshalb gerade in Konfrontation mit den Opportunisten bei den Massen durchsetzen. Den Raum dafür sah sie *innerhalb* der Partei, nicht in der Konfrontation verschiedener sozialdemokratischer Parteien. Daher verblieb sie auch nach dem Versagen der SPD 1914 in der Partei und vollzog den vollständigen organisatorischen Bruch erst

LUTZ BRANGSCH ist Ökonom und arbeitet als Referent für Demokratie und Staat am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihn beschäftigt seit vielen Jahren außerdem die Frage historischer und politischer Bildung für eine lebendige Transformationslinke. Zuletzt hat er zusammen mit Michael Brie »Das Kommunistische« (2017) herausgegeben.

Ende 1918, als der Raum für Auseinandersetzung nicht mehr vorhanden war.

DAS MARX'SCHE ERBE

Zweitens bezogen sich die Differenzen auf ihr jeweiliges Verständnis des Marx'schen Erbes (vgl. Dellheim in diesem Heft). Lenin bezeichnete Luxemburg 1920 (334) noch als Vertreterin eines »unverfälschten Marxismus«. Beide lehnten die »Orthodoxie« der Zweiten Internationale ab, standen aber trotzdem für unterschiedliche Lesarten. Luxemburg sah stärker als Lenin das Unfertige und Entwicklungsbedürftige in den Marx'schen Ansätzen. Lenin betonte das Harmonische der Marx'schen Auffassungen, weshalb ihm die Kritik Luxemburgs in deren Schrift »Die Akkumulation des Kapitals« (1913) als ungeheuerlich erschien.

REVOLUTION

Drittens vertraten Lenin und Luxemburg verschiedene Positionen zum Zusammenhang von Strategie und Taktik im revolutionären Handeln. Zugespitzt zeigte sich dies in ihrer Kritik der Russischen Revolution. Luxemburg war nie gegen die Revolution, gegen eine Rätemacht oder gegen die Diktatur des Proletariats. Sie wandte sich lediglich gegen ganz konkrete Entscheidungen und Maßnahmen der Bolschewiki, in denen sie die Gefahr sah, proletarische Politik zu diskreditieren. Vordergründig ging es um die Art und Weise, mit Macht umzugehen. Lenin ordnete die taktischen Entscheidungen bedingungslos einer Strategie der Machtergreifung unter. Er sah die Bolschewiki bzw. seine Fraktion unter den Bolschewiki als die legitimen Repräsentanten des Proletariats an und ging entsprechend davon aus, dass die bolschewistische Macht mit der Diktatur des Proletariats zusammenfällt. Eine Konsequenz dieser Sichtweise war, dass sich diese Diktatur auch gegen das Proletariat selbst wenden konnte. Luxemburg war sich bewusst, dass die Klassenkräfte in revolutionären Prozessen nicht immer konsistent sind, durchaus schwanken können. Aber eine dauernde Diktatur der Partei oder gar des Parteiapparates gegen die Massen lehnte sie als die Idee des Sozialismus unterminierend ab.

REVOLUTION ANDERS DENKEN …

Luxemburg fordert uns mit ihrer Lenin-Kritik auf, den Blickwinkel zu verändern, weg von der Faszination des Ereignisses »Revolution« und des augenblicklichen Sieges hin zu der Einordnung der Ereignisse in den Prozess der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Es ging um eine Kritik und eine Selbstkritik globaler sozialdemokratischer Politiken der damaligen Zeit. Drei Blickrichtungen spielten dabei für sie eine Rolle: »1. In die Vergangenheit, um die Frage nach dem Warum zu beantworten. 2. Nach der russischen Revolution, um ihre Lehren zu sichten. 3. In die Zukunft, um die durch den Krieg geschaffene neue Situation u. die aus ihr sich ergebenden Aussichten u. Aufgaben des Sozialismus zu schauen.« (Luxemburg 1918a, 1092)

Im Zentrum stand jeweils das Versagen des deutschen Proletariats und die Rolle Karl Kautskys als Symbol der Zweiten Internationale. Ihre Kritik an Lenin und Trotzki war immer auch eine Kritik am Zustand der internationalen Sozialdemokratie. Sie sah das Problem nicht in der Stärke des Gegners, sondern »im Proletariat selbst, in seiner Unreife, vielmehr in der Unreife seiner Führer, der sozialistischen Parteien« (Luxemburg 1918b, 373). Entspre-



chend kam sie zu folgender Bewertung des Handelns der Bolschewiki: »Der Bolschewismus ist das Stichwort für den praktischen revolutionären Sozialismus, für alle Bestrebungen der Arbeiterklasse zur Machteroberung geworden. In diesem Aufreißen des sozialen Abgrunds im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft, in dieser internationalen Vertiefung und Zuspitzung des Klassengegensatzes liegt das geschichtliche Verdienst des Bolschewismus, und in diesem Werk – immer in großen historischen Zusammenhängen – verschwinden wesenlos alle besonderen Fehler und Irrtümer des Bolschewismus.« (Ebd., 371)

Es ist diese Dialektik von Versagen (des internationalen Proletariats) und Verdienst der »Zuspitzung« (durch die Bolschewiki), die ab Januar 1918 bestimmend war für Luxemburgs analytische Arbeiten. Im September schrieb sie: »Jede sozialistische Partei, die heute in Russland an die Macht gelangt, muß eine falsche Taktik verfolgen, solange sie als ein Teil der internationalen proletarischen Armee vom Gros der Armee im Stich gelassen wird.« (Luxemburg 1918c, 391) Damit warf sie die Frage auf, wie sich denn das »Gros der Armee«, also die internationale Arbeiterklasse, gewinnen lasse, und gab ihre Zweifel kund, dass dieses Ziel auf dem von Lenin und Trotzki gewählten Weg zu erreichen sei.

Lenin wiederum hatte sich diese Frage nicht mit Konsequenz gestellt. Er hoffte darauf, dass die sich zuspitzenden Widersprüche und die fleißige Agitation der Partei die Massen dem Bolschewismus zutreiben. Damit lag er nicht völlig falsch, aber nachhaltige Wirkungen waren so nicht zu erreichen.

… UND MACHEN

Zwei Punkte lassen sich herausstellen, um die Probleme des unterschiedlichen Herangehens von Luxemburg und Lenin an die Kritik revolutionären Handelns deutlich zu machen. Der erste betrifft das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem. »Das Gefährliche beginnt dort, wo sie [die Bolschewiki] aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik […] theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen

[Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.« (Luxemburg 1918d, 364) In der Praxis des Momentes gefangen, musste Lenin diese Kritik Luxemburgs als Angriff deuten. Zum einen verstand er (wie übrigens auch die Mehrheit der Leser*innen) sie schlichtweg nicht. Er folgte anderen Prinzipien der Erkenntnis. Angesichts ihrer Isoliertheit nahm er das Werden der Sowjetmacht aus dem revolutionären Prozess heraus und machte es – auch wenn er verschiedentlich das Gegenteil sagte – zur Determinante des Allgemeinen, also die Macht der Bolschewiki zum Kriterium für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Dinge entwickelten sich in der von Luxemburg befürchteten Weise. Schon im März 1919 wurden die »Richtlinien der Kommunistischen Internationale« angenommen, in denen sich keine Spur der differenzierten Luxemburg'schen Überlegungen findet (vgl. Hedeler/Vatlin 2008, 202ff). Auf dem Gründungsparteitag der KPD hatte sie – ausgehend von den spezifischen deutschen Bedingungen – noch eine andere Diktatur des Proletariats und eine andere Schwerpunktsetzung der Kämpfe skizziert. Ihr Argument war, dass die erste Periode der Revolution »eine noch ausschließlich politische Revolution war; und darin liegt das Unzulängliche, das Halbe und Bewußtlose dieser Revolution« (Luxemburg 1918/19, 501). Sie stellte die Rolle der Räte in ihrer ursprünglichen Funktion als Selbstorganisation der Massen in den Vordergrund – zu einem Zeitpunkt, zu dem diese in Sowjetrussland schon in Organe der Partei verwandelt worden waren. Ihr zufolge waren die Arbeiter- und Soldatenräte zu stärken, nicht als Instanzen einer Partei, sondern als Orte des Lernens der Massen (vgl. Pieschke in diesem Heft). Auch hinsichtlich der Kampfformen setzte Luxemburg andere Schwerpunkte: »Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muss durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muss die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden. Und wie ist die äußere Form des Kampfes um den Sozialismus? Es ist der Streik […].« (Ebd., 502) Den notwendig demokratischen Charakter der Revolution betonend, argumentierte Luxemburg, dass die Nationalversammlung einerseits ein »gegenrevolutionäres Bollwerk« sei, aber eben auch ein Instrument, um die »geistige Revolutionierung der Massen zu vertiefen« (ebd., 483).

Ein zweiter Punkt in der unterschiedlichen Beurteilung revolutionären Handelns durch Luxemburg und Lenin betrifft die Anforderungen an die Zeit »davor«, die Frage vorbereitender Politiken. Dies ist der wahrscheinlich aktuellste Punkt dieser Kontroversen. Indem Luxemburg das Allgemeine der Revolution letztlich auf ein einziges Kriterium, auf den Emanzipationsanspruch und die Selbstorganisation des Proletariats, zurückführte, formulierte sie Anforderungen an linke Parteien für die Zeit »vor der Revolution«. Auch hier griff sie Gedanken aus ihren Auseinandersetzungen mit den Spitzen der SPD (und der Gewerkschaften) vor 1914 auf der einen und Lenin auf der anderen Seite auf. Revolutionen finden immer im »falschen« Moment statt – wie kann dieser »falsche« Moment in einen »richtigen« verwandelt werden?

Lenin dagegen setzte ab 1918 auf folgenden Dreiklang: Terror gegenüber Kapitalisten und Großbauern; Erziehung, Bildung und gelegentlicher Terror gegenüber den werktätigen Massen und schließlich gelegentlicher Terror und Bestechung gegenüber Intellektuellen und Mittelbauern. Der permanente Bürgerkrieg war die Bewegungsform dieser Politik. Das von Luxemburg skizzierte Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf setzte hingegen voraus, was sie vor und während der Revolution immer wieder forderte: in heutigen Worten eine »lernende Organisation«.

NIMMT LUXEMBURG IHRE KRITIK ZURÜCK?

Der Mitstreiter Luxemburgs Adolf Warski, auf den sich später vielfach bezogen wurde, verkannte das Wesen der Luxemburg'schen Kritik, als er behauptete, das Manuskript »Zur russischen Revolution« sei ein »Fragment eines überwundenen Geistesringens der Verfasserin« (Warski 1922, 8) gewesen. Betrachtet man das Manuskript zu diesem Text und ihre Reden auf dem Gründungsparteitag der KPD gemeinsam, zeigt sich, dass die Kritik der Revolution für sie ein Werkzeug zur Schärfung der eigenen revolutionstheoretischen und praktischen Vorstellungen war. Das betrifft die Gewerkschaftspolitik, die Rolle der Räte und der Nationalversammlung, das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf, das Verhältnis von Massen und Partei sowie den Charakter der Partei selbst. In allen diesen Punkten standen Luxemburg und ihre Gruppe im Gegensatz zu den Auffassungen der Mehrheit der sich gerade konstituierenden KPD, die sich wiederum von den Bolschewiki inspiriert sah.

Unmittelbar vor ihrem Tod schrieb sie: »Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird.« (Luxemburg 1919, 536) Sie veränderte ihre Kritik an dem Versuch Lenins, die von den russischen Bedingungen bestimmte Praxis der Ersetzung der Massen- durch eine Parteiaktion als das Allgemeine herauszustellen, bis zum Schluss in keiner Weise. Jeder Versuch, die revolutionäre Aktion aus einer tatsächlichen Minderheitenaktion mit List in eine Massenbewegung umzuinterpretieren, blieb ihr fremd: »[…] es gibt nichts, was der Revolution so schädlich ist als Illusionen, es gibt nichts, was ihr so nützlich ist wie die klare offene Wahrheit« (Luxemburg 1918/19, 499).

LITERATUR

Hedeler, Wladislaw/Vatlin, Alexander, 2008: Die Weltpartei aus Moskau: Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin

Lenin, W. I., 1920: Geschichtliches zur Frage der Diktatur, in: Lenin Werke 31, Berlin

Ders., 1922: Notizen eines Publizisten, in: Lenin Werke 33, Berlin, 188–196

Levi, Paul, 1921: An Clara Zetkin, in: Beradt, Charlotte (Hg.), Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie; Schriften, Reden und Briefe, Frankfurt a.M., 136–138

Luxemburg, Rosa, 1918a: Handschriftliche Fragmente zur Geschichte der Internationalen, der deutschen Sozialdemokratie, zu Krieg, Revolution und Nachkriegsperspektiven, in: GW 7.2, Berlin, 1088–1114

Dies., 1918b: Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution, in: GW 4, Berlin, 366–373

Dies., 1918c: Die russische Tragödie, in: GW 4, Berlin, 385–392

Dies., 1918d: Zur russischen Revolution, in: GW 4, Berlin, 332–365

Dies., 1918/19: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: GW 4, Berlin, 479–511

Dies., 1919: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: GW 4, Berlin, 533–538

Schütrumpf, Jörn, 2006: Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen«, in: Utopie kreativ 193, 995–1002

Warski, Adolf, 1922: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg

KÄMPFEN LERNEN

WAS LUXEMBURG DER LINKEN RATEN WÜRDE

JANIS EHLING

Im zehnten Jahr der zugespitzten Krise des Neoliberalismus gewinnen die gesellschaftlichen Umwälzungen eine neue Qualität: Ein globaler Autoritarismus und eine radikale Rechte bestimmen die Agenda. Die Rechten gerieren sich erfolgreich als Gegenpol zum neoliberalen »Weiter so«, während linke Kräfte häufig orientierungslos, zerstritten, wenig handlungs- oder wirkmächtig erscheinen. Dabei müsste gerade die Linke – insbesondere die parteiförmig organisierte – die Rolle einer offensiven Kraft gegen die Unbill des Kapitalismus und den rechten Autoritarismus einnehmen und über eine bloße Verteidigungshaltung hinausgehen. Dafür muss die Linke sich neu ausrichten, Gewissheiten hinterfragen, andere zurückgewinnen. Rosa Luxemburg kann genau hierfür strategische Orientierung bieten. Auch sie lebte in einer Zeit der Umbrüche, als sich die politische Rechte ab den 1890er Jahren in Deutschland neu formierte. Ich möchte Denkanstöße für die politische Linke, wie ich sie im Werk von Luxemburg finde, in sieben Thesen formulieren.

VOM ZIEL HER DENKEN

Für Luxemburg war jede Beschränkung auf kurzfristige Ziele oder Abwehrmaßnahmen undenkbar. Gegen die gesellschaftliche Untergangsstimmung um 1900 und den Aufstieg des Nationalismus setzte sie klare Alternativen. Gerade heute, wo sich der neoliberale Kapitalismus erschöpft, wäre für Luxemburg ein klarer Gegenentwurf zum Bestehenden elementar – auch wenn das manche kurzfristig abschrecken mag. Mit Luxemburg denken, heißt daher, vom Ende her denken und handeln. Der Ausgangspunkt des linken Denkens muss der demokratische Sozialismus sein (vgl. Brie in diesem Heft).

ZWISCHENSCHRITTE UND BEWEGUNG DENKEN

Dennoch steht der Sozialismus nicht unmittelbar vor der Tür. Umso wichtiger ist es, sich über Zwischenschritte, Strategien und Taktiken im Klaren zu sein. Luxemburg ging es nie um einen Masterplan am Reißbrett, sondern um eine Art sozialistischen Kompass Richtung Zukunft. Das bedeutet für sie dreierlei:

- Alle Anstrengungen müssen sich auf den kontinuierlichen Aufbau von Gegenmacht in Form möglichst großer Organisationen (Gewerkschaften und Parteien) und die Bildung der Klasse der Lohnabhängigen richten.
- Diese Organisationen müssen ihren Wert für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen noch stärker unter Beweis stellen. Steigende Mitgliederzahlen, solide Wahlergebnisse oder Tarifabschlüsse sind gut, reichen aber nicht aus. Auch soziale und politische Reformen, die zukünftige Auseinandersetzungen stärken, sind allein zu wenig. Luxemburg kritisierte die »praktische Politik«, weil sie immer die Gefahr birgt, sich im Klein-Klein zu verlieren.
- Sozialreformen und der Aufbau von Organisationen und Parteien waren für Luxemburg kein Selbstzweck. Entscheidend ist, ob eine Wahlkampagne oder ein Streik zu mehr politischem Bewusstsein führt. Ein gewonnener Kampf ist gut, wenn er das Selbstbewusstsein der Massen steigert. Eine Niederlage kann aber wichtiger sein als ein Sieg, wenn sie die Erfahrung der Selbstwirksamkeit stärkt. Im Kampf lernen die Vielen, die Klasse, wer sie sind und wie stark sie sind. Gesellschaftliche Kämpfe sind daher die wirksamste Bildungsarbeit. Reform- und Bewegungspolitik müssen strategisch zusammengedacht werden.

JANIS EHLING ist Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN sowie einer der Bundessprecher der Sozialistischen Linken. Zuvor war er Bundesgeschäftsführer des Studierendenverbands SDS. Derzeit arbeitet er im Bundestagsbüro des Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger.

VON DER MACHT DER OPPOSITION HER DENKEN

Als Linke agieren wir in einer liberalen Demokratie und damit auf einem begrenzten Spielfeld, das wir uns nicht ausgesucht haben: Im Staat dürfen wir über Parlament und Verwaltung mitwirken. Der große Bereich der Wirtschaft ist wie die Eigentumsverhältnisse von demokratischer Gestaltung überwiegend ausgenommen. In diesem Rahmen ist eine linke Partei zur Opposition verdammt. Luxemburg unterscheidet deshalb streng zwischen der Beteiligung an Regierungen auf der einen und wirklicher politischer Macht auf der anderen Seite. Das bedeutet für uns, uns als grundsätzliche Opposition zu begreifen und uns

nicht gemütlich im Bestehenden einzurichten. Die heutige politische Praxis von Parteien ist parlamentarisch geprägt und oft allein auf das Regieren gerichtet – die anderen Schalthebel der Macht geraten darüber in Vergessenheit. Luxemburg warnte aus diesem Grund energisch vor Illusionen über den Parlamentarismus. Von linken Regierungen in der liberalen Demokratie sind keine Wunder zu erwarten. Luxemburg redete gegen linke Regierungen im Kapitalismus, weil sie die Unterwerfung unter eine bestimmte Handlungslogik erfordern, die es ihnen erschweren, sich gegen die Regierung und die politischen Verhältnisse zu wenden. Eine Linke in der Regierung wird als Teil der Verhältnisse wahrgenommen. Sie desorientiert die eigenen Reihen und verengt den politischen Fokus auf die Personen in der Regierung. Partei und Bewegung treten hinter dem Geplänkel in der Regierung zurück. Das Wesentliche gerät aus dem Blick.

Wichtiger als jedes (Mit-)Regieren ist, die oppositionelle Durchsetzungsfähigkeit zu stärken. Eine Opposition ist nie machtlos. Ihre Präsenz hat eine Wirkung. Aufgabe der Linken ist es, die Möglichkeiten der Opposition systematischer zu erforschen und offensiver auszuprobieren. Die reale politische Handlungsmacht muss im Fokus stehen.

IN DER REALEN BEWEGUNG AGIEREN

Politische Siege auf dem Reißbrett zu entwerfen, ist unmöglich. Die gesellschaftlichen Bewegungen sind eruptiv, lebendig und nicht planbar. Aufgabe der Linken ist es, sich darauf vorzubereiten und ihre Dynamik voranzutreiben. Denn Organisationen und ihre Mitglieder sind größeren historischen Prozessen unterworfen: Nur in einer Konstellation mit starken Bewegungen sind größere Etappensiege auf dem Weg zum Sozialismus möglich.

Der Bewegungscharakter aller realen Veränderung schließt die Möglichkeit der Niederlage mit ein. Eine Linke in kontinuierlichem Aufschwung kann es nach Luxemburg nicht geben, Niederlagen gehören zur Entwicklung. Luxemburg warnt davor, aus Angst vor einem möglichen Scheitern handlungsunfähig zu werden. Sie begreift das Scheitern im Gegenteil sogar als Lernprozess für die Bewegung und die Organisation. Nach jeder Aktion ist die selbstkritische Befragung des eigenen Handelns fast so wichtig wie die Aktion selbst (vgl. Pieschke in diesem Heft). Diese Lernprozesse gelingen nur, wenn das Wissen über Niederlagen und Siege auch weitergegeben wird. Organisationen sind wichtige Träger und Multiplikatoren dieses historischen Wissens. Die Selbst- und Weiterbildung innerhalb der Organisation ist essenziell – auch um das Erfahrungswissen der Klasse zu stärken. Auch aus diesem Grund war Luxemburg lange Lehrerin an der SPD-Parteischule.

GEGENMACHT STÄRKEN

Der größte Hebel der Veränderung in Form von gesellschaftlicher Gegenmacht sind politisch bewusste Massen. Einen Versuch, solche Gegenmacht aufzubauen, erlebte Luxemburg hautnah in Russisch-Polen. Hier war die Politik dominiert von Nationalismus und religiösen Auseinandersetzungen. Politische Macht als Linke zu erringen bedeutete, andere Konfliktlinien zu politisieren. Dabei legte sie ihr Augenmerk auf den Aufbau wirkmächtiger Organisationen. Zwar entstehen diese am schnellsten in großen Umbrüchen und Revolutionen. Gerade

in den Zeiten fehlender Bewegung sind es jedoch die Gewerkschaften, die politisieren und den Blick auf die Klassenverhältnisse lenken. In unmittelbaren wirtschaftlichen Konflikten rückt der Gegensatz zwischen Arbeiter*in und Chef*in in den Mittelpunkt – weder die Anrufung der Nation noch der Religion kann hier helfen. Noch heute sind gewerkschaftliche Arbeitskämpfe die größten sozialen Bewegungen im Land, die gern von den Medien wie auch von vielen Linken ignoriert werden.

Zur Formierung von Gegenmacht reichen Auseinandersetzungen auf ökonomischem Terrain aber nach Luxemburg nicht aus. Eine weitere Politisierung ist unabdingbar. Doch wo werden tiefere politische Fragen behandelt? Das passiert nicht einfach im Alltag. Für Luxemburg ist der Ort einer tiefgreifenden und allgemeinen Politisierung die Partei. Daher formulierte sie ein unbedingtes Primat der Partei gegenüber anderen Organisationen. Diese ist das Ziel der Organisierung, weil nur sie die großen politischen Fragen stellen kann – und in der liberalen Demokratie die beste Chance der Klassenformierung bietet. Die Partei ist damit das stärkste Mittel der Organisierung von Gegenmacht und die Gewerkschaften sind die wichtigsten Schulen der Bewegung.

HANDLUNGSFÄHIG: VON UNTEN NACH OBEN

Die Stärke einer Organisation erweist sich darin, ob sie gesellschaftlichen Druck aufbauen kann. Das gilt für betriebliche Kämpfe wie auch für andere politische Bewegungen. Um das zu erreichen, ist eine kämpferische, aktive Partei vonnöten – und zwar nicht nur in Zeiten von Wahlkampagnen. Der Neigung zur »parlamentarischen Versumpfung« muss aktiv entgegengewirkt werden. Eine solche Partei kann nur eine lebendige, diskutierende Partei der Ehrenamtlichen sein, in der die Parteiführung eine vor allem koordinierende, verbindende Funktion hat. Jede wichtige Entscheidung muss demokratisch und gemeinsam gefällt werden. Ist sie einmal getroffen, muss sie aber auch verbindlich sein: Den Ultrazentralismus Lenins lehnte Luxemburg ebenso ab wie die Alleingänge von Landesgruppen der SPD. Sowohl aus Beliebigkeit wie aus autoritärer und nicht ablösbarer Führung folgt die Erstarrung und Verknöcherung der Organisation. Mit Luxemburg gilt es für eine lebendige, demokratische und verbindliche Mitgliederpartei zu streiten.

MATERIALISTISCH UND IDEALISTISCH DENKEN

Wer den Kapitalismus verändern will, muss ihn verstehen. Mit Luxemburg umfasst dies eine genaue Analyse dieses Systems und seiner Antriebskräfte. Luxemburg war gleichermaßen Aktivistin wie Theoretikerin. Sie untersuchte die materiellen Bedingungen für Klassenbewegungen und analysierte die Konkurrenz kapitalistischer Staaten. Gerade heute, im Zeitalter weltumspannender Märkte, sind ihre ökonomischen Theorien aktuell wie nie (vgl. Dellheim in diesem Heft).

Die ökonomische Analyse steht bei Luxemburg dem Handeln keineswegs entgegen. Wer sich mit seiner Analyse jedoch im bloßen Fatalismus einrichtet, hätte Kritik von ihr zu erwarten. Gegen die bloße Beschreibung, das Abwarten und die Angst setzte Luxemburg auf den Idealismus der Akti ven. Ohne idealistischen Überschuss ist alle Theorie nichtig. Und ohne die Beachtung der materiellen Grundlagen läuft jeder Idealismus ins Leere.

UNGELÖST UND UNGELIEBT: DIE NATIONALE FRAGE

WIE EUROPA VON LINKS DENKEN

WALTER BAIER

Die magische Formel, mittels derer nach 1945 Kriege und Nationalismen gebändigt werden sollten, lautete Integration. Doch entgegen aller optimistischen Rhetorik, mit der noch vor Kurzem ein »postnationales Zeitalter« ausgerufen wurde,[1] stellt man heute fest, dass Europa mit der »nationalen Frage« keineswegs fertig ist. Tatsächlich hat die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Legitimationsverlust der europäischen Integration und zu einem Wiederaufleben des Nationalismus geführt.

Jede Generation muss die ihr gestellten Probleme in ihren eigenen Begriffen erfassen. Um beispielsweise aktuelle Abschottungs- und Ausgrenzungstendenzen zu bezeichnen, hat sich auch in Europa der Begriff Rassismus eingebürgert. Dass aber beispielsweise die durch die österreichische Rechtsregierung beschlossene Senkung der Familienbeihilfe für osteuropäische EU-Bürger*innen breite Zustimmung unter ihrer Wählerschaft findet, zeigt, dass Menschen, die den Sozialstaat durch afghanische, syrische und irakische

Flüchtlinge bedroht sehen, auch nicht geneigt sind, ihn mit slowakischen, bulgarischen oder rumänischen Arbeitsmigrant*innen zu teilen. Rassistisches Vorurteil, kolonialistische Überheblichkeit und nationalistischer Egoismus bilden die symbiotischen Seiten einer sozialen Pathologie. Um diese in ihrer von Land zu Land unterschiedlichen Ausprägung verstehen zu können, genügt nicht die Subsumierung unter einen Allgemeinbegriff, sondern braucht man die Analyse im Einzelnen.

Eric Hobsbawm (1991, 12), britischer Historiker mit alt-österreichischem Hintergrund, erinnert zu Beginn seines 1991 in Deutsch erschienenen Buches »Nationen und Nationalismus« an »die wichtigen und unterschätzten Debatten unter den Marxisten der Zweiten Internationale über das, was sie als die ›nationale Frage‹ bezeichneten«, an der »die besten Köpfe der internationalen sozialistischen Bewegung [beteiligt waren]: Kautsky und Luxemburg, Otto Bauer und Lenin, um nur einige wenige zu nennen«. Dabei sind die historischen Situationen unterschiedlich. Die heutige Krise Europas ist auch ein Resultat des Anpassungsstresses, unter dem die Gesellschaften stehen. Das Eintreffen der aus miserablen Lebensbedingungen flüchtenden Menschen an Europas Küsten ist das Symptom eines weltweiten Umbruchs, der in unseren Ländern wie durch eine Camera obscura wahrgenommen wird. Während sich die EU mit ihren 500 Millionen Einwohner*innen bei der Integration von vier Millionen Flüchtenden überfordert zeigt, wird sich als das eigentliche Problem herausstellen, wie sich die 500 Millionen Europäer*innen nach Jahrhunderten Kolonialismus und Neokolonialismus in eine Welt integrieren werden, die bald von zehn Milliarden Menschen bewohnt sein wird, deren Lebensgrundlagen durch den Klimawandel gefährdet sind und die ihren Anteil am Wohlstand verlangen (vgl. Spehr 2018 auf *LuXemburg-Online*).

DIE BEIDEN EXTREME IN DER DEBATTE

Rosa Luxemburgs Beantwortung der »nationalen Frage« war speziell. Der jungen sozialistischen Bewegung ihres zwischen drei reaktionären Großmächten aufgeteilten Heimatlandes Polen riet sie (1908, 263): »Die Sozialdemokratie ist deshalb aufgerufen, nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verwirklichen, sondern nur das Recht auf Selbstbestimmung der arbeitenden Klasse, der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse – des Proletariats.« Wohl kann man ihre Vision einer »schließlichen Zusammenfassung der gesamten Kulturmenschheit in einer Sprache und Nationalität« (ebd., 289) als utopisch bezeichnen, nicht aber, ohne das große Verdienst, das ihr zukommt, anzuerkennen, nämlich die universell vereinigte Menschheit als jene Richtung angezeigt zu haben, in der Sozialist*innen die Zukunft denken. Derlei stieß auf Widerspruch. W.I. Lenin (1914, 425), der die nationale Frage als eine Brechstange bei der Demolierung der zaristischen Selbstherrschaft benutzen wollte, formulierte die

WALTER BAIER ist Koordinator von transform! europe – dem europäischen Stiftungsverbund der Partei der Europäischen Linken (EL).



Produktionsbedingungen das geistige Wesen der Menschen, ihre Stimmungen, Wünsche, Ideen verändert würden.

Angesichts der Polemiken zwischen den Größen der sozialistischen Internationale gerät leicht ihre gemeinsame theoretische Basis aus dem Bild. Zum einen erkannten sie an, dass Nationen mehr als ideologische Trugbilder darstellten, dass sie Elemente der historisch gegebenen sozialen und politischen Realität waren. Außerdem folgten sie Marx und Engels darin, dem Klassenkampf gegenüber den nationalen Kämpfen den Vorrang einzuräumen. Bei Luxemburg ergibt sich dies aus der Gesamtanlage ihres Denkens, Lenin wiederum hat in Hunderten Bemerkungen und schließlich auch in der revolutionären Praxis unter Beweis gestellt, dass er dem Recht der Nationen auf Gründung unabhängiger Staaten einen lediglich instrumentellen Charakter im Machtkampf mit dem Zarismus beimaß.

Gegenposition, der zufolge der Kern eines sozialistischen Verständnisses der nationalen Gleichberechtigung die »Freiheit der Lostrennung, die Freiheit der Bildung eines selbstständigen Nationalstaats« sei.

Luxemburg und Lenin – sozialistischer Kosmopolitismus und unbedingtes Recht auf Staatenbildung – bildeten somit die beiden Extrempunkte einer Achse, auf der sich alle theoretischen und praktischen Versuche einer Lösung nationaler Fragestellungen bis heute eintragen. Der Österreicher Otto Bauer nahm mit seinem Konzept der »national-kulturellen Autonomie«, das die nationale Gleichberechtigung mit der Beibehaltung eines multinationalen Staats verwirklichen wollte, eine Mittelposition ein. Gegen Luxemburg wandte er ein, dass mit der ökonomischen Untersuchung »noch bei weitem nicht alles gesagt [sei], was die Wissenschaft zur polnischen Frage zu sagen hat« (Bauer 1924, 450). Zu erforschen gelte es vielmehr auch, wie durch die veränderten

DAS NATIONALITÄTENPROGRAMM DER LINKEN

Am komplexesten stellte sich das Verhältnis zwischen nationaler und sozialer Frage für die Austromarxisten, die mit den Worten Bauers die nationalen Gegensätze als einen »trans-

formierten Klassenhass« betrachteten. Bauer kam es darauf an, wie Norbert Leser (1968, 254) treffend schreibt, »den nationalen Kampf wegzuräumen, um für den Klassenkampf Platz zu bekommen«.



Wenn allerdings Nation nicht Schimäre war, sondern soziale Realität, konnte sich dies nicht auf Aufklärung oder Dekonstruktion von etwas Illusorischem beschränken, sondern erforderte praktische Lösungen, um das Zusammenleben der unterschiedlichen Nationen institutionell zu regeln.

Die Paradoxie der nationalen Verhältnisse in Österreich-Ungarn bestand darin, dass die Nationalitäten, deren Konflikte seit 1848 die Innenpolitik dominierten, als staatsrechtliche Subjekte gar nicht existierten. Darauf reagierten die Sozialdemokrat*innen mit zwei innovativen Ideen zur Demokratisierung des Staats. Das Personalitätsprinzip, das sie an die Stelle des Territorialprinzips setzten, sollte nationale Rechte als unabhängig vom Territorium bestehende Rechte der Person verankern. Nationale Selbstverwaltungskörper, die neben ein durch allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht zu bestimmendes Parlament treten würden, sollten alle in den verschiedenen Kronländern des Reiches verstreut lebenden Gemeinschaften einer Nation vertreten. Das war der Nationalitäten-Bundesstaat. Um die national-kulturelle Autonomie praktisch zu verwirklichen, sah Karl Renner (1918, 74) zudem eine Dezentralisierung vor, durch die die Macht auf die unterste Verwaltungsebene mit einer möglichst national homogenen Bevölkerung übergehen sollte.[2]

Dieser Plan zur Rettung des übernationalen Staats wurde in dem Moment obsolet, in dem der Kaiser sich 1914 dazu entschied, den Zusammenhalt seines Reiches durch Krieg erzwingen zu wollen. Daher rang sich Bauer 1917 zur Erkenntnis durch, dass eine demokratische Lösung des Nationalitätenproblems nunmehr nur durch die Anerkennung des Rechts auf Gründung unabhängiger Staaten der bislang österreichischen Nationalitäten möglich war.[3] Auf dieser Grundlage verfasste er das »Nationalitätenprogramm der Linken«, das wenig später von der Partei

übernommen wurde. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten durch die Sozialdemokratie, die im Deutsch sprechenden Österreich zur stärksten Partei geworden war, kam zu spät, um die Transformation Österreich-Ungarns in eine mitteleuropäische Föderation unabhängiger Staaten zu erlauben. Sie bildete aber eine Voraussetzung dafür, dass die Auflösung des Reichs sich relativ friedlich vollzog. Habsburgs späte Rache bestand allerdings darin, dass die Nationalitätenfrage auch durch die Bildung der Nationalstaaten nicht gelöst, sondern nur verlagert wurde und als Problem der Mehrheiten und Minderheiten in den jungen Staaten weiter schwelte, um sich im Flächenbrand des Zweiten Weltkriegs zu entladen.

DAS ALTE DILEMMA IN NEUER GESTALT

Deutlich sind heute die Konsequenzen des Versagens der Regierungen und der EU-Institutionen angesichts der kapitalistischen Krise zu erkennen. Auf politischer Ebene wurde der Versuch von Syriza, im nationalstaatlichen Rahmen eine demokratische, anti-neoliberale Alternative zu verwirklichen, unterdrückt. Damit wurde auch die Illusion, das Steuer Europas könne durch die Regierungsübernahme einer Linkspartei in einem kleinen, wirtschaftlich ausgepowerten Land herumgerissen werden, auf den harten Boden der Tatsachen, sprich: der wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, zurückgeholt. Die neoliberalen Eliten bezahlen für die betrogenen Hoffnungen der Integration mit dem Aufstieg der nationalistischen Rechten. Die Linke zahlt für ihre Illusionen mit dem Anwachsen euroskeptischer Tendenzen. Sich zur Verteidigerin der Europäischen Union, wie sie ist, zu machen, ist unmöglich. Sie im Rahmen der Verträge und Institutionen zu verändern, scheint nicht aussichtsreich. Umgekehrt aber ist auch der Gegenvorschlag, die Bearbeitung der europäischen Probleme zu renationalisieren, das heißt wieder an jene 27 nationale Regierungen zu delegieren, die immerhin die Hauptschuldigen am Versagen der EU-Institutionen sind, nicht glaubwürdig. Was tun?

Zunächst sollten wir uns die Vielschichtigkeit der Probleme vor Augen führen, die man als national konnotiert betrachten kann:

- die durch das exportgetriebene Wachstumsmodell Deutschlands wiederauflebende Hegemonie-Rivalität mit Frankreich;
- aber auch die im Europa der 27 dysfunktionale Idee, den gemeinsamen Führungsanspruch beider Länder wiederzubeleben;
- der in der Finanz- und Wirtschaftskrise entstandene Graben zwischen dem wirtschaftlichen Zentrum Europas und den Regionen, die zur Peripherie degradiert wurden;
- die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterschiede zwischen West- und Osteuropa;
- die verstärkten Desintegrationserscheinungen in multinationalen Staaten Europas;
- die Integration durch Immigration sich bildender neuer nationaler Gemeinschaften und die Rechtsentwicklung der einheimischen Bevölkerungen.
-

EIN PAAR SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die erste Schlussfolgerung lautet, dass der Respekt der nationalen Souveränität nicht im Gegensatz zu einer demokratischen Integration steht, sondern ihre Voraussetzung

bildet. Sozialstaat, Steuerstaat, Arbeitsrechte, Konsumentenschutz, Bildungs- und Gesundheitssysteme hängen zwar von globalen Kontexten ab, noch immer sind sie jedoch nationalstaatlich verfasst. Jeder Fortschritt in der Erhöhung europäischer Standards, jede europäische Initiative zur Schließung der Steueroasen ist begrüßenswert. Doch ist das heute nicht die Richtung, in die sich die EU bewegt. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der Neoliberalismus als Grundnorm der EU verankert. Sich gegen den daraus resultierenden Umbau der Staaten mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, die eine national verfasste Demokratie bereitstellt, ist weder antieuropäisch noch nationalistisch.

Das finanzielle Waterboarding, mit dem die griechische Regierung im Juli 2015 in die Knie gezwungen wurde, widersprach nicht nur dem Prinzip der europäischen Solidarität, sondern war zugleich ein massiver Eingriff in die nationale Souveränität eines EU-Mitgliedsstaats. Es ist nachvollziehbar, dass auch sozialistische Parteien den Exit aus Euro oder EU als eine strategische Option in Erwägung ziehen. Andere Parteien haben jedoch das Recht, für ihre Länder das Gegenteil für richtig zu halten.

Selbstbestimmung ist kein metaphysisches Abstraktum. Es ist eines, wenn Zypriot*innen, Griech*innen und Portugies*innen ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung verteidigen, und es ist ein anderes, wenn in Frankreich und Deutschland der Ruf nach nationaler Souveränität erhoben wird. Was hier ein Akt der Notwehr ist, steht dort für einen chauvinistischen Geltungsanspruch. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass dieser ausschließlich in großen Staaten auftritt, wie die nationalistischen Rechtsregierungen Mitteleuropas zeigen.

Die zweite und wichtigste Schlussfolgerung lautet, dass wir uns in den großen und kleinen Ländern jede Anleihe beim Nationalismus und Populismus verbieten müssen. So wenig, wie man einen Alkoholentzug mit einem Besuch des Münchner Oktoberfests beginnt, so wenig sollte man sich einreden, Mehrheiten für den Erhalt des solidarischen Sozialstaats durch eine Entsolidarisierung mit Flüchtenden und Migrant*innen erreichen zu können.

Realistisch betrachtet, ist der Einfluss der linken Parteien auf den Fortbestand von Euro und EU nicht sehr hoch. Wir sollten jedoch nicht denken, dass die Linke aus dem Zerfall der EU Nutzen ziehen würde. Ein plausibles Szenario scheint nicht ein dramatischer Zusammenbruch zu sein, sondern ein quälender, sich hinziehender Verfall, wie ihn Österreich-Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg erlebte. Nationale Gegensätze, gelähmte Institutionen, Ineffektivität und vor allem eine blockierte Demokratisierung bilden keine Ingredienzen für einen linken Aufbruch in Europa, sondern für den Rückfall Europas in Nationalismus und Autoritarismus.

Schließlich sollten wir unsere Strategie in der Wirtschaftskrise, in deren Zentrum der Kampf gegen die Austerität stand, kritisch überprüfen. Initiativen zur Europäisierung des Konflikts wurden zwar gesetzt, erreichten aber niemals ein machtpolitisch relevantes Ausmaß. Den Höhepunkt erlebte der politische Kampf gegen die Austerität mit dem Regierungsantritt von Alexis Tsipras, der die

europäische Linke weniger in der Aktion als in den hochgesteckten Erwartungen vereinigte. Tatsächlich stand Syriza der vereinigten Macht des internationalen Finanzkapitals, dem mächtigsten Staat der EU und den europäischen Mainstreammedien allein gegenüber. Keine, auch keine sozialdemokratische Regierung kam zu Hilfe, und in keinem Land gelang es, durch Druck der Linken eine Änderung dieser Politik zu erreichen.

Zwei Interpretationen von Syrizas Niederlage stehen sich nun gegenüber: die Verratsthese, deren Verfechter*innen die Illusionen weiterleben, die die Linke von Anfang an leiteten; andererseits die Einschätzung, dass bei einer Beurteilung des Kräfteverhältnisses aus heutiger Sicht das Ziel, die Troika niederzuringen, zu keinem Zeitpunkt realistisch gewesen ist und dass bei einer besseren Abwägung der Chancen und Risiken vielleicht ein günstigeres Ergebnis der Verhandlungen möglich gewesen wäre. Nimmt man dieses Argument ernst, wäre allerdings auch zu klären, wieso fast die gesamte Linke Europas einen Diskurs führte, der sich innerhalb von sechs Monaten als unrealistisch herausstellte.

Wie aber kann man sich überhaupt eine Änderung des Kräfteverhältnisses in Europa vorstellen? Unbestritten ist die Bedeutung des Kampfes im außerparlamentarischen Raum, in dem die Linke eine über ihre institutionelle Verankerung hinausgehende Macht entfalten kann. Doch wo befindet sich das Machtzentrum, das ihre Forderungen verwirklichen kann? In Brüssel, in Frankfurt oder doch in Berlin? Unbestritten ist auch, dass nach wie vor die Kräfteverhältnisse in den Staaten den Ausschlag geben und diese, akkumuliert, an einem kritischen Punkt auch auf Europa durchschlagen können. Folgt daraus aber, dass ein Durchbruch gegen den Neoliberalismus auf jenen großen Tag verschoben werden muss, an dem in genügend vielen, hinreichend großen Ländern linke Mehrheiten bestünden? Besteht also die Botschaft darin, dass bis auf Weiteres nicht mehr erreichbar ist als Varianten eines »Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz«, wie sie von den Regierungen Griechenlands und Portugals versucht werden? Ist das der Sucus der griechischen Lektion, den wir schlucken müssen?

Offensichtlich fehlt in unserer Strategie ein Bauteil, nämlich der Mechanismus, mittels dessen sich außerinstitutioneller Druck und Veränderungen nationaler Kräfteverhältnisse in europäische Politik transformieren lassen. Dieses fehlende, für eine transformatorische Strategie unentbehrliche Stück ist eine funktionierende Demokratie. Der schwerste Fehler mancher Pro-Europäer*innen besteht darin, sich die europäische Integration nicht anders als durch einen Abbau nationalstaatlicher Kompetenzen vorzustellen. Das aber ist fatal, weil die Kompetenzen, die die EU an sich zieht, nicht parlamentarischer Behandlung auf höherer Ebene unterworfen werden, sondern in einem Geflecht aus nationaler und europäischer Technokratie verschwinden, insgesamt also zu einem Abbau der Demokratie führen. Doch Integration ohne Demokratie generiert Nationalismus.

Auf europäischer Ebene erfordert Demokratie, die Macht aus Konferenzräumen, in denen Staatsoberhäupter und Minister hinter geschlossenen Türen angeblich nationale

Interessen verhandeln, in ein Parlament zu verlagern, in dem Parteien vor aller Öffentlichkeit ihre gegensätzlichen Programme vorlegen und um Regierungsverantwortung konkurrieren. Das wäre ein Parlament, das in allgemeiner, direkter, geheimer und gleicher Wahl gewählt wird und ausgestattet ist mit der Kompetenz, Gesetze zu verabschieden, Budgets zu beschließen, die Geldpolitik anzuleiten und eine Exekutive zu bestimmen. Es will mir nicht einleuchten, dass wir, deren politische Großväter und Großmütter nach jahrzehntelangen Kämpfen das allgemeine Stimmrecht für die arbeitenden Klassen im Nationalstaat durchgesetzt haben, uns in Europa mit einer halben Demokratie und einem halben Parlament zufriedengeben.

Dagegen, die Debatte darüber zu eröffnen, wie eine europäische Demokratie nationale Selbstbestimmung und transnationale Demokratie miteinander verbinden kann, wird eingewendet, dass doch gerade dies die Kontroverse mit denjenigen bildet, die statt mehr weniger Europa und daher, wenn schon kein Weniger, so auch kein Mehr an Demokratie sehen wollen. Doch das Argument ist nicht stichhaltig, weil aus der Forderung nach Demokratie auch abgeleitet werden kann, dass sich die Linke jeder weiteren Kompetenzerweiterung der EU solange widersetzt, bis diese unter demokratischen Voraussetzungen verwirklicht wird. Das würde zum Beispiel die Opposition gegen die Militarisierung der Europäischen Union, in der sich die Linke einig ist, um einen wichtigen politischen Aspekt erweitern.

Warum sollten also diejenigen, die in ihrer Strategie der nationalen Orientierung einen Vorrang einräumen, in jenen, die für eine Demokratisierung der Europäischen Union kämpfen, in erster Linie ideologische Gegner*innen und nicht politische Partner*innen sehen und umgekehrt?

LITERATUR

Bauer, Otto, 1924: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien
Cohn-Bendit, Daniel/Verhofstadt, Guy, 2012: Für Europa! Ein Manifest, München
Hobsbawm, Eric, 1991: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M./New York
Lenin, W. I., 1914: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Lenin W, 20, Berlin, 395–461
Leser, Norbert, 1968: Zwischen Reformismus und Bolschewismus, Wien
Luxemburg, Rosa, 1908: Nationalitätenfrage und Autonomie, in: dies.: Internationalismus und Klassenkampf, München, 220–278 [1971]
Menasse, Robert, 2012: Der Europäische Landbote: Die Wut der Bürger und der Friede Europas, München
Renner, Karl, 1918: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich, Wien

1 Typisch für diese Sicht sind Cohn-Bendit/Verhofstadt (2012) und Menasse (2012).
2 Karl Renner (1870–1950) war ein sozialdemokratischer Politiker und Jurist, neben Otto Bauer, Max Adler und Rudolf Hilferding der renommierteste Vertreter des Austromarxismus, dessen ›rechte‹ Strömung er verkörperte. Er wurde 1918 nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreichs Staatskanzler der Ersten Republik Österreich. 1938 befürwortete er mit Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht den Anschluss Österreichs an das Dritte Reich sowie die Annexion des Sudentenlandes. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde er von Stalin zum Staatskanzler der provisorischen Regierung der Zweiten Republik Österreich ernannt.
3 Ein Aspekt der menschlichen und politischen Tragödie Bauers bestand darin, dass er, indem er das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker der Monarchie anerkannt hatte, dasselbe für die Deutsch sprechenden Österreicher*innen nicht anders als durch einen Anschluss an Deutschland denken konnte. Dieser wurde in den Friedensverhandlungen von St. Germain durch die Alliierten, namentlich Frankreich, verhindert, allerdings 1938 in der Annexion durch Hitlerdeutschland verwirklicht. Auch bei dieser Gelegenheit blieben Bauers Stellungnahmen ambivalent. Es zählt zu den Paradoxien der politischen Geschichte Österreichs, dass die bedeutendsten Theoretiker der nationalen Frage als Parteiführer in der Anwendung ihrer Theorie auf den eigenen Staat zweimal versagt haben.

LUXEMBURGISMUS

GESCHICHTE EINER POLITISCHEN VERFOLGUNG

HOLGER POLITT

Mit dem Kampfbegriff Luxemburgismus wurde versucht, spezifische Merkmale im politischen Denken Rosa Luxemburgs zusammenzufassen. Dabei ging es darum, sie aus dem nach Lenins Tod in der Sowjetunion und in der Kommunistischen Internationale kanonisierten Marxismus-Leninismus auszuschließen. Der Ausdruck war von Anfang an pejorativ gemeint, denn keiner der damaligen Anhänger*innen Luxemburgs wäre auf die Idee gekommen, ihr Denken auf diese Weise zu charakterisieren. Zu sehr galt sie als umstrittene, streitbare, indes konsequente Marx-Schülerin. Der Begriff machte also nur Sinn aus Sicht eines neu geschaffenen ideologischen Konstrukts, des sogenannten Marxismus-Leninismus. Dieser sollte einerseits den Bruch Lenins mit zentralen Elementen der Marx'schen Lehre bemänteln, andererseits den Anspruch durchsetzen, dass es sich hierbei um eine legitime und logische Weiterentwicklung der Marx'schen Theorie handelt. Mit der Diskreditierung vermeintlich »luxemburgistischer« Strömungen verbindet sich ein nur wenig

bekanntes Kapitel der Bolschewisierung und politischen Verfolgung insbesondere polnischer Kommunist*innen. Die Aufarbeitung dieser Geschichte erinnert auch an den oft vergessenen Einfluss Luxemburgs auf die kommunistischen Bewegungen im Nachbarland.

ALS REVOLUTIONÄRIN GEFEIERT, ALS THEORETIKERIN BEKÄMPFT

Um Luxemburgs Theorien zu bekämpfen, mussten Leben und Werk voneinander getrennt werden. Dabei wurde Lenins fragwürdiger Vergleich aus dem Jahr 1922 (195) zu einem Glaubenssatz: »Wohl traf's sich, dass des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 ihren Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war und bleibt sie ein Adler.« So konnte sie, wenn gewollt oder gebraucht, als geachtete Revolutionärin und Märtyrerin unangetastet bleiben und gefeiert werden, wiewohl ihr theoretisches Werk nunmehr im Verdacht stand, Positionen zu vertreten, die nicht mit dem nun verbindlich werdenden Marxismus-Leninismus übereinstimmten.

Für die Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale (KI) wurde die Pflicht zur Auseinandersetzung mit dem Luxemburgismus im Rahmen der sogenannten Bolschewisierung dieser Parteien ab 1924 durchgesetzt. Auf einer Tagung des Exekutivkomitees der KI (EKKI) zur Propagandaarbeit setzte Grigori Sinowjew im April 1925 die Losung vom Kampf gegen den Luxemburgismus durch, um zu verhindern, dass der Leninismus weiterhin dem Marxismus entgegengesetzt wurde (vgl. EKKI 1925). Verschärft wurde der ideologische Druck, nachdem Stalin im November 1931 in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift *Proletarskaja Rewoluzija* Luxemburg Lenin und den Bolschewiki entgegengestellt hatte. Das war sachlich gar nicht falsch, verlieh unter den damaligen Bedingungen jedoch einer rücksichtslosen Bekämpfung des Luxemburgismus die endgültige ideologische Weihe (vgl. Stalin 1955). Diese Tendenz floss in Stalins Pamphlet »Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)« von 1938 ein, das von da an als die allein gültige Sichtweise auf die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung zu gelten hatte.

HOLGER POLITT ist Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Außerdem forscht er zum polnischen Werk Rosa Luxemburgs, das in Deutschland wenig bekannt ist.

LUXEMBURG UND DIE POLNISCHEN PARTEIEN

Die 1925 durch die KI erhobene Forderung nach der Bolschewisierung ihrer Mitgliedsparteien schloss die Zurückdrängung der Auffassungen Luxemburgs in allen Parteien ein. Dies betraf insbesondere die Kommunistischen Parteien in Deutschland und in Polen (KPD u. KPP). Zur Gründungsgeschichte der kommunistischen

Bewegungen in beiden Ländern gehört, dass Luxemburg um die Jahreswende 1918/19 größten Einfluss auf die Gründung der beiden Parteien hatte. Die auf ihr Wirken zurückgehenden Traditionslinien waren noch lange spürbar. In der KPP waren sie noch stärker ausgeprägt als in der KPD, weil die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) als eine der beiden Quellparteien sehr viel stärker von Luxemburg geprägt war, als es in der SPD als Quellpartei der KPD der Fall war. Im deutschen Sprachraum wird diese äußerst wichtige polnische Seite der Luxemburgismus-Geschichte meistens ignoriert. Die deutsche Seite hingegen ist in der Fachöffentlichkeit bekannter und bis in die einzelnen Mosaikteile offengelegt, was wohl auch daran liegt, dass das öffentliche Interesse an Luxemburg nach 1989 in Deutschland größer war und ist als in Polen. In Polen wurde die Kommunistische Partei aus dem Zusammenschluss zweier Quellparteien gegründet, die an Mitgliederzahl und Kampferfahrung annähernd gleich stark gewesen waren. Während die PPS-Lewica (linke Sozialist*innen) aus einer Parteispaltung in der Revolution von 1905/06 hervorgegangen war, wurde die SDKPiL (Sozialdemokrat*innen) 1893 von Luxemburg mitbegründet. Bis 1912 nahm sie in dieser Partei, wiewohl nie mit einer offiziellen Funktion betraut, eine herausragende intellektuelle und politische Stellung ein. Ab 1906 gehörte die SDKPiL als selbstständige Partei der sich gesamtrussisch verstehenden SDAPR an, die ab 1903 vor allem durch den Fraktionskampf zwischen Lenin'scher Bolschewiki und Menschewiki geprägt war. Während die SDKPiL für die Beilegung des Streits und den Zusammenhalt der Gesamtpartei eintrat, näherte sie sich in der Revolution 1905/06 in wichtigen Fragen den Bolschewiki an, obwohl deutliche Unterschiede zwischen den Positionen Luxemburgs und Lenins hinsichtlich der Bedeutung der Revolution hervortraten. Nachdem Lenin 1911 auf die Bildung einer selbstständigen bolschewistischen Partei orientierte und die organisatorische Einheit der SDAPR de facto aufgegeben hatte, wurde auch die SDKPiL stark in Mitleidenschaft gezogen. Ab 1912 wurde die Partei selbst durch Fraktionskämpfe gelähmt, an denen insbesondere die von Lenin geführten Bolschewiki ein Interesse hatten.

Luxemburgs Flügel geriet schnell ins politische Abseits, erst im Laufe des Ersten Weltkriegs besserte sich die Situation. Als die Partei Ende 1918 in der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (KPRP) aufging, galten die theoretischen Positionen Luxemburgs als eine wertvolle Mitgift. Die PPS-Lewica kam aus der PPS-Tradition, die Luxemburg insbesondere in der polnischen Frage stets heftig bekämpft hatte. Doch die Erfahrungen in der Revolution von 1905/06 und im Ersten Weltkrieg hatten zur Annäherung der Parteien geführt, die beide entschieden für den Frieden eintragen. An der Gründung der polnischen KP war Luxemburg nicht unmittelbar beteiligt gewesen, allerdings hatten führende Vertreter*innen beider Quellparteien sie zuvor in Berlin besucht.

Nach ihrer Ermordung blieb sie für geraume Zeit und weitgehend unangetastet wichtiger politischer und theoretischer Bezugspunkt, selbst in der heiklen nationalen Frage. Die KPRP lehnte die Ende 1918 gegründete neue Polnische Republik zunächst ab, da sie hoffte, dass in Deutschland und anderswo die Revolution siegen würde. 1920 kam noch einmal Hoffnung auf, mithilfe der Roten Armee ließe sich ein

Sowjetpolen schaffen – eine Hoffnung, die sich mit der Niederlage der Roten Armee vor den Toren Warschaus Mitte August 1920 zerschlug.

Die von Luxemburg geprägte SDKPiL hatte seit 1903 eng mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR; Vorläuferin der späteren bolschewistischen KP) zusammengearbeitet. Zwischen 1906 und 1911/12 war die SDKPiL als Parteiorganisation selbst Mitglied in der SDAPR. Die grundlegenden programmatischen und politischen Positionen der polnischen Sozialdemokrat*innen waren den führenden Köpfen in der sowjetischen KP also bekannt. Erst der enge Zusammenhang von polnischer und russischer Arbeiterbewegung im Zarenreich macht verständlich, weshalb Luxemburg und niemand anderes durch Stalin und seine Helfershelfer auf das ideologische Kampffeld gezerrt wurde, ohne dass sie sich – anders als Trotzki – überhaupt noch hätte wehren können.

Weil die SDKPiL in den Jahren nach 1903 selbst bei vielen politischen Gemeinsamkeiten mit den Bolschewiki und bei aller Kritik an den Menschewiki immer auf ein möglichst ausgeglichenes Verhältnis zu den beiden verfeindeten Fraktionen in der SDAPR geachtet hatte, wurde die Bolschewisierungsforderung an die polnische KP besonders hartnäckig gestellt. Die Bolschewisierung der KPP, so die Maßgabe aus Moskau, messe sich daran, wie weit der Einfluss Luxemburgs in der Partei zurückgedrängt sei. Die vollständige Unterdrückung ihres Einflusses sowie des ebenfalls 1919 in Berlin ermordeten Leo Jogiches stieß aber auf beträchtliche personelle und strukturelle Schwierigkeiten. Die Tatsache, dass die Partei 1938 auf Geheiß Stalins mit brutalen Mitteln aufgelöst wurde, bezeugt diese Schwierigkeiten.



Michael Fielitz/flickr

DER WEG DER BOLSCHEWISIERUNG

Ab 1921 setzten in der KPP politische Neupositionierungen ein, so in der nationalen Frage und in der Frage des revolutionären Subjekts, was schließlich in der nationalrevolutionären Konzeption eines Arbeiter- und Bauernbündnisses mündete, das Luxemburg auf der strategischen Ebene ausgeschlossen hatte. Auf dem 2. Parteitag 1923 wurde bereits ein dicker Trennungsstrich zwischen der KPP und den früheren Parteien der II. Internationale gezogen mit der Begründung, deren Aufgaben und Charakter seien gänzlich anders gewesen. Im Statut wurde erstmals das bolschewistische Kriterium für Parteimitgliedschaft verankert. 1924

erklärte die Parteiführung diesen 2. Parteitag nachträglich zum entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Bolschewisierung. Er müsse nun allerdings unumkehrbar gemacht werden. Der 3. Parteitag der KPP hielt 1925 bereits ganz offen fest, dass Luxemburg, wiewohl als revolutionäre Gestalt geschätzt, eine Tradition vertreten habe, die fehlerhaft sei. Ihre Fehler aber seien nach wie vor wirksam, weshalb es »Manneskraft« brauche, sie auszumerzen. Nur Parteipatriotismus könne helfen, die eigene Vergangenheit zu überwinden. Auf diesem Parteitag wurde ausführlich »Über die Bolschewisierung der Partei« diskutiert. Die 4. Parteikonferenz legte im gleichen Jahr fest, die Parteikader im Geiste des Leninismus zu erziehen, wozu gehöre, die Unterschiede zwischen der SDKPiL und dem Bolschewismus deutlich zu machen, um sie überwinden zu können. Ausgenommen davon wurde allein die revolutionäre Tradition der SDKPiL. Ab 1926 war die Partei einem erbitterten Fraktionskampf ausgesetzt, den die KI 1928 scharf kritisierte. Sie forderte, endlich eiserne bolschewistische Disziplin durchzusetzen. Die damalige KPP-Führung antwortete, sie werde jedes Parteimitglied zur Verantwortung ziehen, das öffentlich gegen gefasste Beschlüsse polemisiere. Im August 1929 wurde auf einem ZK-Plenum geäußert, dass eine »kritische«, also ablehnende Bewertung des ideologischen Erbes der SDKPiL bereits erfolgt sei, der Weg aber konsequent fortgesetzt werden müsse. Der 5. Parteitag der KPP im September 1930 forderte sodann, die nunmehr bolschewistische Partei an die Frage des bewaffneten Kampfes heranzuführen. Diese Frage war in der Revolution von 1905/06 einer der wichtigen Kritikpunkte der SDKPiL an den Bolschewiki und namentlich an Lenin gewesen. 1926 war in Moskau eine Skizze Lenins vom Oktober 1905 veröffentlicht worden, in der er sich offen für den bewaffneten Aufstand ausgesprochen hatte. Die SDKPiL hatte dieses Kampfmittel für die Arbeiterrevolution 1905/06 weitgehend ausgeschlossen oder von streng umrissenen Bedingungen abhängig gemacht (vgl. Politt 2015).

DIE IDEOLOGISCHE »SÄUBERUNG« DER PARTEI(-GESCHICHTE)

Im Dezember 1931 antwortet das ZK der KPP auf Stalins Brief an die Redaktion der Zeitschrift *Proletarskaja Rewoluzija* mit einer Resolution, in der es zur Überwindung des ideologischen Luxemburgismus-Erbes in der eigenen Partei aufrief. Sowohl Trotzkisten als auch Brandler-Leute[1] würden im Kampf gegen die KI ihre Waffen aus dem Arsenal des Luxemburgismus schöpfen, hieß es nun. Pflicht der KPP als Nachfolgerin der SDKPiL sei es, das ideologische Erbe des Luxemburgismus gründlich zu kritisieren und auszurotten, schließlich sei die SDKPiL die typischste Vertreterin des Luxemburgismus in der II. Internationale gewesen und habe in den wichtigen Fragen in Opposition zum Bolschewismus gestanden: in der Revolution von 1905/06, in der nationalen Frage, in der Bauernfrage, in der Organisationsfrage. Ihre Fehler ließen sich alle auf die nicht-bolschewistische Haltung in der Macht- und Revolutionsfrage zurückführen. Besonders scharf wurde Luxemburg selbst verunglimpft: Ihr ideologisches Erbe habe dem Schicksal der proletarischen Revolution in Polen nach 1918 sehr geschadet. Deshalb wurde festgelegt, das opportunistische Herangehen Luxemburgs zu entlarven, das Parteiprogramm

auf Lenin'sche Grundlagen zu stellen und die Parteikader auf der Basis des Marxismus-Leninismus zu schulen. Der 6. Parteitag der KPP nahm im November 1932 ein leninistisches Parteiprogramm an, beauftragte aber das ZK, eine endgültige Textfassung erstellen zu lassen. Im Juli 1933 fügte die Programmkommission der Partei einen langen Abschnitt hinzu, indem ausgeführt wurde, dass Luxemburg und die SDKPiL sich der Bolschewisierung widersetzt hätten. Dies bezog sich auf die Zeit zwischen 1903 und 1912, in der Luxemburg und Jogiches der Partei insbesondere gegenüber den Bolschewiki entscheidendes Profil gegeben hatten.

VERFOLGUNG UND VERNICHTUNG DER POLNISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Im März 1936 ging das ZK in der Sowjetunion zum direkten Angriff auf die dort lebenden polnischen Kommunist*innen über, die zumeist auf Geheiß der KI-Führung in die Sowjetunion geflüchtet waren, um Verhaftungen wegen politischer Verfolgung in Polen zu entgehen. Ihnen wurde vorgehalten, sich vor der Aufgabe der Bolschewisierung gedrückt zu haben. 1937 setzte auf Geheiß Stalins die offene Verfolgung ein, die KPP wurde aufgelöst und schließlich fast vollständig vernichtet. Anders als bei den übrigen Parteien der KI spielte der Luxemburgismus-Vorwurf dabei eine tragende Rolle, auch wenn er bei den inszenierten Prozessen nicht vordergründig gebraucht wurde.

Zu den Opfern zählte Adolf Warski, ab 1893 einer der treuesten Kampfgefährten Luxemburgs und Mitherausgeber der damals geplanten deutschsprachigen Werkausgabe Luxemburgs, die nach Stalins Brandbrief von 1931 nicht fortgesetzt werden konnte. Warski war nach seiner innerparteilichen Entmachtung ab 1929 ohne Parteifunktion. In Moskau arbeitete er im Auftrag der KI auch zur Parteigeschichte der SDKPiL. Er versuchte zu retten, was zu retten war, gab zwar zu, dass Luxemburg und Jogiches in der SDKPiL herausragende Positionen innehatten, nahm sie aber vor Diffamierungen in Schutz und glaubte weiterhin, Luxemburgs Leben und Werk ließen sich mit dem Leninismus zusammenbringen. Als Stalins Büttel ihn 1937 als einen der Ersten abholten, wusste er es besser. Von den 19 ZK-Mitgliedern, die 1932 auf dem letzten KPP-Parteitag gewählt worden waren, erlebten nur fünf den September 1939, sie alle saßen in polnischen Gefängnissen, was sie an der Ausreise in die Sowjetunion gehindert hatte. Alle anderen wurden in der Sowjetunion umgebracht oder starben im Lager. Zumindest im polnischen Fall ist die Geschichte des Luxemburgismus eine Geschichte grausamer politischer Verbrechen.

LITERATUR

EKKI, 1925: Resolutionen und Thesen über die agitatorische und propagandistische Arbeit der Sektionen der KI. Angenommen auf der Agitpropberatung der erweiterten Exekutive am 3. April 1925, in: Internationale Pressekorrespondenz, 99/1925, 1350f.

Lenin, W. I., 1922: Notizen eines Publizisten, in: Lenin Werke 33, August 1921–März 1923, Berlin, 188–196

Politt, Holger (Hg.), 2015: Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, Berlin

Stalin, Josef, 1955: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Brief an die Redaktion der Zeitschrift »Proletarskaja Rewoluzija«, in: ders., Werke 13, Berlin, 76–91

1 Gruppe in der KPD, die wegen ihres Eintretens für breite Bündnisse und innerparteiliche Demokratie Ende der 1920er Jahre aus der Partei ausgeschlossen worden war und eine eigene Partei, die KPD-Opposition, gründete. Heinrich Brandler selbst war schon 1923 wegen seiner Ablehnung des auch von der KI beförderten »Hamburger Aufstandes« in die Schusslinie geraten.

FÜNFZEHN TAGE, DIE DIE WELT ERSCHÜTTERTEN

INGAR SOLTY

Die Novemberrevolution von 1918 war im Grunde keine. Erst im Zusammenhang mit der weitergehenden, zweiten Revolution Anfang 1919 und der Kontextualisierung der deutschen Ereignisse in einem globalen Revolutionszyklus zwischen 1916 und 1923 erscheint sie als solche.

Friedrich Ebert wollte sie nicht. Alle zentralen Errungenschaften – allgemeines Wahlrecht, Frauenwahlrecht usw. usf. – waren vom Kaiserreich, das politisch massiv geschwächt war, bereits konzediert worden. Diejenigen Maßnahmen, die 1918 möglich, nötig und populär gewesen wären, nämlich die »Aufteilung des Großgrundbesitzes; revolutionäre Sozialisierung der Industrie; Personalreform der Verwaltung und der Justiz«, wurden als »Möglichkeiten [...] ausgelassen«, so der Schriftsteller Kurt Tucholsky 1928 (GW 1, 30). Schon 1919 hatte er geahnt: »Wenn Revolution nur Zusammenbruch bedeutet, dann war es eine; aber man darf nicht erwarten, dass die Trümmer anders aussehen als das alte Gebäude« (GW 2, 52).

Allerdings soll Ebert, als SPD-Abgeordneter, bereits am 7. November zum Kanzler Max von Baden gegen die Rätebewegung gerichtet gesagt haben: »Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich; ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde« (zit. nach Haffner 2008, 76). Zwei Tage später dankte der Kaiser tatsächlich ab, floh nach Holland und Ebert wurde, während zum selben Zeitpunkt die SPD einen Generalstreik initiierte, durch von Baden zum Reichskanzler ernannt. Noch am selben Tag erklärte dann zuerst Eberts Scheidemann die Republik, und in etwa zeitgleich tat es Karl Liebknecht – nun als sozialistische. Mit dieser doppelten Erklärung einerseits und der Existenz bewaffneter Arbeiter- und Soldatenräte sowie einem provisorischen Rat der Volksbeauftragten (bestehend aus SPD und USPD) andererseits bestand nun ein Machtgleichgewicht. Es ging um unterschiedliche Wege hin zu den Beschlüssen des Reichsrätekongresses, die eine Sozialisierung von kriegswichtigen Industriezweigen sowie die demokratische Kontrolle der Armee vorsahen (vgl. Schütrumpf u.a. in diesem Heft).

Nach den blutigen Weihnachtskämpfen und nachdem die SPD das Bündnis mit der USPD gekündigt hatte, wurde am 1. Januar 1919 die KPD gegründet. Die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch Ebert am 4. Januar wurde von der revolutionären Bewegung zu Recht als nächster Schritt in einer Konterrevolution interpretiert und hatte eine Protestdemonstration des Berliner USPD-Vorstands und der Revolutionären Obleute zur Folge. Dies war der Beginn der »zweiten Revolution«. Jedoch, wie der Publizist Sebastian Haffner (2008, 155) ein halbes Jahrhundert später betonte: »Das Schicksal der deutschen Revolution entschied sich in Berlin in der Woche vom 5. bis 12. Januar 1919. Diese Woche ist als ›Spartakuswoche‹ in die Geschichte eingegangen – zu Unrecht. Was damals vor sich ging, war kein kommunistischer Aufstand gegen die sozialdemokratische Regierung. Es war ein Versuch der Berliner Arbeitermassen, das am 9. und 10. November Errungene und inzwischen schon halb Verlorene noch einmal zu erringen, und zwar auf dieselbe Weise wie damals. Der 5. Januar war ein zweiter 9. November« – oder hätte einer werden können.

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

Aus der Großdemonstration vom 5. Januar heraus kam es zur Besetzung der Druckereien des SPD-eigenen *Vorwärts* und des *Berliner Tageblatts* sowie der Verlagsgebäude von Scherl, Ullstein, Mosse, des Wolff'schen Telegraphenbüros und der Druckerei Büxenstein durch bewaffnete Arbeiter. Alfed Döblin, Schriftsteller und Zeitzeuge, schrieb später in seiner Trilogie: »Revolutionäre Stoßtrupps gingen gegen die Zeitungsgebäude […] vor, Bewegungen, die keiner dirigierte und die zunächst einmal die Lügenpresse zum Verstummen bringen sollten« (Döblin 1948, 348). Anschließend wurden auch noch Anhalter und Potsdamer (und am Folgetag auch noch der Schlesische) Bahnhof besetzt. »Noch in der Nacht waren überall in



Demonstration der Soldaten für die sofortige Demobilisierung: Karl Liebknecht spricht vor dem Ministerium des Innern, 4. Januar 1919, © bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

der Innenstadt aufgeregte Züge unterwegs, auf der Suche nach strategischen Zielen, die es zu besetzen, oder auch nach Feinden, die es niederzukämpfen galt. Es zeigten sich keine. Die Revolution, die seit dem 10. November stillgelegen hatte, war wieder ausgebrochen. Scheinbar beherrschte sie in dieser Nacht Berlin« (Haffner 2008, 157).

Die USPD- und KPD-Führung entschlossen sich nun dazu, die Besetzer zu unterstützen. Aus ihrem Kreis bildete sich am Abend ein »Revolutionsausschuss«, dem siebzig Revolutionäre Obleute, zehn Mitglieder des USPD-Vorstands, zwei Soldaten- und ein Matrosenvertreter, Liebknecht und Pieck als KPD-Abgesandte und Eichhorn selbst angehörten. Heinrich Dorrenbach, einer der Führer der Volksmarinedivision, die in der siegreichen Weihnachtsschlacht das Stadtschloss eingenommen und zu ihrem Hauptquartier gemacht hatte, erklärte unter dem euphorisierenden Eindruck der Massenaktion fälschlicherweise: »Nicht nur die Volksmarinedivision, auch alle Berliner Regimenter stehen hinter den Revolutionären Obleuten und sind bereit, mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen« (zit. nach Jones 2017, 162), woraufhin Liebknecht erklärte, dass angesichts dieser Konstellation der Sturz der Regierung möglich und notwendig sei. Mit 80 zu 6 Stimmen beschloss man, »den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen« (zit. nach Haffner 2008, 156f). Noch in der Nacht zum 6. Januar erging der Aufruf: »Arbeiter! Soldaten! Genossen! Mit überwältigender Wucht habt ihr am Sonntag euren Willen kundgetan, daß der letzte bösartige Anschlag der blutbefleckten Ebert-Regierung zuschanden gemacht werde. Um Größeres handelt es sich nunmehr. Es muß allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden! Erscheint in Massen heute elf Uhr vormittags in der Siegesallee! Es gilt, die Revolution zu befestigen und durchzuführen. Auf zum Kampfe für den Sozialismus! Auf zum Kampfe

für die Macht des revolutionären Proletariats! Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!« (Ebd., 157) Am frühen Morgen des 6. Januar wurde gedruckt: »Kameraden, Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß, der Vertretung der revolutionären Arbeiter und Soldaten (USP und KPD), für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Schließt euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an.« Außerdem ging vom Revolutionsausschuss ein Aufruf zum Generalstreik für den 7. Januar aus. Diesem folgten in einer massiven Machtdemonstration 500.000 Berliner Arbeiter*innen. Döblin (1948, 359) zitiert einen Augenzeugen: »Was sich an diesen Tagen in Berlin zeigte, war vielleicht die größte proletarische Masse, die die Geschichte je gesehen hat […]. [Die Proletarier] waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, selbst das Leben. Es war eine Armee[…], wie sie kein Ludendorff gesehen hatte. Sie stand und wartete. Sie wartete auf das Signal«.

Bewaffnete Arbeiter hinter Zeitungspapierrollen beim Barrikadenkampf in der Schützenstraße, 11. Januar 1919, © bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

Die KPD und USPD waren von dieser Dynamik vollkommen überrascht. Im Revolutionsausschuss hatten sie schließlich eine sehr kleine Minderheit gebildet. Haffner (2008, 164) schreibt: »War es eine ›spartakistische‹, also kommunistische Revolution? Das ist von Anfang an die Sprachregelung der Sieger gewesen […]. Die Wahrheit ist es nicht. Die KPD hatte den Januaraufstand weder vorhergesehen noch gewollt, weder geplant noch gelenkt. Sie war über das planlose, führungslose Vorpreschen der Massen sogar entsetzt. Ein solcher Massenaufstand, ehe die Partei überhaupt noch richtig stand, verstieß ja gegen alle Regeln!«

KPD und USPD waren nun also eher Getriebene der Massen als die treibende Kraft. Aus diesem Grund befürwortete auch Liebknecht – gegen den Rat von Luxemburg – den Versuch, den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt zu stürmen; andernfalls, so sei-



Das Vorwärts-Gebäude nach Beschuss durch Regierungstruppen, 11. Januar1919, © bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

ne Einschätzung, würde sich die KPD zu sehr von den revolutionären Arbeitern entfernen. Die Liebknecht'sche Einschätzung kam jedoch einem Votum gegen die Durchführung der für den 19. Januar geplanten Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung gleich. Außerdem beruhte sie auf Fehleinschätzungen der Revolutionären Obleute. Verhandlungen zwischen Revolutionsausschuss und Ebert-Regierung am 6./7. Januar verliefen im Sand. Der SPD-Reichswehrminister Gustav Noske erhielt von Ebert den Oberbefehl über die Armee und ließ die präfaschistischen Freikorps zusammenrufen, auf die die Regierung – dies hatte die Niederlage in den Weihnachtskämpfen gezeigt – angewiesen war. Noske versicherte, dass er den »Bluthund« der Gegenrevolution machen würde (vgl. Lange 1987, 176). Der Rat der Volksbeauftragten drohte am 8. Januar in einem Flugblatt »Die Stunde der Abrechnung naht!«; einen Tag später reagierten die Revolutionären Obleute, die Berliner USPD und die KPD mit einem gemeinsamen Aufruf für den Kampf gegen »die Judasse in der Regierung.« (zit. nach Jones 2017, 176). Die Ebert-Regierung konnte sich auf die Berliner Soldaten nicht verlassen. Selbst die, die nicht überliefen, weigerten sich, für sie loszuschlagen. Die einzige kampffähige antirevolutionäre Truppe in Berlin waren das rechtsextreme Freikorps des späteren SS-Obergruppenführers und Nazigenerals Wilhelm Reinhard, das sich aus rückgekehrten und im Krieg brutalisierten Ex-Soldaten zusammensetzte. Auf Befehl der SPD-Regierung überfiel diese Brigade Reinhard am 10. Januar das Hauptquartier der Spartakisten in Spandau. Einen Tag später befahl Noske, mit schwerem Kriegsgerät gegen die ausrüstungstechnisch unterlegenen *Vorwärts*-Besetzer vorzugehen. Die Freikorps-Soldaten, von denen einige bereits mit Hakenkreuzsymbolen gesehen worden sein sollen, gingen gegen die revolutionären Arbeiter mit Maschinengewehren, Flammenwerfern, Mörsern und Artilleriegeschützen vor. Am 11. Januar ermordeten sie sieben *Vorwärts*-Besetzer, alles junge

Arbeiter. Als Parlamentäre hatten diese das Gebäude verlassen, um über eine Kapitulation zu verhandeln. Stattdessen wurden sie festgenommen und in der Dragonerkaserne im heutigen Kreuzberg von den Regierungstruppen ermordet (vgl. Müller 1925, 320). Die Freikorps eroberten am 12. Januar das Zeitungsviertel insgesamt zurück, und »die letzte Schlacht entbrannte um den Schlesischen Bahnhof« (Radetz 1981, 28). Und dennoch: Obwohl die Arbeiter sich dort und am Potsdamer Bahnhof zurückzogen, Verhandlungen anboten und angesichts der militärischen Aussichtslosigkeit freiwillig ergaben, verübten die rechtsextremen Freikorps regelrechte Massaker. Am Alexanderplatz, einem der letzten Kampfschauplätze, wo revolutionäre Arbeiter das Polizeipräsidium auf dem heutigen Alexa-Areal besetzt gehalten hatten, wurde einem 16-jährigen Gefangenen, der »Hoch lebe Liebknecht!« gerufen hatte, von einem Noske-Söldner »mit dem Gewehrkolben der Schädel« gespalten (Lange 1987, 183).



Trauerzug in der Frankfurter Allee anlässlich der Beisetzung Rosa Luxemburgs, 13. Juni 1919, © bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

Dies war die »Ursünde der SPD« in der Weimarperiode, dass sich ihre Regierung nur mithilfe der verrohten, präfaschistischen Freikorps an der Macht halten konnte. Ihre politischen Morde an revolutionären Linken (Liebknecht/Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Hugo Haase) und an anderen »Vaterlandsverrätern« (Matthias Erzberger und Walther Rathenau), so das Unisono-Urteil von Döblin, Haffner und Mark Jones, waren die eigentlichen Vorboten des Nazifaschismus, der das politische Morden zur allgemeinen Staatsräson erhob.

Die Berliner Zeitungen begrüßten die Aktionen indes als Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Schon seit Dezember hatte die »Antibolschewistische Liga« zur Denunziation, Verhaftung und Überstellung der Führer der revolutionären Arbeiterbewegung an die Armee aufgerufen. Diese rechtsextreme Gruppierung, aus der etliche spätere Führer und Vordenker der NSDAP wie Moeller van den Bruck hervorgingen, hatte sich mit dem Startkapital der



Arbeiter und Soldaten auf dem Weg zum Vorwärts-Gebäude, Berlin, 5. Januar 1919, © bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer

Deutschen Bank und von Friedrich Naumann höchstpersönlich gegründet und in der Lützowstraße 107 ein »Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus« eingerichtet. Am 10. Januar trafen sich dort rund 50 Spitzenvertreter von Industrie, Handel und Banken mit Liga-Initiator Eduard Stadtler, um den »Antibolschewistenfonds der deutschen Unternehmerschaft« zu gründen. Das Treffen war von Paul Mankiewitz von der Deutschen Bank organisiert worden und auf sein Betreiben waren der Industrieverbandchef Hugo Stinnes, Felix Deutsch von der AEG, Arthur Salomonsohn von der Disconto-Gesellschaft, Otto Henrich von Siemens und Ernst von Borsig gekommen. Mit 500 Millionen Mark vonseiten des deutschen Kapitals ausgestattet, finanzierte Stadtler jetzt antikommunistische Organisationen, darunter höchstwahrscheinlich auch die NSDAP. In den nächsten Wochen und Monaten pflasterte die Liga ganz Berlin mit Hassplakaten zu. Darunter auch Plakate und Flugblätter, die nach dem 12. Januar berlinweit zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht aufriefen: »Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben. Die Frontsoldaten.« (Zit. nach Jones 2017, 220) Gleichzeitig traf sich Stadtler im Hotel Eden am Kurfürstendamm mit dem Kommandeur der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Waldemar Pabst, einer der letzten intakten Reichswehr-Einheiten, die nach Berlin beordert worden war, und überzeugte ihn von der »Notwendigkeit«, Liebknecht, Luxemburg und Karl Radek, der im Auftrag Lenins in Berlin weilte, zu ermorden. Am Abend des 15. Januars wurden Liebknecht und Luxemburg in ihrem Versteck bei Doktor Markussohn in Berlin-Wilmersdorf von einer lokalen Bürgerwehr aufgespürt und mithilfe eines Trupps Soldaten zusammen mit Pieck »verhaftet«. Vermutlich half bei der Aufspürung und Verhaftung auch die von Noske

angeordnete permanente Überwachung von Liebknecht, deren Daten sofort Pabst mitzuteilen seien (Haffner 2008, 176). Von hier aus wurden die beiden ins zweieinhalb Kilometer entfernte Eden-Hotel verbracht, wo Pabst und seine Division schon auf sie warteten und die Gefangenen nun mehrere Stunden misshandelten. Pabst schrieb dann einen umfassenden Bericht, der am nächsten Tag in allen Zeitungen veröffentlicht wurde, dem zufolge Liebknecht »auf dem Transport ins Untersuchungsgefängnis Moabit bei einem Fluchtversuch erschossen worden« (ebd.: 178) sei, während Luxemburg in eine wütende Menschenmenge geraten, den Soldaten entrissen und dann an einen unbekannten Ort verschleppt worden sei. Indes führten Pabsts Soldaten Luxemburg und Liebknecht durch einen Seitenausgang aus dem Hotel in eine abgesperrte Seitenstraße, wo der »Jäger« Otto Runge auf sie wartete und ihnen mit einem Gewehrkolben betäubende Schläge versetzte. Danach verschleppten Pabsts Soldaten zuerst Liebknecht mit einem Automobil zum Neuen See im Tiergarten. Hier wurde er, um den Mord als Erschießung bei einem Fluchtversuch vertuschen zu können, aufgefordert auszusteigen, und dann durch einen Schuss in den Hinterkopf ermordet. Einige Minuten später folgte ein weiteres Auto mit Luxemburg. Schon kurz nach der Abfahrt schossen die Soldaten Luxemburg in die Schläfe und warfen sie anschließend von der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal. Die Leiche von Luxemburg wurde erst am 31. Mai angeschwemmt, diejenige von Liebknecht von seinen Mördern als »unbekannte Leiche« in einem Leichenschauhaus abgegeben.



Theater- und Filmschauspielerin Senta Söneland als Agitatorin für die bevorstehende Wahl zur Nationalversammlung , 19. Januar 1919, © bpk

Am Tag ihrer Ermordung waren in der *Roten Fahne* Luxemburgs und Liebknechts letzte Artikel erschienen, den Tod offensichtlich vor Augen. Unter der Überschrift »Die Ordnung herrscht in Berlin« (vgl. Nachdruck in diesem Heft) waren Luxemburgs allerletzte Worte: »Ihr stumpfen Schergen! Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh’ richten‹

und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!« Und Liebknechts Artikel »Trotz alledem« schloss: »Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein … Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm: es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen: Trotz alledem!«. Luxemburgs und Liebknechts letzte Worte wurden anschließend millionenfach verbreitet; und Bertolt Brecht würde Liebknechts Worte zwölf Jahre später in seinem Revolutionsstück »Die Mutter« nach Maxim Gorki als »Lob der Dialektik« aufgreifen.

Luxemburgs und Liebknechts Mörder erhielten für ihre Tat nun hohe Belohnungen. Der Gerichtsprozess geriet zur Farce. Untersuchungen wurden nicht eingeleitet. Erst die Anstrengungen von Luxemburgs Lebensgefährten Leo Jogiches und der KPD, die die Täter ausfindig und ihre Aufenthaltsorte öffentlich machten, führten zur Einleitung eines Prozesses. Dieser fand nicht vor einem Zivil-, sondern vor einem Militärgericht statt. Der anklagende Kriegsgerichtsrat Jorns vertuschte im Untersuchungsverfahren die Morde; und die Hauptverhandlung brachte lediglich geringe Haftstrafen für Otto Runge und Horst von Pflugk-Harttung. Gegen Pabst hatte man nicht einmal ermittelt. Aber auch die beiden anderen mussten ihre Haftstrafen nicht antreten. In einer Berufungsverhandlung wurden sie freigesprochen. Unterzeichnet war das Urteil von Noske höchstpersönlich, der auch für die Einstellung des Revisionsverfahrens sorgte. Die Nazis wiederum zahlten den Tätern später Haftentschädigung. Kurt Tucholsky, der als Beobachter dem Prozess beiwohnte, schrieb einen langen, wütenden Essay hierüber und schlussfolgerte: »Was da in dem großen Saal unter dem Bildnis ›Seines‹ glorreichen Großvaters, Kaiser Wilhelms des Großen, vor sich gegangen ist, ist in unsre Herzen eingebrannt« (GW 2, 99). Und später dichtete er: »Liebknecht ist tot, Vogel heidi./ Solche Mörder straft Deutschland nie« (ebd., 107).

Historisch nicht mehr zu rekonstruieren ist, ob die Soldaten nur unter Duldung oder auch im direkten Auftrag Noskes handelten. In jedem Fall war zwei Tage vor der Mordaktion im SPD-*Vorwärts* indirekt zur Tötung von Liebknecht, Luxemburg und Radek aufgerufen worden – und zwar in einem Gedicht, das mit den Zeilen endete: »Vielhundert Tote in einer Reih' –/ Proletarier! – Karl, Rosa, Radek und Kumpanei –/ es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!/ Proletarier!« (zit. nach Lange 1987, 184). In den späteren Prozessen gegen die Mörder wurde von mehreren Personen ausgesagt, ein »Helferdienst der SPD« um Scheidemann selbst habe zusammen mit Georg Sklarz, »einem mit Scheidemann eng befreundeten neureichen Kriegsmillionär« (Haffner 2008, 175), eine Kopfprämie von 50 000 Mark für die Ergreifung von Luxemburg und Liebknecht ausgelobt. Außerdem gibt es die Aussage von Pieck, der, mitverhaftet, während der Misshandlungen anwesend war. Ihm zufolge wurde eines der von ihm mitgehörten Telefongespräche mit der Reichskanzlei geführt.

Nach dem Tod von Waldemar Pabst 1970 fand man in seinem Nachlass schließlich die Abschrift eines 1969 verfassten Briefes. Darin heißt es: »Dass ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte – mit Ebert im Hintergrund – und auch meine

Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.« (Zit. nach Gietinger 2008)

Tucholsky bemerkte zur Noske-Frage: »Es ist völlig uninteressant, zu wissen, ob Noske im guten Glauben handelt oder im schlechten. Er ist ein Schädling, denn schlimmer als die exploitierenden Reichen sind ihre Handlanger, schlimmer als der Großbauer ist der Hund.« (GW 2, 99) Haffner (2008, 240) schob ein halbes Jahrhundert hinterher: »Es macht Ebert und Noske nicht sympathischer, dass sie keine Schurken großen Formats waren, sondern Biedermänner […]. Wenn man nach ihren Motiven sucht, findet man nichts Dämonisches oder Satanisch-Großartiges, nur Banales: Ordnungsliebe und kleinbürgerliches Strebertum.«

Für die Linke war die Luxemburg/Liebknecht-Ermordung ein Schock; und sie zeichnete die Geschichte Deutschlands bis 1933 vor. Haffner schreibt, der Mord habe »am Ablauf der politischen Ereignisse zunächst so gut wie gar nichts« geändert; »im Gesamtverlauf der Dinge […] schien dieses Verbrechen damals nicht mehr als eine grelle Episode zu sein. – Heute sieht man mit Schrecken, dass diese Episode das eigentliche geschichtsträchtige Ereignis des deutschen Revolutionsdramas gewesen ist […]. Der Mord vom 15. Januar 1919 war ein Auftakt – der Auftakt zu den tausendfachen Morden in den folgenden Monaten der Noske-Zeit, zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten der Hitler-Zeit« (ebd.: 169 u. 182).

Schon kurz nach den Mordtaten widmete Tucholsky sein Gedicht »Zwei Erschlagene« voller Hass »Der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu Berlin in Liebe und Verehrung«. Darin heißt es: »Da liegen die beiden am Hotel Eden./ Bestellte Arbeit? Die Bourgeoisie?/ So tatkräftig war die gute doch nie …/ Wehrlos wurden zwei Menschen erschlagen./ Und es kreischen Geier die Totenklagen:/ Gott sei Dank! Vorbei ist die Not!/ ›Man schlug‹, schreibt einer, ›die Galizierin tot.‹/ Wir atmen auf! Hurra Bourgeoisie!/ Jetzt spiele deine Spielchen ohne die!/ Nicht ohne! Man kann die Körper zerschneiden./ Aber das eine bleibt von den beiden:/ Wie man sich selber die Treue hält,/ wie man gegen eine feindliche Welt/ mit reinem Schilde streiten kann,/ das vergißt den beiden kein ehrlicher Mann!/ Wir sind, weiß Gott, keine Spartakiden./ Ehre zwei Kämpfern! Sie ruhen in Frieden!« (GW 2, 41f).

Langfassung auf wswswswswsLuXemburg-Online

LITERATUR

Döblin, Alfred, 1948: November 1918: Eine deutsche Revolution, Frankfurt a. M. [2013]

Gietinger, Klaus, 2008: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg

Haffner, Sebastian, 2008: Die deutsche Revolution 1918/19, Köln

Jones, Mark, 2017: Am Anfang war Gewalt. Die Deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin

Lange, Annemarie, 1987: Berlin in der Weimarer Republik, Berlin

Müller, Richard, 1925: Eine Geschichte der Novemberrevolution, Berlin [2011]

Radetz, Werner, 1981: Der Stärkere. Ein Buch über Werner Seelenbinder, Berlin

Ströbel, Heinrich 1919: Moskau gegen Weimar, in: Die Weltbühne 15/1–2, 273–279 [1978]

Tucholsky, Kurt, 1975: Gesammelte Werke in zehn Bänden, Reinbek bei Hamburg

WAS DÜRFEN WIR HOFFEN?

ERNST BLOCH MIT GRAMSCI LESEN

JAN REHMANN

Ernst Bloch ist bekanntlich nach dem Ungarn-Aufstand 1956 vonseiten der Partei- und Staatsführung der DDR zum Dissidenten gestempelt worden, seine Philosophie wurde für utopisch und daher unmarxistisch erklärt. Im Dezember 1956 wandte sich Walter Ulbricht im *Neuen Deutschland* gegen Bloch (ohne Namensnennung), der die These vertrete, »man könne das Morgen nur vom Übermorgen aus verstehen«. Dies zeige, wie weit sich manche Philosophen vom Volk und vom Kampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung entfremdet hätten. Bloch wurde 1957 zwangsemeritiert, was ihn dann bewogen hat, 1961 nicht mehr von einer Reise nach Westdeutschland zurückzukehren.

Vor dem Hintergrund dieser repressiven Ausgrenzung ist es erstaunlich, dass viele der damals von den Parteiideologen vorgebrachten Gründe für das Berufsverbot unbesehen in die aktuelle Literatur übernommen wurden. Bloch sei im Grunde idealistisch, spekulativ, metaphysisch im Sinne der traditionellen Systemphilosophie. Terry Eagleton (2016, 169, 171) spricht von einem »mystischen Materialismus«, der der Materie »quasi-göttliche Eigenschaften« unterschiebt. Hans-Ernst Schiller (2017, 35) zufolge handelt es sich um eine »utopische, metaphysisch-religiöse Philosophie« mit eschatologischen Zügen. Nach Ulrich Müller-Schöll und Francesca Vidal (2017, 22f, 31ff, 381f) ist es Bloch nur um eine »neue Philosophie des Neuen« gegangen, die mit dem Marxismus eigentlich nichts zu tun habe. Dem liegt allerdings zugrunde, dass der Marxismus immer noch stillschweigend mit der Offizialversion des »Marxismus-Leninismus« identifiziert wird. Das macht es leichter, ihn immer wieder neu als veraltet zu verabschieden.

Ich möchte dagegen vorschlagen, Blochs Ansatz als originellen Beitrag einer »Philosophie der Praxis« zu interpretieren. Damit ist eine von den Marx'schen

Feuerbachthesen ausgehende Richtung gekennzeichnet, die von Antonio Labriola erstmals so genannt und im Anschluss daran vor allem von Gramsci weiterentwickelt wurde. Obwohl der »Marxismus-Leninismus« solche Ansätze zur Häresie erklärt und verfolgt hat, handelt es sich um eine Strömung *im* Marxismus, die im Gegensatz zur untergangenen Staatsphilosophie seine lebendige Seele verkörpert. Im »neuen Materialismus« der Feuerbachthesen wird nicht von einer »Materie« ausgegangen, die unabhängig von menschlichem Handeln und Denken existiert, sondern die Wirklichkeit wird als »sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis« aufgefasst (MEW 3, 5). Wie vor ihm Labriola hat auch Bloch sein Materialismusverständnis gegen eine objektivistische »Klotzmaterie« (MP 17) aus den Feuerbachthesen entwickelt. Zum archimedischen Punkt seines Materialismus wird der »arbeitende Mensch« in seinen praktischen Beziehungen zu anderen Menschen und zur Natur (PH 333). Auch »Bewusstsein« und »Geist«, die die traditionelle Philosophie (und mit ihr der »Marxismus-Leninismus«) als ideelle Gegenpole zur »Materie« festschreibt, kann Bloch in seinen integralen Materiebegriff integrieren (TE 234). Sobald man sich auf Blochs Praxisphilosophie konzentriert, stößt man auf Schritt und Tritt auf überraschende Übereinstimungen mit dem ihm unvertrauten Gramsci, der ebenfalls ausgehend von den Feuerbachthesen den historischen Materialismus von der »elementaren geschichtlichen Zelle« der »praktischen Tätigkeit« als der dialektischen Vermittlung zwischen Menschen und Natur her bestimmt (Gramsci, Gef 3, 512).

JAN REHMANN unterrichtet Philosophie und Gesellschaftstheorien am Union Theological Seminary in New York und an der Freien Universität Berlin. Er ist Redakteur der Zeitschrift *Das Argument* sowie des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (HKWM). Er forscht unter anderem zu Ideologietheorie, Neo-Nietzscheanismus, Max Weber, christlich-marxistischem Dialog und Armut. Er ist außerdem Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ich möchte zunächst an vier zentralen Themen der Bloch'schen Philosophie zeigen, warum eine praxisphilosophische Re-Lektüre sachgerecht und fruchtbar ist. Im zweiten Teil soll thesenhaft umrissen werden, wo Blochs Ansatz korrektur- und erneuerungsbedürftig ist.

ANTIZIPATION UND HOFFNUNG

Blochs Anthropologie ist zentriert um die menschliche Fähigkeit, Zukünftiges vorwegzunehmen. Er knüpft dabei an Marx' berühmtes Argument an, wonach sich der schlechteste Baumeister von der besten Biene dadurch unterscheide, »dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut« (MEW 23, 193). Obwohl auch manche Tiere darüber verfügen, ist unbestritten, dass diese Fähigkeit im Verlauf der Menschwerdung im Zusammenhang mit Werkzeugherstel-

lung, kooperativer Arbeit und Sprachentstehung eine neue Reichweite und Qualität erhalten hat (vgl. Holzkamp 1985, 260ff). Bloch zufolge bilden sich »*genau* an dieser Stelle« menschlich Wunschhaftes und Tagträume aus (PH 85). Von dieser spezifisch menschlichen Antizipationsfähigkeit aus entwirft Bloch nun seine Stufenfolge der Bedürfnisse – vom noch unspezifischen *Drängen* zum ausmalenden *Wünschen* und dann zum *Wollen* (als Tun-Wollen), bei dem schon konkret berücksichtigt ist, was man kann und was nicht, bis hin zur Unterscheidung von gefüllten Affekten und längerfristig antizipierenden Erwartungsaffekten. Diese Stufenfolge läuft schließlich auf die Hoffnung zu, die den passiven Charakter der negativen Erwartungsaffekte (v. a. der Angst) überwinden könne, weshalb sie »die menschlichste aller Gemütsbewegungen« sei (PH 83).

Diese anthropologische Bestimmung ist häufig als willkürliche, politisch motivierte oder zumindest einseitige Setzung kritisiert worden. Dabei wird übersehen, dass Bloch die Vorrangstellung der Hoffnung auf einen aktiv weltzugewandten Handlungsbegriff gründet. Hierzu rekurriert er implizit auf die Affekt-Ethik von Spinoza, nämlich auf dessen Unterscheidung zwischen erlittenen Gefühlen *(passionibus*), denen wir ausgeliefert sind, und selbstbestimmt-ausgreifender Handlungsmacht (*potentia agendi*). Im Gegensatz zur Furcht sei die Hoffnung aktiv, gehe aus sich heraus, mache die Menschen weit und verlange »Menschen, die sich ins Werdende tätig hineinwerfen, zu dem sie selber gehören. Sie erträgt kein Hundeleben, das sich ins Seiende nur passiv geworfen fühlt« (PH 1). Polemisch gegen Heideggers »Geworfenheit« entwickelt Bloch den Begriff der Hoffnung als *docta spes*, das heißt als einer informiert begründeten und von allen lernbaren Haltung (PH 5). Sein Vorschlag, »das Hoffen zu lernen«, um Verwirrung und Angst zu überwinden (PH 1), kann in Anlehnung an Gramsci als Projekt einer Kohärenzgewinnung gelesen werden, und dies sowohl emotional als auch intellektuell. Denn Hoffnung ist nicht nur ein hochentwickelter »Erwartungsaffekt«, sondern auch ein »Richtungsakt kognitiver Art« (PH 10f), »fähig zu logisch-konkreter Berichtigung und Schärfung« (PH 126). Die Stärke von Blochs Hoffnungsbegriff liegt darin, dass er organisch mit der Entwicklung gesellschaftlicher Handlungs- und Denkfähigkeiten verbunden ist.

AN DEN TAGTRÄUMEN ANSETZEN

Gegen die vorschnelle Festlegung Blochs auf eine »Eschatologie« der Fernziele gilt es, zunächst seinen eigenen methodischen Anspruch ernst zu nehmen, die utopischen Elemente aus der Nähe selbst zu gewinnen: Das »Jetzt und Hier, das immer wieder Anfangende in der Nähe, [ist] eine utopische Kategorie, ja die zentralste« (PH 11). Deshalb sucht Bloch die Sehnsüchte nach einer besseren Welt zunächst in den Tagträumen auf, von denen »das Leben aller Menschen durchzogen



Ernst Bloch, Bleistiftzeichnung von Hans Neubert (1977), wikimedia

ist« (PH 1). Ausgangspunkt ist also ein wichtiger Aspekt des »lebendigen Seins« in Verbindung mit einer »möglichen neuen Zukunft«, wie Enrique Dussel (2013, 335f) hervorhebt. Hier sieht Bloch deutlich, was in seiner allgemeinen Anthropologie zuweilen unterbelichtet bleibt, nämlich dass die Alltagswünsche von den herrschenden Klassenverhältnissen wesentlich mit geformt und ideologisiert sind, zum Beispiel wenn die »Wunschbilder im Spiegel« vor allem wiedergeben, »wie die herrschende Klasse das von den Schwachen Gewünschte wünscht« (PH 12). Aber für entscheidend hält er, dass auch das unwissendste *wishful thinking* dem bewusstlosen Gänsemarsch vorzuziehen ist, »denn es kann informiert werden« (PH 1616).

Man kann in diesem Ansatz einige überraschende Ähnlichkeiten mit Gramscis Überlegungen zur bizarr-widersprüchlichen Zusammensetzung des Alltagsverstands entdecken. Wenn Gramsci (Gef 6, 1384) meint, in diesem Alltagsverstand finden sich »Elemente des Höhlenmenschen« und Prinzipien der modernen Wissenschaft sowie Intuitionen einer künftigen Philosophie, überschneidet sich dies mit Blochs in »Erbschaft dieser Zeit« untersuchten Ungleichzeitigkeiten im gesellschaftlichen Bewusstsein, die von den Nazis erfolgreich besetzt und mobilisiert werden konnten (EdZ 104ff). Auch die Arbeiterbewegung müsse hier anknüpfen, ihre Aufgabe sei es, »die zur Abneigung und Verwandlung fähigen Elemente auch des ungleichzeitigen Widerspruchs herauszulösen […] und sie zur Funktion in anderem Zusammenhang umzumontieren« (EdZ 123). Wenn Bloch in den Tagträumen die rebellischen und befreienden Dimensionen aufspürt, sucht er – gramscianisch gesprochen – nach einem gesunden Kern im Alltagsverstand, einem »gesunden Menschenverstand« (*buon senso*), mit dem eine Philosophie der Praxis sich verbünden muss, um den Alltagsverstand auf eine höhere und kohärentere Stufe anzuheben. Tatsächlich verwendet Bloch beide Begriffe ähnlich wie Gramsci: Nichts sei der marxistisch geübten Nüchternheit ferner als der Common Sense, »jenes gar nicht so Gesunde, gar nicht so Menschliche«, typisch Undialektische, das »voll kleinbürgerlicher Vorurteile sein mag«; aber nichts sei ihr näher »als jener vom *common sen-*

se so verschiedene *bon sens*, [...] dies Gütezeichen, Füllezeichen wirklich gesunder Nüchternheit«, das keine Perspektive aus- und abschließt, außer derjenigen, »die zu Dingen führen könnte, an denen kein Segen ist« (PH 1619). Gramscis Projekt, den popularen Alltagsverstand, gestützt auf den *buon senso*, kohärent zu arbeiten, findet bei Bloch eine Analogie in der Aufgabe, die privaten Tagträume mit den großen Entwürfen einer gerechten und unentfremdeten Gesellschaft zu vermitteln – über die beiden gemeinsame Antizipation eines besseren Lebens.

SUMMUM BONUM, DAS HÖCHSTE GUT

Angesichts der Vorherrschaft deterministischer Auffassungen sowohl in der Sozialdemokratie als auch im »Marxismus-Leninismus«, die zu einer Verkümmerung antizipatorischer Potenziale führte, hatte Bloch gute Gründe, den Stab in die entgegengesetzte Richtung zu biegen. Der von Engels ausgerufene Übergang von der Utopie zur Wissenschaft habe in der darauffolgenden Generation dazu geführt, »dass mit der Wolke auch die Feuersäule der Utopie liquidiert werden konnte« (PH 726). Mit der Unterscheidung zwischen marxistischem »Kältestrom« (konkrete Bedingungsanalyse und Ideologiekritik) und »Wärmestrom« (gerichtet aufs Fernziel einer unentfremdeten Gesellschaft) versucht Bloch, die abgesprengten utopischen Gehalte wieder mit den analytischen Errungenschaften der Marx'schen Kritik zu verbinden (PH 240f). Eine wichtige Inspirationsquelle für die Formulierung der Fernziele ist die Perspektive des jungen Marx, derzufolge eine klassenlose Gesellschaft auch eine »vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur« beinhalten muss (MEW 40, 537). Diese Aussöhnung zwischen den Menschen, ihrer Welt und der Natur wird zum Kern von Blochs Ausführungen zum »höchsten Gut« (*summum bonum*). In den unterschiedlichsten Hoffnungsbildern gebe es eine »Spitze der Träume vom besseren Leben« (PH 356), die sich mit Goethes »Verweile doch, Du bist so schön« ausdrücken lässt. Was traditionell als Gott, Reich Gottes oder Reich der Freiheit projektiert wurde, sei »die Identität des zu sich gekommenen Menschen mit seiner für ihn gelungenen Welt« (PH 364).

Diese Orientierung auf »zu-guter-Letzt-Mögliches« (PH 1557) wird in der Literatur häufig als abstrakte Utopie oder als quasi-religiöse Lehre von den letzten Dingen (Eschatologie) angesehen. Aber diese Kennzeichnung ist insofern irreführend, als es in Blochs marxistischer »Wärmelehre« weder einen religiös-jenseitigen, von einem Erlöser herbeigeführten Endzustand noch eine Garantie für eine befreite Gesellschaft gibt. Johan Siebers (2012, 582, 587f) zufolge handelt es sich hier um eine »Versuchsgestalt von Identität«, bildhaft auch als »Heimat« formuliert, wobei das Endziel für Bloch »exterritorial« zum Geschichtsprozess steht. Ich werde auf das Problem dieser »Exterritorialität« zurückkommen.

Dass auch Blochs Überlegungen zum »höchsten Gut« praktisch-politische Sprengkraft haben, zeigt sich an seinem Begriff »Allianztechnik«, die fähig sei, »Naturallianzen« einzugehen und sich mit der »Mitproduktivität der Natur zu vermitteln« (PH 807). Während unsere bisherige Technik in der Natur steht wie eine »Besatzungsarmee im Feindesland«, ohne vom Landesinnern zu wissen, habe ein »Marxismus der Technik« die Aufgabe, die »Übertragung des Ausbeuter- und Tierbändigerstandpunktes auf die Natur« zu beenden und stattdessen »ein nicht ausbeutendes Verhalten zur Natur« zu entwickeln (PH 813f; EM 251). Blochs »Allianztechnik« kann – trotz ihres hohen Allgemeinheitsgrads und trotz seiner naiven Befürwortung der zivilen Atomenergie (PH 769f, 773f) – als perspektivische Alternative zur kapitalistischen wie auch staatssozialistischen Umweltzerstörung angesehen werden. Tatsächlich war Bloch einer der ersten marxistischen Philosophen, der unter Berufung auf den jungen Marx die Allianz zwischen Mensch und Natur ins Zentrum seiner »konkreten Utopie« stellte. Ein Begriff menschlicher Praxis muss Mensch-Natur-Verhältnisse umfassen und auf ihre Nachhaltigkeit orientieren.

TELEOLOGIE ODER »OFFENE MÖGLICHKEIT«?

Ob man Blochs Ontologie des Noch-Nicht als »utopisches«, mit dem Marxismus unvereinbares System oder als materialistische Verankerung seiner Anthropologie in der Wirklichkeit ansieht, hängt davon ab, ob man sie als eine spekulative, in Geschichte und Natur angelegte Teleologie interpretiert oder mit dem hermeneutischen Schlüssel der offenen Möglichkeit liest. Für beide Lesarten lassen sich Belege finden. Die erste Lesart praktiziert zum Beispiel Adorno (1959, 248), wenn er meint, Bloch möchte eine »ultima philosophia« entwerfen, die aber doch als »prima philosophia« angelegt sei: »Sie denkt das Ende als Weltgrund, der das Seiende bewegt, dem es als telos schon innewohnt.« Und Terry Eagleton (2016, 170f) spottet, dass Bloch den Kommunismus in der Struktur der Amöbe aufzufinden versuche.

Tatsächlich können sich solche Interpretationen darauf berufen, dass Bloch von einer »nach vorwärts« treibenden Materie spricht und es zuweilen so aussieht, als seien die Fernziele als »Anlage« oder als »Drang« in ihr schon enthalten. Aber eine Lesart, die sich auf solche Passagen versteift, verfehlt den eigentlich interessanten Vorgang, dass Bloch seine Praxisphilosophie in die Systemphilosophie einschreibt, um diese zu unterlaufen und von innen aufzusprengen. Das macht er, indem er traditionelle philosophische Begriffe wie Ursprung, Wesen oder Entelechie aufnimmt, aus ihrer Verbindung mit vorgefertigten Zwecken herausbricht und zu einer »Ontologie des Noch-Nicht« umpolt, bei der die »wirkliche Genesis nicht am Anfang, sondern am Ende« steht (PH 1628). Wenn Bloch Begriffe wie »Keim« oder

»Anlage« benutzt, tut er dies subversiv, um zu zeigen, dass die Ziele keineswegs vorher schon »eingeschachtelt« seien: »Der ›Keim‹ sieht selbst noch vielen Sprüngen entgegen, die ›Anlage‹ entfaltet sich in der Entfaltung selber zu immer neuen [...] Ansätzen« (PH 274), im Prozess entsteht »eine Unzahl realer Möglichkeiten, die dem Anfang nicht an die Wiege gesungen worden sind« (PH 234f).

In den Kapiteln 17 und 18 von »Das Prinzip Hoffnung«, in denen Bloch seine Anthropologie in eine Ontologie des Noch-Nicht übergehen lässt, steht der Begriff der offenen Möglichkeit im Zentrum, in der die utopische Phantasie ihr »konkretes Korrelat« in der Welt hat (PH 226). Hier in diesem »Noch-nicht-Gewordenen« der Welt, in diesem Möglichkeitsraum der Wirklichkeit verortet er die Hoffnung als weithin unerforschte »Weltstelle« (PH 5). Aber die zentralen Begriffe des Bloch'schen »Systems« wie Ultimum, Latenz, Tendenz und Novum sind keineswegs notwendig aufs gute Endziel gerichtet, sondern können auch auf ein »schlechthinniges Umsonst des Geschichtsprozesses« hinauslaufen (PH 268f, 364). Dies erklärt, warum Bloch den »automatischen Fortschritts-Optimismus« als »neues Opium fürs Volk« bezeichnet hat (PH 228) – wiederum ähnlich wie Gramsci (Gef 6, 1386), der den Determinismus im Marxismus als »Form von Religion und von Reizmittel« kritisierte.

Liest man Blochs Ontologie des Noch-Nicht vom Begriff der offenen Möglichkeit her, stößt man unterhalb der »starken« teleologischen Proklamationen einer »Materie nach vorwärts« mit hypothetischem »Natursubjekt« und eigener »Utopie« (PH 236; EM 251) auf eine weitaus vorsichtigere Vorstellung, die man in Anlehnung an Benjamins »schwacher messianischer Kraft« als »schwache teleologische Kraft offener Möglichkeiten« bezeichnen könnte. Sie hat ihren bescheidenden Kern darin, dass noch nicht »aller Tage Abend« ist und jede Nacht noch einen Morgen hat (PH 355). Das konkrete Hoffen, das auch bei Rückschlägen nicht aufgibt, richtet sich darauf, dass Möglichkeiten offenbleiben und die Welt damit ein »laborierendes Laboratorium« bleibt.

BLOCH ERNEUERN

Blochs Philosophie ernst zu nehmen bedeutet zugleich, sie kritisch den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszusetzen. Im Folgenden möchte ich vier Thesen zu ihrer bleibenden Aktualität sowie zu ihrem Aktualisierungs- und Erneuerungsbedarf formulieren.

1 | Verteidigen möchte ich ihn zunächst, wo er am heftigsten angegriffen wird, nämlich bei seiner Rückholung »utopischer« Fernziele in die Gesellschaftstheorie. Selbst wenn es richtig wäre, dass es nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks zu einer »Erschöpfung von Utopien« (Habermas) gekommen ist, wäre dies kein tragfähiger Einwand gegen eine Philosophie des Noch-Nicht, die die alltägli-

chen Tagträume und ausgearbeiteten Gesellschaftsentwürfe auf ihre utopischen Gehalte hin auswertet. Dies gilt auch für Blochs Mut, die religiösen und utopische Ausmalungen eines »zuletzt möglichen« *summum bonum* aufzunehmen und philosophisch zu durchdenken. Gerade in Zeiten neoliberaler Fragmentierung und Passivierung haben emanzipatorische Bewegungen die Aufgabe, anziehende und überzeugende Perspektiven eines »guten Lebens« für alle zu entwickeln. Ohne sie kann linke Politik keinen Schwung, keine Visionen, keine Phantasie entwickeln.

Für nicht tragfähig halte ich es aber, wenn Bloch die Aufhebung der Entfremdung zwischen Menschen und zwischen ihnen und der Natur als Zusammenfallen der Bereiche denkt, als eine »Identität«, in der es keine Widersprüche und Konflikte mehr zu geben scheint. Denn dann würde die Geschichte zum Stillstand kommen. Bloch selbst ist sich dieser »Aporie« bewusst gewesen: Käme es zu einer gelungenen Identität, »gäbe es keinen Anlass zum Prozess mehr« (PH 1387; vgl. MP 116). Auch wenn das »höchste Gut« in Religion und Philosophie konfliktlos imaginiert wurde, sollten wir es als dynamischen Prozess reformulieren, durch den unvereinbare Gegensätze immer wieder in nicht-antagonistische und bearbeitbare Widersprüche und Differenzen verwandelt werden.

2 | Dort, wo Bloch eine »starke« Teleologie formuliert, bei der es so aussieht, als seien Natur und Geschichte auf das kommunistische Endziel ausgerichtet, müssen wir seine Philosophie *ent-teleologisieren*. Ansätze hierzu gibt es auch bei Bloch selbst, etwa wenn er fordert, den Fortschrittsbegriff aus seiner einlinigen Engführung herauszulösen und mit dem Konzept eines vielstimmigen, raum-zeitlichen »Multiversums« zu verbinden (TE 146). Sowohl die Prozesse der menschlichen Natur als auch die der menschlichen Geschichte sind ohne großes, intentional steuerndes Subjekt zu denken. Eine »Naturallianz«, bei der menschliche Arbeit und Technik sich umweltverträglich mit der Natur verbinden, kann auch ohne unterstelltes Natursubjekt und ohne Teleologie konzipiert und entwickelt werden.

Anders verhält es sich mit Blochs schwacher teleologischer Kraft offener Möglichkeiten. Auf der Grundlage der Tatsache, dass wir Menschen mit der Fähigkeit ausgestattet sind, Zukünftiges vorwegzunehmen, können wir von einer »Teleologie der Praxis« sprechen, die nach Antonio Negri (2013, 8, 78f) auf die Herstellung des Gemeinsamen gerichtet ist. Auch politische Projekte kommen nicht darum herum, Teleologien und dazugehörige Genealogien zu entwickeln, nur sollten sie sich ihres jeweiligen Projektcharakters bewusst sein und ihn offenlegen.

3 | Tatsächlich gibt es in Blochs Tagtraumanalysen symptomatische Leerstellen, zum Beispiel hinsichtlich patriarchaler Geschlechterverhältnisse oder wenn er sich bei der Behandlung von Christopher Kolumbus auf dessen utopische Phantasien eines irdischen Paradieses konzentriert (PH 904ff), ohne den damit einherge-

henden Völkermord zu thematisieren (zur Dekonstruktion des Bloch'schen Eurozentrismus vgl. Dietschy 2017, 236f). Soweit Bloch die Hoffnung essenzialistisch als eigentlich gute und heilsame Kraft behandelt, die allenfalls nachträglich durch Machthaber und ihre Demagogen manipuliert wird, müssen wir sein »Prinzip Hoffnung« *de-essenzialisieren*. Bloch hat seine Anthropologie und Ontologie zuweilen in einer philosophischen Allgemeinheit konzipiert, die die Ambivalenzen der Hoffnung zu kurz kommen lässt. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit agieren wir nicht unmittelbar als hoffnungsfähige »Gattungswesen«, sondern als spezifische Subjekte, deren Habitus und soziale Distinktionen durch Klassenherkunft, Geschlechterverhältnisse und Rassenzugehörigkeit geformt werden. Auch die Hoffnung ist von sozialen Gegensätzen durchzogen, bis zu dem Punkt, dass die Hoffnung der einen die Hoffnungslosigkeit der anderen verursacht und bedingt. Die ideologischen Apparate vermitteln nicht nur bestimmte Bewusstseinsinhalte, sondern formen die ideologischen Subjekte selbst, ihre Haltungen, Fühlweisen und nicht zuletzt ihre Hoffnungen. Deshalb muss Blochs Philosophie vermittelt werden mit einer kritischen Theorie ideologischer Vergesellschaftung, die zu untersuchen hätte, wie die Subjekte aktiv und hoffnungsvoll an ihrer eigenen ideologischen Unterwerfung arbeiten. Hier ist ein stärkerer »Kältestrom« gefragt, um die unterschiedlichen und gegensätzlichen Ausprägungen der Hoffnung zu analysieren.

4 | In diesem Sinne bietet es sich an, Blochs Philosophie mit Gramscis Hegemonietheorie zu verbinden, um mit dieser nach den Bedingungen der Hoffnung bzw. Hoffnungslosigkeit zu fragen. So zeigt sich die Hegemonie des Neoliberalismus unter anderem darin, dass ihr weitgehend eine Privatisierung der Hoffnung gelungen ist, bei der die »Träume einer besseren Welt« auf den individuellen Aufstieg und das Wohl der eigenen Familie begrenzt sind. Und umgekehrt konnte man etwa bei Occupy Wall Street oder bei der Wahlkampagne von Bernie Sanders beobachten, dass linke Projekte dann massenhaft Hoffnungen freisetzen, wenn sie die neoliberalen Fragmentierungen in abgegrenzte Identitätspolitiken durchbrechen und auf neuartige inklusive Weise den großen sozialökonomischen Klassengegensatz thematisieren (vgl. hierzu Rehmann 2012 u. 2016 sowie Candeias 2018).

Gramsci hat eine solche Dynamik mit dem Begriff der Katharsis gefasst. Sie bezeichnet den Moment, in dem eine Bewegung ihre korporatistischen, gruppenegoistischen Beschränkungen überwindet und sich mit anderen subalternen Gruppen zusammenschließt. Diesen »kathartischen« Moment hält er für so bedeutsam, dass er ihn zum »Ausgangspunkt für die gesamte Philosophie der Praxis« erklärt. Denn hier erfolge der Übergang von der »Notwendigkeit zur Freiheit«, von einer »äußerlichen Kraft, die den Menschen erdrückt, ihn sich assimiliert, ihn passiv

macht«, zu einer neuen »ethisch-politischen Form«, die neue Initiativen hervorbringt (Gef 6, 1259; Gef 7, 1560f). Aus solchen Momenten kann die Hoffnung, deren allgemeine anthropologische und ontologische Grundlagen Bloch herausgearbeitet hat, konkret entspringen. In der vom neoliberalen Hightech-Kapitalismus geprägten Konstellation lässt sie sich begreifen als »kathartischer« Effekt des Zusammenfließens und Sich-Zusammennehmens vormals verstreuter subalterner Subjekte zu einem gemeinsamen Projekt, das Unterschiede und innere Widersprüche nicht verdrängt, sondern solidarisch bearbeitet.

Modifizierte und gekürzte Fassung des 2018 in der Zeitschrift Das Argument *(325) erschienenen Aufsatzes »Ernst Bloch als Philosoph der Praxis«*

BLOCH-SIGEL

EdZ = Erbschaft dieser Zeit, 1935, Gesamtausgabe, Bd. 4
EM = Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis, 1975, Gesamtausgabe, Bd. 15
MP = Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz, 1972, Gesamtausgabe, Bd. 7
PH = Das Prinzip Hoffnung, 1938–1947 (1954–1959), Gesamtausgabe, Bd. 5
TE = Tübinger Einleitung in die Philosophie, 1963, Gesamtausgabe, Bd. 13

LITERATUR

Adorno, Theodor, 1959: Blochs Spuren. Zur neuen erweiterten Ausgabe 1959, in: Noten zur Literatur, Gesammelte Schriften 11, hg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt a.M.
Candeias, Mario, 2018: Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias, in: LuXemburg, Oktober 2018 (www.zeitschrift-luxemburg.de/populistisches-momentum-lernen-von-corbyn-sanders-mlenchon-iglesias-ein-indirekter-kommentar-zur-kampagne-von-aufstehen/)
Dietschy, Beat, 2017: Wunschlandschaften, entdeckt und gebildet, in: Zimmermann (Hg.), a.a.O., 227–252
Ders./Zeilinger, Doris/Zimmermann, Rainer (Hg.), 2012: Bloch-Wörterbuch. Leitbegriffe der Philosophie Ernst Blochs, Berlin/Boston
Dussel, Enrique, 2013: Ethics of Liberation. In the Age of Globalization and Exclusion, Durham/London
Eagleton, Terry, 2016: Hoffnungsvoll, aber nicht optimistisch, Berlin
Gramsci, Antonio, 1995: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Pete Jehle, Berlin/Hamburg
Holzkamp, Klaus, 1985: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a. M./New York
Marx, Karl, 1844: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW 40, Berlin, 465–588
Ders., 1845: Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, Berlin, 5–7
Ders., 1867: Das Kapital, in: MEW 23, Berlin
Müller-Schöll, Ulrich/Vidal, Francesca, 2017: Ernst Blochs »neue Philosophie« des »Neuen«, in: Zimmermann (Hg.), a.a.O., 9–34
Negri, Antonio, 2013: Spinoza for our Time: Politics and Postmodernity, New York
Rehmann, Jan, 2012: Occupy Wall Street und die Hegemoniefrage. Eine gramscianische Analyse, in: Das Argument 300, 897–909
Ders., 2016: Bernie Sanders und die Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus, in: Das Argument 317, 380–387
Schiller, Hans-Ernst, 2017: Freud-Kritik von links. Bloch, Fromm, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Hamburg
Siebers, Johan, 2012: Artikel »Ultimum«, in: Dietschy u.a. (Hg.), a.a.O., 582–589
Zimmermann, Rainer E. (Hg.), 2017: Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Berlin/Boston



Was passiert, wenn Krankenhäuser wie Unternehmen geführt werden? Das »Gesundheitstribunal« von Theaterregisseur Volker Lösch brachte das Für und Wider der Ökonomisierung auf die Bühne und ließ Pflegekräfte aus ihrem Alltag berichten. (Foto: rls ⓘ)
Dokumentation: www.rosalux.de/gesundheitstribunal

WIE DIE DIGITALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT GESTALTEN?

PRÄSENTATION EINER STUDIE ZU AGRARINDUSTRIE 4.0

Smart Farming, Drohnen, per Satellit gesteuerte Traktoren, die Nutzung von Klima- und Wetterdaten oder die Anwendung von synthetischer Biologie: Ist die Digitalisierung von Landwirtschaft und Ernährung tatsächlich das neue Wundermittel, um Hungerkrisen zu beenden, den Verlust an Biodiversität zu stoppen oder den Klimawandel aufzuhalten? Anfang Oktober stellte Pat Mooney, Mitglied der kanadischen NGO ETC Group, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen geförderte Studie »Blocking the Chain« in Berlin vor. Im Zentrum der Diskussion standen die Risiken, die mit einer zunehmenden Digitalisierung der Landwirtschaft verbunden sind. Mooney verdeutlichte, dass der Einsatz neuer Technologien bislang weniger den Kleinbäuer*innen und Verbraucher*innen zugutekommt, sondern damit ein Konzentrationsprozess droht, der zur Dominanz weniger Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, Input und Lebensmittelverarbeitung führen wird.
Jan Urhahn, Referent für Landwirtschaft und Welternährung beim INKOTA-Netzwerk, machte daher Vorschläge, wie Großkonzerne durch ein neues Kartellrecht besser reguliert und entflochten werden können, wenn sie zu dominant werden. Zudem forderte er, menschenrechtliche Auswirkungen von Fusionen einzubeziehen oder diese ganz zu verhindern. Geraldine de Bastion, Beraterin für den strategischen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, stellte der Kritik Beispiele erfolgreicher Armutsbekämpfung durch Digitalisierung gegenüber. Einigkeit herrschte darüber, dass Daten öffentlich zugänglich sein müssen, es gesellschaftliche Diskussionen darüber braucht, welche Tätigkeiten in Zukunft von Maschinen erledigt werden sollen, und dass die Digitalisierung der Landwirtschaft demokratisch gestaltet werden muss.

Franza Drechsel

Download: www.rosalux.de/publikation/id/39376/



EIN ANDERES EUROPA IST MÖGLICH, NUR WIE?

ATTAC-KONGRESS, OKTOBER 2018 IN KASSEL

Beim Attac-Kongress »Ein anderes Europa ist möglich«, der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde, diskutierten vom 5. bis 7. Oktober 2018 etwa 650 Teilnehmer*innen über Probleme und Perspektiven der europäischen Integration. Eine derart breite europapolitische Diskussion hat es in der deutschen Linken vorher wohl noch nicht gegeben. Auch wenn es am Ende in vielen Fragen keinen Konsens gab, war die Diskussion doch produktiv. Deutlich wurde zumindest, dass simple Gegenüberstellungen – »für oder gegen Europa«, »Europabefürworter« vs. »Euroskeptiker«, für »mehr« oder »weniger« Europa etc. – die Probleme und Positionen nicht richtig erfassen. Es setzt sich mehr und mehr die Einsicht durch, dass in manchen Bereichen vielleicht eine Vertiefung und in anderen Bereichen eine Lockerung der Integration notwendig ist, wenn man von den Interessen der Lohnabhängigen ausgeht. Dominika Biegoń, Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, plädierte für eine flexible, differenzierte Integration. Und was tun, solange die Lohnabhängigen die Machtfrage nicht europaweit für sich entscheiden können und die EU-Verträge nicht in ihrem Interesse geändert werden können? Hans-Jürgen Urban (Vorstand der IG Metall) sprach von der Notwendigkeit gezielter Regelverletzungen. In der Tat, nur so wird eine sozialökologische Wirtschafts-, Industrie- und Sozialpolitik unter den Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts realisierbar sein. Zunächst aber, darin sind sich wohl alle einig, geht es um Abwehrkämpfe, vor allem gegen die weitere Militarisierung der EU.

Thomas Sablowski

FEMINISTINNEN ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

SUMMER SCHOOL IN BELGRAD

Wie stärken wir uns als feministische Bewegungen weltweit? Wie verbinden wir unsere Kämpfe und entwickeln effektive Strategien gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus? Wie sieht ein klassenpolitischer Feminismus aus? Ein Feminismus, der nicht nur für »Top Girls« funktioniert, sondern Befreiung für alle verspricht? Diese und andere Fragen diskutierten über 90 Teilnehmer*innen – überwiegend Frauen* – aus 20 Ländern Europas, Lateinamerikas und den USA bei der feministischen Summer School Anfang Oktober 2018 in Belgrad. Unter dem Titel »Feminist Class Politics – Exchanging Theory and Practice« wurden unterschiedliche Ansätze geteilt und entwickelt – von der Planung der Frauenstreiks bis zum Alltag feministischer Gewerkschaftsarbeit, von der »Feminisierung« linker Politik zu queeren Organisierungsprojekten, vom Kampf für Abtreibungsrechte zu sozialen Infrastrukturen für alle.

Doku: www.rosalux.org/feminist-sommer-school-belgrad

WIE HÄLTST DU'S MIT DEM POPULISMUS?

LUXEMBURG LECTURE MIT CHANTAL MOUFFE IN BERLIN

Populismus ist in aller Munde, zumeist jedoch der weltweit erstarkende von rechts. Darüber werden die alten und neuen Formen eines linken Populismus schnell vergessen, die Chantal Mouffe und Ernesto Laclau seit Jahrzehnten analysieren. Ihre Thesen zur aktuellen Situation stellte Mouffe am 3. Oktober vor 400 Zuhörer*innen zur Diskussion. Sie beschrieb ein »populistisches Moment« im postdemokratischen Neoliberalismus, das vor allem von rechts genutzt werde. Die Linke müsse dieses Vakuum auf andere und demokratische Weise füllen. Mit einem Kommentar zu den Anforderungen an dieses Projekt eröffnete Katja Kipping die Diskussion, die auch Fallstricke populistischer Strategien thematisierte. Die Veranstaltung wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Suhrkamp Verlag organisiert, wo Mouffes Plädoyer »Für einen linken Populismus« erschienen ist.

Mitschnitt: www.rosalux.de/dokumentation/id/39373/



Im Bau: Neues Bauhaus Museum in Weimar, Alexander Rutz/flickr

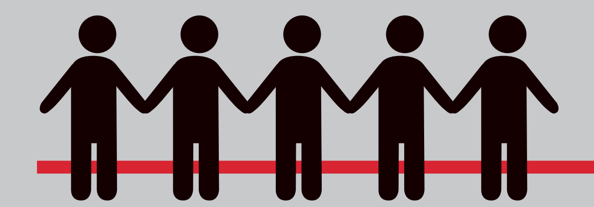
BAUHAUS 100

VORTRAGSREIHE, WEIMAR/BERLIN, FRÜHJAHR 2019

Das Bauhaus wird 100. Für das Bauhaus-Institut und die Hermann-Henselmann-Stiftung Anlass genug, um in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Veranstaltungsreihe durchzuführen. Die sogenannten Bauhaus Lectures, die bereits im Oktober 2018 starteten, laufen noch bis Juni 2019. Dass das Bauhaus und seine Deutung schon immer umkämpft waren, das war unter anderem Thema des Eröffnungsreferates des Thüringer Kulturministers Benjamin Hoff (DIE LINKE). Dabei spielte auch der aktuelle Streit um die Einbettung des neuen Weimarer Bauhaus-Museums am ehemaligen »Gauforum« in das Projekt »Topographie der Moderne« eine Rolle. Hoff plädierte dafür, das Bauhaus in seiner Vielfalt und seiner Ambivalenz zu erfassen, denn es sei niemals »geradlinig«, sondern immer schon »widersprüchlich und widerspenstig« gewesen. Die Reihe wurde im November in Berlin mit einem Vortrag von Ines Weizman, Professorin für Architekturtheorie an der Universität Weimar, fortgesetzt, die sich der Geschichte der Rezeption des Bauhauses und der Migration seiner maßgeblichen Protagonist*innen widmete. Insgesamt wurden für die Lectures sehr unterschiedliche Orte und Formate gewählt. Neben Vorträgen an der Bauhaus-Universität Weimar und in Berlin wird es im April 2019 eine Führung in der ehemaligen Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau geben. Der Gebäudekomplex »Schule im Walde« wurde vom Bauhaus-Architekten Hannes Meyer mit Hans Wittwer und Student*innen des Bauhauses entworfen und im Juli 2017 zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt.
Ihren Abschluss werden die Bauhaus Lectures im Juni 2019 finden mit einer als Podiumsdiskussion geplanten »Kritischen Revue des Bauhaus-Jubiläums«: Was hat BAUHAUS 100 gebracht, gibt es neue Erkenntnisse, weiterführende Ideen, was sind die interessanten Kontroversen und Divergenzen, wo ist der Bezug zur heutigen gesellschaftlichen Situation?

Stefan Thimmel

Programm: www.bauhaus100.de/programm



MIT WEM?

WISSEN ANEIGNEN

DISKUSSION ZU FEMINISTISCHER ÖKONOMIE UND AKTIVISMUS, NOVEMBER 2018 IN BERLIN

Wie kann man mit feministischer Ökonomie die Gesellschaft verändern? Was hat Gewalt gegen Frauen* mit unserem Wirtschaftssystem zu tun? Und wie machen wir strukturelle Ungleichheit sichtbar und damit angreifbar? Diese Fragen standen im Zentrum einer Diskussionsveranstaltung mit Mercedes D'Alessandro Ende November in Berlin, zu der die Stiftung eingeladen hatte. D'Alessandro ist Ökonomin, Autorin und Gründerin der Online-Plattform Economía Femini(s)ta, auf der wissenschaftliche Daten zur Erklärung geschlechtlicher Ungleichheit verständlich aufbereitet werden. Sie sprach über ihre Erfahrungen in der argentinischen Frauenbewegung und das Verhältnis von Wissensproduktion und Aktivismus. Zudem gaben die Wirtschaftswissenschaftlerinnen Justina Lee und Lilly Schön eine Einführung zum Zusammenhang von wirtschaftlicher Gewalt und Femiziden. In der Diskussion ging es zunächst um die Bedeutung von Daten und Fakten zu ökonomischer Ungleichheit und sexualisierter Gewalt und deren Relevanz in feministischen Kämpfen. Zudem diskutierten die Teilnehmer*innen, wie solches Wissen genutzt, verbreitet und erweitert werden kann und wie ein produktiver Austausch zwischen Theorie und Praxis aussehen kann. In der Diskussion wurde auch auf aktuelle feministische Mobilisierung in Deutschland eingegangen, wo sich Initiativen für einen Frauen*Streik 2019 sowie Proteste gegen Femizide unter dem Slogan #KeineMehr formieren – neue Formen des Aktivismus, in denen auch neues Wissen benötigt und hervorgebracht wird.

Mehr zur Plattform (Spanisch): http://economiafeminita.com/

WELCHE LINKE WOLLEN WIR?

DISKUSSION MIT DIDIER ERIBON AN DER SCHAUBÜHNE BERLIN

In ganz Europa muss die traditionelle Linke herbe Bedeutungsverluste hinnehmen, während sich rechtspopulistische Bewegungen stärker werden. Gleichzeitig etablieren sich neue linke Bewegungen, die sich als Sprachrohr der Vergessenen zu legitimieren suchen – oft mit nationalpopulistischen Rezepten. Wie kann sich eine zeitgenössische Linke in diesem Szenario neu definieren und wie wieder wirkungsmächtig werden? Darüber diskutierten am 25. November anlässlich der Premiere des Stücks »Italienische Nacht« der französische Soziologe Didier Eribon und andere namhafte Akteur*innen aus Deutschland und Europa in der Berliner Schaubühne am Lehniner Platz. Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Veranstaltung war bereits Tage zuvor ausgebucht und wurde deshalb im Livestream übertragen.

Dokumentation: www.schaubuehne.de/de/produktionen/kongress-welche-linke-wollen-wir.html

DEBATTEN ÜBER »UNGLEICHLAND«

BUNDESREPUBLIK WEIT ENTFERNT VON SOZIALER GERECHTIGKEIT

Vor dem Hintergrund der Unterzeichnung der »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« vor 70 Jahren gab es Ende November eine prominent besetzte Veranstaltung im Berliner Umweltforum. Nach der Begrüßung durch die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen und Stiftungsvorstand Florian Weis beschrieb Linksfraktionschef Dietmar Bartsch, warum sich Deutschland im Ungleichgewicht befindet. Anschließend diskutierte er mit Michael Krennerich vom Forum Menschenrechte und dem Sozialethiker Franz Segbers, ob die Bundesrepublik bei den Menschenrechten ein »Meister doppelter Standards« ist. Es moderierte Vizefraktionschefin Heike Hänsel. Im Anschluss wurden in einem Workshop und auf einer Podiumsdebatte politische Strategien diskutiert, wie sich soziale Ungerechtigkeit bekämpfen lässt.

Videoclip: www.rosalux.de/mediathek/media/element/1021



»This Is Not an Atlas« ist ein von der Stiftung unterstütztes Buchprojekt des kollektivs orangotango+. Es versammelt über 40 kritische Karten aus aller Welt, die zeigen, wie diese als Teil des politischen Kampfes, für kritische Forschung und in Kunst und Bildung erstellt und verändert werden, und zum selber »mappen« anregen: von indigenen Territorien im Amazonasgebiet bis zur Antiräumungsbewegung in San Francisco; von Slums in Nairobi bis zu Hausbesetzungen in Berlin.
Info: https://notanatlas.org/

MIETERKÄMPFE IN BERLIN – DAMALS UND HEUTE

Es fällt schwer, einen Überblick über die aktuellen Auseinandersetzungen der Mieterbewegungen zu behalten. Zu vielfältig treten sie nicht nur in Berlin in Erscheinung. Erst recht gilt das für die verzweigten Wege vergangener Kämpfe um Wohnraum und lebenswerte Verhältnisse. Für ein besseres Verständnis der aktuellen Proteste und Widerstände im urbanen Raum bietet der jüngst von Philipp Mattern herausgegebene und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Sammelband einen eindrucksvollen Streifzug durch fast 150 Jahre Sozialgeschichte. Insgesamt elf Texte erinnern an weithin vergessene Kämpfe und daran, dass die Mieter*innen Berlins ihre Stadt niemals nur passiv bewohnt haben, sondern stets auch als Subjekte in Erscheinung getreten sind – wie der Herausgeber in seinem kurzen Vorwort hervorhebt. Ein Leitsatz, der alle Beiträge des Bandes prägt.
Eröffnet wird der Streifzug mit einer Beschreibung der sogenannten Blumenstraßenkrawalle vom Juli 1872, die von der Zwangsräumung (»Exmittierung«) eines Tischlers in Berlin-Friedrichshain ausgelöst wurden. Kaum vorstellbar ist heute, dass sich nach wenigen Stunden 4 000 Menschen vor dem Haus versammelten und gegen den Vermieter und die aufziehende polizeiliche Staatsmacht aufbegehrten. Beiträge über die konfliktreiche Entwicklung der Mieterbewegung in der Weimarer Republik und ihre Kampfformen (z. B. Mieterstreik), die Kontroversen um die »Kahlschlagsanierung« in den 1960/70er Jahren, die Instandbesetzungsbewegung der 1980er Jahre und die Kampagne zur Verteidigung der Mietpreisbindung in Westberlin im gleichen Jahrzehnt folgen. Weitgehend unbekannt dürfte den meisten Mietaktivist*innen heute auch die Stadtteilorganisierung in der Großwohnsiedlung Märkisches Viertel seit den späten 1960er Jahren sein. Eine der Protagonistinnen wird mit den kämpferischen Worten zitiert: »Die Theorie ist immer grau – Praxis, das verstehen die Leute.«
In den meisten, auch linken Darstellungen über die Kämpfe um Wohnraum wird besonders die Gegen-

wehr der migrantischen Bevölkerung, die auf dem Wohnungsmarkt am stärksten benachteiligt wurde und wird, ausgeblendet. Ein Autorentrio berichtet in einem Beitrag über eine Hausbesetzung von kurdischen und türkischen Migrant*innen im November 1980, die anschließend Nachbarschaftsarbeit leisteten, »um die unsichtbare Grenze, die die deutschen und die migrantischen Lebensräume trennte, zu durchbrechen«.
Die Erfahrungen des Mieterwiderstands in Ostberlin zu DDR-Zeiten wie in den Jahren nach 1989 werden in drei weiteren Beiträgen reflektiert. Den Bogen zur »neuen« Wohnungsnot, ihren politischen und ökonomischen Hintergründen und den aktuellen Mieterprotesten in der Hauptstadt schlägt der Herausgeber im letzten Text des Bandes selbst. Er schließt mit der Hoffnung, dass die Geschichte der Berliner Mieterkämpfe Inspiration für Gegenwart und Zukunft bietet. Das Buch hilft in jedem Fall dabei.

Joachim Maiworm

Philipp Mattern (Hg.): Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin, Berlin 2018

ANALYSEN ZUR KLIMAPOLITIK

MEHRERE BROSCHÜREN FÜR COP24 IN KATOWICE NEU AUFGELEGT

Der Klimawandel ist zur ersten großen Erzählung des 21. Jahrhunderts geworden. Anlässlich der Weltklimakonferenz Anfang Dezember 2018 im polnischen Katowice hat die Stiftung mehrere Broschüren rund um das Thema neu aufgelegt. In aktualisierter Fassung erhältlich sind Analysen von Juliane Schumacher und Tobias Haas zu Klimagerechtigkeit, dem Pariser Abkommen von 2015 zur Begrenzung der Erderwärmung sowie über den Mythos vom »Klimaretter« Deutschland. Sie liegen in deutscher und englischer Sprache vor. Eine weitere Untersuchung von Julianne Richards widmet sich Finanz- und Genderaspekten der Klimapolitik und wird in Kürze erscheinen. Beim UN-Gipfel in der polnischen Kohleregion Schlesien war die Stiftung mit einer internationalen Delegation vor Ort, um die Verhandlungen kritisch zu beobachten.

Infos: www.rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit/cop24-in-katowice

---

VOLLSTÄNDIG IN BUCHFORM

PREUSSENS UNTERSUCHUNG DER JANUAR-UNRUHEN 1919 BEI DIETZ ERSCHIENEN

Bis heute hält sich in der Öffentlichkeit die Legende vom »Spartakusaufstand« im Januar 1919. Seinerzeit griffen revolutionäre Arbeiter in Berlin zu den Waffen. Von Anfang an der neu gegründeten KPD zugeschrieben, wurde der Aufstand tatsächlich vom linken Flügel der Berliner USPD getragen. Zu diesem Ergebnis kam zumindest der Untersuchungsausschuss der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Unruhen in seinem Abschlussbericht vom 9. Februar 1921. Denn die KPD sei für derlei Aktionen viel zu schwach gewesen: Sie hatte Anfang 1919 in Berlin gerade einmal etwa 300 Anhänger, die USPD dagegen 200 000.
In der Forschung bislang nicht beachtet, ist der Bericht nun erstmals vollständig und in Buchform der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Der im Karl Dietz Verlag erschienene Reprint umfasst den amtlichen Bericht, den Niederschriften- und Urkundenband und die Anlage zum Urkundenband.

Jörn Schütrumpf (Hg.): »Spartakusaufstand«, Karl Dietz Verlag Berlin, 2018



DAS ARGUMENT 329

MARX 200 UND ACHTUNDSECHZIG 50

Volker Braun Die verstockten Parteien
Silke Wittich-Neven Vater Staat und das häusliche Glück – Marx' Rückholung in den Westen durch die 68er

Peter Jehle Rasse, Klasse, Geschlecht im literarischen 68er-Marxismus der USA

Frigga Haug Ueli Mäders 68 – Was bleibt?

Florian Flörsheimer Sozialkritik vs. »Künstlerkritik«. Frank Deppes Kritik der Vereinnahmung von 68

Wolfgang Fritz Haug Bernd Jürgen Warnekens 68 und die »Achse Tübingen-Berlin«

Bernd Jürgen Warneken War 68 nur ein Epiphänomen?

Karl Heinz Götze Peter Cardorffs Loblied aufs Große Ganze von 68

Wolfgang Fritz Haug Eine 68er-Solidarität im Widerstreit. Notiz über Elmar Altvater und »Das Argument«

Elmar Altvater Halbzeit eines Jahrhundertwerks

Klaus Weber Vier Marx-Biographien, nach Lebendgewicht gewogen

Michael Rahlwes Marx 200 – ein kritischer Blick auf die marxistische Diskussion im Jubiläumsjahr

Till Breyer Zur Frage des Kampfcharakters der marxschen Kapitalismuskritik

Wolfgang Fritz Haug Über einen Versuch, Marx zu ›faschisieren‹ Marxistische Studien

Jean Quétier Marx im politischen Kampf (1864–1883)

Wolfgang Fritz Haug Widersprüche des Marxismus

Frigga Haug Widersprüche im marxistischen Feminismus

Dominik Novkovic und Alexander Akel Der Humanismus der Befreiung des jungen Marx

Jan Loheit Denkübungen mit Lothar Kühne

Rezensionen

Das Argument 329, Dezember 2018, 13 Euro
ISSN 0004-1157
www.inkrit.org/argument



Z 116

KLASSEN UND NEUE KLASSENDISKUSSION

Nicole Mayer-Ahuja Klasse – Vom Elefant im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung?

André Leisewitz / John Lütten Neue Klassendiskussion – Anmerkungen zu Klassentheorie, Klassenverhältnissen und zur linken Strategiekrise

Klaus Dörre Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft

Ralf Krämer Die Klassenlandschaft in Deutschland 2018

Jörg Goldberg Soziale Klassen in Europa

Jörn Boewe Revival am Nullpunkt? Ansätze gewerkschaftliche Erneuerung nach drei Jahrzehnten Neoliberalismus

Hans Jürgen Urban Sind Gewerkschaften noch Klassenorganisationen?

Christian Stache Naturausbeutung als Klassenfrage – Marx-Engels-Forschung

Werner Goldschmidt Das »Maschinenfragment« und die »Befreiung der Arbeit«

Winfried Schwarz Freiheitsfeind Marx? Zu DER Marxbiografie von Gareth Stedman Jones – Streiks und Arbeitskämpfe

Dirk Müller/Juri Kilroy Streikmonitor: Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2018

WEITERE BEITRÄGE

Dieter Boris Politischer Tsunami in Brasilien. Reflexionen zu den Wahlen im Oktober 2018

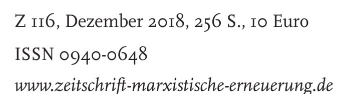
Wolfgang Pomrehn Von Paris nach Katowice. Klimakrise und Klimapolitik nach der Pariser Übereinkunft und dem IPCC-Bericht 2018

Elisabeth Abendroth For the times they are a-changin' … – Anmerkungen zu Frank Deppe »1968: Zeiten des Übergangs«

Harald Jentsch Die KPD 1919 bis 1924

Teil II: Der »Deutschen Oktober« 1923

Ulrich Busch Geldkritik und Geldfetischismus



Z 116, Dezember 2018, 256 S., 10 Euro
ISSN 0940-0648
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de



FORUM WISSENSCHAFT 3/2018

QUEERNESS UND WISSENSCHAFT. ZWISCHEN DISKRIMINIERUNG UND EMANZIPATION

Florian Grams Die die Liebe verbieten

Rüdiger Lautmann Queerness

Heinz-Jürgen Voß Sexualwissenschaft und rassistische Stereotype

Annika Spahn und Rebecca Gustke »Akzeptanz für Vielfalt« macht Schule

Christiane Fuchs Queerfeindlichkeit in der Wissenschaft

Alexander Klock Kein Raum für ›Homo-Heiler‹!

BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Franziska Conrad Fragmentarisierung und Bewertungsmarathon

Lina Franken Zur Rolle von Lehrer*innen im Schulunterricht

GESELLSCHAFT

Paul Oehlke Kontroversen um Prostitution

Wolfgang Kromer Verirrungen in der Bioethik

Joachim Hösler Nationalismus und Patriotismus – wozu?

VERMISCHTES

Nachrichten aus Wissenschafts- und Hochschulentwicklung

Rezensionen & Annotationen

Forum Wissenschaft 3/2018, 11/18, 8 Euro
ISSN 0178-6563
www.bdwi.de



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2018
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 443 10-404
Redaktion: Harry Adler, Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Barbara Fried, Corinna Genschel, Henning Heine, Christiane Markard, Ferdinand Muggenthaler, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Jörn Schütrumpf, Ingar Solty, Uwe Sonnenberg, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Beileger: VSA: Verlag Hamburg (Teilbeilage)

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com
Titelillustration: © Roland Matticzk, Agentur Sehstern, ursprünglich entwickelt für das GRIPS Theaterstück »Rosa« von Volker Ludwig und Franziska Steiof (2008)
Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier



2/2018 AM FRÖHLICHSTEN IM STURM: FEMINISMUS
Der Wind weht scharf. Autoritarismus und Rechtsradikalismus gewinnen an Zustimmung. Aber auch der Feminismus ist zurück. Er bildet die einzige transnationale Bewegung, die einen sichtbaren Gegenpol zur Rechten und zum Neoliberalismus markiert und den Aufbruch in eine bessere Zukunft verkörpert. Sie ist sozial heterogen und thematisch vielfältig – AM FRÖHLICHSTEN IM STURM! Wie kann ein inklusiver Feminismus aussehen? Wie lässt er sich von den Rändern her entwickeln? Und wie kann eine feministische Klassenpolitik entstehen, die auch die Klassenanalyse auf die Höhe der Zeit bringt?

BEITRÄGE VON Margarita Tsomou | Kate Cahoon | Atlanta Ina Beyer | Weronika Grzebalska | Lia Becker | Melinda Cooper | Liz Mason-Deese | Eszter Kováts | Andrea Pető | Alex Wischnewski | Stefanie Hürtgen u.a.

September 2018, 144 Seiten



1/2018 ERST KOMMT DAS FRESSEN
Das globale Ernährungssystem scheitert nicht nur an dem Anspruch, die Welt satt zu machen. Es schafft auch neue Abhängigkeiten und untergräbt die Selbstbestimmung von Staaten und lokalen Gemeinschaften. Es sind die Bewegungen von Landlosen und Kleinbäuer*innen im globalen Süden, die sich seit Jahrzehnten für »Ernährungssouveränität« stark machen. Für sie ist der Kampf gegen das Ernährungsregime der Konzerne ein Kampf um Demokratie. Auch hierzulande regt sich Widerstand gegen die Nahrungsmittelindustrie, nicht erst seit den »Wir haben es satt«-Demonstrationen. Wie lässt sich diese Kritik von links aufgreifen und zuspitzen?

BEITRÄGE VON Philip McMichael | Stephanie Wild | Christa Wichterich | Kalyani Menon-Sen | Kirsten Tackmann | Saturrnino M. Borras | Linda Rehmer | Benjamin Luig | Steffen Kühne | Markus Wissen | Ulrich Brand | Rhonda Koch | Michael Bättig u.a.

Juni 2018, 132 Seiten



2–3/2017 MARXTE NOCH MAL?!
Am 5. Mai 2018 wäre Karl Marx 200 geworden. Wie lässt sich heute an sein Werk anschließen? Und zwar so, dass die Theorie zum Maßstab für verändernde Theorie und Praxis werden kann? Als Politiker wird Marx in der Linken wenig diskutiert, dabei lässt sich für aktuelle Strategiefragen vieles lernen. Wie könnte »Marx-Consulting« die heutige Gewerkschaftspolitik befruchten? Wie kann ein von Marx inspiriertes Denken einen klassenpolitischen Feminismus bereichern? Warum eigentlich heute Marxist*in werden, und noch wichtiger: bleiben? Und wie steht es mit dem Subjekt der Revolution, der Transformation, der revolutionären Realpolitik?

BEITRÄGE VON Bini Adamczak | Elmar Altvater | Alain Badiou | Michael Brie | Tithi Bhattacharya | Alex Demirović | Michael Hardt & Antonio Negri | Frigga & Wolfgang F. Haug | Michael Heinrich | Stefanie Hürtgen | Katja Kipping | Marcello Musto | Karl Heinz Roth | Klaus Weber u.a.

Januar 2018, 196 Seiten



1/2017 EINWANDERUNGSSCHLAND
Die Rechte stellt die soziale Frage rassistisch. Daran polarisiert sich auch die linke Debatte: Anti-Rassismus in den Vordergrund oder endlich wieder diejenigen ins Zentrum stellen, die linke Politik nicht mehr erreicht? Für globale Gerechtigkeit streiten oder erst hier soziale Schieflagen ins Lot bringen? Das Heft sucht nach Ansätzen einer antirassistischen Klassenpolitik jenseits sozialer und politischer Spaltung. Wie lassen sich die Kämpfe der Migration mit sozialen Garantien in einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft verbinden? Und wen können wir für ein solches Projekt gewinnen?

BEITRÄGE VON Keeanga-Yamahtta Taylor | Trésor | Elke Breitenbach | Lena Kreck & Jörg Schindler | Stefanie Kron | Katja Kipping | Juliane Karakayalı | Stephan Lessenich | Leoluca Orlando | Helene Heuser | Kirsten Schubert | Christoph Spehr | Birgit zur Nieden u.a.

April 2017, 148 Seiten

EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

»WER WEITERGEHT, WIRD ERSCHOSSEN!«
LUXEMBURG ALS SOZIALISTISCHE FEMINISTIN
WIE KRITISIERT MAN REVOLUTIONEN?
CARE ALS FELD NEUER LANDNAHME
LEHREN UND LERNEN MIT LUXEMBURG
15 TAGE, DIE DIE WELT ERSCHÜTTERTEN
ERNST BLOCH MIT GRAMSCI LESEN

ISSN 1869-0424